



(Beginn: 15.38 Uhr - Ende: 23.45 Uhr)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen. Ich würde gerne die heutige Ratssitzung eröffnen.

Liebe Anwesende! Ich eröffne die 28. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße alle unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, besonders die anwesenden Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrkräften. Sie werden im November am Tag der Jugend hier im Rathaus selbst eine Ratssitzung durchführen und werden heute schon einmal sehen, wie das in der Realität abläuft. Ich wiederum werde sehen, was sie daraus machen, wenn sie hier im Rathaus sind.

Auch ein ganz besonders herzliches Willkommen an die Bürgermeisterin aus unserer Klimapartnerstadt Yarinacocha in Peru, Frau Diaz und Herrn Escobar. Welcome to our international guests!

(Beifall)

Ich habe auch bekannte Gesichter gesehen und ich glaube, es sind darüber hinaus weitere Betriebsratsmitglieder des DuMont Druckzentrums hier - herzlich willkommen auch Ihnen.

(Beifall)

Ich begrüße zudem alle, die im Livestream zuschauen und alle, die im Audio-Livestream zuhören, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesende Bezirksbürgermeisterin und die anwesenden Bezirksbürgermeister; natürlich auch Sie alle, liebe Mitglieder des Rates.

Bevor wir heute in die eigentliche Sitzung des Rates einsteigen, bitte ich Sie, zunächst einmal innezuhalten. Der Angriff der Hamas und ihrer Verbündeten auf Israel hat viele Kölnerinnen und Kölner bis ins Mark getroffen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die SPD, DIE LINKE, FDP, Volt, die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT sowie Ratsmitglied Zimmermann haben mir heute eine gemeinsame Resolution übergeben.

Diese Resolution macht deutlich: Wir Kölnerinnen und Kölner stehen ganz fest an der Seite Israels. Die Zeit ist gekommen, zu der die Grundfeste der Bundesrepublik, das „Nie wieder!“ auf die Probe gestellt ist. Ich schließe mich der Resolution vollumfänglich an. Sie hat folgenden Wortlaut:

Köln erklärt sich solidarisch mit Israel. Seit dem 7. Oktober greifen die Terroristen der Hamas den Staat Israel an. Viele Menschen, darunter Kinder und Familien, wurden ermordet, verletzt oder als Geiseln genommen.

Wir erklären unsere uneingeschränkte Solidarität mit Israel und verurteilen den menschenverachtenden Terrorangriff der Hamas auf die israelische Bevölkerung. Unsere Gedanken und unser tiefes Mitgefühl sind bei den Angehörigen der Opfer und der Entführten - auch und besonders in unserer Partnerstadt Tel Aviv - sowie bei allen Menschen, die unschuldig unter diesem Krieg leiden.

Die israelischen Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, frei von Terror, Angst und Gewalt zu leben - Israels Recht auf Selbstverteidigung gilt unangefochten, so wie auch das Existenzrecht des Staates Israel.

Wir sind uns unserer historisch begründeten, besonderen Verantwortung bewusst und verurteilen jede Gewalt gegen Israel. Dazu gehört auch, dass wir nicht akzeptieren, wenn Hass, Terror und Gewalt auf unseren Straßen verherrlicht und gefeiert werden. Israelfeindliche Demonstrationen und jede Form von Antisemitismus sind für uns unerträglich. Gegen antisemitische und israelfeindliche Straftaten müssen unsere Ermittlungsbehörden konsequent vorgehen. Wir werden alles dafür tun, jüdisches Leben in Europa, insbesondere in Deutschland und in Köln, zu schützen und zu fördern.

Ich bin sicher, dass diese Botschaft auch meinem Amtskollegen aus Tel Aviv, Oberbürgermeister Ron Huldai, mit dem ich in engem Austausch stehe, ein wertvolles Zeichen sein wird.

Für die Opfer des Terrors bitte ich Sie nun, sich für eine Schweigeminute von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Vielen Dank.

Auch wenn es uns allen schwerfällt, jetzt zum Tagesgeschäft überzugehen, bitte ich Sie, mit mir in die Tagesordnung einzusteigen. Bevor wir fortfahren, möchte ich unser neues Ratsmitglied, Frau



Inga Feuser, sehr herzlich bei uns im Rat begrüßen. Wir haben uns in der Bezirksvertretung Nippes in der vorigen Woche schon kennengelernt. Frau Gabriel hat ihr Mandat niedergelegt, und Frau Feuser wurde für die KLIMA FREUNDE als Nachfolgerin festgestellt.

Frau Feuser, ich möchte Sie direkt zu Beginn verpflichten und bitte Sie, dazu nach vorne zu mir zum Rednerpult zu kommen und die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben. Auch die Gäste und die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Bezirksbürgermeisterin und die Bezirksbürgermeister.

(Inga Feuser [KLIMA FREUNDE] begibt sich zu Oberbürgermeisterin Henriette Reker - Die Anwesenden erheben sich)

Liebe Frau Feuser, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Herzlich willkommen!

(Inga Feuser [KLIMA FREUNDE]:  
Danke!)

(Beifall - Die Anwesenden nehmen wieder Platz)

Meine Damen und Herren, ich habe Sie zudem darüber zu informieren, dass Frau Feuser und Frau Syndicus sich zur Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT zusammengeschlossen haben.

Jetzt kommen wir zu den weiteren Formalien. Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt: Herr Welter und Frau Glashagen. Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Frau Abé, Frau Sommer und Herrn Busch.

Zunächst müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf mit den nachträglichen Zu- und Absetzungen liegt Ihnen vor. Die Änderungsanträge sind bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, FDP, Volt und Die FRAKTION sowie die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT und Ratsmitglied Zimmermann haben am 25.10.2023 fristgemäß einen Antrag auf Aktuelle Stunde zum

Thema „Schließung der Druckerei des Verlages M. DuMont Schauberg“ eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollen.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte darüber hinaus vor: Im öffentlichen Teil TOP 4.6 bis 4.10., TOP 7.3, TOP 8.3, TOP 10.19 bis 10.21, TOP 17.4 bis 17.8 und im nichtöffentlichen Teil eine allgemeine Vorlage unter TOP 24.7.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte TOP 10.15.

Gibt es Wortmeldungen zu den Zu- und Absetzungen? - Bitte sehr.

**Philipp Busch (AfD):** Vielen Dank für das erteilte Wort, Frau Oberbürgermeisterin. Meine Damen und Herren, wir bitten die Verwaltung, den Dezerenten zu Punkt 10.20 noch einmal die Dringlichkeit zu erläutern. Er hat es in der Schnelle versucht. Bis auf die Streichung eines Teiles eines Satzes, was den Satz zu unschönem Deutsch macht, hätten wir uns gewünscht, dass die Vorlage seit der letzten Sitzung neu geschrieben worden wäre. Wir bitten darum, dass zumindest die Dringlichkeit begründet wird, damit wir verstehen, warum es so ist. - Vielen Dank!

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** So viel ich jetzt höre - ich kann das in der Schnelle der Zeit nicht nachlesen -, ist die Dringlichkeit in der Vorlage begründet.

(Philipp Busch [AfD]: Nein!)

In der Anlage zur Vorlage ist die Dringlichkeit begründet. Schauen Sie bitte noch mal nach.

Ich komme dann zu dem Dringlichkeitsantrag der SPD. - Herr Büschges.

**Matthias Büschges (AfD):** Vielen Dank für das erteilte Wort. Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Unserer Ansicht nach erübrigt sich der TOP 3.1.5. - „Stadt Köln kündigt die X- (Twitter)-Konten“; das muss natürlich vom Antragsteller kommen -, da sich das doch offensichtlich schon erledigt hat, oder? Herr Zimmermann?



**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Der Antragsteller beabsichtigt, seinen Antrag aufrechtzuerhalten.

Ich komme jetzt zu dem Dringlichkeitsantrag. Die SPD-Fraktion hat heute zum Thema „Deutzer Kirches in bewährter 50-jähriger Tradition fortführen“ einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist TOP 3.1.13. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? Gegenstimmen? - Das ist auch nicht der Fall. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir im öffentlichen Teil natürlich auch nur diese Dinge diskutieren, die in den öffentlichen Teil gehören.

Dann zur Reihenfolge der Tagesordnung. Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann können wir in die Tagesordnung einsteigen.

Tagesordnungspunkt

- 1 **Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 1.1 **Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke, FDP, Volt, Die FRAKTION, der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT und von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend "Aktuelle Stunde zur Schließung der Druckerei des Verlages M. DuMont Schauberg" AN/1888/2023**

Wir beginnen mit der Aktuellen Stunde, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, FDP, Volt, Die FRAKTION, der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT und von Herrn Ratsmitglied Zimmermann. Ich rufe zunächst auf: Frau Martin.

**Christiane Martin** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und ganz besonders liebe DuMont-Mitarbeiterinnen,

die heute hier auf der Tribüne sind! Es ist erst ein Dreivierteljahr her, da hatten wir eine Aktuelle Stunde zu Entlassungen bei Ford.

Auch, wenn wir als Rat der Stadt Köln auf unternehmerische Entscheidungen in einer sich wandelnden Wirtschaft keinen Einfluss haben, ist es für uns selbstverständlich, Solidarität zu zeigen und dafür einzustehen, dass mit den Betroffenen fair umgegangen wird.

(Beifall)

Wir erklären uns heute solidarisch mit über 200 Menschen, die in einer Nacht-und-Nebel-Aktion von einem der ältesten deutschen Medienhäuser vom Hof gejagt wurden. Als die Mitarbeiterinnen der DuMont-Druckerei am 4. Oktober wie gewohnt ihren Dienst antreten wollten, fanden sie ihre Arbeitsplätze leergeräumt. Druckerplatten, Beilagen, Papierrollen - alles war bereits nach Koblenz geschafft, wo zukünftig *Kölner Stadt-Anzeiger*, *Kölnische Rundschau* und *Express* produziert werden. Ohne jede Vorwarnung und auch ohne die vorgeschriebene Beteiligung des Betriebsrats erfuhren die zum großen Teil älteren Mitarbeiterinnen dann kurz darauf in einer Betriebsversammlung, dass sie gefeuert sind und das Gelände sofort verlassen müssen. Geht es noch schlimmer? Dieses Vorgehen, meine Damen und Herren, erinnert an tiefsten Manchesterkapitalismus. So geht man nicht mit Menschen um.

(Beifall)

Dumont - und ich bitte Sie, jetzt gut zuzuhören - schreibt auf seiner eigenen Webseite Folgendes:

Wir achten auf die individuellen und kollektiven Rechte unserer Mitarbeiterinnen und fördern unternehmerische, betriebliche, soziale und gesellschaftliche Werte, die wir stetig weiterentwickeln und verteidigen. Unsere Unternehmenskultur basiert auf gegenseitiger Wertschätzung, Vertrauen, Glaubwürdigkeit, Zuverlässigkeit, Einhaltung von Regeln, Ehrlichkeit und Integrität, die wir als selbstverständlich ansehen und aktiv leben.

Nein! Das, was im Hause DuMont in den letzten Wochen gelebt wurde, war das Gegenteil davon. Das war eben gerade nicht Wertschätzung, Vertrauen und Zuverlässigkeit.

(Beifall)



Ich kann und will unternehmerische Entscheidungen nicht grundsätzlich infrage stellen. Wenn DuMont in einem nachvollziehbaren Umstrukturierungsprozess hin zu einem digitalen Unternehmen ist, ist es logisch, dass die Zukunft einer hauseigenen Druckerei nicht sicher ist. Noch aber gibt es ja die Printausgaben. Jetzt werden die also von Koblenz nach Köln gekarrt. Nachhaltig geht anders. Dass es in Koblenz preiswerter ist, liegt daran, dass die Druckerei dort nicht nach Tarif bezahlt. Auch sozial geht anders.

(Beifall)

Auch in diesem Zusammenhang wundert es doch sehr, was auf der DuMont-Webseite steht - ich zitiere noch einmal -:

Wir sind fest davon überzeugt, dass unternehmerisches Handeln und ethische Grundsätze untrennbar miteinander verbunden sind.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Hört! Hört! - Dr. Helge Schlieben [CDU]:  
Sehr gut!)

Was geschehen ist, wird nicht rückgängig zu machen sein. Deshalb ist es jetzt das Mindeste, dass DuMont die sozialen Folgen und finanziellen Einbußen der betroffenen Beschäftigten im Rahmen eines fairen Sozialplans ausgleicht.

(Beifall)

Gleichzeitig möchte ich an unsere Verwaltung die Bitte richten, Beschäftigungsmöglichkeiten bei der Stadt Köln und auch bei unseren Stadtwerke-Gesellschaften auszuloten sowie Beratungsprozesse zu begleiten. - Danke schön.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

**Bernd Petelkau (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler! Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von DuMont auf der Zuschauertribüne! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer an den digitalen Endgeräten! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nach dem bewegenden Beginn unserer Ratssitzung fällt es erst einmal schwer, wieder zur normalen Tagesordnung überzugehen. Dennoch

müssen wir alle gemeinsam uns den wichtigen Kölner Themen widmen.

Zu den wichtigen Kölner Themen gehört auch die Sorge um die Arbeitsplätze von Unternehmen hier in Köln.

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft einen fairen Umgang miteinander gefunden, wo diese unternehmerischen Prozesse - Veränderungsprozesse, die heute mehr denn je zu unternehmerischen Entscheidungen dazugehören - auch sozial begleitet und abgefedert werden. Dazu gehört der frühzeitige Einbezug der entsprechenden Betriebsratsgremien und die frühzeitige Information der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Genau das ist es, was in diesem konkreten Fall unterlassen worden ist.

Viele haben gesagt - und man kann das absolut nachvollziehen -, es ist ein absolutes Kommunikationsdesaster in das Unternehmen hinein für die Betroffenen, aber auch in die Öffentlichkeit. Es wird hier ein Bild von einer Managementkultur gezeichnet, die wir alle - egal ob in öffentlichen oder privaten Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland - lange geglaubt haben überwunden zu haben: ein menschenfeindliches Managementsystem. Dazu muss man auch noch einmal sagen: Viele von den Beschäftigten arbeiten hier in der zweiten oder dritten Generation für den Konzern und haben in dieser Zeit dazu beigetragen, dass Wert geschaffen wird. Wenn man jetzt an einen Endpunkt kommt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern quasi mit Füßen zu treten, dann ist das kein fairer Umgang. Das sollten wir heute hier auch noch einmal klar verurteilen!

(Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal den Kreis erweitern, denn das war ja nicht der erste Schritt im Konzern. Ich erinnere an die Eingliederung des *Kölner Wochenspiegel* und daran, was mit den Redaktionen passiert ist. Wir können uns auch noch einmal alle ausmalen, was in den letzten Jahren mit der Besetzung der Redaktionen, die zum Konzern gehören, passiert ist. Auch hier haben wir immer mehr Formen der Selbstständigkeit - der Festangestellte gehört irgendwann bald zur Minderheit. Das ist etwas, da müssen wir als Politik den Finger in die Wunde legen. Wir wollen sozialverträgliche Unternehmen in allen Branchen haben.

(Beifall)



Neben dem Appell an den DuMont-Konzern, in den begonnenen Verhandlungen über den Sozialplan die jahrzehntelangen Leistungen der Kolleginnen und Kollegen zu würdigen und auch zu berücksichtigen, dass viele schon in fortgeschrittenem Alter sind und einen vernünftigen Ausgleich brauchen, ist das die erste wichtige Forderung, die wir heute hier aus dem Rat an den Konzern senden: Nehmt den Sozialplan ernst! Nehmt die Leistungen der Beschäftigten entsprechend wahr und packt ausreichende Finanzmittel in den Sozialplan, damit hier ein entsprechend fairer Ausgleich gefunden wird.

(Beifall)

Das Zweite, das wir hier in der Stadt Köln tun können - wir haben das bei Karstadt/Kaufhof und dem Ford-Fall entsprechend schon einmal durchexerziert; ich glaube, auch ganz erfolgreich - ist, dass wir mit unserem Jobcenter, mit der Personalabteilung schauen, wo wir helfen können, Fortbildungsangebote, Umschulungsangebote schaffen und vielleicht für den einen oder anderen aus der Druckerei auch eine neue Jobperspektive im Konzern Köln, das heißt in der Stadtverwaltung oder bei den stadtbeteiligten Unternehmen, schaffen. Wir haben regelmäßig Bedarf. Vielleicht ergibt sich hier auch für den einen oder anderen eine Chance, damit wir am Ende alle sagen können: Wir haben aus der wirklich tiefen Not für alle Beteiligten doch noch das Beste herausgeholt. Jedem Einzelnen drücke ich die Daumen, dass er eine gute Zukunft hat. - Vielen Dank!

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

**Christian Joisten (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aber insbesondere liebe Gäste aus dem Verlagshaus DuMont oder insbesondere aus der Druckerei des Verlagshauses DuMont: Herzlich willkommen auch an dieser Stelle! Wir freuen uns, dass Sie und Ihr heute hier bei uns seid.

Derzeit weht ein eisiger Wind durch das Kölner Verlagshaus DuMont. Das berührt uns alle, wie wir gerade aus den Vorreden sehr stark bemerkt haben. Nicht nur wir Politikerinnen und Politiker hier im Ratssaal sind entsetzt über das Vorgehen der Geschäftsführung, viele Menschen der Kölner Stadtgesellschaft sind empört und fühlen mit den Druckerinnen und Druckern, was wir eindrucksvoll

in dieser Woche wieder bei einer Demo erleben durften, mit. Wir sehen aber auch in den sozialen Netzwerken, wie viele Karnevalisten, Bands, Kulturschaffende in dieser Stadt sich dem Protest angeschlossen haben. Ich habe riesigen Respekt davor, dass einige ihre Teilnahme bzw. ihren Auftrag bei DuMont an der Karnevalsfeier, an der Weiberfastnacht abgesagt haben - die Paveier allen voran. Das sind wichtige und starke Signale aus der Stadtgesellschaft. Auch das sei hier einmal erwähnt: Wir sind gemeinsam stark, wenn wir da zusammenstehen. Insofern auch von der Stelle hier: Vielen Dank dafür!

(Beifall)

Vielen von dem, was meine Vorrednerinnen und Vorredner heute hier gesagt haben, kann ich nur zustimmen. Ich bin froh, dass wir uns in vielen Punkten sehr einig sind, ein klares Ziel und eine klare Vorstellung vom gemeinsamen Leben, aber auch vom gemeinsamen Wirtschaften in dieser Stadt miteinander vor Augen haben.

Als Vertreter der Arbeitnehmerpartei SPD möchte ich vielleicht noch einmal einige Punkte besonders herausstellen, die mir und meiner Fraktion besonders am Herzen liegen, denn, Sie können sich vorstellen, dass die Missachtung von Regeln der Betriebsverfassung, der Mitbestimmung uns als einer Partei, die diese Punkte in ihrer DNA seit über 150 Jahren aufgenommen hat, besonders treffen.

Hier ist ein klarer Rechtsbruch begangen worden, indem nicht so wie das Betriebsverfassungsgesetz es vorschreibt, rechtzeitig mit den Betroffenen, mit dem Betriebsrat, mit dem Wirtschaftsausschuss über die anstehenden Veränderungen gesprochen wurde. Richtigerweise steht das nämlich in diesem Betriebsverfassungsgesetz drin. Das haben die Vorstände, das hat die Geschäftsführung von DuMont ignoriert. Das ist klar zu verurteilen. Auch das ist Rechtsbruch. Wir regen uns an so vielen Stellen darüber auf, dass Recht gebrochen wird. Das gehört dazu und gehört klar benannt.

(Beifall)

Aber selbst, wenn es nicht im Gesetz stehen würde, ist der Umgang mit einem gewählten Betriebsrat, dem demokratisch gewählten Vertreter der Belegschaft in unserer Republik und im rheinischen Kapitalismus ja noch einmal in besonderer Weise auf Begegnung auf Augenhöhe ausgelegt, darauf, dass wir miteinander fair sprechen,



verhandeln und am Ende zu guten und tragfähigen Lösungen kommen - wie es in vielen, vielen Unternehmen hier im Rheinland, aber auch darüber hinaus schon möglich war. Auch dieser gelebte rheinische Kapitalismus ist hier mit Füßen getreten worden. Auch das will ich noch mal in aller Deutlichkeit verurteilen. So geht man tatsächlich - das kann ich nur wiederholen - nicht miteinander um.

(Beifall)

Du hast vieles schon gesagt. Ich will mich deswegen kurzhalten in den Forderungen. Ich glaube, es ist sehr klar: Wir alle wollen - das ist auch eben noch einmal gesagt worden - jetzt eine faire Lösung für alle. Ich glaube, ich habe bei den Gesprächen mit dem Betriebsrat verstanden: Keiner ist so naiv zu glauben, dass jetzt alles zurückgedreht werden kann - auch, wenn man über den ökologischen und Klimaaspekt von „Druckerei in Koblenz und Kunden in Köln“ noch einmal sehr ernsthaft reden muss, auch mit dem Verlagshaus. Jetzt geht es erst einmal darum, den Menschen zu helfen, Ihnen eine Perspektive zu geben, darum, dass die Familien für die letzten Jahre auskömmlich finanziert werden und um den Übergang in die Rente. Es darf nicht sein, dass diese Menschen am Ende auf der Straße stehen, vom Bürgergeld leben müssen und damit Altersarmut programmiert ist. Hier muss das Verlagshaus richtig Geld in die Hand nehmen und dazu stehen wir an der Seite der Beschäftigten. Da stimmen wir heute, glaube ich, alle gemeinsam überein, dass das ein starkes Signal auch für Köln sein muss: dass Menschen, denen es an den Kragen geht - zumindest, was die Berufstätigkeit betrifft - geholfen wird und ihnen eine gute Lösung aufgezeigt wird. Da ist jetzt das Unternehmen klar in der Pflicht.

Wir unterstützen selbstverständlich auch, wie die Vorredner, alle Maßnahmen in der Verwaltung, in den Stadtwerken, in den stadtnahen Unternehmen; dort, wo wir Einfluss haben, neue Jobs zu schaffen, da, wo es noch geht, wo Interessenlagen sind. Aber für die Übergänge, die gerade skizziert wurden, muss es gute Verabredungen geben. Dafür drücken wir jetzt die Daumen und stehen weiter an der Seite. Ich hoffe, bei der nächsten Demo ist der ganze Rat dabei und solidarisiert sich dann auch auf der Straße mit diesen wichtigen Anliegen. In diesem Sinne: Vielen Dank fürs Zuhören und vielen Dank fürs Kämpfen. Wir sind dabei!

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt spricht Frau Tokyürek.

**Güldane Tokyürek (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Anwesende! Wir freuen uns, dass unser Vorschlag für diese Aktuelle Stunde aufgegriffen wurde. Den Blick der Öffentlichkeit auf das Schicksal der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DuMont-Druckbetriebes zu lenken, ist nicht nur für die Arbeitnehmer\*innen wichtig, die jetzt mit durchschnittlich 57 Jahren vor den Trümmern ihrer beruflichen Existenz stehen. Einige von ihnen sitzen jetzt auf der Tribüne und verfolgen die Aktuelle Stunde. Sie möchte ich besonders begrüßen.

(Beifall bei der LINKEN, dem Bündnis 90/Die Grünen und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es kann auch jeder Demokrat\*in und jedem Demokraten in Köln nicht egal sein, wie das Verlagshaus DuMont mit innerbetrieblicher Demokratie und Mitbestimmung umgeht. Schließlich hat DuMont auf dem Kölner Zeitungsmarkt zwar keine Monopolstellung, aber bundesweit verglichen eine außergewöhnlich sehr starke Stellung.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, diese Art und Weise des Umgangs zersetzt Vertrauen. Wir sprechen im Rat sehr oft darüber, was Vertrauenskrise bedeutet. Das ist ein Beispiel dafür, wie man Vertrauenskrisen schaffen kann, wie man es schaffen kann, dass Menschen wirklich damit hadern, wie teilweise mit innerbetrieblicher Demokratie und Mitbestimmung umgegangen wird.

(Beifall bei der LINKEN, dem Bündnis 90/Die Grünen und der SPD)

Letzte Woche war der Betriebsrat des Druckhauses DuMont bei uns in der Fraktion DIE LINKE zu Gast. Ich übertreibe nicht, wenn ich sage: Wir alle waren von den Schilderungen der Vorgänge tief betroffen, sind es nach wie vor und sind sprachlos zurückgeblieben. Was den Kolleginnen und Kollegen dort passiert ist, ist ein riesengroßes Unrecht. Inzwischen ist die ganze Stadtgesellschaft wütend darüber, dass die Lebensleistung der Beschäftigten der Druckerei, ihre Zukunftspläne, das Schicksal ihrer Familien keine Rolle bei den Überlegungen der Konzernspitze, wie es im Verlag weitergeht, gespielt haben.

Wir, der Kölner Rat, dürfen es den DuMonts nicht durchgehen lassen, dass sie über viele Monate die Zerschlagung der Druckerei geplant und



durchgesetzt haben. Das Betriebsverfassungsgesetz wurde systematisch umgangen und Mitarbeiter wurden dazu zwangsverpflichtet, an der Produktionsumstellung mitzuwirken. Das muss Konsequenzen haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, und das geht nicht nur über Bußgelder!

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Unternehmer und Unternehmerinnen haben eine Verantwortung für ihre Beschäftigten. Die Belegschaft zusammen - nicht nur die Führung - trägt zum Erfolg des Unternehmens bei. Als es dem Unternehmen nicht gut ging, hat die Belegschaft durch Verzicht auf Sozialleistungen und Arbeitszeit einen sehr großen Beitrag geleistet, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Die Familie DuMont als Besitzer dagegen will eine Belegschaft, die in ihrem Alter wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt hat, perspektivisch vielleicht sogar in Hartz 4 schicken. Das müssen wir verhindern.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD  
sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die  
Grünen)

Das kann uns menschlich nicht egal sein. Es kann uns aber auch politisch nicht egal sein, wenn Zeitungs- und Meinungsmacher in Köln einen solchen Umgang mit Menschen an den Tag legen - Menschen, auf deren Arbeit ihre gesellschaftliche Stellung und auch ihr Vermögen beruht.

2001 haben Grüne und LINKE gegen die Ehrenbürgerschaft von Alfred Neven DuMont gestimmt, aber 2020 die Ehrenbürgerschaft von Frau Hedwig DuMont mitgetragen. Von einer Familie, die zwei Ehrenbürger in ihren Reihen hat, erwarten wir viel mehr. Gerade jetzt: eine Ehrenbürgerschaft verpflichtet.

(Beifall)

In den letzten Wochen haben sich viele Menschen und Institutionen über die Schließung der Druckerei empört. Das war wunderbar. Auch auf der Demonstration, der Kundgebung - Christian Joisten hat es erklärt - war eine wunderbare Stimmung, da war so viel Solidarität zu spüren. Es ist toll, dass das wirklich in der Stadtgesellschaft gehört wird und die Empörung und die Wut groß sind.

Der DGB veröffentlichte einen eindrucksvollen Aufruf, hinter den sich zahlreiche bekannte Persönlichkeiten Kölns gestellt haben. Ich empfehle jedem hier im Rat, das entsprechend zu unterzeichnen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD  
sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die  
Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch hat die Familie DuMont die Gelegenheit, den richtigen Pfad einzuschlagen. Was die Arbeitnehmer fordern, ist gerechtfertigt, das haben wir hier mehrmals gehört: Die Auszahlung des Lohnes, der ihnen zusteht, die Suche nach einer anderen Beschäftigung im Gesamtkonzern für alle Druckereimitarbeiter und - ganz wichtig - einen fairen Sozialplan für diejenigen, für die keine Anschlussbeschäftigung gefunden wird. Dafür müssen wir als Kommunalpolitiker uns stark machen, wirklich auch in die Stadtgesellschaft hinein. Denn einem fairen Umgang mit diesen Forderungen müssen wir als Rat Gewicht geben.

Und zuletzt: Die Verhandlungen laufen gerade. Sie sind stockend. Es gibt ein erstes Angebot, das kann aber nur der erste Schritt sein. Ich glaube, wir als Kommunalpolitiker\*innen, als Stadtgesellschaft haben die Verpflichtung, diese Sozialplanberatungen lautstark mitzugestalten, Druck aufzubauen, damit die Menschen, die auch hier auf der Tribüne sitzen, eine Zukunft haben und gut leben können. Ich bin froh, dass wir heute gemeinsam zumindest etwas mitgeben konnten, und zwar dass wir uns solidarisieren und hinter den Forderungen stehen. - Danke schön.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

**Volker Görzel (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Insbesondere den Betriebsratsvorsitzenden und den Verhandlungsführern des Betriebsrats in den aktuell anstehenden Verhandlungen ein herzliches Willkommen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute geht es um vier Dinge. Es geht erstens um eine Frage der Ehre. Es geht zweitens um eine Frage des Rechts - des Betriebsverfassungsrechts und des Tarifrechts. Es geht drittens um Wertschätzung. Und es geht viertens um unsere Stadt Köln. Der Reihe nach.

Wenn Sie gleich durch diese Tür herausgehen und den Blick nach rechts oben richten, werden Sie zweimal den Namen DuMont lesen: Alfred Ne-

ven DuMont und Hedwig Neven DuMont. Deswegen hat das Thema, über das wir jetzt reden, etwas mit Köln und mit diesem Rat zu tun - anders als bei vielen anderen Betriebsschließungen und Stilllegungen, so schrecklich sie sind -, denn dieser Rat der Stadt Köln hat Herrn Alfred Neven DuMont die Ehrenbürgerschaft verliehen.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Rat, wir, haben Frau Hedwig Neven DuMont die Ehrenbürgerschaft verliehen. Und Ehrenbürgerschaft verleihen bedeutet Verantwortung. Deswegen appelliert dieser Rat der Stadt Köln an diejenigen, die in dem Haus arbeiten, das den Namen unseres Ehrenbürgers Alfred Neven DuMont trägt. Nehmen Sie diese Verantwortung, die Ihnen dieser Rat auferlegt hat, ernst!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im echten Leben bin ich Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Betriebsverfassungsrecht im Verband Deutscher Arbeitsrechtsanwälte. Das bedeutet, dass ich mit Fragestellungen, die hier angeklungen sind - Sozialplan, Interessenausgleich - tagtäglich vertraut bin. Im Übrigen war es Otto Graf Lambsdorff, der 1972 das Betriebsverfassungsgesetz mit der SPD durchgesetzt hat.

(Christian Joisten [SPD]: Das waren noch Zeiten! Da war die FDP noch auf einem guten Pfad!)

1972 lebten viele von uns noch nicht, aber dennoch ist es gültig. Aber als jemand, der tagtäglich mit den Vorschriften dieses Gesetzes arbeitet, der viele Umstrukturierungen - harte Umstrukturierungen, laute Umstrukturierungen -, Betriebsänderungen durchgeführt hat, muss ich ehrlich gestehen: Das, was ich letzten Donnerstag von dem Verhandlungsführer Hartung eins zu eins geschildert bekommen habe, dass fleißigen Mitarbeiterinnen und fleißigen Mitarbeitern ohne Ankündigung der Stuhl vor die Tür gesetzt wurde, das habe ich beruflich noch nicht erlebt. Das geht auch unter die Haut, wenn man so etwas hört.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Der Interessenausgleich wurde gecancelt. Ihr wisst das. Jetzt geht es um einen Sozialplan. Die entscheidende Frage beim Sozialplan ist immer die Dotierung, sprich: Wie groß ist der Topf? Wir alle wissen, dass in den letzten Monaten und Jahren durch gezielte Umstrukturierungen, also das Ausgliedern bestimmter Teile des Unternehmens in eigenständige Gesellschaften, der Wert, das

Vermögen heruntergedimmt wurde, sodass die wahrscheinlich jetzt sagen: Na ja, es ist ja nichts mehr in der Kasse der GmbH. Aber da sind wir wieder bei der Frage der Ehre, denn: Wenn die Konzernmutter Geld hat, wenn die Konzernschwesteresellschaften Geld haben, dann bitte, liebe Leute, die Sie im Alfred-Neven-DuMont-Haus das Sagen haben, fassen Sie sich ein Herz, nehmen Sie die Ehre ernst und füllen Sie den Topf der Druckerei.

(Beifall)

Er ist Ehrenbürger unserer Stadt, und mit der Ehrenbürgerwürde geht eine Wertschätzung einher. Überlegen Sie sich bitte, ob Sie weiterhin den bislang guten Ruf Ihres Hauses dadurch beschmutzen wollen, dass Sie unmenschlich, nicht wertschätzend mit Mitarbeitern - und im Übrigen auch mit der Stadtgesellschaft - umgehen. Überlegen Sie es sich gut.

Last but not least - der Kollege Joisten hat es schon anklingen lassen -: Die Solidarisierung aus Teilen der Kultur, des Musikwesens, des Karnevals und anderen Teilen ist extrem mutig und zollt mir enorm viel Respekt ab. Ich kann alle nur ermutigen, weiterhin gemeinsam zu kämpfen, damit die Menschen von DuMont einen verträglichen Sozialplan bekommen und der Ruf ihres Unternehmens und der Ruf unserer Stadt als soziale Stadt geschützt werden. - Vielen Dank!

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

**Christian Achtelik (Voll):** Die Nachricht über die beispiellose Entlassung der Mitarbeitenden der Druckerei des DuMont-Verlags macht fassungslos. Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und insbesondere DuMont-Mitarbeitenden! Wie können Gesellschafter, deren Betrieb seit Jahrhunderten eng mit der Geschichte Kölns verwoben ist, so mit ihren Mitarbeitenden umgehen - den Druck ohne Ankündigung und fairen Umgang an einen nicht tarifgebundenen Standort verlegen, ohne dabei auch nur an eine soziale Absicherung der eigenen langjährigen Beschäftigten zu denken? Ich kann mich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern absolut anschließen: Das ist ein beispielloser Skandal. Bundesweit müssen Verlagshäuser erkennen, dass ein solches Verhalten ihre Krise verschärft, anstatt sie zu lindern.



Denn die Solidarität der Stadtgesellschaft mit den Beschäftigten und auch die Reden, die wir hier alle in der letzten halben Stunde gehört haben, zeigen: Ein solches unternehmerisches Verhalten wird in Köln nicht einfach hingenommen.

(Beifall)

Der erste Vorschlag eines Sozialplans von DuMont zeigt, dass die Proteste ihre Wirkung entfalten. Auch wir als Volt-Fraktion fordern: Die Gesellschafterfamilien müssen ihrer Verantwortung als Arbeitgeberinnen und ihrer Verantwortung gegenüber ihrer Heimatstadt gerecht werden - die Ehrenbürgerwürde wurde schon mehrfach angesprochen -, wenn sie das Vertrauen der Kölnerinnen und Kölner überhaupt zurückgewinnen können und wollen. - Vielen Dank!

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt spricht Herr Wortmann.

**Walter Wortmann** (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Das bedruckte Papier aus dem Hause DuMont ist ein Stück aus meiner Lebensgeschichte, denn als Schüler habe ich den *Kölner Stadtanzeiger* in Klettenberg ausgetragen und sogar die Abos noch bar kassiert. Deshalb bin ich zutiefst betroffen, dass dieser Teil mit Spitzenleistungen und hoher Technik in Köln einfach verschwindet. Dass der deutsche Markt für Druckerzeugnisse allgemein auf fast ein Drittel seines ursprünglichen Anteils schrumpft, ist landläufig bekannt. Das allein kann aber kein Grund sein, in einer Nacht-und-Nebel-Aktion die Herstellung der Zeitungen in fremde Hände zu geben. Eher beschreibt das skandalöse Vorgehen einmal mehr dieses schleichende - für Familienunternehmen fast typische - Versagen.

Der frühere Redakteur des Hauses DuMont und Buchautor Dieter Balkhausen hat das trefflich in seinem Buch mit dem Titel „Raubtierkapitalismus“ beschrieben. Deshalb wage ich zu behaupten, dass wir es hier genau damit zu tun haben, wenn wir das skandalöse Vorgehen den markigen Worten des amtierenden Aufsichtsrats, über den hier noch niemand gesprochen hat, gegenüberstellen:

Wir möchten DuMont sicher und erfolgreich in die nächste Generation führen. Deshalb ist für uns die Innovationskraft

unseres Familienunternehmens und damit die Kunst, sich immer wieder neu zu erfinden, von entscheidender Bedeutung.

Das ist ja schon Sarkasmus. Der Satz ist übrigens von der Webseite verschwunden, die seit gestern auch blockiert ist.

Oder:

Gemeinsam Zukunft gestalten - mit Mut, Kreativität und innovativen Ideen. Dafür stehen wir als führendes Medien- und Technologieunternehmen seit mehr als 400 Jahren.

Das sagt ein Aufsichtsrat, zusammengesetzt aus einem Chromosomenunternehmer-Duo - einem Immobilienspekulanten und einem Venture Capital Manager mit Beisheim-Abschluss. Die Schule sitzt übrigens in Vallendar, ganz in der Nähe von Koblenz. Diese Leute und das Par-ordre-du-mufti-Management entscheiden und realisieren in Landjunker-Manier und im Schutz eines verlängerten Wochenendes, den Laden zu schließen, über 400 Leute einfach vor die Tür zu setzen und sie samt Arbeitnehmervertretung in eine ungewisse Zukunft zu entlassen.

Warum wurde hier nicht frühzeitig kommuniziert, beteiligt, gemeinsam Maßnahmen entwickelt und fair verhandelt, wie sie es in den markigen Sprüchen versprechen? Warum denn auch, wenn man in Köln als Eigentümerfamilie das Meinungs- und Klüngelmonopol mit den drei Tagestiteln total beherrscht? Auf Kölsch gesagt: De dicke DuMont-Fott hätt alles zuredisse. Und die Bild-Zeitung hat realistisch überhaupt keine Chance.

Andernorts erwarb man Verlage und Printbeteiligungen, stieß sie nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder ab und investierte das Geld mehr oder weniger in rumdümpelnde TV-, Rundfunk-, New-Media-Business-Beteiligungen. Man sägte also bewusst an dem Ast, auf dem Sie und Ihre Kollegen saßen.

Das Drama der Mitarbeitenden in der Kölner Druckerei war, dass sie Spielmasse eines inzüchtigen Systems waren und das unter dem Diktat eines familiären Miteinanders auch ertrugen.

Übrigens: Der in solchen Unternehmensstrukturen üblichen familiären Auseinandersetzungen wurde man nur gewahr, wenn man Köln-ferne Titel las. Das System ist ein Mix aus ausgewogener Journaille zu abgestimmten Themen, positioniert auf eine abgegrenzte Region, eingebettet in eine

toxische Abhängigkeit zwischen Verlag, Politik und Verwaltung. Das alles gestaltet vom Patriarchen Alfred, der seine Vielseitigkeit und Leadership-Funktion mit der Rolle des Prinzen Karneval, einer zeitweisen IHK-Präsidentschaft und einer Ehrenbürgerwürde der Stadt unterstrich, die er später noch seiner Liesel Hedwig zuteilwerden ließ. Leider ist vergangenen Freitag unsere Aktion, die Bilder am Portal abzuhängen, an der Höhe der Hängung und mangels Leiter gescheitert. In unserer Sonderausgabe des „Dreckspress“ haben wir darüber berichtet. Aber jetzt ist die Druckerei dicht, Sie haben keinen Job mehr, und 400 Leute suchen einen neuen Job. Weitestgehend hochspezialisierte Jobs, die sich nur bedingt im Jobportal „Fachkräftemangel“ tummeln können und deren Durchschnittsalter 57 Jahre beträgt.

Ich mache es kurz. Was jetzt hier angesagt ist, ist harte Währung eines üppigen Sozialplans, qualifiziertes Umschulen und hohe unternehmerische Verantwortung. Ihnen, Frau Reker, lege ich nahe, den Aufsichtsrat täglich daran zu erinnern. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, insbesondere Ihnen und den Redakteuren. - Danke.

(Beifall bei der FRAKTION)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Zu den Antragstellern gehört auch die Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT. Frau Syndicus hat das Wort.

**Karina Margareta Syndicus** (KLIMA FREUNDE & GUT): Ganz herzlichen Dank, Frau Reker! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Verehrte Zuschauende hier im Ratssaal und an den Endgeräten! Ich freue mich auch, Sie hier vom Betriebsrat zu begrüßen. Das ist, glaube ich, häufig genug schon gesagt worden; trotzdem mache ich es auch noch mal: Schön, dass Sie sich da einsetzen und dass Sie hier sind und bei uns sind.

Es ist eigentlich alles Wichtige schon gesagt worden und ich glaube, es sollte uneingeschränkt feststehen, dass wir hinter den Mitarbeitenden und Mitarbeiterinnen stehen. Ich möchte kurz ein Zitat verlesen, denn ich habe heute Morgen noch mit einem ehemaligen Mitarbeiter der Druckerei gesprochen. Er schrieb mir eine Nachricht - diese möchte ich kurz vorlesen -, weil ich ihn fragte, ob es schon Neuigkeiten gibt oder wie es weitergeht und wie es ihm überhaupt geht. Er schreibt:

Ich war 34 Jahre dort angestellt und hätte niemals gedacht, von jetzt auf

gleich meinen Spind räumen zu müssen und unter Security-Beobachtung das Firmengelände verlassen zu müssen. Ich dachte nicht, dass so etwas in dieser Form und in diesem Land, zudem von einer Firma dieser Größe und Tradition überhaupt möglich ist. Viele Kollegen und Kolleginnen, so auch ich, haben zunehmend gesundheitliche Probleme, weil sie mit dieser unwürdigen Behandlung nur schwer klarkommen. Es ist für hunderte Menschen ein Desaster und nur schwer zu verarbeiten.

Das ist unfassbar und ganz, ganz schwierig nachzuvollziehen, wie sich so eine Situation gestaltet, wenn man morgens an seinen Arbeitsplatz kommt, der plötzlich von jetzt auf gleich nicht existiert. Deswegen appelliere ich hier an alle, möglichst schnell eine sozialverträgliche Lösung zu finden und das so nicht hinzunehmen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird aus dem Rat weiter das Wort gewünscht? - Herr Boyens.

**Stephan Boyens** (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich für die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Köln feststellen: Die Entscheidung von Neven DuMont zur Stilllegung des Druckereibetriebes am Standort Köln ist zunächst einmal als unternehmerische Entscheidung zu respektieren. Über die Art und Weise der Entscheidungsfindung, der Kommunikation und der Einbindung des Betriebsrats und der übrigen Stakeholder kann es aber keine zwei Meinungen geben.

(Beifall bei der AfD)

Wir als AfD halten diese für inakzeptabel, aber zugleich auch wenig überraschend. Sie steht nämlich beispielhaft für die herrschende Unternehmens-Unkultur im Hause Neven DuMont.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben aus der Stadtgesellschaft etliche Beispiele für Solidarisierungsbekundungen und auch konkrete Handlungen erfahren. Ich meine, dass eine Karnevalsband - die Paveier waren es, glaube ich - ihren Auftritt im Neven-DuMont-Zelt abgesagt haben. Ich darf davon ausgehen, dass



Sie, Herr Petelkau, Frau Martin und Herr Joisten - um einmal die drei wichtigsten Fraktionen zu nennen - selbstverständlich auch aus Solidarität Ihren Besuch im Karnevalszelt bei der nächsten Weiberfastnacht absagen werden.

(Beifall bei der AfD)

Frau Oberbürgermeisterin und die Stadtspitze, die dort auch immer gerne ist, von Ihnen erwarte ich das Gleiche. Wir werden in der Presse lesen können, ob die Herrschaften dort waren. Meine Damen und Herren, merken Sie sich das, legen Sie sich das auf Wiedervorlage, wer nächstes Jahr am Tag nach Weiberfastnacht von den Nasen im Neven-DuMont-Zelt war und wer nicht.

Zum Thema der Ehrenbürgerwürde wurde schon viel Richtiges gesagt. Ich zitiere noch einmal, Frau Oberbürgermeisterin sagt:

Hedwig Neven DuMont hat sich um unsere Stadt eindrucksvoll verdient gemacht. Ihr jahrzehntelanges großes soziales Engagement ist bewundernswert und für unsere Stadtgesellschaft nicht hoch genug zu schätzen.

Ich darf Ihnen sagen: Die einzige Fraktion im Rat der Stadt Köln, meine Damen und Herren vom Betriebsrat, war unsere Fraktion, die der Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Frau Hedwig Neven DuMont nicht zugestimmt hat. Das sei nur hier fürs Protokoll vermerkt.

(Beifall bei der AfD)

Das Haus Neven DuMont ist ein Unternehmen im Niedergang. Dieser Niedergang ist zu einem großen Teil selbst verschuldet. Ein Medienhaus, das seine mehr als zweifelhafte Rolle im Nationalsozialismus später durch einen strammen Linkskurs zu kompensieren suchte und sich bis heute durch einen Haltungs- statt Qualitätsjournalismus hervortut, muss sich nicht wundern, wenn ihm die Leser davonlaufen und als Folge davon die Druckerei schließen muss.

(Beifall bei der AfD)

Die wenigsten wissen heute noch, dass DuMont einer der publizistischen Wegbereiter des Nationalsozialismus war; wissen, dass Kurt Neven DuMont - also der Vater von Alfred - am 1. Mai 1937 in die NSDAP eintrat und dass die *Kölnische Illustrierte Zeitung* ziemlich genau vor 80 Jahren Adolf Hitler auf der Titelseite anlässlich des 10-jährigen Tages der Machtergreifung als Schöpfer des Großdeutschen Reiches abgefeiert hat. Die

*Kölnische Zeitung* war eine der wenigen Zeitungen, die bis zum Kriegsende an die vordersten Frontgräben geliefert wurde, weil die Propagandaabteilung der Wehrmacht sie für linientreu hielt. So viel nur zur Geschichte und zu den daraus resultierenden Komplexen im Hause Neven DuMont.

Neven DuMont hatte zuletzt eine Monopolstellung auf dem Kölner Zeitungsmarkt und ist entsprechend schwerfällig und träge geworden. Die betroffenen Mitarbeiter der Druckerei müssen, wie so oft, nun die Fehler und das Missmanagement der Geschäftsführung ausbaden.

(Beifall bei der AfD)

Der weitere Niedergang des Hauses Neven DuMont ist vorprogrammiert und wird sich, meine Damen und Herren, weiter fortsetzen. In der ganzen Sache gibt es lediglich einen Trost: Publizistisch gesehen ist der Niedergang der Neven-DuMont-Blätter kein wirklicher Verlust. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat die Bezirksbürgermeisterin von Nippes, Frau Dr. Siebert, das Wort.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der LINKEN)

**Bezirksbürgermeisterin Dr. Diana Siebert (Nippes):** Ich wollte ja eigentlich nichts sagen, was nicht die gesamte Bezirksvertretung Nippes beschlossen hat. Aber nach dieser Rede? Sie haben so gut wie gar nicht über diesen Konflikt gesprochen. Sie haben nicht darüber gesprochen, wie man die Belegschaft unterstützen kann, wie man den Betriebsrat unterstützen kann. Sie haben praktisch diese Aktuelle Stunde zweckentfremdet, um Ihr Gift zu versprühen.

(Beifall)

So wird die Belegschaft bestimmt nicht zu einem vernünftigen Sozialplan kommen. Ich möchte sagen, die Bezirksvertretung Nippes hat nicht nur in einzelnen Wortbeiträgen, sondern gemeinsam einstimmig eine Resolution verfasst. Und weil diese noch nicht in der Niederschrift vorkommt - da die Niederschrift noch nicht im Ratsinformationssystem ist -, möchte ich sie gerne stellvertretend für alle Nippeser Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter - die AfD war nicht da - hier heute verlesen.

Solidarität mit den Beschäftigten des DuMont-Druckzentrums.

In einer beispiellosen Aktion wurde am 3. Oktober 2023 der Druck der Kölner Zeitungen *Stadtanzeiger*, *Rundschau* und *Express* in eine nicht tarifgebundene Druckerei nach Koblenz verlagert. Am nächsten Tag wurden die 200 Beschäftigten von der Geschäftsleitung mit dieser Entscheidung konfrontiert, von der Arbeit freigestellt und erhielten Hausverbot. Sämtliche Informations-, Beratungs- und Beteiligungsrechte des Betriebsrats nach dem Betriebsverfassungsgesetz wurden missachtet. Dieses Vorgehen ist eine ungeheure Demütigung aller Beschäftigten des traditionsreichen Kölner Druckunternehmens.

(Beifall)

Es bedroht die Existenz der meist langjährig beschäftigten Mitarbeitenden und ihrer Familien. Dieses skandalöse Vorgehen des Verlagshauses M. DuMont Schauberg untergräbt das Vertrauen der Kölner Stadtgesellschaft in das seit 400 Jahren in unserer Stadt ansässige Unternehmen, das mit der Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Alfred und Hedwig Neven DuMont gewürdigt wurde. Das DuMont-Haus, in dem sich die Druckerei befindet, liegt im zum Stadtbezirk Nippes gehörenden Stadtteil Nil. Wir, die Bezirksvertretung Nippes, wissen, dass die Menschen hier ganz besonders von den sogenannten Freistellungen betroffen sind - direkt und indirekt. Wir fordern das Unternehmen und die Gesellschafter auf, ihrer Verbundenheit mit der Stadtgesellschaft und ihrer sozialen Verantwortung für ihre Beschäftigten gerecht zu werden:

- Einhaltung aller Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes

- Fairer und transparenter Umgang mit den Mitarbeitenden und ihren Betriebsräten.

- Das Verlagshaus wird aufgefordert, die sozialen Folgen und finanziellen Einbußen der betroffenen Beschäftigten im Rahmen eines fairen Interessenausgleichs und Sozialplans vollständig auszugleichen und zu tragen.

Einstimmig beschlossen. - Danke.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, ich würde vorschlagen, dass zum Umgang mit dieser uns alle sehr bedrückenden Situation jetzt der Beigeordnete Haack noch einmal Stellung nimmt. - Herr Haack, bitte.

**Beigeordneter Andree Haack:** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Mitglieder des Betriebsrats vom Druckzentrum Neven DuMont! Aus Sicht der Verwaltung will ich auch noch einmal kurz Stellung nehmen - das aber sicherlich mit etwas weniger Wortgewalt, als die Politik das gerade gemacht hat, aber mit der gleichen 100-prozentigen Solidarität, wie die Politik sie gerade zum Ausdruck gebracht hat.

Die Nachricht zur Schließung des Druckzentrums haben wir auch mit tiefer Betroffenheit und mit größtem Bedauern zur Kenntnis genommen. Uns erreichte die Nachricht auf der EXPO REAL in München, und Frau Oberbürgermeisterin Reker traf sich sofort nach der Rückkehr mit dem Betriebsrat, um nicht nur ihre Solidarität auszudrücken, sondern auch gleichzeitig Unterstützung anzubieten.

Köln ist eine Medienstadt und das umfasst nicht nur Funk und Fernsehen, sondern auch Verlags- und Printmedien. Das Druckzentrum ist schon seit vielen, vielen Jahren fester Bestandteil unserer Medienstadt, und es zeichnet sich durch ein besonders motiviertes Team mit langjähriger Betriebszugehörigkeit aus, zum Teil über Generationen hinweg. Das wurde gerade schon angesprochen.

Es ist ein herber Schlag, nicht nur für die Mitarbeiter, sondern für die Stadt. Wir erwarten daher, dass in den nächsten Wochen ein Sozialplan erarbeitet wird, der den Mitarbeiterinnen nicht nur soziale Sicherheit, sondern auch Zukunftsperspektiven aufzeigt. Wir stehen dazu - so, wie das von der Politik in der Debatte angeregt wurde - bereits im Kontakt mit der Geschäftsleitung und probieren, bei der Vermittlung von wohnortnahen Alternativen für die Mitarbeitenden zu unterstützen.

So sehr wir die anstehende Schließung auch bedauern, so sehr hoffen und probieren wir, dabei zu helfen, dass die Mitarbeitenden in dieser Stadt





auch weiterhin eine Perspektive finden können. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich schlage vor, die Aktuelle Stunde nach Abschluss zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen. Wir werden Sie natürlich über die Ergebnisse der diskutierten Möglichkeiten informieren. Ich bedanke mich bei allen, die jetzt ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht haben.

Ich stelle das zur Abstimmung. Kann die Aktuelle Stunde, die Sache, an die Verwaltung zur weiteren Bearbeitung überwiesen werden? Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Aktuelle Stunde hiermit abgeschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Ich rufe auf:

## **2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften**

Tagesordnungspunkt

### **2.1 Nachtrag zur Schenkung aus der Sammlung von Kasper König an das Museum Ludwig 3105/2023**

Hier werden in Ergänzung zur Schenkung mit Ratsbeschluss vom 8. Dezember weitere Werke aus der Werksauswahl von Kasper König angeboten. Wer wünscht, dem Schenkungsangebot zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die FDP, Volt, Die FRAKTION sowie die Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT, Ratsmitglied Zimmermann und die AfD. Vielen Dank! Gegenstimmen kann es keine mehr geben, Enthaltungen auch nicht. Ich bedanke mich sehr herzlich bei dem Schenker Kasper König.

Ich rufe auf:

## **3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**

### **3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Tagesordnungspunkt

### **3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Volt betreffend "Gaskugelbehälter Maarweg langfristig erhalten" AN/1829/2023**

Meine Rednerliste beginnt mit Herrn Kienitz.

**Niklas Kienitz (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf für das Ratsbündnis CDU, Grüne und Volt diesen Antrag begründen. Ich möchte das einmal ein bisschen einsortieren, lokal und vielleicht auch ein bisschen historisch betrachtet. Der Antrag heißt ja „Gaskugelbehälter Maarweg langfristig erhalten“ - oder auch Kugelgasbehälter, wie er in historischen Zeitschriften benannt wird.

Wir befinden uns formal im Stadtteil Ehrenfeld. Der Stadtteil Ehrenfeld hat in den letzten Jahren, ausgehend von seiner historischen Bedeutung als Industriestandort, eine rasante Entwicklung genommen, unterliegt einem großen Änderungsdruck. Wir hatten Zwischennutzung, das kennen alle, das ganze Thema Clubszone usw. diskutieren wir ja immer noch.

Also: Ehrenfeld steht für einen Wandel dieser alten Industrieflächen, und Ehrenfeld hat natürlich eigentlich schon ein Wahrzeichen - das ist der Heliosurm in der Heliosstraße, sehr weit sichtbar, im Wappen auch verewigt. Wir haben in diesem eigentlichen Teil von Ehrenfeld eine tolle Landmarke, mit der sich Ehrenfeld auch gut identifizieren kann und verknüpft wird.

Jetzt haben wir aber über die trennende Bahnlinie hinaus einen weiteren Entwicklungssprung in der Stadtentwicklung, in der Stadtplanung in Ehrenfeld, den wir auf dem Max Becker-Areal nachvollziehen, was wiederum in der sogenannten Weststadt liegt. Die Weststadt allein betrachtet hat eine Größe von 500 Hektar, das Max Becker-Gelände 17 Hektar - 1 700 Wohnungen sollen dort entstehen. Das war so von außen betrachtet. Das Niemandsland - städteplanerisch zwischen Ehrenfeld und Braunsfeld - war städtebaulich ungeordnet und befindet sich jetzt in einem weiteren Stadtentwicklungssprung, in einer Weiterentwicklung unter anderem auf dem Max Becker-Areal. Wir haben ein Zielbild, ein Leitbild für die Weststadt entwickelt.

Ich glaube, wir tun gut daran, auf historische Zusammenhänge, auf historische Bausubstanz Rücksicht zu nehmen und diesem Gebiet, dieser

Weststadt, dem Max Becker-Gelände ein Gesicht zu geben, einen Charakter zu verleihen und dies mit dem Kugelgasbehälter zu tun, der sich auf dem Max Becker-Gelände befindet. Es war damals ein technisches Pionierbauwerk, das dort errichtet wurde, ein Symbol des Wiederaufbaus und der Industrialisierung von Köln. Deswegen ist es essenziell wichtig - auch für Entwickler vielleicht nicht ganz so schlecht -, so eine Landmarke zu entwickeln; einen Punkt, an dem man sich auch weit sichtbar orientieren kann, was sich dort entwickelt. Es ist ein Pionierbauwerk, und es wird dort ein Pionierquartier entstehen, ein modernes Quartier mit einem tollen Symbol, dieser Gaskugel, die letztendlich für das industrielle Erbe Ehrenfelds und für die Weiterentwicklung Ehrenfelds an dieser Stelle steht. Insofern, herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, und ich gehe davon aus - oder ich wünsche mir -, dass hier viele Kolleginnen und Kollegen zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

**Ralph Sterck (FDP):** Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Den Worten meines Vorredners kann ich mich natürlich vollumfänglich anschließen. Ich möchte trotzdem noch einmal ein, zwei Schlaglichter auf dieses Projekt werfen: ein ehemaliger Schrottplatz, Ecke Maarweg/Widdersdorfer Straße, der 2017 von der Firma Pandion erworben und dann in der Kooperation mit dem Nachbargrundstück der RheinEnergie, entsprechend entwickelt wurde.

Ich glaube, so vom Ablauf her - wir haben im Stadtentwicklungsausschuss ja auch schon einmal Sachen, die ein bisschen schwerfälliger laufen - ist das ein sehr vorbildliches Verfahren gewesen. 2020 hat es den Nutzungsänderungsbeschluss des Stadtentwicklungsausschusses gegeben, 2021 das Zielbild, was der Kollege Kienitz eben schon angesprochen hat. 2022 gab es einen Wettbewerb, der in der Auslobung noch beide Möglichkeiten vorsah, nämlich den Erhalt des Gaskugelbehälters oder die Überplanung mit anderen Nutzungen. Gewonnen haben dieses Verfahren CITYFÖRSTER und urbanegestalt. Auch die haben beide Vorschläge noch gemacht. Aber an der Stelle des Gaskugelbehälters sollte eine Kugelbühne errichtet werden, das heißt, der Platz

wäre freigehalten worden und nur diese runde Bühne hätte an den Gaskugelbehälter erinnert.

2023 dann der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan durch den Stadtentwicklungsausschuss mit den entsprechenden Auflagen, die auch das Preisgericht gemacht hat, die auch die Bezirksvertretungen Ehrenfeld beschlossen haben, und da ist der Gaskugelbehälter enthalten.

Von daher, Herr Dezernent Greitemann, herzlichen Dank an die Verwaltung, dass das so schnell umgesetzt worden ist.

4 000 Arbeitsplätze sollen hier entstehen, 1 700 Wohnungen. Das Vorbildliche an diesem Verfahren war auch, dass die Öffentlichkeit immer mitgenommen wurde. Es hat schon fünf Öffentlichkeitsveranstaltungen zu diesem Projekt gegeben.

An dem Verfahren kann man schon sehen, dass der Gaskugelbehälter im Grunde im Zuge der Weiterentwicklung dieses Grundstückes in der Bedeutung gewachsen ist. Es ging gerade darum - und das hat Niklas Kienitz auch gesagt -, hier einen identitätsstiftenden Punkt aus der alten Nutzung zu erhalten, wie wir es beim CfK-Gelände leider nur durch den Wasserturm haben oder auf dem Clouth-Gelände durch die Halle 17, wo man nachher, wenn die neue Bebauung drumherum steht, sieht, wie wichtig es ist, diese Erinnerung an die industrielle Nutzung noch festzuhalten.

Es gab so ein bisschen Streit zwischen dem Landschaftsverband und unserer Denkmalpflege darüber, ob das denkmalwert ist. Ich glaube, wir müssen heute auf jeden Fall einen Dank an Dr. Dieter Brühl von der Bürgervereinigung Ehrenfeld aussprechen, der sich für den Erhalt sehr eingesetzt hat, uns immer wieder gebrieft hat und damit das Verständnis für diese Gaskugel geschärft hat.

Es gibt Zitate, zum Beispiel aus der *Kölnischen Rundschau* vom 10. März 1954, wo geschrieben wurde:

Köln erhält den größten Kugelgasbehälter der Welt mit einem Durchmesser von 34 Metern. Er wird auf dem Gelände der städtischen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke in Ehrenfeld errichtet.

Sowohl der Bau der Kugel als auch die Errichtung an sich sind völlig neuartig und einige Erkenntnisse, die bei der Konstruktion des Behälters gewonnen wurden, sind, genau wie das Bauverfahren, patentfähig.



Wir sehen also: Schon damals in der Wiederaufbauphase - wie Kollege Kienitz auch gesagt hat - wurde das wertgeschätzt. Das sollten wir heute auch tun. Wir haben den Aufstellungsbeschluss des Stadtentwicklungsausschusses, aber das reicht den Antragstellern nicht. Wir wollen ein klares Bekenntnis des Rates. Auch wir als Miteigentümer der RheinEnergie wollen klar sagen, dass wir diesen Behälter erhalten haben wollen.

Wir hätten uns als FDP noch ein bisschen mehr vorstellen können, dass man sich auch über die künftige Nutzung Gedanken macht: Wird das ein Planetarium? Wird das eine Ausstellungsfläche, ein Veranstaltungsraum, irgendeine Freizeitkugel? Dafür konnten wir in dem Antragsbündnis noch keine Mehrheit finden, aber wir hoffen natürlich, dass der Behälter dann in eine vernünftige Nutzung übergeht. Deshalb freue ich mich, dass wir heute erst einmal feststellen, dass der Gaskugelbehälter auf dem Max-Becker-Areal erhalten wird. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Homann das Wort.

**Mike Homann (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste, sowohl hier als auch im Netz! Ich glaube, ich kann mich relativ kurzhalten, weil Kollege Sterck und Kollege Kienitz das Verfahren an sich schon beschrieben haben. Ich möchte auch nicht auf die Bedeutung des Max Becker-Areals eingehen, weil das ja nicht das ist, was wir heute am Ende entscheiden werden.

Wir waren etwas überrascht, weil es etwas außergewöhnlich ist, dass der Stadtentwicklungsausschuss, der natürlich primär dafür zuständig ist, an den Rat noch einmal heranträgt, dass dieser Beschluss noch einmal bekräftigt wird. Wir haben es am 2. Februar dieses Jahres im Stadtentwicklungsausschuss beschlossen, und wir haben auch an dieser Stelle die Fachdiskussion im Stadtentwicklungsausschuss gehabt. Wir hatten auch den Stadtkonservator da. Lieber Kollege Ralph Sterck, die Diskussion, ob es nun ein Baudenkmal, ein Industriedenkmal ist oder nicht, das kann völlig offen sein, weil am Ende die Politik entscheiden muss, ob sie diese Landmarke haben möchte oder nicht.

Wir haben uns damit etwas schwergetan, weil wir in Köln natürlich viel zu wenig Flächen für den

Wohnungsbau haben. Aber auf der gleichen Fläche kann der Investor genauso viel Wohnungsbau und auch Gewerbebau realisieren, insoweit kommt es auf die Fläche nicht entscheidend an. Deswegen können wir diesem Antrag auch zustimmen und werden ebenfalls für den Erhalt dieses Gaskugelbehälters stimmen. Nichtsdestotrotz, lieber Kollege Sterck, nach unseren Informationen wird es keine Nutzung dafür geben können. Wir würden es natürlich wünschen, dass es die gibt. Wir glauben aber nicht daran. Wie gesagt, die Konstruktion dieser Kugel ist auch in sich etwas komplexer. Also, dass die begehrbar gemacht wird usw., ist an dieser Stelle etwas schwierig.

Lassen Sie mich nur zum Abschluss etwas zur Nummer 2 Ihres Antrages sagen, das ist ganz wichtig: Der Eigentümer soll dafür Sorge tragen. Wir würden uns freuen und halten es für erforderlich, dass - auch, wenn es eine Landmarke ist - es letztendlich nicht so ist, dass der Investor dieses Grundstück hat und am Ende die Erhaltungskosten an der Stadt Köln hängen bleiben. Sondern das müsste natürlich klar sein, dass im städtebaulichen Vertrag diese Pflicht dann auf den Investor übergeht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Syndicus das Wort.

**Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Verehrte Zuschauende an den Endgeräten! Wir haben uns sehr über den Antrag gefreut, ehrlich gesagt, weil wir finden, dass solche identitätsstiftenden Landmarken für ein Viertel enorm wichtig sind. Wir sehen es in anderen Städten, aber auch hier in Köln: Wenn ein Viertel entwickelt wird, auf dem nur Wohnraum da ist, aber keine Identität - wie ein Platz oder eben etwas Wichtiges, wie ein Denkmal oder einfach eine Landmarke, die zu sehen ist -, dann ist das Viertel einfach auch wesentlich langweiliger. Natürlich ist jetzt mit der 1954 betitelten „größten Kugel der Welt“ eine Landmarke da, die wirklich ein Viertel ausmachen kann, neben unserem Leuchtturm durchaus ein zweites großes Denkmal sein und dem Viertel eine Identität stiften kann.

Jetzt haben wir hier eben schon gehört: „Freizeitkugel“, „Gaskugelbehälter erhalten“; es lassen sich ganz, ganz viele Sachen machen. Ich glaube, die Identität des Veedels wird sich an dieser Kugel

festhalten. Ich freue mich schon auf tolle neue Postkartenmotive und Poster, die uns dann aus diesem Veedel entgegenströmen werden. - Vielen Dank!

(Vereinzelt Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Zimmermann, bitte.

**Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Stream und hier im Saal! Als Ehrenfelder werde ich Ihrem gemeinsamen Antrag natürlich sehr, sehr gerne zustimmen. Ich möchte nur ein, zwei Anmerkungen machen. Die eine zu dem Konflikt „Denkmalschutz: ja oder nein?“ Der LVR hat die Kugel für denkmalwürdig erachtet, unser Stadtkonservator nicht. Ich habe im Nachgang gelernt, dass das eigentlich ganz gut für uns ist, denn alles, was wir vielleicht mit dieser Kugel vorhaben könnten, würde nicht funktionieren, wenn es tatsächlich ein Denkmal geworden wäre. So ist der Gaskugelbehälter in Ehrenfeld, dessen Erhalt wir uns wünschen, auch für andere Nutzungen potenziell möglich, wenn sich denn jemand findet, dem dort eine Lösung einfällt.

Ich bin aber auch ein bisschen - nicht enttäuscht, das ist übertrieben; ein anderes Wort für enttäuscht? -

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Irritiert!)

irritiert?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Verwundert!)

Verwundert? Erschreckt? - Nein. Herr Sterck hat es schon angedeutet: Ich hätte mir auch mehr gewünscht. Dieser Antrag ist hier im Rat gelandet, weil wir diese Debatte auch im Stadtentwicklungsausschuss geführt haben. Ich glaube, ich habe noch richtig im Ohr, was Herr Greitemann dort gesagt hat: Na ja, der Rat kann in seiner Weisheit auch beschließen, dass dieser Kugelbehälter dauerhaft erhalten bleibt. Das liest sich jetzt so in Ihrem Antrag, ehrlich gesagt, nicht. Es ist ein Appell, eine Aufforderung.

Daher möchte ich jetzt, um das einmal festzuhalten, die Verwaltung - die Oberbürgermeisterin bzw. den Dezernenten - fragen: Ist das denn nun formal in eine größere Geschichte eingebettet, die

Wirksamkeit entfaltet? Oder kann der Investor das Ding trotzdem einfach noch abreißen?

Zweite Frage: Wäre es zu einem späteren Zeitpunkt möglich, tatsächlich auch einen etwas schärferen Beschluss zu fassen, der wirklich einen dauerhaften Erhalt der Gaskugel sichert? Diese beiden Fragen würde ich gerne noch loswerden. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Greitemann, vielleicht einmal zu den Eigentumsverhältnissen, dann zu der Übertragungsmöglichkeit, zu dem Unterhaltungsaufwand und zu der Federführung für die Instandsetzung, die dann notwendig sein wird.

**Beigeordneter Markus Greitemann:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das ist eine echte Herausforderung, so aus dem Stand. Aber ich möchte das gerne tun.

Zum einen ist der Gaskugelbehälter aktuell, soweit ich vom aktuellsten Stand Kenntnis habe, im Besitz der RheinEnergie. Es gibt einen Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses, der den Gaskugelbehälter erhalten wissen möchte. Von daher denke ich, dass die RheinEnergie - die auch im Saal ist - etwas dazu sagen kann, wie sie gedenkt, mit dem Gaskugelbehälter umzugehen.

Zu Übertragungen sollte vielleicht der Eigentümer am besten selbst etwas sagen, wenn er das möchte.

Und zur Instandhaltung. Sie müssen sich dessen bewusst sein: Egal, wer den Gaskugelbehälter hinterher betreibt, das wird ordentlich Geld kosten, was der Eigentümer dann aufbringen muss. Wer es auch immer ist.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank! Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Können die Stadtwerke auch etwas dazu sagen? Herr von Lepel?

**Timo von Lepel (Stadtwerke Köln):** Ja, wenn wir in Vertretung für die Stadtwerke und für die RheinEnergie angesprochen werden. Herr Greitemann hat es angesprochen: Es ist in der Tat so, dass wir, also die RheinEnergie, mit dem anderen Eigentümer Pandion - die andere Hälfte gehört ja dem Entwicklungsträger Pandion - in Gesprächen





sind, um ein gemeinsames Konzept davon zu entwickeln, wie das unter Einbeziehung des Gaskugelbehälters genutzt werden kann. Insofern laufen die Planungen, sie sind noch nicht abgeschlossen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. Aber Stadtentwicklungsausschuss und Rat haben ja genau akzentuiert, wie sie sich den Gaskugelbehälter in Zukunft vorstellen. Ich glaube, dass der ein Identifikationsobjekt für unser schönes Ehrenfeld sein wird, ist ja unbestritten.

Ich lasse das jetzt abstimmen. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP, Volt, die AfD, Die FRAKTION und natürlich Herr Zimmermann und die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Tagesordnungspunkt

### 3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Klima-Bonus-App – Klimafreundliches Verhalten verstärken und ausbauen" AN/1827/2023

#### Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt AN/1894/2023

Als Erster hat Herr Lorenz das Wort.

**Lukas Lorenz (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Um die Treibhausgasemissionen in Köln bis 2035 auf null zu reduzieren und klimaneutral zu werden, brauchen wir alle Kölnerinnen und Kölner. Unser heute eingebrachter Antrag zielt dabei darauf ab, positive Anreize für individuelle Verhaltensänderungen zu belohnen und damit zu verstärken. Wir brauchen dafür alle Menschen, die gemeinsam an der Klimaneutralität arbeiten. Umso mehr freue ich mich natürlich über den Änderungsantrag, dem wir auch gleich zustimmen werden. Wir finden es aber so ein bisschen schade, dass darin die regionale Zusammenarbeit herausfällt. Diese fänden wir sinnvoll, weil wir eigentlich wissen, dass ganz viele Pendlerinnen und Pendler aus dem Kölner Umland mit dem Auto nach Köln fahren. Vielleicht überlegen die Änderungsantragsteller, dann noch mal einen Satz beizufügen.

Eine App, wie wir sie jetzt vorschlagen, wird übrigens auch schon in Wien und Offenbach und in der beliebten Stadt Bergheim eingesetzt. Ich hätte auch noch Bottrop und zehn andere Städte gesagt. Sie merken, eine digitale Lösung zur positiven Verstärkung von klimafreundlichem Handeln ist nicht neu und macht viel Sinn. Unser Antrag soll der Einstieg sein, um Menschen positive Anreize zu bieten, ihr Verhalten nachhaltig zu verändern.

Wir wollen deshalb auch mit einer einfachen Lösung starten. Im ersten Schritt schlagen wir vor, zurückgelegte Fahrten mit Bus und Bahn sowie Rad- und Fußwege zu berücksichtigen. Später können dann Aspekte wie Müllreduktion, Energie- oder Wassersparen Berücksichtigung finden und dazu beitragen, unserem wichtigen Ziel näher zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Gerade seit der Einführung des Deutschlandtickets bietet sich die Mobilität noch einmal mehr an, um jetzt die Nutzung von Bus und Bahn zu bewerben und noch attraktiver zu machen. Denn schon bald werden immer mehr Menschen das Ticket in der Tasche haben und damit die Möglichkeit, sich klimaneutral fortzubewegen.

Eine kurze Geschichte von meiner Arbeit: Fast alle Kolleginnen und Kollegen besitzen zwar ein Deutschlandticket, leider nutzen sie es aber sehr selten, um zum Arbeitsplatz zu kommen. Ähnlich wie die BahnBonus-Punkte wollen wir genau hier ansetzen und für meine Kolleginnen und Kollegen zusätzliche Anreize schaffen, sich mit Bus und Bahn fortzubewegen. Das finde ich clever.

Ganz nebenbei fördern wir mit dem Bonusprogramm den Bereich und den Besuch von Kultur- und Sporteinrichtungen und finden so vielleicht neue Zielgruppen für die Oper, weil ich denke, dass dann vielleicht Leute motiviert werden, in die Oper zu gehen, die sonst nicht in die Oper gehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

- Ich freue mich, wenn die Kulturpartie sich darüber freut, wenn die Oper gefördert wird.

Eine klassische Win-Win-Situation. Uns ist dabei aber auch vollkommen klar, dass diese digitale Lösung nur ein Mosaiksteinchen bis 2035 sein kann und viele weitere Schritte nötig sind. Wir übernehmen sodann auch den Änderungsantrag - oder wir werden ihm dann zustimmen. Deswegen lassen Sie mich so abschließen: Lassen Sie



uns mutig in die Zukunft gehen, denn nur so gewinnen wir sie. Bitte stimmen Sie den Anträgen zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Dr. Lutz das Wort.

**Dr. David Lutz** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren hier im Saal und auf der Zuschauertribüne! Auch ein Hallo an die Zuhörenden und Zuschauenden in den verschiedenen Livestreams!

Es freut mich, dass wir gerade jetzt zur Kölner Klimawoche hier im Rat einen Antrag behandeln, der die Bereiche Digitalisierung und Klima zusammenbringt, nämlich mit einer Klimabonus-App. Wenn wir uns generell einmal anschauen, was die Digitalisierung mit dem Klimaschutz zu tun hat, gibt es ein breites Spektrum. Es gibt auf der einen Seite besorgniserregende Zustände in riesigen Rechenzentren oder bei Crypto-Mining-Farmen, die durch ihren enormen Ressourcenverbrauch dem Klimaschutz nicht gerade zuträglich sind.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Auf der anderen Seite haben wir aber natürlich auch das Einsparen von beispielsweise Interkontinentalflügen, denn anstatt der Reisen werden Videokonferenzen gemacht. Oder wir haben Einsparungen im Ressourcenverbrauch bei E-Mail statt Brief, weil wir hoffentlich schon lange nicht mehr unter unsere E-Mails schreiben: Bitte denken Sie darüber nach, diese E-Mail nicht auszudrucken. Ich glaube, das ist jetzt in allen Köpfen angekommen. Hier haben wir auf jeden Fall sehr viele positive Beispiele.

Aus diesem weiten, weiten Spektrum greifen wir jetzt wieder einen positiven Aspekt heraus: Eine Klimabonus-App, die die Bürger\*innen dieser Stadt dazu motivieren, animieren soll, doch deutlich klimaschonender unterwegs zu sein, indem ein bestimmtes Bonussystem etabliert wird.

Wir sind auch mit unserem Änderungsantrag sehr nah beim Originalantrag der SPD, weil wir das generelle Konzept gut finden. Wir haben ein paar Änderungen mit eingebracht. Wir möchten gerne intern ein anderes Finanzierungsmodell haben. Wir denken schon an eine bestimmte App. Wir

müssen in Köln nicht unbedingt das Rad neu erfinden, auch wenn wir es natürlich sehr gerne immer wieder machen, weil Köln so besonders ist. Es gibt hier bereits eine App, Klima-Taler, die in verschiedenen Städten, in verschiedenen Kommunen schon erfolgreich genutzt wird. Hier bringen wir auch den Regionalaspekt wieder hinein. Sie wird in verschiedenen Kommunen in der Region schon benutzt. Das heißt, wenn wir diesen Klima-Taler in Köln einführen würden, wäre es nicht eine singuläre Lösung für die Stadt, sondern wir könnten hier regional auch viel verbinden.

Der Klima-Taler besteht im Grunde genommen darin, dass Bürger\*innen durch klimaschonendes oder klimaunterstützendes Verhalten Bonuspunkte sammeln können, die sogenannten Klima-Taler, die dann beispielsweise im lokalen Einzelhandel durch Rabatte oder andere Prämien wieder eingelöst werden können. Wir denken jetzt an den Einzelhandel. Wir denken vielleicht auch an die Stadtwerke-Unternehmen, die sich hier mit beteiligen und schaffen so eine entsprechende Win-Win-Situation zwischen Förderung des Einzelhandels, der Stadtwerke-Gesellschaften und auf der anderen Seite natürlich Förderung des klimaschonenden, klimaunterstützenden Verhaltens der Bürger\*innen dieser Stadt.

Das ist das Konzept im Groben. Die technischen Details erspare ich Ihnen hier im Rat. Das machen wir vielleicht mal im Digitalisierungsausschuss, wenn die App dann das Licht der Welt erblickt hat oder hier in Köln eingeführt wird. Für jetzt freue ich mich auf eine breite Zustimmung zu dem Antrag und später dann eine umfangreiche Nutzung der App. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Weber das Wort.

**Florian Weber** (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Der SPD-Antrag „Klimabonus-App“ ist gut gedacht, allerdings nicht bis zum Ende gut gemacht und deswegen stellen wir auch unseren Änderungsantrag. Trotzdem, liebe SPD, vielen Dank, dass ihr das Thema aufbringt. Denn natürlich sind auch wir für den Schutz unserer Umwelt. Und natürlich sind wir neben den millionenschweren Umweltschutzpaketen, die dieser Rat bereits beschlossen hat, auch immer offen für Ideen.



Zur Bonuskomponente eures Antrages. Wir sind überzeugt, dass die vorgeschlagenen Markt- und Wettbewerbsmechanismen sehr wirkungsvoll sind und häufig sogar viel besser wirken als kluge Ratschläge oder Verbote. Das zeigen auch die etablierten Bonusprogramme Payback etc. und auch diverse Fitnessapps. Also auch hier ein guter Ansatz in eurem Antrag.

Wir sind sicher, dass sich viele Institutionen und Unternehmen in Köln finden lassen werden, die mit Rabatten und Boni aus eigenen marktwirtschaftlichen Überlegungen heraus auch daran teilnehmen werden. Das ist wiederum gut für die Stadt, denn dann geht es nicht zulasten des städtischen Haushalts, sondern diese Rabatte werden dann eben von den Unternehmen gewährt.

Jetzt zur App. Da gehen wir ein bisschen auseinander, deswegen ist der Änderungsantrag auch so notwendig, denn da blendet ihr leider die aktuelle Diskussion im Digitalausschuss aus. Ihr wisst doch, dass dort eine neue App-Strategie vorbereitet wird, die uns die Stadt wahrscheinlich bis Ende des Jahres vorstellen wird: Warum greift ihr dem nun vor und fordert den Bau einer App?

Entgangen ist euch offenbar auch, dass es am Markt bereits funktionierende Apps gibt. Warum also das Rad neu erfinden? Getoppt wird das Ganze dadurch, dass ihr den Bau der App aus den Mitteln des wichtigen Bereichs „Kölner Daten-ökosystem“ finanzieren wollt, wo das Geld auch unbedingt gebraucht wird. Deswegen stellen wir heute einen Änderungsantrag. Unser Antrag macht den Einsatz einer Klimabonus-App für Köln voraussichtlich schon im Frühjahr möglich und kommt den Steuerzahler in Köln deutlich günstiger zu stehen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Röhrig das Wort.

**Uschi Röhrig (DIE LINKE):** Da weiß man ja an für sich erst mal gar nicht: Ist das Digitalisierungsausschuss, Umweltausschuss oder Verkehrsausschuss? Na gut, ich fange jetzt erst einmal an zu reden.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuschauer vor Ort und liebe Zuschauer zu Hause an den Bildschirmen! Die Partei des Klimakanzlers hat uns

hier einen Antrag vorgelegt, der auf den ersten Blick klimafreundliches Verhalten verstärken soll. Das passt zusammen, denn es scheint beides nur so und nicht anders beim Änderungsantrag. Vor allem wird die Verantwortung auf die Einzelnen abgewälzt, wie es auch der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck schon macht. Den hat ja nicht umsonst ein Ölkonzern eingeführt. Auch die wollten klarmachen: Umwelt und Klimaschutz ist in erster Linie dein Problem. Ist es aber nicht. Es ist ein Problem der Rahmenbedingungen und diese gibt die Politik vor.

Sie verweisen in Ihrem Antrag auf Wien. Hätten Sie doch mal genauer nach Wien geschaut, dann hätten Sie nicht nur einen besseren Wohnungsbauantrag geschrieben - dazu kommen wir gleich -, sondern auch festgestellt, dass es in Wien eine Dienstgeberabgabe gibt. Das bedeutet, dass vom Dienstgeber für jeden Dienstnehmer mit Beschäftigungsort in Wien für jede angefangene Woche eines bestehenden Dienstverhältnisses eine Abgabe zu entrichten ist. Eine ähnliche Nahverkehrsabgabe gibt es übrigens auch in Frankreich. Vielleicht sollten Sie, meine Damen und Herren von der SPD, einmal gemeinsam mit den Grünen in Berlin anrufen und so etwas für Deutschland fordern. Das wäre ein Schritt zum Ausbau von kostenlosem ÖPNV und damit wesentlich wirksamer als Ihre Smartphone-Spiele.

(Beifall bei der LINKEN)

Vor allem schlagen Sie uns das hier vor, bevor überhaupt ein Ergebnis aus Wien vorliegt. Die stecken ja noch in der Pilot- und Forschungsphase. Die Änderungs-App, die Volt uns vorschlägt, ist in erster Linie doch lokale Wirtschaftsförderung und unterscheidet sich kaum von anderen Rabattkarten, wie zum Beispiel Coupons. Sowieso sind solche Spielelemente kein Ansatz, um große CO<sub>2</sub>-Emissionen zu vermindern. Sie sind vielleicht ganz nett und ein Zuckerchen für die, die es nutzen. Das war es dann aber auch. Wenn man sich die Bedingungen genau anschaut, dann sollen die Nutzerinnen für die Nutzung des Kölner ÖPNV und des Radwegesystems einen Bonus bekommen. Derzeit müsste man denen eher eine Entschädigung auszahlen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wenn ich den SPD-Antrag richtig verstanden habe, dann muss ich rund zwei bis vier Wochen, also rund einen Monat, mit der KVB fahren und bekomme dann einen Gutschein fürs „Kostenlos-ins-Museum“. Einmal im Monat kostenlos ins Mu-



seum? Da war doch was! Wir haben schon mehrfach beantragt - und Frau Oberbürgermeisterin hat es auch zum Wahlkampfthema gemacht -, dass der Eintritt in die Museen überhaupt kostenlos sein soll. Herr Charles sprach sich jetzt öffentlich für den Museumsmontag aus und alles ohne App.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Da sieht die Alternative des Mehrheitsbündnisses mit 20 Prozent Rabatt auf Glasstrohalme oder einen Neukunden-Gutschein für eine Freifahrt mit TIER-E-Scooter doch schon viel attraktiver aus.

Kommen wir einmal zum Digitalen. Die SPD schreibt: Die App funktioniert unter Wahrung von Privatsphäre und Datenschutz, folgt keinen Unternehmensinteressen. Tatsächlich nutzt die App bei iPhones eine Verbindung zur Apple Health App und auf Android-Geräten zum Beispiel zur Google Fit App. Hinter Apple und Google stecken bestimmt keine Unternehmensinteressen, und wir liefern denen unsere Bewegungsprofile frei Haus in die USA. Na, was soll das denn? Da scheint die Klima-Taler-App leicht überlegen zu sein, hat aber mehrere andere entscheidende Nachteile. So wird jeder Fußweg und jede Radfahrt pauschal um 20 Prozent gekürzt, da man unterstellt, die Nutzerinnen betrieben Sport. Ein weiterer Nachteil ist, dass die App vortäuscht, man könne mit den gesammelten Talern eigene CO<sub>2</sub>-Vergehen wieder ausgleichen - das ist Blödsinn. Wenn Sie heute mit dem Privatjet nach Sylt fliegen, dann können Sie 365 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag im ÖPNV unterwegs sein, das CO<sub>2</sub> kriegen Sie nicht wieder aus der Luft.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Durch das Deutschlandticket ist es kein Problem, so lange Hin-, und Rück- und Umwegfahrten zu unternehmen, bis ich die gewünschten Bonuspunkte zusammen habe - ob ich irgendwohin muss oder nicht. Köln braucht keine Belohnungs- oder Entschädigungs-App, Köln braucht einen zügigen oberirdischen Ausbau des ÖPNV und endlich mehr Sicherheit und weniger Behinderung für Radfahrende und Zu-Fuß-Gehende. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Görzel hat das Wort.

**Volker Görzel (FDP):** Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Röhrig, ganz herzlichen Dank für Ihre erfrischende, zukunftsgerichtete, digitale Rede und Ihr Plädoyer für eine moderne, fortschrittliche Stadt. Das war sehr erfrischend. Vielen Dank!

Liebe Kollegen von der SPD, vielen Dank für Ihren Antrag. In Anbetracht des Umstandes, dass wir nach zwei Stunden Sitzungszeit erst beim dritten Tagesordnungspunkt sind, fasse ich mich auch sehr kurz. Wir bedanken uns als FDP-Fraktion für Ihre Initiative. Wir waren auch sehr sympathisierend mit eurer Initiative, hatten allerdings ein kleines Störgefühl, nämlich das Störgefühl, dass wir als Liberale meinen, dass eine private Lösung im Prinzip auch eher fortschrittsfähig ist als eine städtische Lösung. Wir meinen, ähnlich wie es hier eben angeklungen ist, dass die Stadt Köln hier nicht unbedingt als Akteur tätig werden muss. Wenn Sie gleich Langeweile haben - so ab 19.00 Uhr werden ja die Hände langsam ruhig und die Augen träge -, gehen Sie einmal in Ihren App Store und geben Sie einmal die drei Begriffe „Klima“, „Bonus“ und „App“ ein, und Sie werden die restliche Ratszeit in Anbetracht vieler Apps zu diesem Thema verbringen können. Sie brauchen den Reden nicht mehr zuzuhören. Sie werden ganz viele Klimabonus-Apps finden. Kurzum: Da draußen ist schon ein wahnsinniger Markt für dieses Produkt. Das brauchen wir wirklich als Stadt Köln, als Verwaltung nicht neu zu erfinden.

(Beifall bei der FDP)

Damit ist alles gesagt, insbesondere von mir. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

**Christian Achtelik (Vlt):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen hier und zu Hause! Über den Aspekt Digitales haben Herr Lutz und Herr Weber bereits gesprochen. Ich möchte noch einmal auf den Aspekt der Mobilisierung eingehen. Sie erinnern sich vielleicht an das Gutachten „Klimaneutralität“. Ein langes, dickes Dokument, das wir alle ausführlich studiert haben und das uns noch einmal einige Fakten hier dargelegt hat: dass die Stadt als Politik, als Verwaltung nicht alle Treibhausgase einsparen können, sondern,





dass es um die Mitwirkung von jedem und jeder in dieser Stadt geht. Das bedeutet für mich nicht, dass wir Verantwortung abgeben, sondern, dass wir einbeziehen. Ganz klare Nachricht hier an DIE LINKE.

(Beifall bei Volt)

Gerade im Bereich Mobilität sind wir auf die Mitwirkung aller Einwohnenden, aller Pendler\*innen und anderer Menschen, die in Köln unterwegs sind, angewiesen. Dann ist es doch schön, wenn wir eine App haben, die, wie Herr Görzel schon ausgeführt hat, von anderen Kommunen genutzt wird - Beispiel Bergheim, Beispiel Aachen: Da gibt es viele Pendler\*innenströme, Menschen, die die App nutzen können, sowohl zu Hause als auch hier bzw. auf dem Weg von A nach B und das Ganze nahtlos. Mit den Vorteilen, dass wir als Stadt uns nicht noch damit rumschlagen müssen, eine eigene App zu entwickeln und damit Kosten und Aufwand sparen.

Danke also an der Stelle an die SPD für die Initiative. Wir haben das Ganze noch etwas verfeinert, freuen uns, dass ihr dann auch zustimmt. Ich denke, es ist ja auch nicht gegen euer Interesse, was wir hier machen.

Dann kann ich mir natürlich einen Kommentar an dem Punkt nicht verkneifen. Die Klima-Taler kann man europaweit einsetzen, sogar in Portugal und Finnland.

(Beifall bei Volt)

Falls ihr also weiter unterwegs seid, könnt ihr das dort auch machen. Ich weiß von niemandem hier im Raum mit Privatjet, der oder die dann dorthin fliegen würde, um das zu nutzen, um damit dann irgendwas einzusparen. Ich glaube, das ist eine Argumentation, der viele hier nur schwer folgen konnten. Es wird ein Anreiz geboten, dass Kölnerinnen und Kölner engagiert mitziehen beim großen Ziel Klimaneutralität. Damit machen wir hier einen kleinen Schritt oder ein kleines Mosaiksteinchen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt sehe ich, dass weiter das Wort gewünscht wird. - Bitte.

**Philipp Busch (AfD):** Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Mit Ihrem Einverständnis würde ich

vom Platz aus reden, damit es schneller geht. Vielen Dank. Kurz und knackig: Keine Social Credits mit der AfD. Von daher werden wir beide Anträge ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt ist auf meiner Rednerliste Frau Feuser.

**Inga Feuser (KLIMA FREUNDE & GUT):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg\*innen hier im Rat! Liebe Zuschauende! Ich freue mich, und ich bin auch ein bisschen aufgeregt, aber, ich glaube, ich kriege das hin.

(Beifall)

Liebe SPD, vielen Dank dafür, dass ihr den Fokus auf das wichtigste Thema überhaupt legt. Um noch unter zwei Grad bleiben zu können und damit die schlimmsten Folgen der Klimakrise abmildern zu können, muss der CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf in Deutschland von derzeit 9 bis 11 Tonnen auf knapp 2 Tonnen im Jahr sinken. Ein deutlich nachhaltigeres Leben unserer gesamten Gesellschaft ist also für das Überleben der nächsten Generation zwingend notwendig.

Aber: Nachhaltiger Lebensstil ist keine Modeerscheinung. Das ist auch kein Lifestyle, den ich wählen kann oder nicht. Das ist auch kein Spiel und kein Bonusprogramm. In dem dringend notwendigen Prozess der sozialökologischen Transformation unserer gesamten Gesellschaft sollte die Aufgabenverteilung doch eigentlich klar sein: Politik und Verwaltung sind dafür verantwortlich, dass das nachhaltige Leben das einfache, kostengünstigere und das normale Verhalten wird und nicht eine von vielen Möglichkeiten, für die ich ein kleines Giveaway bekomme. Politik ist dafür zuständig, die notwendigen systemischen und strukturellen Veränderungen herbeizuführen und dort, wo es notwendig ist, auch klare Regeln und Gesetze aufzustellen, um die Grundrechte der kommenden Generationen zu schützen.

Es ist unserer Auffassung nach nicht die Aufgabe von Politik, Bürger\*innen mit kleinen Belohnungen zu erziehen. Menschen wählen Politiker\*innen, damit sie für die großen gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit Lösungen finden, und zwar die Lösungen, die der Größe der Herausforderungen angemessen sind. So zu tun, als wäre ein Klima-Payback auch nur im Ansatz

dazu geeignet, die größte Herausforderung unserer Zeit zu lösen, ist absolut absurd und unehrlich. Das ist auch der Schaden, der dadurch entsteht.

Die Kollegin von der LINKEN hat es gerade schon gesagt: Die hier vorgeschlagene App versucht die Verantwortung für Klimaschutz und Transformation von der Politik auf das Individuum zu verlagern. Eine Strategie, die auch der Ölkonzern BP schon in den 90er Jahren gewählt hat, um die Schuld von sich abzulenken. Klimafreundliches Verhalten muss belohnt werden, das ist klar. Aber ernsthaft, durch die Einführung echter, kostengünstiger Alternativen. Solange das KVB-Jahresabo oder jetzt das Deutschlandticket immer noch mehr als das Zwanzigfache eines Parkausweises für Bewohner\*innen kostet, solange 15 Minuten Parken mit der Brötchentaste attraktiv gemacht werden, hin und zurück im Kurzstreckentarif aber immer noch 4,40 Euro kostet, ist die Einführung einer solchen App nichts anderes als eine Farce.

(Vereinzelt Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich gerne abstimmen lassen. Zunächst den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt. Gegenstimmen? - Es stimmen dagegen: Die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT, Herr Zimmermann, Die FRAKTION und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist der ersetzt und damit beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Tagesordnungspunkt

### **3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Mängel auf der Zoobrücke schleunigst beheben" AN/1819/2023**

Herr Boyens hat das Wort.

**Stephan Boyens (AfD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Brückenschäden, Tempo 50 statt 80 - so steht es seit 1. Oktober auf den Schildern entlang der Zoobrücke. Brückenschäden? Nein, meine Damen und Herren, das sind keine Brückenschäden. Das ist Staatsversagen. Staatsversagen, Versagensversagen wegen jahrelanger Untätigkeit des Dezernats für Mobilität. In Köln bekannt als Dezernat für Stillstand und Schikane.

(Beifall bei der AfD)

Die Wahrheit ist: Der desolate Zustand der Zoo-  
brücke ist ein Sinnbild - ein Sinnbild für die Lage  
in dieser Stadt und in diesem Land. Wir Bürger  
zahlen die zweithöchsten Steuern der Welt. Und  
was bekommen wir dafür vom Staat? Noch nicht  
einmal drittklassige Leistung. Die Steuerzahler in  
diesem Land, in dieser Stadt erleben Tag für Tag  
einen gierigen, einen übergriffigen Steuerstaat,  
der es nicht vermag, die Kernaufgaben auch nur  
ansatzweise zu erfüllen. Schlimmer noch: Staat  
und Verwaltung setzen die falschen Prioritäten  
und verzetteln sich zunehmend in Ideologiepro-  
jekten. Beispiele gefällig? Gerne.

1. Stümperhafte Verkehrsversuche auf der Deut-  
zer Freiheit und der Venloer Straße. Dafür ist Zeit  
und Geld da. Aber die Infrastruktur der wichtigsten  
Brücke dieser Stadt verfällt. Wir brauchen keine  
weiteren Verkehrsversuche. Was wir brauchen,  
ist der ernsthafte Versuch und Willen, die beste-  
hende Infrastruktur zu sanieren.

2. Jede Menge „Schule ohne Rassismus“-Pro-  
gramme, aufwendig finanziert und organisiert von  
Stadt, Land und Bund und angesiedelt beim Amt  
für Integration und Vielfalt, direkt bei der Oberbür-  
germeisterin. Dafür ist Zeit und Geld da. Was die  
Eltern aber in erster Linie wollen und die Schüler  
dringend brauchen, das sind nicht Schulen ohne  
Rassismus, das sind Schulen ohne kaputte Toilet-  
ten und Schulen ohne marode Turnhallen, meine  
Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

3. Unsere Oberbürgermeisterin schreibt Briefe  
nach Berlin, in denen sie die Aufnahmebereit-  
schaft für noch mehr raum- und kulturfremde  
Menschen erklärt. Dafür findet sie Zeit und Kraft.  
Gleichzeitig ist Köln diejenige Stadt mit dem  
höchsten Wohnraummangel in ganz Nordrhein-  
Westfalen.

(Zurufe: Zur Sache! - Was hat das mit  
der Zoobrücke zu tun? - Bei welchem  
TOP sind wir?)

Wann schreiben Sie mal einen Brief, Frau Ober-  
bürgermeisterin, um denen in Berlin zu erklären,  
dass Köln längst überfordert ist und keine Men-  
schen mehr aufnehmen kann? Diese Liste ließe  
sich beliebig fortsetzen, meine Damen und Her-  
ren, und die Zoobrücke, über die wir heute reden,  
steht hier pars pro toto.

Und: Ja, diese Stadt hat nicht zuletzt auch ein  
Müllproblem, Frau Reker. Aber wenn man als  
Oberbürgermeisterin gefragt wird, was man in die-  
ser Stadt rasch ändern würde, und einem fällt

dann nur der viele Müll ein, dann zeigt das, dass man die wirklichen Probleme in dieser Stadt nicht ansatzweise erfasst und gedanklich durchdrungen hat. Diese Stadt mag auch ein Müllproblem haben, Frau Oberbürgermeisterin, aber das eigentliche Problem dieser Stadt, das ist ihre Führung, das sind Sie. Denn wer nicht in der Lage ist, die richtige Diagnose zu stellen, der ist dann auch nicht in der Lage, richtig Prioritäten zu setzen und das Richtige zu tun. Aber genau das ist Führungsaufgabe. Dieser Aufgabe scheinen Sie nicht gewachsen, Frau Oberbürgermeisterin. Die Zoobrücke ist ein weiterer Beleg dafür.

(Beifall)

Das einzig Gute an der Situation der Zoobrücke ist, dass man dort - ich habe es selbst heute Morgen ausprobiert - wunderbar nach wie vor mit 80 Stundenkilometern entlang segeln kann. Da hat die Dysfunktionalität dieser Stadt für Autofahrer auch mal ihr Gutes. Das muss man dem Dezernat für Mobilität lassen: Wenn schon dysfunktional, dann auch durchgängig dysfunktional. Im Übrigen - ich weiß nicht, ob Sie es heute Morgen im *Kölner Stadtanzeiger* gelesen haben -, von 278 Unfällen, die dort passiert sind seit 2017, ist nicht ein einziger - nicht ein einziger - aufgrund erhöhter Geschwindigkeit passiert. Also, diese ganze 50-Aktion ist vollkommen an der Sache vorbei. Die Zahlen können Sie im *Kölner Stadtanzeiger* von heute lesen.

Meine Damen und Herren, stimmen Sie für unseren Antrag. Ceterum censeo migrationem illegalem esse delendam. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer wünscht, dem Antrag zuzustimmen? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

**3.1.4 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Dä malade Melode, oder es lebe die Kultur“  
AN/1817/2023**

Herr Wortmann hat das Wort.

**Walter Wortmann (Die FRAKTION):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Fachausschuss beschloss letztes Jahr auf dem Melaten-Friedhof die kleine historische Trauerhalle zum Kolumbarium umzubauen, obwohl dort ursprünglich eine Begegnungsstätte samt Café geplant war. Einerseits ist das gut, weil Kolumbarien eine Herzensangelegenheit von mir sind. Andererseits ist das eine vertane Chance, Begegnungs- und Bildungskultur auf diesem Friedhof erstmals zu praktizieren.

Aber nun zum Antrag: Der Kollege Brust aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mir im September zur Ratssitzung geraten, den Antrag nochmals zu überdenken, was wir getan haben. Deshalb nochmals vielen Dank an ihn. Im Wesentlichen hat sich inhaltlich an diesem Antrag wenig geändert. 55 Friedhöfe mit weit über einer halben Million Gräber, 350 Kilometer Wegenetz werden derzeit vom Personal des Grünflächenamtes, von den Friedhofsgärtnern betrieben und von Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern betreut. Nahezu die Hälfte der Fläche entfällt auf die fünf Zentralfriedhöfe.

Uns geht es mit diesem Antrag darum, die Kölner Friedhofskultur unter die Lupe zu nehmen und den Kulturfriedhof auszurufen. Deswegen sage ich analog zum Antrag: Es lebe die Kultur! Es erstrahle Dä Malade Melode beispielhaft in voller Kraft.

Um es auf den Punkt zu bringen: Wir wollen Sie heute dafür gewinnen, die Betreuung der städtischen Ruheliegenschaften zukünftig in die Obhut von zwei Verwaltungsbereichen zu geben, ihnen ein Konzept zu verpassen und die Protagonisten mit deutlich höheren Mitteln auszustatten. Wir wollen unterscheiden und aufteilen nach der Landschaftspflege und Bestattungskultur mit der Zuständigkeit des Dezernates für Umwelt, Grün und Liegenschaften und der Betrauung andererseits des Dezernats Kunst und Kultur mit der Konzeption und Umsetzung kultureller Gestaltung, Begegnung und Bildung. Die Voraussetzungen sind optimal, hat doch die UNESCO 2020 den Deutschen Friedhof allgemein und schlechthin zum immateriellen Kulturerbe erklärt, dem sich die Bundeskulturministerkonferenz umfänglich angeschlossen hat. So können die Kommunen mit einem Eintrag in die entsprechende Charta dieses Erbe annehmen und sich mit dem Logo der UNESCO schmücken. 100 Städte und mehr haben das bereits getan. Brühl hat es letzte Woche gemacht.

Nur Köln bleibt hier ein weißer Fleck. Die Charta hat das Rad nicht neu erfunden, aber sie bringt Ordnung und Rahmenhandlungen in einen gesellschaftlich betrachtet stigmatisierten und verkannnten Bereich. Und sie unterteilt zwölf Elemente: Lebendiges Geschichtsbuch, Trauerstätte, Erinnerung, Gedenken, Integrierte Gemeinschaft, Skulpturenpark, Philosophieforum, facettenreicher kultureller Spiegel, Mahnung zum Frieden und grüner Seniorentreff - das lasse ich einmal so stehen -, dann als Gärten der Erinnerung, als Klimaschutz und als inspirierende Kulturlandschaft.

Eigentlich sind da nur drei Elemente von zwölf, die durch die heutigen Protagonisten mehr oder weniger erfüllt werden. Das heißt, wir haben neun Elemente, die sich eigentlich ausschließlich einer Kultur widmen, der die heutige Versorgung dieser Flächen nicht gerecht werden kann.

Ich war letzten Monat erstmals Teilnehmer an der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Kölner Friedhöfe, die leider nur sporadisch tagt. Sie hat, glaube ich, fast zwei Jahre aus Corona-Gründen gar nicht mehr getagt. Nicht hoch genug zu loben, sicherlich akzeptiert, aber als Rufer in der Wüste kaum durchsetzungsfähig. Aber vier kritische Punkte habe ich aus dieser Sitzung mitgenommen: Personal und Zeitmangel, marodes Wegenetz, zu wenig Geld und keine klare Trennung zwischen Landschaft und Kultur und Events.

Deshalb stehe ich heute hier, um mit einem zugegeben groben Ansatz eine Diskussion anzuregen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Inhalte unseres 100-Seiten-Papiers „Kulturraum Kölner Friedhöfe 2025“. Beginnen wir doch einfach mit den fünf Zentralfriedhöfen unserer Stadt. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung für folgende Punkte: Für ausgewählte Friedhöfe werden wir die Mitgliedschaft in der Charta beantragen, und die Verwaltung sollen wir mit der Entwicklung eines Konzeptes Kölner Kulturfriedhöfe betrauen. Auf der Basis einer realistischen Personal- und Finanzmittelplanung soll das haushaltswirksam erstens 2025 sein.

Aber eins liegt mir besonders am Herzen: die schnellste Wiedereröffnung der großen Trauerhalle. Sie ist 2022 ohne klaren Befund und Beschluss auf unbestimmte Zeit geschlossen worden. Das Zeltinterim mag eine kurzfristige Lösung sein, aber wir beantragen, dass die Trauerhalle nächstes Jahr, im Jahr 2024, saniert und wiedereröffnet wird. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FRAKTION)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Abé das Wort.

**Denise Abé** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg\*innen! Sehr geehrte Damen und Herren hier und vor Ort an den Bildschirmen! Die Kölner Friedhöfe sind nicht nur Orte, an denen Bestattungen stattfinden, Angehörige trauern und Menschen ihre letzte Ruhe finden. Sie sind Orte mit historischer Bedeutung, Orte der Ruhe für viele Kölner\*innen, Orte, an denen sie sich vom Stress des Alltags erholen.

Gerade in besiedelten Bereichen sind sie wichtige Grünflächen und in Zeiten des Klimawandels von nicht unerheblicher Bedeutung für das Mikroklima in unserer Stadt. Daher wurde bereits 2019 eine Öffentlichkeitsbeteiligung zur zukünftigen Entwicklung der Kölner Friedhöfe durchgeführt. Herr Wortmann hat es erwähnt, deswegen wundert mich sein Antrag. Diese sind in das Konzept „Kulturraum Kölner Friedhöfe 2025“ geflossen.

Mit den Handlungsempfehlungen aus dem Konzept hat die Stadt sich auf den Weg gemacht, die zukünftige Bedeutung der Friedhöfe weiterzuentwickeln. Die Themen Kultur, Naturschutz und Umwelt sind dabei im Fokus, ohne die Funktion der Friedhöfe als Orte der Ruhe und Trauer in Frage zu stellen.

Herr Wortmann, das war ausdrücklicher Wunsch der Bürger\*innen und auch Grund für den von Ihnen in Ihrer Rede erwähnten Beschluss aus dem Ausschuss für Umwelt, Klima und Grün. Daher sind unserer Auffassung nach die Punkte 2a und 2b des hier vorliegenden Antrags obsolet.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, liebe Kolleg\*innen, etwas differenzierter stellt sich die Lage beim immateriellen Kulturerbe dar. Eine engagierte Gruppe fungiert als Botschafter\*innen für das immaterielle Kulturerbe Friedhofskultur. Das Ziel unterstützen wir. Daher finde ich es sehr gut, dass in Köln schon fast alle Punkte der Charta erfüllt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt sehe ich allerdings nicht die Notwendigkeit und den Mehrwert für einen Beitritt; und ob das für einzelne Friedhöfe überhaupt möglich ist, weiß ich auch nicht.

Nach den Auskünften, die mir vorliegen, wäre der derzeitige Vorteil vor allem ein symbolischer. Die Schilder, die man für einen Preis von 79 bis 89 Euro pro Stück bekommen kann, würden mit





aller Voraussicht gar nicht wahrgenommen werden. Daher sehe ich die Notwendigkeit nicht darin. Ich würde eher vorschlagen, dass wir die Ressourcen der Friedhofsverwaltung dafür nutzen, die Ziele zu leben und nicht zu vermarkten. Nichtsdestotrotz fände ich es richtig, wenn wir unabhängig vom Antrag im Ausschuss noch einmal über dieses Thema sprächen.

Meine Damen und Herren, zum letzten Punkt des Antrages mache ich nur eine kurze Anmerkung: Die Gebäudewirtschaft hat bereits mit den Planungen zur Sanierung der Trauerhalle begonnen. In einem Termin vor Ort ist Mitgliedern des Ausschusses ausführlich dargestellt worden, dass man intensiv an der Sanierung arbeitet. Ausweichmöglichkeiten wurden geschaffen. Zu den Hintergründen verweise ich auch auf eine Antwort auf unsere Anfrage im Betriebsausschuss für Gebäudewirtschaft. Wir wissen alle, wie langwierig und kompliziert Bauprojekte derzeit sind. Eine Fertigstellung bis 2024 ist daher schlicht unrealistisch, und auch hier plädiere ich für Ablehnung.

Herr Wortmann, Sie hätten besser nicht nur auf den Rat meines lieben Kollegen Gerhard Brust hören sollen, sondern auch das Angebot der Zusammenarbeit annehmen sollen. Den Antrag der Fraktion Die FRAKTION lehnen wir entsprechend meiner Ausführungen in Gänze ab. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Nach meiner Rednerliste hat jetzt Frau Helmis-Arend das Wort, was mir die Gelegenheit gibt, meine herzlichen Glückwünsche zu Ihrer Eheschließung zu übermitteln.

(Beifall)

Sie konnten zu Beginn der Sitzung nicht hier sein. Es ist ganz, ganz schön, dass Sie mir die Gelegenheit jetzt geben.

**Maria Helmis-Arend (SPD):** Das ehrt mich sehr. - Vielen Dank. Ja, es wagt jemand mit mir ein Leben lang. Das freut mich sehr.

(Heiterkeit - Beifall bei der SPD)

Aber von dieser Feier des Lebens wenden wir uns jetzt diesem eher morbiden Thema zu. Es ist ein krasser Themenwechsel, aber ich versuche es.

(Heiterkeit)

Wir bedanken uns sehr, dass Herr Wortmann auf dieses 100-Seiten-Papier, dieses bestehende Friedhofskonzept, hingewiesen hat, das, wie auch erwähnt, Beschlusslage im Rat ist. Es wurde 2019 im Fachausschuss beschlossen. Das sagt eigentlich zu unserer Haltung zu diesem Papier schon fast alles. Uns alle hat die Nachricht der Friedhofsgenossenschaft erreicht. Durchaus noch zur Frage stünde -, was etwaige Vorteile einer Mitgliedschaft in der Charta sein könnten und was darüber hinaus die genauen Kosten angeht. Auch hier würden wir an den Fachausschuss verweisen mit der Bitte, das noch einmal gründlich zu prüfen und da vielleicht inhaltlich nachzusteuern. Von der jetzigen Betrachtung her besteht aus unserer Sicht an dieser Stelle kein Handlungsbedarf.

Die Schaffung eines zusätzlichen Bereichs im Dezernat Kunst und Kultur sehe ich natürlich auch durch die Kulturbrille mit der Erfahrung, dass ämterübergreifende Zusammenarbeit nicht immer die Prozesse beschleunigt und vereinfacht. Insofern sehen wir auch diesen Vorschlag nicht unbedingt als gewinnbringend, was eine Steigerung und Förderung der Friedhofskultur angeht. Zu guter Letzt besteht für die Trauerhalle ja eine Interimslösung. Sie ist geplant und an der Stelle auch überzeugend. Auch hier besteht also kein Handlungsbedarf. Wir können also diesen Antrag nicht zustimmen und werden gleich ablehnend votieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

**Heiner Kockerbeck (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Impuls des Antrags der Fraktion Die FRAKTION halten wir prinzipiell für gut. Wir würden auch beantragen, dass er einerseits in den Umweltausschuss, aber zusätzlich auch in den Unterausschuss für Kunst und Kultur verwiesen wird. Den Punkten 1 und 2a könnten wir zustimmen. Angesichts der Vorgänge um Sitzbänke auf Melaten sehen wir schon einmal Diskussionsbedarf in den Ausschüssen, ob tatsächlich genügend Personal für die Ordnung der Kölner Friedhöfe vorhanden ist. Den Beschlusspunkten 2b und 3 können wir nicht zustimmen. Falls ein Verweis in einen oder beide Ausschüsse nicht be-



geschlossen würde, würden wir um punktweise Abstimmung bitten, wobei 2a und 2b bitte getrennt abgestimmt werden sollten.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Dann lasse ich jetzt folgendermaßen abstimmen: Zunächst lasse ich über die Verweisung in beide Ausschüsse abstimmen. Falls das keine Mehrheit findet, lasse ich die Ausschüsse einzeln abstimmen. Dann müssen wir einmal gucken, ob vielleicht noch eine punktweise Abstimmung in Frage kommt. Das würde ich jetzt von dem Abstimmungsverhalten abhängig machen, wenn Sie einverstanden sind.

Wer damit einverstanden ist, in beide Ausschüsse, nämlich in den Klima- und Umweltausschuss sowie in den Ausschuss für Kunst und Kultur zu verweisen, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen DIE LINKE, die Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT, Ratsmitglied Zimmermann, Die FRAKTION und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt über den Verweis in den Umweltausschuss, dem zuständigen Ausschuss für Friedhöfe, abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP und Volt. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt über den Verweis in den Ausschuss für Kunst und Kultur abstimmen.

(Zurufe: Was?)

- Ja, ich muss es nacheinander abarbeiten. Was Sie mir auferlegen, wird jetzt hier korrekt abgearbeitet. Wer wünscht, das in den Ausschuss für Kunst und Kultur zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen DIE LINKE, die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT, Herr Zimmermann, Die FRAKTION und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch das abgelehnt.

Jetzt folgt die punktweise Abstimmung, und zwar - jetzt müssen Sie mir helfen - zu welchen Punkten genau?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: 1 und 2a gemeinsam und den Rest!)

- 1 und 2a und den Rest.

Dann lasse ich zunächst abstimmen: Wer dem Antrag unter Punkt 1 und 2a zustimmen möchte,

den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, Die FRAKTION und die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt über den Rest abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Die Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und die AfD. Enthaltungen? - Herr Zimmermann enthält sich. Es ist alles abgelehnt.

(Vereinzelt Beifall)

Tagesordnungspunkt

**3.1.5 Antrag von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Stadt Köln kündigt X-(Twitter)-Konten“  
AN/1828/2023**

**Änderungsantrag von RM Zimmermann (GUT Köln)  
AN/1877/2023**

Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleg\*innen! Werte Zuschauende! Mein Antrag, dass die Stadt Köln ihre Twitter-Accounts - oder X-Accounts - löschen möge, hat einen Änderungsantrag erfahren - ich wollte es nur kurz erwähnen -, nachdem ich Meldungen gehört habe - auch von Herrn Vogel -, dass die Stadt Köln sowieso einen Rückzug plant, aber einen Account aufrechterhalten möchte, um für Notfälle auch schnell viele Leute erreichen zu können. Das ist in dem Sinne für Notfälle einleuchtend. Das habe ich als Änderungsantrag formuliert.

Zu meinem eigentlichen Hauptanliegen: Twitter, Social Media etc. sind inzwischen leider zu Foren geworden, die im Wesentlichen oder zu weiten Teilen von Hassrede bestimmt sind. Es geht mir in meinem Antrag nicht, wie manche vorwerfen, um Zensur oder um ein Einschränken der Meinungsfreiheit etc. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Diese Zensur und das Einschränken der Meinungsfreiheit werden von dem neuen Eigentümer betrieben. Er schaltet nach Lust und Laune die Accounts von kritischen Journalisten an und ab. Er verklagt Wissenschaftler, die in den USA genau das Thema Hassrede untersuchen; er hat am 1. August gegen das Zentrum zur Bekämpfung von digitalem Hass in den USA Anklage eingereicht. Es wird relativ deutlich: Die Klage begründet sich darauf, dass er es geschäftsschädigend



findet, wenn sich Wissenschaftler\*innen mit Hassrede auf Twitter bzw. auf X beschäftigen. Das ist es, worum es ihm geht. Es geht ihm nicht um Meinungsfreiheit und Ähnlichem.

Ein Rückzug von einem Account ist lediglich ein Rückzug. Es ist keine Aussage; es schränkt auch niemanden ein. Wer sich privat dort noch weiter herumtreiben möchte, soll dies gerne tun. Wer auf diese Art der Debattenkultur steht, muss meiner Ansicht nach ein Masochist oder eine Masochistin sein. Aber es ziehen sich auch immer mehr zurück - und das ist eigentlich auch gut so. Aber wer privat oder auch in der Wirtschaft da weitermachen möchte, soll dies tun. Mir geht es hier ausschließlich um die Stadt Köln.

Wie steht es mit diesen öffentlichen Accounts? Wir sind vor ein paar Jahren, als diese ganze digitale Welle über uns schwappte, begeistert mit darauf aufgesprungen, weil die Stadt Köln natürlich schneller an die Bürgerinnen und Bürger Informationen übermitteln kann und eben unzensuriert auch Bürgerinnen und Bürger über alle möglichen Mitteilungen etc. informieren kann. Das ist eine tolle Sache. Heute sieht es aber etwas anders aus. Wir haben diverse Kanäle, über die wir die Bevölkerung informieren können: über eigene Apps, über noch andere Social-Media-Plattformen, über Newsletter etc. - auch dieser Livestream ist übrigens ein Teil dieser neuen Methoden, die Öffentlichkeit zu erreichen. Ich denke, wir haben insgesamt eher einen Überfluss an Informationen in unserer Gesellschaft als eine qualitätsvolle Einordnung dieser ganzen Informationen. Der Informationspflicht werden wir genüge. Deswegen gibt es für einen Verbleib bei Twitter meiner Ansicht keinen Grund mehr.

Ein Rückzug unsererseits ist keine Zensur, und ich finde, wir sollten auch nicht für das, was dort auf Twitter geschieht, eine Kulisse bilden. Natürlich hat es einen Einfluss, ob eine Stadt dort ist oder nicht. Sie erzeugt Reichweite; sie erzeugt Legitimation. Ich finde, wir sollten dies X nicht mehr gewähren.

Zusammenfassend hat Ferda Ataman mein Anliegen Anfang Oktober ganz gut beschrieben. Wer sie nicht kennt: Ferda Ataman ist die unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung. Sie schreibt, X sei durch den enormen Anstieg von Trans- und Queerfeindlichkeit, Rassismus, Misdogynie, Antisemitismus und anderen menschenfeindlichen Inhalten für das Profil einer öffentlichen Stelle kein tragbares Umfeld mehr. Daher hat sich auch diese Antidiskriminierungsstelle von

X zurückgezogen. Es gibt diverse andere Beispiele, wer sich zurückgezogen hat. Ich will nicht alles aufzählen. Ich denke, der Stadt Köln würde es guttun, wenn wir zumindest dort nicht mehr aktiv wären. Insgesamt bleibt das Thema natürlich weiter auf der Tagesordnung. Ich bitte um Zustimmung zu meinem Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

**Stefanie Ruffen (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Zimmermann! Sehr geehrte Damen und Herren! Im ersten Augenblick hört sich für mich der Antrag ganz vernünftig und nachvollziehbar an. Ich war auch, bis ich diese Rede geschrieben habe, tatsächlich noch bei X. Ich war wenig aktiv; denn jedes Mal, wenn ich es geöffnet habe, habe ich es nach kurzer Zeit wirklich angewidert wieder geschlossen. Es ist nicht mehr zu ertragen. Ich habe jetzt Ihren Antrag und diese Rede zum Anlass genommen, meinen Account zu löschen.

(Vereinzelt Beifall)

Vielen Dank erst einmal dafür! Die Stadt ist aber keine Privatperson. Das unterscheidet sie in der Tat. Die Stadt ist erst einmal verpflichtet, ihre Bürgerinnen und Bürger zu informieren, und zwar möglichst barrierefrei. Diese Barrierefreiheit heißt auch, dass man alle zur Verfügung stehenden Kanäle nutzt, wenn es darum geht, wichtige Nachrichten zu verbreiten.

Früher hat man Anträge oder Beschlussvorlagen aus dem Rat getwittert - ob das wichtig ist oder nicht, mag jeder für sich selbst entscheiden. Es gibt aber tatsächlich immer wichtige Dinge, sei es Bombenräumung, irgendwelche Gefahren oder sonst etwas. Wir müssen uns damit abfinden, dass viele Menschen dort noch sind, und dass es für viele Menschen das Medium schlechthin ist. Es ist weder illegal noch verboten. Sie sprechen die ganze Zeit von allen Social-Media-Kanälen. Es macht mir ein bisschen Sorge, dass wir beim nächsten Mal hier den nächsten Austritt beschließen. Dann geht das alles zu weit.

Aber die Stadt hat ihre Aktivität bei X schon auf das Nötigste begrenzt, also auf die Eil- und Warnmeldungen für Bürgerinnen und Bürger. Damit sind wir eigentlich beim Pudels Kern: Alles, was

Sie in Ihrem Antrag fordern, macht die Verwaltung schon ganz ohne Antrag. Es stärkt persönlich mein Vertrauen in die Verwaltung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit zu wissen, was gut und richtig ist, und macht den Antrag eigentlich überflüssig. Sollte X irgendwann einmal wieder den Eigentümer wechseln oder sich als sinnvoller Kanal wieder zum Guten entwickeln, steht Ihr Antrag dann eigentlich im Weg, weil es einen neuen Ratsbeschluss bräuchte, damit die Verwaltung die Aktivitäten dort wieder aufnehmen kann.

Lange Rede, kurzer Sinn: Wir halten den Antrag eigentlich für überflüssig, weil er ins laufende Geschäft der Verwaltung eingreift, werden uns aber enthalten, damit niemand auf die Idee kommt, dass wir irgendwie X unterstützen möchten. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Froh das Wort.

**Manuel Uwe Froh (Volt):** Frau Oberbürgermeisterin! Wir würden den Redebeitrag zu Protokoll geben und dem Antrag zustimmen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Büschges.

**Matthias Büschges (AfD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Zimmermann und Frau Ruffen! Wir sind auch über Ihre Wortbeiträge sehr irritiert. Herr Zimmermann, einerseits haben Sie zunächst gefordert, dass die Stadt Köln sich von X, ehemals Twitter, komplett abmeldet, um X nicht noch mehr Reichweite zu geben. Es ist nicht so, dass sich alle Nutzer deswegen jetzt in tiefe Traurigkeit stürzen, weil die Stadt Köln sich dort abmeldet. Im Gegenteil, es wurde eigentlich eher kritisch gesehen, aber dazu später mehr.

Zwei Tage nach der Einreichung Ihres Antrags wurde dieser eigentlich schon obsolet, da der Twitter-Account der Stadt die Entwicklung auf X schon länger mit Sorge betrachtet und sich auf das Grundlegende dort beschränken wollte - siehe den entsprechenden Tweet. Die Kommentare darunter lassen sich treffend unter „Könnt ihr keine Demokratie mehr?“ zusammenfassen.

(Beifall bei der AfD)

Als Grund für die Abkehr nennen Sie, Herr Zimmermann, das Ermittlungsverfahren gegen Musk und X und führen als Quelle *Die Süddeutsche Zeitung* an, die in ihrer Einleitung noch viel interessantere Dinge schreibt. So möchte ich daraus gern zitieren:

Fast alle Bausteine sind nun an ihrem Ort in Thierry Bretons Reich, und er zählt sie mit den Fingern auf: das Datengesetz, das die Nutzung digitaler Daten regelt, dazu die Gesetze über digitale Märkte und digitale Dienstleistungen. Und die Regeln für künstliche Intelligenz sind auch bald fertig. Der EU-Kommissar sagte am Donnerstag: „Endlich ist der digitale Markt vereinigt unter denselben Regeln.“ Es sind in großen Teilen seine Regeln, und an Elon Musk und seiner Plattform X, ehemals Twitter, statuiert Breton das erste Exempel.

Im vorliegenden Antrag werden aber wichtige Informationen, die ebenfalls in der SZ stehen, nicht aufgeführt, Herr Zimmermann. Herr Breton hat auch Facebook und TikTok ermahnt, ihre sogenannten Deepfakes, also manipulierte Berichte, Bilder und sonstige irreführenden Inhalte zu löschen. Diese sind zum Teil aber noch online. Wie würde es dann damit gehalten? Frau Ruffen, wollen Sie denn auch Ihr Facebook-Profil dann löschen? Konsequenterweise müsste die Stadt dann aber auch ihre Konten bei Facebook dicht machen.

Ich denke, dass wir in einer entscheidenden Frage aber einer Meinung sind: Transparenz ist wichtig. Inhalte, die unwahr sind und Fehlinformationen beinhalten, müssen korrigiert und/oder gelöscht werden. Aber wie sollen denn die interessierten Menschen - und da rede ich nicht nur von den ganzen Trollen, die da umherschwirren - den Kontakt zur Stadt Köln halten?

Außerdem soll es doch Menschen nicht vorbehalten sein, dort die Informationen und Stellungnahmen kommentieren zu können. Auf Twitter verkündete das Social-Media-Team, dass man unter anderem auf Bluesky nun aktiv und präsent sei. Der vor allem in linken Kreisen viel beschriebene blaue Himmel hat natürlich nur Vorteile. Dort kommt man nur mit Einladungslink hinein und wird bei Widerworten sofort gebannt. Alles, was nicht links ist, ist halt eben total rechts.

(Beifall bei der AfD)





Es ist der neue linke Traum: Eine Echokammer, die sich selbst applaudiert und damit ohne Widerspruch lebt.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Schön, dass Sie lachen! Wie soll man denn auch in die Echokammer kommen, wenn man nicht zur Echokammer gehört? Am 18.10. verkündete das Social-Media-Team, das, was Sie am 23.10. schon beantragt haben: ein Twitter-Konto für Eilmeldungen und Ratsangelegenheiten. Wir lehnen Ihren Antrag daher ab, werden uns aber noch einmal genau mit dem Social-Media-Konstrukt der Stadt Köln auseinandersetzen. Wenn nicht wir als Social-Media-Partei, wer dann? - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Darum lasse ich jetzt darüber abstimmen. Ich möchte das natürlich auch gerne kommentieren - vielleicht einmal so: Ich freue mich, wenn der Rat dem Vorgehen der Verwaltung zustimmt.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist jetzt schön formuliert!)

Wer ist gegen diesen Antrag?

(Zuruf von der AfD: Den Änderungsantrag?)

- Als Änderungsantrag, ja. Es ist eigentlich klar, dass ich erst über den Änderungsantrag abstimmen lasse. Da es nur einen gibt, könnte man darauf kommen.

(Zuruf von der AfD: Muss ja mal gefragt werden!)

Ich lasse über den Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Die AfD. Enthaltungen? - Es enthält sich die FDP-Fraktion. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

### 3.1.6 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Verlängerung der Möglichkeit für erweiterte Außengastronomief Flächen“ AN/1732/2023

Ich gebe Herrn Richter das Wort.

**Manfred Richter** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Zuschauer\*innen auf der Tribüne und an den Bildschirmen! Liebe Kolleg\*innen! Was haben sich doch unsere Straßen in den letzten vier, viereinhalb Jahren verändert! Man weiß gar nicht mehr, wie es davor aussah, als Nichtsitzen statt Parken war, also auf Parkplätzen noch Autos standen und nicht Orte der Begegnung, wo man sich hinsetzen konnte, etwas bestellen konnte und sich austauschen konnte, wo noch nicht während der Pandemie die Flächen ausgeweitet wurden, damit sich noch mehr Menschen im Freien treffen konnten - damals aus pandemischen Gründen. Wenn wir durch unsere Viertel gehen, merkt man, was das für einen positiven Einfluss auf die ganze Atmosphäre und auf die Menschen, die sich treffen, hat. Das ist wunderbar. Man vergisst manchmal, wenn die Jahre so ins Land ziehen, dass wir da gemeinsam sowohl für die Gastronomie, für die Kölnerinnen und Kölner und für uns alle gute Entwicklungen beschlossen haben.

Natürlich bei allem Neuen, was passiert, ruckelt es hier und da. Einige Gastronomie haben die Barrierefreiheit in manchen Flächen nicht klar befolgt. Da musste nachgesteuert werden. Manchmal gab es noch Bedarf, mit Anwohner\*innen zu sprechen, um da auch entsprechende Vereinbarungen zu haben. Auch das ist notwendig, und in den ersten Jahren dieser neuen Entwicklungen ist es auch ganz normal. Aber die Grundbotschaft ist, dass es im Großen und Ganzen in weiten Teilen sehr gut funktioniert hat. Das werden wir mit dem Beschluss, den wir heute fassen, fortführen.

Wir sprechen heute über das Kuchenstück, das wir in der Pandemie mit den erweiterten Flächen der Außengastronomie beschlossen haben und das wir schon in diesem Jahr bis Ende 2023 verlängert haben. Das werden wir heute bis Ende 2024 beschließen. Aus unserer Sicht könnte es auch unbefristet sein. Aber dazu kommen wir in Punkt 2: Das Konzept muss zur dauerhaften Nutzung der Außengastronomie da sein. In Punkt 2 unseres Antrages finden Sie nochmals die Beauftragung an die Verwaltung, dieses zu entwickeln und dann dem AVR in 2024 vorzulegen, um es dann dort zu haben.

Freuen wir uns heute auf einen großen - ich vermute einmal breit getragenen Beschluss -, dass die Außengastronomie auch in 2024 die erweiterten Flächen nutzen kann, dass sich viele Kölnerinnen und Kölner wieder dort treffen können und dass wir den öffentlichen Raum dort gut nutzen. - Vielen Dank.



(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

**Bernd Petelkau (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne hier und an den digitalen Endgeräten! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diesen Antrag initiiert, einerseits, um den vielen gastronomischen Betrieben in Köln weiterzuhelfen, weil die Pandemie der erste schwere Schlag für das Gewerbe war; der zweite folgte durch die Energiekrise, die natürlich auch entsprechend empfindliche Lücken in die Geldbeutel der Menschen gerissen hat. Damit haben sich die Möglichkeiten der Gastronomie deutlich reduziert.

Wir haben festgestellt, dass die Lockerungen, die wir getroffen hatten, eigentlich dazu geführt haben, dass Köln etwas mediterraner wird, dass die strikte Ordnung, die wir vorher hatten, etwas vielfältigere und lebendigere Plätze ermöglicht hat. Das ist etwas, was an der Stelle sicherlich sehr, sehr positiv war. Wir haben jetzt die Thematik, dass wir das gerne verlängern würden. Wir können es aber nicht unbefristet tun - der Kollege hat schon darauf hingewiesen -, weil es natürlich auch rechtliche Einschränkungen gibt. Es waren Sonderregelungen, die wir gemacht haben. Deshalb die eindringliche Bitte an die Verwaltung, hier über Gestaltungshandbuch und Ähnliches die Dinge so zu regulieren, dass wir etwas mehr Laisser-faire haben; das heißt, etwas mehr Flächen zur Verfügung stellen können, gleichzeitig aber auch die Erfordernisse, die zwingend erforderlich sind, nämlich insbesondere auch die Abwägung bei Flächengrößen insgesamt mit den entsprechenden berechtigten Interessen der vielen Anwohnerinnen und Anwohner, die wir Gott sei Dank in allen Teilen der Stadt, also auch hier in der Innenstadt haben, und dass wir hier weiterhin zu einem fairen Ausgleich kommen, aber auch deutlich mehr Angebot haben, als wir vor der Pandemie hatten. Ich glaube, das hat der Stadt gutgetan. Das ist gut für unsere gastronomischen Betriebe. In dem Sinne bitte ich um Zustimmung für unseren Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des  
Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Froh das Wort.

**Manuel Uwe Froh (Volt):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe alle! Zitate sind im Rat gern gesehen. Deswegen würde ich mich dieses Mal gerne selbst zitieren.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Ich zitiere aus einem Redebeitrag, den wir vor anderthalb Jahren zum gleichen Thema gehalten haben. Da habe ich gesagt:

Bis 2023 ist jetzt Zeit, ein vernünftiges Konzept mit allen Beteiligten zu erarbeiten. Verstehen Sie diese knappen zwei Jahre aber bitte nicht so, dass man erst auf den letzten Drücker anfängt und dann den Zeitplan nicht mehr einhalten kann. Daher ist unser Wunsch, das Thema nur noch einmal auf der Tagesordnung zu sehen, nämlich dann, wenn wir dem ausgearbeiteten Konzept zustimmen können.

Nun, der jetzt behandelte Antrag spricht da wohl für sich. Es wurde zwar nicht auf den letzten Drücker angefangen, aber Ende 2023 wird vermutlich doch nicht mehr eingehalten werden. Deswegen der Antrag und die nächste befristete Verlängerung, damit wir einem der größten Wirtschaftszweige in Köln zumindest wieder ein Jahr, bis Ende 2024, weitere Planungssicherheit geben können; in der Hoffnung, dass sich unser Wunsch beim nächsten Mal erfüllt, und wir das Thema der Außengastronomie hier im Rat nur noch einmal auf die Tagesordnung bekommen, und zwar dann, wenn eine langfristige Lösung gefunden wurde. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Dr. Krupp das Wort.

**Dr. Gerrit Krupp (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir leben wahrhaft in besonderen Zeiten. Wenn jetzt Konservative schon mehr Laisser-faire fordern, kann ich mich gerne anschließen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann mich auch meinem direkten Vorredner anschließen. Wir werden dem Antrag zustimmen, um die Spannung herauszunehmen.

(Heiterkeit bei der SPD)

In der Tat ist es bemerkenswert, dass im Frühjahr 2022 schon gefordert wurde, bis Ende 2023 dieses Konzept vorzulegen, und dass wir jetzt sozusagen Ende 2023, in einem politischen Kraftakt, um es einmal etwas ironisch zu sagen, beschließen, dass das Konzept jetzt aber Anfang 2024 vorzulegen ist. Das sagt auch ein bisschen was darüber aus, wie mit Beschlüssen des Rates an der Stelle umgegangen wird.

(Beifall bei der SPD)

Einen Punkt will ich aber noch machen - auch da ist die Sache offensichtlich in Verzug geraten -: Neben der Frage, diese Laisser-faire-Regelung zu verlängern, stellt sich aber auch die Frage: Wann kommt das Neue oder die Überarbeitung des entsprechenden Abschnitts des Gestaltungshandbuchs? Denn es ist beschlossen worden, dass das Gestaltungshandbuch auch in diesem Jahr noch überarbeitet vorgelegt werden soll. Auch das ist noch nicht da. Das ist sicherlich auch ein Punkt, der für die Gastronomen ganz wichtig ist, die sich Wetterschutzelemente etc. in der Pandemiezeit angeschafft haben. Was wird jetzt daraus? Deswegen auch unsere Forderung: Die Überarbeitung des Gestaltungshandbuchs - des entsprechenden Kapitels - muss jetzt auch wirklich sehr zügig vorgelegt werden. In diesem Sinne - machen wir es kurz -: Wir stimmen zu. Ich denke, die Zeit, auch spätestens der Pandemie, hat gezeigt, wie wertvoll Außengastronomie auch für das Leben in der Stadt ist. Das fördern wir gerne. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Görzel.

**Volker Görzel (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den antragstellenden Fraktionen einen ganz, ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie diesen Antrag hier eingebracht haben. Wir haben in der Tat in den letzten Jahren gelernt, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Freizeit gerne draußen verbringen. Ob das Stichwort „Mediterranisierung“ in Anbetracht des OVG-Urteils zum Brüsseler Platz

hier angemessen ist, weiß ich nicht; aber der Trend geht natürlich dahin.

Ich hätte mich im Übrigen auch gefreut, wenn die gleichen Fraktionen, ohne zu zögern seinerzeit für die Gebührenreduzierung für die Gastronomen und Gastronominnen gestimmt hätten. Das ist meines Erachtens nicht erfolgt. Daher sind es ein bisschen Krokodilstränen, die Sie hier beantragen. Wir hätten uns auch gefreut, wenn die Verwaltung und auch die die Verwaltung tragenden Fraktionen etwas weniger robust aufgetreten wären, als es darum ging, die Büdchen - also die Aufbauten, die Buden der Außengastronomen etc. - zu entfernen. Die Diskussion ist erst einige Monate her. Hier hatte ich damals vom Ratsbündnis nichts gehört. Ich hätte mich auch gefreut, wenn das Ratsbündnis ebenso vehement für die Gastronomen gekämpft hätte, als es im vorvergangenen Sommer 2022 auf der Aachener Straße diese Posse mit dem Bürgersteig gab.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ich hätte mich auch gefreut, wenn sich das Ratsbündnis so vehement für die Rechte und Interessen der Gastronomen eingesetzt hätte. Ich hätte mich auch gefreut, wenn das Ratsbündnis im Zusammenhang mit dem Antrag, den Herr ehemals Jeschka, jetzt Froh - übrigens auch herzlichen Glückwunsch nachträglich - eingebracht hat, mit gleichem Engagement für die Einsetzung des Konsultationskreises für das Gestaltungshandbuch eingetreten wäre. Ich hätte mich ebenso gefreut, wenn sich das Ratsbündnis mit der gleichen Vehemenz, die man hier vorzutäuschen sucht, für die Gastronominnen und Gastronomen eingesetzt hätte.

(Bernd Petelkau [CDU]: Bringen Sie mal die 7 Prozent ein!)

- Lieber Herr Kollege Petelkau, wir wissen deswegen, dass die Gastronomen hier in Köln die Unterstützung dieses Rates brauchen. Aber eines müssen Sie sich gefallen lassen - der Herr Kollege Jeschka hat eben die Katze aus dem Sack gelassen -: Ihre eigenen Anträge aus dem Jahre 2022 dümpeln hier herum. Der Sinn und Zweck dieses Antrages ist es einzig und allein zu kaschieren, dass andernfalls ihr glorreich vor zwei Jahren verabschiedeter Antrag ansonsten zum Jahresende im Nirwana verschwunden wäre. Deswegen besteht für das Ratsbündnis hier heute kein Grund zu feiern. Das müssen Sie sich gefallen lassen. Gleichwohl wird meine Fraktion aus ebendiesem Interesse für die Gastronominnen



und Gastronomen und die Bürgerinnen und Bürger dem Antrag gerne zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Syndicus!

**Karina Margareta Syndicus** (KLIMA FREUNDE & GUT): Herzlichen Dank, Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauende!

Herr Froh, danke für das Selbstzitat. Ich hoffe sehr, dass es sich bewahrheitet und wir das nicht noch einmal und noch einmal und noch einmal hier haben werden; denn das, was die Gastronomen und Gastronominnen brauchen, ist Verbindlichkeit, nämlich wie sie ihre Außengastronomie gestalten. Ich glaube, hier haben wir vor einigen Jahren etwas ganz Neues erfahren, nämlich dass sich die Stadtgestaltung durch die Gastronomen und Gastronominnen so vehement geändert hat - und das in vielerlei Hinsicht wirklich zum Guten: Parkplätze wurden anders bewirtschaftet als mit Stehzeugen und mit Stühlen gefüllt und einem Lebensgefühl.

Was es auch bedeutet, ist eine Barrierefreiheit - nicht immer, je nachdem, wie es ausgestaltet wird, aber wenn man sich an die Regeln hält, gibt es doch eine Steigerung der Barrierefreiheit; denn nicht in jedes Café oder in jede Kneipe komme ich mit einem Rollstuhl, einem Kinderwagen oder einen Rollator gut hinein. Und so haben sich eben neue Möglichkeiten ergeben, auf einem barriereärmeren Weg an diesem Teil des Lebensgefühls teilhaben zu können.

Ich hoffe sehr, dass der Konsultationskreis bald zu einem Schluss kommt, und wir dann hier endgültig eine Entscheidung treffen können. Bis dahin freue ich mich auf die Initiative des Bündnisses. Wir stimmen diesem zu. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich jetzt gerne darüber abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist dem Antrag zugestimmt.

(Vereinzelt Beifall)

Tagesordnungspunkt

**3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Sofortprogramm: Jetzt bezahlbaren Wohnraum schaffen - Sozialpolitische Katastrophe abwenden!“ AN/1832/2023**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke AN/1891/2023**

Herr Joisten, Sie haben das Wort.

**Christian Joisten** (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und draußen an den Bildschirmen! Der mangelnde Wohnraum in Köln, gepaart mit der Wohnungsbaukrise, entwickelt sich mit wachsender Dynamik zu einer echten sozialpolitischen Katastrophe. Ein paar Zahlen will ich Ihnen nennen, die die meisten von Ihnen kennen, die das aber noch einmal verdeutlichen: 6 000 zusätzliche Wohnungen pro Jahr - das war und ist unser gemeinsames Ziel. Bei Betrachtung der Baugenehmigungen der letzten acht Jahre sind wir meilenweit davon entfernt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Für ganze 2 596 Wohnungen wurden 2022 Baugenehmigungen erteilt - der niedrigste Wert seit 2015. Infolgedessen steigen die Mieten in Köln weiter dramatisch an. Im zweiten Quartal des Jahres 2023 zahlte man bei Neuanmietung einer Wohnung in Köln im Durchschnitt etwa 13 Euro pro Quadratmeter und Monat. Das sind fast 60 Prozent mehr als 2012. Im Jahr 2022, um noch eine weitere Zahl hinzuzufügen, standen in Köln etwa 37 000 öffentlich geförderte Mietwohnungen zur Verfügung. Dies entspricht einem Anteil am gesamten Wohnungsbestand der Stadt von 6,5 Prozent. In den vergangenen 30 Jahren ist der Anteil der geförderten Mietwohnungen stark zurückgegangen.

Zur Erinnerung: 1990 unterlag noch etwas mehr als ein Fünftel aller Wohnungen in Köln einer öffentlichen Förderung. Wir alle, die sich damit auskennen, wissen: Die 6,5 sind auch bald schon Geschichte, weil ganz viele Wohnungen aus der Förderung fallen. Mit diesen Zahlen will ich noch einmal deutlich machen: Die Krise ist jetzt. Und wenn diese Krise nicht in einer echten Katastrophe münden soll, müssen wir auch jetzt handeln.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)



Wenn wir wissen, wie lange es derzeit dauert, bis ein B-Plan aufgestellt ist, eine Baugenehmigung erteilt wurde und dann auch der Bau realisiert wurde - auch das hat sich in den letzten Jahren deutlich verlängert -, bedeutet ein einfaches „Weiter so“, dass sich in zehn Jahren, aber vielleicht sogar schon in fünf Jahren, ein Durchschnittsverdiener eine neue Wohnung in Köln nicht mehr leisten können wird. Deshalb brauchen wir jetzt ein Sofortprogramm, mit dem wir dieser Entwicklung entschlossen und wirkungsvoll entgegenzutreten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Unser Vorschlag lautet wie folgt - Sie haben es vorliegen -:

Erstens. Wohnungsbau muss ab sofort höchste Priorität bei der Vergabe städtischer Flächen genießen. Vorhaben, die bezahlbaren Wohnraum sowie die dafür erforderliche soziale Infrastruktur wie Kitas, Schule und, liebe Fraktion Die LINKE, natürlich auch Angebote für Senioren schaffen, müssen zukünftig bevorzugt berücksichtigt werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Selbstverständlich müssen bei der konkreten Vergabeentscheidung auch Aspekte des nachhaltigen Bauens berücksichtigt werden. Dazu stehen wir in aller Form, auch wenn wir darauf in einem Punkt gleich noch einmal zurückkommen, wo wir anderer Meinung sind, aber mit unserer Bundesregierung, glaube ich, einer Meinung sind.

Ganz entscheidend für den Erfolg einer echten Wohnungsbauoffensive ist die Frage der Flächenkosten. Angesichts der gestiegenen Kosten in fast allen Segmenten hat hier die Stadt noch einmal eine ganz besondere Verantwortung und Rolle. Weiterhin gilt nämlich der Grundsatz: Auf teurem Grund entsteht kein günstiger Wohnraum. Deshalb ist unser Vorschlag für die Grundstücksanteile, die im Geschosswohnungsbau als geförderte Wohnungen entstehen: 100 Prozent zugesichert und vertraglich abgesichert sollen 0 Prozent Erbpachtzins aufgerufen werden - also quasi Grund und Boden kostenlos für diejenigen, die uns helfen, diese soziale Katastrophe zu verhindern.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wenn die Analyse stimmt, dass Wohnen die soziale Frage unseres Jahrhunderts ist, genauso wie das Klima *die* umweltpolitische Frage unseres

Jahrhunderts ist, dann müssen wir für beides richtig Geld ausgeben und in die Hand nehmen; nämlich, wie wir meinen, 1 Milliarde Euro für die nächsten zehn Jahren, damit wir bis zu 20 000 Wohnungen in Abhängigkeit von der konjunkturellen Lage und der Zinsen entstehen lassen können. Ein Großteil dieses Fördervolumens werden wir in den zukünftigen Haushalten abbilden müssen. Aber immerhin 33 Millionen Euro haben wir bereits in dem Haushalt, den wir alle miteinander beschlossen haben. Wir können also in 2024 direkt loslegen. Das ist doch eine gute Nachricht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich kürze ein bisschen ab, weil meine Redezeit schneller läuft, als man es sich immer wünscht. Wir müssen auch das Segment derer, die nicht einen Wohnberechtigungsschein bekommen, im Auge behalten; deswegen auch an dieser Stelle ein eigenes Förderprogramm. Wir brauchen eine schnellere und deutlich zügigere Bearbeitung aller Wohnvorgänge bei der Verwaltung. Wenn andere Städte in der Lage sind, B-Plan plus Baugenehmigung für Konversionsflächen innerhalb von neun Monaten zu realisieren, dann sind wir mit den gefühlte häufig neun Jahren deutlich zu weit unterwegs. Wir brauchen also das Konzept „Neun Monate statt neun Jahre“, und daran müssen wir alle, Politik und Verwaltung, gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Mein Kollege Pütz wird auf diesen Aspekt gleich auch noch einmal eingehen und auch auf den Aspekt des EH-40-Standards. Auch da kommen wir zum gleichen Ergebnis wie die Bundesregierung: Mit EH 55 verdoppeln wir nicht die Baukosten und tun gleichzeitig trotzdem mit dem Heizungsgesetz, was jetzt verabschiedet ist, etwas Gutes. Darauf sollten wir, genauso wie der Bund es schon vorgegeben hat, auch hier in Köln verzichten. Deswegen ist das ein ganz konkreter und ernst gemeinter Vorschlag zur Vergünstigung des Bauens. Wir haben das Thema gemeinwohlorientierte Akteure in unserem Programm.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wenn Sie wirklich bitte zum Ende kommen, Herr Pütz kann dann weiterlesen.

(Heiterkeit und Beifall)

**Christian Joisten (SPD):** Exakt so machen wir es. Der Werkwohnungsbau - auch das haben Sie



unserem Antrag entnehmen können - liegt uns besonders am Herzen. Auch darauf wird Herr Pütz eingehen. Alles in allem sind wir davon überzeugt, dass die von uns vorgestellten und heute zur Beschlussfassung anstehenden Sofortmaßnahmen geeignet sind, auch in diesen schwierigen Zeiten die erforderliche Dynamik in den Kölner Wohnungsbau zu bringen; denn eines ist auch klar: Der erforderliche Bau von bis zu 100 000 Wohnungen in den kommenden zehn Jahren werden wir nur alle gemeinsam hinbekommen: Stadt, Unternehmen und auch die klassische Wohnungswirtschaft. Aber diese Aufgabe muss jetzt angepackt werden, ansonsten sind wir in der sozialen Katastrophe, und die gilt es zu vermeiden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Martin, bitte.

**Christiane Martin** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer\*innen hier im Saal und an den Bildschirmen! Ich möchte mit etwas Positivem beginnen.

Liebe SPD, lieber Christian Joisten, wir begrüßen es, dass ihr mit diesem umfangreichen Antrag ein wirklich drängendes Thema aufgegriffen habt. Wir wissen alle, wie zunehmend katastrophal die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist, und natürlich setzen wir uns damit auseinander; allerdings nur mit realistischen und in unserer kommunalen Hoheit liegenden Lösungsansätzen. Für ein vorgezogenes Wahlkampfschmützel zu diesem Thema stehen wir nicht zur Verfügung. Eine vertiefende Diskussion gehört in den Unterausschuss Wohnen, wohin wir den Antrag nach der Debatte hier auch verweisen werden.

Nun zum Inhalt des Antrags: Nachdem der Schuldezernent letztes Jahr „Schulbau first“ ausgerufen hat, kommt ihr jetzt also mit „Wohnungsbau first“. Das eine ist so kurzsichtig wie das andere; denn Köln wird niemals nur Schulen oder nur Wohnungen brauchen und auch nicht nur Schulen und Wohnungen. Eine nachhaltig entwickelte Stadt braucht auch Verkehrsinfrastruktur, Grünflächen, Gewerbeflächen, Kitas, Altenheime, Kneipen, Kinos, Clubs usw.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb lehnen wir eure Punkte 1 und 5 ab. Damit wird keine einzige bezahlbare Wohnung gebaut. Vor allem Punkt 5 ist voller Aktionismus, fordert entweder Dinge, die wir schon haben, oder Dinge, die völlig unrealistisch und auch nicht zielführend sind. Wir möchten nicht, dass sich das gesamte Verwaltungshandeln im Bereich Planen und Bauen an der Priorität Wohnen ausrichtet. Ich habe es eben schon gesagt, wir haben auch noch ein paar andere wichtige Aufgaben in dieser Stadt. Auch eine Selbstverpflichtung der Politik zur zügigen Beschlussfassung halten wir für absurd. Es ist per se davon auszugehen, dass die Gremien so zügig wie möglich beschließen. Wenn komplexe Vorlagen beschlossen werden, können ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker\*innen nur verantwortungsvoll entscheiden, wenn sie auch ausreichend Beratungszeit haben. So ist es nun einmal!

(Christian Joisten [SPD]: Warum kriegen das andere schneller hin?)

Kommen wir zu Punkt 6 - ich bitte um Entschuldigung, dass ich nicht chronologisch vorgehe -: Mit uns Grünen wird es eine Absenkung des Energiestandards bei Neubauten nicht geben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Begründung der SPD ist hier fadenscheinig. Selbst wenn Energie 100 Prozent erneuerbar ist, gilt es, Energie einzusparen; denn ihre Erzeugung wird kompliziert werden. Jeder, der sich auch nur ansatzweise mit der kommunalen Wärmeplanung beschäftigt hat, weiß, wie herausfordernd das werden wird.

(Christian Joisten [SPD]: Herr Habeck hat also keine Ahnung?)

Da geht es eben nicht nur darum, Wärme klimaneutral zu machen, sondern auch um ihren effizienten Einsatz. Was der Investor durch weniger Dämmung beim Bauen spart, liebe SPD, muss der Mieter später beim Heizen drauflegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich weiß nicht, ob ihr diesen Aspekt außer Acht gelassen habt - sozial ist das jedenfalls nicht und ökologisch gleich gar nicht.

Auch den Punkt 2 zum Thema Erbbauzins lehnen wir ab. Anfang 2022 haben wir dazu einen wirklich guten Beschluss gefasst, nämlich dass städtische Flächen für Wohnungsbau generell nur noch im Erbbauerecht vergeben werden, und dass ein be-



sonders günstiger Erbbauzinssatz von 1,5 Prozent gilt, wenn sich die Bauherren verpflichten, 30 Prozent geförderten und mindestens 20 Prozent preisgedämpften Wohnungsbau zu realisieren.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Damit fördern wir den Bau bezahlbarer Wohnungen, und wir erreichen eine gute Durchmischung in den Quartieren - Letzteres ist auch ein soziales Argument, liebe SPD, das ihr außer Acht gelassen habt, wenn ihr jetzt auf Flächen 100 Prozent Sozialwohnungen errichten wollt. Ihr seht, wir halten euren Antrag so in weiten Teilen für nicht umsetzbar.

Was aber ist nun unsere Antwort auf die sich verschärfende Situation auf dem Wohnungsmarkt? Eins ist klar: Wir lösen das Problem nicht nur mit Bauen, Bauen, Bauen; denn es gibt nicht einfach nur per se zu wenige Wohnungen, sondern es gibt zu wenige von den richtigen Wohnungen, nämlich den bezahlbaren. Und wer baut sie uns? Zuvor: natürlich unsere eigenen Wohnungsgesellschaften, die GAG und die WSK, aber auch - ganz wichtig - die vielen kleinen und großen Genossenschaften, die wir in Köln haben. Diese Akteure zu stärken - und da setzen eure Punkte 7 und 8 an - ist ein richtiger Weg. Für uns heißt das: konkret bevorzugte Vergabe von Flächen, schnelle Genehmigung von Bauanträgen und gute Beratung genau dieser Akteure.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Klar ist auch: Wir brauchen einen Förderweg für preisgedämpften Wohnungsbau. Da setzt euer Punkt 4 auch richtigerweise an. Das allerdings richtet sich eher an Land und Bund als an uns.

Und klar ist auch: Einfach nur mehr Geld in das ganze System zu kippen, wie es der Punkt 3 verlangt, ist sinnlos. In den letzten Jahren reichten die vom Land zur Verfügung gestellten Fördermittel aus. Deshalb wurden die 33 Millionen Euro, die wir im städtischen Haushalt jedes Jahr bereitstellen, auch nicht angerührt. Was soll denn dann jetzt das Versprechen, die SPD stellt 1 Milliarde Euro für Wohnungsbau in Aussicht? So wird das ja gelesen. Das ist doch unseriös.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Christian Joisten [SPD]: Nein, das ist überhaupt nicht unseriös!)

Ich wiederhole: Wir stehen für die Diskussion ernst gemeinter und umsetzbarer Lösungsvorschläge zur Verfügung. Lasst uns die nächste Sitzung des Unterausschusses Wohnen nutzen, um gemeinsam einen Weg aus der Wohnungsmarktmisere zu skizzieren und dann auch zu beschreiben. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

**Niklas Kienitz (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion für den Antrag. Ich glaube, jeder und jede, die sich in den letzten Jahren mit Wohnungsbau, mit Stadtplanung und mit Stadtentwicklung beschäftigt hat, weiß natürlich um die Thematik fehlender Wohnungen bzw. um die Problematik des Wohnungsbaus insgesamt.

Aus der Sicht der CDU-Fraktion kann allerdings Ihr Antrag nur ein erster Schritt sein - ein erster Beitrag - in einer breit getragenen Debatte, die wir heute hier mit diesem Antrag beginnen. Diese Debatte haben wir aber auch schon im Wohnungsbauforum begonnen, mit dem Ausstieg der Köln AG, also mit dem Ausstieg der Bestandshalterinnen und Bestandhalter aus dem Austausch im Wohnungsbauforum. Das hat dann dazu geführt, dass wir vor der Herbstpause - und auch bereits davor - vereinbart haben, in einen breit angelegten Dialog im Wohnungsbauforum in Arbeitsgruppen einzusteigen, wie wir - und dann komme ich auch zu einem Kernpunkt - auf kommunaler Ebene den Wohnungsbau unterstützen, und wie wir diesen stärken können; denn wenn man sich noch einmal dem Marktumfeld nähert, haben wir rasant steigende Zinsen beobachtet - in einer Schnelligkeit, auf die auch der Markt nicht reagieren konnte, weder die Investoren, noch die Endkunden - sozusagen -: die Käuferinnen und Käufer. Wir haben gestiegene Baukosten, wir haben insgesamt eine Marktumfeldunsicherheit, wir haben Fachkräftemangel usw.

Das sind alles Punkte, die wir hier kommunal gar nicht lösen können. Deswegen müssen wir gemeinsam überlegen, wie wir auf kommunaler Ebene der Situation begegnen können. Ich möchte auch noch einmal zum kommunalen Umfeld etwas sagen. Wir haben im Regionalplan 50 000 Wohneinheiten zur Verfügung gestellt; er

ist zwar noch nicht beschlossen, aber er ist jetzt auf der höheren Ebene in der Endberatung bis 2025. Wir haben große Bauvorhaben angestoßen, die auch städtischerseits getragen werden - also mit unseren Stadtentwicklungsgesellschaften usw. -: Deutzer Hafen, Parkstadt Süd, Kreuzfeld, wo mehrere Tausend Wohnungen perspektivisch entstehen werden. Da sieht man einmal auch, dass es richtig ist, dass wir auch städtische Gesellschaften haben, die Projekte entwickeln und hier einen vielfältigen Werkzeugkasten an Möglichkeiten haben, weil das an anderer Stelle aktuell etwas anders mit den Investoren aussieht, die da eher unzuverlässig sind. Ich betone, das sind nicht alle.

Wir haben eine GAG, die das Rückgrat für preisgedämpfte oder für günstige Mieten in der Stadt ist. Ich meine, da haben Sie sich leider in der Debatte im Sommer irgendwie verabschiedet; dennoch bleibt festzuhalten, dass die GAG im Durchschnitt unter 8 Euro den Quadratmeter an Mieten aufruft. Wir haben eine WSK, wir haben eine bunte Landschaft von Genossenschaften. Das ist im Übrigen auch ein Aspekt, den Sie so ein bisschen vergessen: nämlich das Thema Eigentumsbildung. Wenn ich in einer Genossenschaft Mitglied bin und Anteile habe, bin ich auch gleichzeitig Eigentümer. Ich halte es für wichtig, auch einmal den Aspekt einzubringen, dass Genossenschaften hier auch dazu beitragen, dass wir einen Wohnungsmarkt haben. Und jetzt komme ich einmal zu einer anderen Kennzahl, die man sich einmal anschauen muss, nämlich das Verhältnis der Miethöhe zum Einkommen. Wie viel Prozent meines Einkommens muss ich einsetzen, um für die Miete aufzukommen?

In München muss man teilweise in den Vierteln 35 Prozent aufbringen, in Berlin im gesamten Stadtgebiet 32 Prozent; in Köln sind es aktuell noch 26 Prozent. Das ist eine Grundlage, auf der wir alle miteinander aufbauen können, weil die Katastrophe nicht da ist.

Das Thema sind die Neubaumieten und nicht die Bestandsmieten. Daher ist es in der Tat richtig, sich jetzt diesem Thema zu nähern und zu stellen. Ich gehe jetzt noch einmal ganz kurz auf Ihre Punkte ein - Christiane Martin hat das gerade getan -: In der Tat, durch dieses breite Delta zwischen geförderter Miete und frei finanzierter Miete brauchen wir so etwas wie einen Fördertyp C; woanders nennt man das „preisgedämpften Wohnungsbau“.

In Punkt 5 zu den Projektkoordinatoren: Nichts anderes passiert bei einem vorhabenbezogenen

Bebauungsplan. Ihre Bundesregierung hat jetzt gesagt EH 40. Das müssen Sie einmal untereinander in der Ampel klären. Das Thema ist vielleicht noch gar nicht das, was Christiane Martin gesagt hat, sondern aus der Sicht des Bestandshalters oder des Käufers, dass wir bei EH 40 eventuell gar keine Förderung haben oder eine geringere Förderung als beim EH 55. Das muss man bitte noch einmal abwägen.

Ich komme zum Schluss: Alles in allem finden wir es gut, wenn wir in eine breit angelegte Debatte zum Wohnungsbau einsteigen. Diese gehört natürlich in den Unterausschuss Wohnen. Sie gehört allerdings für uns auch in das Wohnungsbauforum, wo wir mit vielen Akteurinnen und Akteuren im Austausch sind. Ich kann für unsere Fraktion sagen: Wir bieten gerne an, einen Pakt für Wohnungsbau hier gemeinsam zu erarbeiten und eventuell in einer der Ratssitzungen im Frühjahr einen gemeinsamen größeren Antrag zu beschließen. Wir sind unter anderem im Wohnungsbauforum so verblieben, dass wir uns auch noch einmal das kooperative Baulandmodell anschauen, also in den Nebenbestimmungen, gar nicht im Kern, was die 30 Prozent geförderten Wohnungsbau betrifft. Also: Gerne einen Pakt für Wohnungsbau, gerne fraktionsübergreifend, gerne breit angelegt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Weisenstein.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg\*innen! Liebe Zuhörende! Die Wohnungsnot ist eines der größten ungelösten Probleme in Köln. Da nutzt es auch nichts, Herr Kienitz, darauf hinzuweisen, dass es in anderen Kommunen vielleicht noch schlechter ist. Das lenkt vom Thema ab und ist der falsche Weg. Die Wohnungsnot ist schlimm. Sie ist auch in Köln schlimm. Deswegen ist es richtig, dass die SPD heute diesen Antrag eingebracht hat. Dafür bedanken wir uns ganz herzlich. Wir müssen in diesem Hause über die Wohnungspolitik diskutieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns intensiv mit dem vorliegenden Antrag der SPD beschäftigt. Er hat Stärken; er hat aber auch Unklarheiten, und er hat auch Schwächen. Deswegen



haben wir einen relativ umfangreichen Änderungsantrag hier vorgelegt. Ich möchte Sie bitten: Verstehen Sie diesen als konstruktiven Beitrag zu einer Diskussion und nicht als überzogene Zurückweisung. So ist der tatsächlich nicht gemeint.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist offenkundig, dass der freie Markt nicht in der Lage ist, die Wohnraumversorgung zu organisieren. Der Staat muss eingreifen, und zwar auf allen Ebenen - Bund, Land und Kommune. Deswegen müssen wir als Kommune einerseits die GAG stärken und andererseits den Aufbau eines hundertprozentig kommunalen Unternehmens vorantreiben und in diese Diskussion einsteigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir in Köln über das Wohnen diskutieren, müssen wir auch mit und über die GAG diskutieren. Schließlich ist sie größter Vermieter und baut die meisten neuen Wohnungen dieser Stadt. Die GAG stand in den letzten Wochen und Monaten in der Kritik; teilweise zu Recht, aber es reicht nicht, die GAG zu kritisieren. Wir müssen sie auch unterstützen. Die Rahmenbedingungen, meine Damen und Herren, haben sich nicht nur für die GAG - aber auch für die GAG - dramatisch verändert. Wir verlangen von der GAG, dass sie Wohnungen energetisch saniert, und wir verlangen auch von der GAG, dass sie neu baut. Wenn die GAG diese Aufgaben in der Zukunft meistern soll, braucht sie von uns mehr Unterstützung. Sie braucht Kommunalkredite. Sie braucht aber auch günstiges Bauland. Nur so kann die GAG ein sozialer Vermieter für Köln bleiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen mittelfristig ein weiteres, rein kommunales Wohnungsbauunternehmen, das sich ausschließlich der Daseinsvorsorge verpflichtet.

Die Ampel in Berlin hat, wenn auch spät, erkannt, dass die Abschaffung der Gemeinnützigkeit durch die Kohlregierung das Desaster in der Wohnlandschaft in Deutschland maßgeblich geprägt hat. Wir müssen Stadt und Bund auffordern, endlich die neue Gemeinnützigkeit zu realisieren.

Einmal gefördert, meine Damen und Herren, muss die Wohnung immer preiswert bleiben. So machen es die Österreicher, und sie machen es richtig. Wenn wir bei diesem Prinzip in Deutschland wären, hätten wir in Köln jetzt weit über 100 000 geförderte Wohnungen, und das wäre schon einmal ein Ding. In der Realität ist es aber so, dass das große Desaster noch auf uns wartet: Allein in 2026, meine Damen und Herren, werden

4 000 Wohnungen in Köln aus der sozialen Bindung fallen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie wollen uns hier glauben machen, dass es möglich ist, in den nächsten zehn Jahren eine zusätzliche Milliarde Euro für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Was Sie in Ihrem Antrag nicht erwähnen - das Geld soll von Bund und Land kommen -: Dann wird dieses Geld genauso an die Kriterien gebunden sein, wie es heute schon der Fall ist. Aus dieser Kiste müssen wir ein bisschen herauskommen. Da ist der Ansatz mit den 33 Millionen Euro wichtig, die wir haben. Wir müssen doch diese 33 Millionen Euro, die jetzt im Haushalt drin stehen, dafür nutzen, meine Damen und Herren, dass wir Dinge fördern können, die mit der Landes- und Bundesförderung nicht gefördert werden, zum Beispiel einen Zuschuss für eine junge Genossenschaft oder was auch immer. In diese Richtung müssen wir denken.

(Beifall bei der LINKEN)

Da müssen wir hingehen. Dann noch ein ganz wichtiger Punkt - auch noch einmal in Richtung SPD, aber auch in Richtung Frau Martin -: Sie haben gesagt, dass mit der Erbpacht alles super wäre, und die SPD hat jetzt noch einmal probiert nachzuschärfen in der Frage Erbpacht. Sie hat aber an den falschen Schrauben gedreht. Zumindest hat sie nicht abschließend gedreht.

Ja, lieber Christian Joisten, ihr habt euch damals schon verweigert, und jetzt ist es wieder drin. Wir müssen die Erbpacht auch für die kommunalen Unternehmen einführen, sonst haben wir die moderne Stadt entwickelt und verkaufen es nachher. Das kann doch nicht Sinn und Zweck der Sache sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen müssen auch die kommunalen Unternehmen in diese Erbpachtregelung mit einbezogen werden. Darum möchte ich bitten, dass wir da eine wirklich konstruktive Diskussion im Unterausschuss Wohnen haben werden.

Noch zwei Sätze - dann bin ich auch wirklich zu Ende; ich überziehe ein kleines bisschen, aber so schlimm wird es schon nicht sein.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Jetzt in dem Antrag, liebe SPD, die Regionalplan-debatte aufzumachen, bringt doch nichts. Das führt uns doch nicht weiter. Da können Sie jetzt sagen: „Das habt ihr alle falsch gemacht!“ Aber



das nutzt doch nichts. Das Ding ist auf dem Weg. Wir müssen doch jetzt gucken, dass wir konstruktiv etwas umsetzen. Wir brauchen auch Grün, damit die Leute, wenn sie in dichten Siedlungen wohnen, im Sommer bei der Hitze die Möglichkeit haben, sich in einer Grünfläche zu erholen. Das muss man einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen brauchen wir die Diskussion jetzt nicht noch einmal aufzumachen. Und ebenso die Frage - das hat aber Frau Martin im Prinzip schon ausgeführt, das muss ich nicht noch einmal ausführen -, ob man die Standards bei der Energieeffizienz legt: Das ist einfach der falsche Weg. Es ist nicht die Aufgabe der Kommunen, und es ist auch die falsche Richtung.

(Christian Joisten [SPD]: Die Bundesregierung hat es doch gemacht!)

Interessant fand ich - da freue ich mich -

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** So, jetzt muss ich wirklich unterbrechen.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Jetzt komme ich zum Schluss. Ich wollte nur noch einen Satz an den Herrn Kienitz loswerden. Ich freue mich sehr, davon gehört zu haben, dass geplant wird, im kommenden Frühjahr einen Pakt für den Wohnungsbau zu schließen. Ich hoffe, dass wir da in eine gute Diskussion kommen. - Vielen herzlichen Dank und Entschuldigung für die Überziehung.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt spricht Frau Ruffen.

**Stefanie Ruffen (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe SPD-Fraktion! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte eigentlich zu zweit hier oben auftauchen, also einmal Stefanie Ruffen, die schulpolitische Sprecherin, und einmal als baupolitische Sprecherin.

Als baupolitische Sprecherin hätte ich gesagt: Wohnung ja, ganz viel bitte. Ich bin dabei.

Die schulpolitische Sprecherin in mir hätte geschimpft: Nur einmal in einem Halbsatz die so

dringend benötigten Schulen erwähnt! Das liest sich wie weiße Salbe und nicht wie ein schlüssiges Konzept für den Schulbau.

Fairerweise hätte ich dann aber noch meine Kollegin Chantal Schalla mitbringen müssen, die die Fahne für die Kitas schwenkt, Lorenz Deutsch für die Kultur; Ulrich Breite hätte ich gern mit hochgezerrt wegen der Sportstätten, die wir dann auch brauchen.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Entschuldigung, da ist noch ganz viel anderes. Christiane Martin hat es auch schon erwähnt; was wir alle wissen und was ich bei Ihnen vermisste: Jede zusätzliche Wohnung benötigt auch zusätzliche Infrastruktur in all diesen Bereichen und noch viel mehr.

(Beifall bei der FDP)

Sie suggerieren durch Ihren Antrag übrigens, dass wir unendlich viele Flächen in Köln zur Verfügung haben, die für alles außer dem Wohnungsbau genutzt werden. Das entspricht nicht den Tatsachen, und das wissen Sie auch. Ich halte daher die Forderung nach einer Flächenbevorzugung für den Wohnungsbau für populistisch und leider nicht hilfreich.

(Beifall bei der FDP)

Sie fordern 1 Milliarde Euro Förderpaket für den Wohnungsbau in Köln, schweigen sich aber darüber aus, auch in Ihrer Rede, Herr Joisten, woher das Geld kommen soll.

(Ralph Sterck [FDP]: Das macht Herr Pütz jetzt gleich!)

- Ach so. Entschuldigung. Darauf kann ich jetzt noch nicht eingehen, aber ich ahne es. Also, Sie müssen das ja an anderer Stelle irgendwo einsparen. Ich halte daher diese Forderung nach einem Förderpaket einfach für populistisch und wenig hilfreich.

(Beifall bei der FDP)

Sie fordern, dass die Genossenschaften stärker gestützt und neue gegründet werden sollen. Dabei verkennen Sie die große Anzahl an wirklich guten Genossenschaften, die wir hier haben, die seit Jahren keine Grundstücke mehr in Köln bekommen und gerne bauen würden. Da braucht es gar nicht so viele Maßnahmen. Ich halte daher auch diese Forderung für populistisch und wenig hilfreich.

(Maria Helmig-Arend [SPD]: Populistisch?)

Sie fordern die Herabsetzung des Erbpachtzins auf 0 Prozent, damit die Grundstücke günstiger werden. Unabhängig davon, was meine Fraktion von dem Instrument Erbpacht hält, kann ich Ihnen in dem Fall als Fachfrau sagen, dass das Problem bei den Baukosten zurzeit nun wirklich nicht die Erbpachtzinsen sind. Da ich davon ausgehe, dass Sie das nicht wussten, halte ich diese Forderung nicht für populistisch, aber trotzdem für wenig hilfreich.

(Beifall bei der FDP)

Sie fordern die Einrichtung einer Taskforce Wohnungsbau. Ich hörte von dem Gerücht, dass es Mitarbeitende in der Verwaltung gibt, die ihre gesamte Arbeitszeit in den verschiedenen, schon bestehenden Taskforces verbringen. Ich zitiere jetzt nicht das Ding mit dem „Nicht mehr weiter weiß und Arbeitskreis“. Eigentlich fehlt mir hier nur noch die Forderung, die OB müsse den Wohnungsbau zur Chefsache machen, um zu sagen, dass ich diese für populistisch und wenig hilfreich halte.

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie fordern die Stärkung des Unterausschusses Wohnen für Dinge, die in anderen Ausschüssen beraten werden. Das liegt hoffentlich nicht daran, dass mit Herrn Pütz hier ein Genosse vorsitzt; sonst müsste ich diese Forderungen für populistisch und wenig hilfreich halten.

(Maria Helmig-Arend [SPD]: Jetzt aber mal wirklich zur Sache!)

Irgendwo verlangen Sie noch mehr Stellen. Angesichts der Tatsache, dass auch in der Verwaltung ein großer Fachkräftemangel herrscht, schweigen Sie sich darüber aus, woher diese Kräfte kommen sollen. Sie wollen sie hoffentlich nicht von anderen wichtigen Stellen abziehen. Die Forderung nach unbesetzten Stellen halte ich daher für populistisch und leider wenig hilfreich.

Ich könnte noch eine Weile weiter so machen, aber es würde meine Redezeit sprengen. Deshalb habe ich am Ende eigentlich nur eine Frage an Sie: Warum kommen in Ihrem sechs Seiten langen Text eigentlich nicht einmal die GAG als größter Vermieter und wahrscheinlichster Player im Bau von günstigem Wohnraum vor?

(Beifall bei Teilen der FDP)

Sie sitzen dem Aufsichtsrat der GAG vor und kommen nicht auf die Idee, diese einfach zu stärken und zu unterstützen in den Bemühungen, weiterhin günstigen Wohnungsbau anzubieten. Im Gegenteil haben Sie vor einigen Wochen noch die günstigste Vermieterin der Stadt öffentlich diskreditiert. Da muss man wirklich fragen, wie ernst es Ihnen mit dem Wohnungsbau in Köln ist. Aus diesem Grund halte ich nicht nur die zitierten Forderungen, sondern auch den Antrag für populistisch und wenig hilfreich. Wenig überraschend wird meine Fraktion diesen ablehnen bzw. der Verweisung zustimmen. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Venturini hat das Wort.

**Isabella Venturini (Vot):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer\*innen auf der Tribüne und zu Hause!

Liebe SPD, ich möchte positiv anfangen: Vielen Dank für diese Initiative, dieses Thema im Rat groß und breit zu besprechen. Wir erkennen an, dass Ihnen oder euch das Anliegen natürlich sehr, sehr wichtig ist, und dass Sie auch gewillt sind, dieses Thema tatsächlich mit uns allen prodemokratischen Fraktionen anzugehen. Als ich den Antrag zum ersten Mal gelesen habe, habe ich gedacht: Das klingt voll gut. Das überzeugt mich. Dann aber merkte ich recht schnell, dass der Antrag doch nicht so gut ist. Er ist an vielen Stellen wirklich nicht gut recherchiert. Man merkt auch direkt, dass das überhaupt nicht - noch nicht einmal ansatzweise - mit der Verwaltung abgesprochen worden ist; oder vielleicht mit dem Amt für Wohnungswesen. Vielleicht macht man das in der Opposition auch nicht. Ich weiß es nicht. Aber nach einem oder zwei Anrufen sähe der Antrag, ehrlich gesagt, ganz anders aus.

Nichtsdestotrotz haben wir uns auch intensiv mit diesem Antrag beschäftigt; denn dieses Thema ist nun einmal extrem wichtig. Die verschärfende Situation auf dem Wohnungsmarkt ist wirklich nicht mehr hinnehmbar. Viele Dinge möchten wir, wie gesagt, weiterhin auch im Unterausschuss Wohnen und auch darüber hinaus diskutieren, und zwar breit diskutieren. Es gibt sehr viele Sachen, die wir hier auch generell mit der Verwaltung besprechen müssen. Also, Sie fordern gewisse Sachen.

(Unruhe)

- Kann mal bitte hier ein bisschen Ruhe sein?

(Vereinzelt Beifall)

Danke schön. - Sie fordern eine vereinfachte Konzeptvergabe. Das klingt erst einmal gut, aber da wäre es gut zu fragen: Macht das die Verwaltung? Macht sie es nicht? Warum nicht? Was sind hier die Kriterien, auf die wir achten müssen? Auch das hundertprozentige Erbbaurecht, den Zins auf 0 Prozent zu setzen bei 100-prozentigen geförderten Wohnungsbau - da muss man auch anpassen, was man dann da letztendlich bewirkt; denn auch hier muss man auch aus der Vergangenheit lernen, dass wir durchmischte Quartiere brauchen. Wir haben uns alle hier committed zu sagen, wir brauchen lebenswerte, durchmischte Quartiere.

(Beifall bei Volt)

Dazu gehört auch, wie schon bereits mehrmals gesagt, genügend Flächen für Naturraum, für Erholungsorte, für Gewerbe, für Kultur, für alle möglichen Freizeitangebote. Nur zu sagen, wir müssen einfach nur bauen und alle Flächen, die wir haben, einfach einmal dafür nutzen - davon abgesehen, dass das nicht stimmt; ihr wisst auch, dass es nicht stimmt. Ich finde, das ist auch überhaupt nicht eine Art und Weise, das den Bürger\*innen der Stadt Köln zu vermitteln, dass wir hier unfassbar viele Flächen haben, die einfach nur bebaut werden müssen und dann hat sich das schon getan. So ist es aber leider nicht.

(Beifall bei Volt)

Ich wünsche mir, wenn wir das weiter intensiv gemeinsam diskutieren: Kommt bitte nicht mit dem Regionalplan an. Das ist jetzt entschieden worden bzw. ist in der Entscheidungsphase. Das wird Ende 2024 beschlossen; bald kommt es in die zweite Auflage. Ihr wisst das auch. Und zu sagen, man muss jetzt auf jeden Fall die ganzen Flächennutzungspläne einfach umwandeln - das machen wir im Stadtentwicklungsausschuss ja die ganze Zeit.

(Maria Helmig-Arend [SPD]: Klappt ja gut!)

Wenn es Wohnungsprojekte gibt, ändern wir entsprechend auch die Flächennutzungspläne. Das ist nichts Neues in dem Sinne.

Mit Bezug zu dieser 1 Milliarde Euro gibt es auch viele Fragezeichen: Wie kommt ihr auf die Rechnung? Warum 20 000? Warum nicht mehr oder weniger? Keine Ahnung.

Die 33 Millionen Euro - das ist auch ein Thema, das wir sehr, sehr gerne weiterhin diskutieren möchten. Uns ist es wirklich ein Anliegen, dieses Geld für bezahlbaren Wohnraum zu nutzen. Wie? - Das ist die Frage. Da müssen wir wirklich intensiv mit der Verwaltung ins Gespräch kommen.

Ich habe noch ganz viele andere Sachen, aber nur noch 40 Sekunden. Ganz ehrlich, der vernünftigste Vorschlag aus unserer Perspektive ist definitiv die Beschleunigung der Baugenehmigungsprozesse - auf jeden Fall; auch das zu digitalisieren - auf jeden Fall. Es ist aber auch nicht so, dass die Verwaltung dann nichts tut. Wenn man sich noch einmal den Haushalt vornimmt, sieht man auch, dass genügend Mittel dafür hinterlegt worden sind. Das ist auch alles in der Mache.

Ein weiterer Punkt, den wir weiterhin im Unterausschuss Wohnen diskutieren müssen, ist die Rolle der GAG. Das ist unheimlich wichtig. Ihr habt die WSK erwähnt. Aber die GAG ist einer der wichtigsten Player für uns in dieser Stadt für bezahlbaren Wohnraum. Die müssen wir auch mit an Bord nehmen und wissen, was sie dafür brauchen, um mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen zu können. Meine Zeit ist abgelaufen. Ich freue mich aber wirklich, dass wir dieses Thema breit angehen. Und noch einmal danke für die Initiative. Alles andere besprechen wir dann im Unterausschuss Wohnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Cremer hat jetzt das Wort.

**Christer Cremer (AfD):** Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier und im Livestream! Dieser Antrag ist die eierlegende Wollmilchsau der SPD im Bereich Wohnen. Man tut so, als ob man hier die Lösung gegen den Wohnungsmangel handstreichartig mit einem Antrag hinbekommt. Und man vergisst, dass die eigene Bundesbauministerin bereits an Ihren Ansprüchen deutschlandweit im Bereich Wohnungsbau gescheitert ist.

Deshalb - auch wenn das Thema wichtig ist - ist in unseren Augen dieser Antrag auch nur wieder



ein gewisses Showmoment. Das Thema ist wichtig, keine Frage. Aber man sollte und muss auch einmal die Ursachen des Wohnungsmangels hinterfragen. Folgende Punkte möchte ich hervorheben:

Erstens. Kein Wort über die Ursachen, kein Wort über die offenen Grenzen und die Massenzuwanderung. Das ist ein maßgeblicher Treiber für die Nachfrage am Wohnungsmarkt.

Dann schreiben Sie in Ihrem Antrag, dass es 1990 noch 105 000 geförderte Wohnungen gab. Also Sie, liebe SPD, haben hier im Rat auf Landes- und Bundesebene seitdem doch Einiges an Regierungsverantwortung getragen. Offensichtlich liegen hier eine schlechte Planung und eine schlechte Politik vor. Man weiß ja, dass die Wohnungen irgendwann aus der Förderung herauslaufen. Kein Wort von Ihnen zur desaströsen Energiepolitik in diesem Land: Hohe Strompreise kommen auch bei den Baukosten an. Oder die Anforderungen ans Bauen - gerade mit Blick auf die sogenannte Klimakrise. Sie schreiben selbst davon, dass gewisse Sachen auszusetzen sind.

Dann nächster Punkt, liebe SPD: Als Sie noch hier auf Landesebene Regierungsverantwortung hatten, haben Sie den Grunderwerbssteuersatz auf 6,5 Prozent hochgetrieben. Das macht das Bauen auch teurer; das macht auch Wohnraum irgendwann teurer. Es führte übrigens damals zum Rücktritt Ihres haushalts- und finanzpolitischen Sprechers. Die SPD stellt aktuell die Bundesbauministerin, Frau Geywitz. Sie scheitert deutschlandweit mit dem Neubau von 900 000 Wohnungen. Jetzt meinen Sie, Sie kriegen es hier in Köln besser hin? - Das glaube ich nicht.

Deswegen erscheint es wenig glaubwürdig. Oder will sich Herr Joisten auf den Posten des Bundesbauministers bewerben? Da kann ich nur hoffen, dass der Bundeskanzler ihn nicht bestellt. Herr Joisten schreibt außerdem alles in seinem Antrag auf: Dann soll jetzt auch noch hier die Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke zu einem Dienstleister zur Bereitstellung und Verwaltung von Werkswohnungen für private Unternehmen werden. Sie glauben ja wohl nicht wirklich, dass sich hier irgendein Privater vom Staat die Wohnungen verwalten lässt. Ich habe auch Zweifel, dass der das besser kann. Aber ich frage mich, was das mit der Schaffung von günstigem Wohnraum zu tun hat, wenn man gleich noch irgendwo als staatlicher Unternehmer tätig werden will. Der Antrag ist in unseren Augen überfrachtet.

Dann habe ich auch noch ein paar Fragen an die Verwaltung. Das ist ja hier auch schon an der einen oder anderen Stelle angeklungen. Herr Joisten stellt sich hier hin und verlangt 1 Milliarde Euro. Die Kämmerin ist ja auch noch da. Woher das Geld kommen soll, hat er nicht erläutert. Haben wir irgendwo 1 Milliarde Euro einfach herumliegen, die man dann einfach nur anzapfen muss? Das wäre schön zu wissen als Politik; denn das ist eine ganze Menge Geld, die man auch für andere Dinge verwenden kann. In unseren Augen ist diese Forderung, einfach einmal 1 Milliarde Euro in den Raum zu stellen, schon ein gravierender handwerklicher Mangel, wenn die finanziellen Mittel nicht wirklich zur Verfügung stehen. Sie schreiben da zwar irgendwo etwas von 33 Millionen Euro, aber über den Rest schreiben Sie nichts.

Fünftens. Dann würde mich auch einmal interessieren: Ist das mit den 0 Prozent Erbzins überhaupt so zulässig mit Blick auf Beihilferecht etc.? Und was ist, wenn die Wohnungen dann aus der Förderung fallen? Dann macht derjenige, der die Wohnungen hat, ein sehr gutes Geschäft, weil er entsprechend hohe Mieten nehmen kann und entsprechend geringe Kosten hat.

Dann wollen Sie - und das ist hier auch von verschiedenen Personen schon angesprochen worden - diverseste Positionen und Gremien schaffen, um alles angeblich schneller zu machen. Das Wort „Fast Lane“ musste auch im Antrag genutzt werden; man will ja ganz modern klingen. Sie schaffen aber damit eins: viel neue Bürokratie, aber keine neue Wohnung. Bürokratie schafft keine Wohnungen. Gremien - hier abstimmen, da abstimmen. Wahrscheinlich findet das Meiste jetzt schon in der Verwaltung statt, und deswegen ist das auch nur eines: Show.

Zu guter Letzt: Dann sind Sie, liebe SPD - und das sollten Sie sich auch einmal fragen -, vielleicht auch ein Haupthindernis für die Schaffung von Wohnraum. Sie haben hier vor ein paar Ratssitzungen einmal als größte Oppositionskraft über die Beschlagnahmung von Wohnungen fabuliert. Den privaten Sektor komplett aus dem Wohnungsbau und als wichtigen Bereitsteller von Wohnraum komplett auszuschließen, halte ich für falsch. Das heißt nicht, dass wir nicht die GAG und andere brauchen - gar keine Frage -; Genossenschaften sicherlich auch. Aber allein schon die Debatte über Beschlagnahmungen führt dazu, dass da wenig private Investoren bereit sein werden, zu investieren.



Wir lehnen deshalb Ihren Antrag als nicht glaubwürdig ab. Er ist in unseren Augen eine einzige Showeinlage, handwerklich nicht sauber mit Blick auf die Finanzierung, und nicht ehrlich mit Blick auf die Ursachen der Wohnungsnot - und leider Gottes spielt das Thema Migration in dieser Sache auch eine Riesenrolle, auch wenn Sie es nicht hören wollen.

(Beifall bei der AfD - Matthias Büschges  
[AfD]: Sehr gut!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Syndicus das Wort.

**Karina Margareta Syndicus** (KLIMA FREUNDE & GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauende! Es herrscht ein großes Gemurmel im Ratssaal. Die Aufmerksamkeit nimmt langsam ab, wie man merkt. Ich möchte Sie auch gar nicht so lange mit meiner Rede behelligen; denn das Meiste und Wichtige ist schon gesagt worden.

Als ich den Antrag gelesen habe, hatte ich ein bisschen das Gefühl, draußen hängen schon wieder die Wahlkampfplakate. Aber natürlich bedanke ich mich trotzdem bei der SPD für diese Initiative. Es ist jedoch nicht ganz zu Ende gedacht. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, nachdem ich jetzt heute kurz vor der Sitzung, dann noch den Änderungsantrag - -

(Unruhe)

- Ich würde mich wirklich freuen, wenn es ein bisschen ruhiger wäre. Es wäre einfach nur respektvoll. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Nachdem heute kurz vor der Sitzung der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, der ähnlich viele Buchstaben beinhaltet wie der Antrag der SPD, hereinflatterte, dachte ich mir: Um das Thema wirklich fair zu behandeln, reicht die Zeit bei den Ratsmitgliedern nicht aus, die sich ehrenamtlich hier betätigen; die Zeit reicht nicht, um das alles durcharbeiten. Und dann müssen wir so ehrlich sein: Wenn wir es mit der Wohnungsbaupolitik ernst meinen, müssen wir dieses Thema eben nicht hier kurzfristig im Ratssaal, sondern im Unterausschuss Wohnen, wohin - so der Antrag - jetzt ja auch verwiesen wird, behandeln.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Denn ganz wichtig ist, dass wir die Sachen nicht gegeneinander ausspielen. Wenn wir jetzt überall sagen höchste Priorität hier, höchste Priorität da, dann verpassen wir etwas, nämlich die Stadt als Ganzes zu sehen und zu sagen: Zum Wohnungsbau gehört aber eben auch Gewerbe; dazu gehört eben auch Kultur; dazu gehört eben auch Grünfläche. Wir können nicht nur das eine behandeln. Deswegen freue ich mich über die ernsthafte Diskussion und das Einbeziehen aller Punkte im Unterausschuss Wohnen.

Was wir definitiv brauchen, ist, dass die Stadt Köln sich um den Erwerb von versiegelten Flächen bemüht; denn die Wohnungsnot darf nicht dazu führen, dass wir jetzt überall, wo eine Grünfläche hier und da ist, daran knabbern und versuchen, mit Ausgleichsbepflanzungen oder anderen Maßnahmen das Ganze wieder wettzumachen; das wird nämlich nicht funktionieren.

So, ich lasse Sie auch schon wieder in Ruhe. Wir behandeln das Ganze im Unterausschuss Wohnen, und ich freue mich darauf. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt habe ich auf den Hinweis von Herrn Pütz verstanden, dass es eine zweite Rederunde geben soll. - Herr Pütz.

**Pascal Pütz** (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz, weil wir gerne auf die zweite volle Rederunde verzichten möchten. Es ist in der ersten Runde sehr viel gesagt worden. Wir haben gemerkt, wie sehr das Thema dem Kölner Stadtrat unter den Nägeln brennt. Wir haben da, glaube ich, einen guten Anstoß gemacht. Ich kann nur zusagen, wir werden das auch im Unterausschuss Wohnen begleiten und werden der Verweisung gleich folgen.

Aber einem Punkt muss ich doch vehement widersprechen, und zwar nach einem halben Jahr intensiver Befassung mit diesem Antrag, mit Rückkopplung in die Wohnungswirtschaft, Rückkopplung zur IHK und weiteren Playern, Rückkopplung in die Stadtverwaltung und zwei Jahre vor der nächsten Kommunalwahl finde ich es zu einfach, uns jetzt hier einen Wahlkampfantrag vorzuwerfen, liebe Frau Martin.

(Beifall bei der SPD)



Fehlender Wohnraum ist nun einmal auch gerade eines der drängendsten Themen in unserer Stadt. Das erleben wir, glaube ich, als Ratsmitglieder auch immer wieder in der direkten Ansprache in unseren Wahlkreisen und in der Stadtgesellschaft. Ich glaube, es ist schon ein wichtiger Aspekt, dass wir heute mit diesem Antrag hier eine sehr lebhaft Diskussionsangestoßen haben. Es zeigt auch nur, dass wir alle daran gemeinsam arbeiten müssen. Dafür ist dieser Antrag gedacht. Ich freue mich darauf, wenn wir die Debatte dann im Unterausschuss Wohnen weiterführen werden. Das werden wir da sehr detailliert und vertiefend machen. Ich freue mich über die Angebote. Der Pakt des Wohnens ist natürlich schon einmal eine tolle Sache. Darauf werden wir zurückkommen. Ich werbe dafür, dass wir alle als demokratische Fraktionen uns da noch einmal zusammensetzen - uns die Mühe machen -, damit wir auch dieses Thema für Köln gelöst bekommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und KLIMA FREUNDE & GUT)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Möchten auch die übrigen Fraktionen, Gruppen und Einzelmandatsträger und Einzelmandatsträgerinnen auf die zweite Rederrunde verzichten?

(Zurufe: Ja!)

- Dann lasse ich jetzt abstimmen. Zunächst über den Verweisungsantrag in den Unterausschuss Wohnen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so verwiesen.

Tagesordnungspunkt

### 3.1.8 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Stadtweite Einbürgerungsfeiern“ AN/1690/2023

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT AN/1901/2023**

Ich bitte Frau Hoyer zu sprechen.

**Katja Hoyer (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Jedes Jahr werden in Köln circa 3 000 Menschen eingebürgert. Aufgrund der Initiative der Ampelregierung zu einem neuen reformierten Staatsangehörigkeitsrecht gehen wir davon aus, dass es noch mehr Menschen

werden. Wir Liberale freuen uns darüber, dass sich so viele zu Deutschland bzw. zu Köln als neuer Heimat bekennen und sich den in unserem Grundgesetz beschriebenen Werten verbunden fühlen.

Die Einbürgerung, meine Damen und Herren, ist meist der Höhepunkt eines sehr langen Integrationsprozesses. Endlich ist man angekommen. Man gehört dazu - mit allen Rechten und Pflichten. Ich weiß aus persönlicher Erfahrung, dass viele Eingebürgerte diesen Tag mit einem Fest begehen. Für viele ist die Vorstellung, Bürger und Bürgerin eines demokratischen Rechtsstaats zu sein, Grund zum Feiern, Grund zur Freude.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Vor allem, weil viele von ihnen vorher erleben mussten, was es heißt, in einem Unrechtsstaat, in einer Diktatur oder im Krieg zu leben.

Meine Damen und Herren, verdient dieses Bekenntnis zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung nicht unseren Respekt, unsere Wertschätzung, unsere Anerkennung sowie unser herzliches Willkommen? Natürlich verdient es das, und ich weiß auch, dass dies die übereinstimmende Meinung im Kölner Rat ist. Ich freue mich, dass sich auch die Bundesregierung diesem Willkommen verpflichtet fühlt und sich für verpflichtende öffentliche und feierliche Einbürgerungsveranstaltungen ausspricht.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, über das Ob der Einbürgerungsfeiern scheint hier auch Einvernehmen zu bestehen; nur bei der Frage des Wie sind wir uns offensichtlich nicht einig. Die FDP ist der Meinung, dass diese Feiern stadtweit in einem festlichen Rahmen und auch in einem angemessenen Raum stattfinden sollen. Wir wünschen uns, dass dies unter aktiver Beteiligung der Oberbürgermeisterin geschieht. Ich weiß, liebe Frau Reker, Sie werden unsere neuen Bürgerinnen und Bürger mit der nötigen Empathie und Wertschätzung begrüßen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Die FDP versteht die Einbürgerungsfeiern als Veranstaltung mit hoher symbolischer Kraft. Ist es nicht ein wunderbares Zeichen für die Eingebürgerten, von der ersten Bürgerin unserer Stadt willkommen geheißen zu werden? Ich meine ja. Der symbolische Akt dieser Feiern kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass auf dieser Veranstaltung eine Übergabe der tatsächlichen Einbürgerungsurkunden nur eine Ausnahme sein kann.



Natürlich wissen auch wir, dass viele Eingebürgerte die Urkunden möglichst schnell benötigen, um so zum Beispiel notwendige Amtsgeschäfte zu regeln. Deshalb schreiben wir in unserem Antrag, dass die nichtöffentliche Übergabe der Einbürgerungsurkunden durch die zuständigen Verwaltungsbehörden nicht berührt wird.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, das Ratsbündnis spricht sich in seinem Ersetzungsantrag gegen stadtweite Einbürgerungsfeiern aus, und tut dies mit dem Verweis auf die Zuständigkeitsordnung. In der Tat steht in der Zuständigkeitsordnung, dass die Bezirksvertretungen zuständig sind.

Meine Damen und Herren, ich war selbst lange genug Bezirksvertreterin, und ich weiß schon allein deswegen, wie wichtig die Bezirksvertretungen sind. Ich weiß auch, dass die Bezirksbürgermeisterinnen und die Bezirksbürgermeister einen tollen Job machen und auch da gute Arbeit und auch Empathie bringen. Aber seien wir einmal ganz, ganz ehrlich: Wenn ich mich einmal in die Rolle einer Neubürgerin hineinversetze, würde ich einen Festakt auf Stadtebene mit Reden, mit Musik und mit entsprechender medialer Aufmerksamkeit doch vorziehen.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN  
sowie bei Teilen der SPD)

Ich will aber hinsichtlich des Ablaufs nicht zu sehr ins Detail gehen. Hier gibt es ja auch schon Beispiele aus Hamburg und Baden-Württemberg. Die FDP bittet ja gerade die Verwaltung, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zu Grünen, CDU und Volt ist die Gestaltung von Einbürgerungsfeiern für die FDP keine Frage der Zuständigkeitsordnung.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der  
LINKEN)

Ein kleiner Einschub am Rande: Zuständigkeitsordnungen lassen sich auch ändern, wenn der politische Wille da ist.

Nein, meine Damen und Herren, für die FDP zeichnen sich Einbürgerungsfeiern dadurch aus, dass wir unseren neuen Bürgerinnen und Bürgern ein würdiges und wertschätzendes Willkommen bereiten. Bei Einbürgerungsfeiern steht nicht die Zuständigkeit im Mittelpunkt, sondern die neuen Mitbürger und Mitbürgerinnen. Deswegen würden wir uns freuen, wenn Sie diesem Antrag zustimmen könnten. Und wenn Sie diese Debatte heute

nicht zu Ende führen wollen, sondern im Integrationsrat, sind wir auch da gewappnet und freuen uns auf die Auseinandersetzung. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der  
LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

**Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen von der FDP, vielen Dank erst einmal für euren Antrag und auch die Möglichkeit, dass wir uns in diesem Rahmen - in diesem Gremium - über Einbürgerung auch noch einmal auseinandersetzen können; auch über die Frage: Was macht denn am Ende eine würdige Einbürgerungsfeier aus?

Ich kann mich den Worten von dir, Katja Hoyer, uneingeschränkt anschließen, dass uns Einbürgerungen natürlich eine Herzensangelegenheit sind. Ich glaube auch, dass dieser Rat tatsächlich es empfindet, dass Einbürgerungen ein Grund zur Freude sind, und dass Respekt und Willkommenskultur hier in dieser Stadt selbstverständlich sind. Daher bedanke ich mich für diese Worte und auch für diese Begründung. Du hast vollkommen recht, die Ampel hat auf Bundesebene erkannt, wie wichtig Einbürgerungen für die Integration sind, und dass es bis dorthin ein langer Prozess ist.

Der Referentenentwurf zum neuen Staatsangehörigkeitsrecht, der ja auch in eurem Antrag entsprechend zitiert wird, sieht vor - ich zitiere -:

Die Einbürgerungsurkunde soll künftig grundsätzlich im Rahmen einer öffentlichen Einbürgerungsfeier ausgehändigt werden. Nach Möglichkeit soll dies in feierlicher Form und unter Verwendung der nationalen Symbole der Bundesrepublik Deutschland erfolgen.

So weit, so gut. Und so weit sind wir uns, glaube ich, auch alle einig. Die grundsätzliche Frage, um die es hier geht, ist, glaube ich, eine Frage, die am Ende jeder und jede für sich persönlich entscheiden kann und muss: Was ist denn am Ende des Tages eine würdige Feier? Was ist mehr Ehre für mich?

Und ja, auch wenn sich Zuständigkeitsordnungen ändern lassen, wird man sich einmal etwas dabei





gedacht haben, die Einbürgerungen in die Hoheit der Bezirke zu legen. Nach Ansicht unserer Fraktion gehören nämlich Einbürgerungen weiterhin dorthin. Die Kölnerinnen und Kölner leben in ihren Veedeln, lieben diese und identifizieren sich auch oft mit ihnen. Wir fühlen uns doch irgendwie oft eher als Ehrenfelder\*in oder als Eiler\*in oder als Klettenberger\*in oder als Dünnwalder\*in, als dass wir sagen, wir sind Kölner\*in. - Ja, wir sind natürlich alle auch Kölner\*innen, aber an den Veedeln, auf die wir alle so stolz sind, die wir in jeder zweiten Ratsrede zitieren, sollten wir nicht rütteln und diesen Ultralokalpatriotismus, wie ich ihn vielleicht einmal nennen möchte, einfach so abtun.

Wir wissen auch, dass es in den einzelnen Bezirken bisher unterschiedlich feierlich abläuft und es auch für die jeweiligen Kolleginnen und Kollegen vor Ort eine Herzensangelegenheit ist, Einbürgerungen durchzuführen. In der Pandemie sind viele dieser Feiern ausgefallen. Es gab dann eher eine schnöde gehaltene Übergabe von Urkunden. Ich möchte damit auch keinem der Kolleginnen und Kollegen in den Bezirken zu nahe treten. Wir sind aber auch der Meinung, da geht auch in den Bezirken teilweise durchaus noch mehr. Vor allen Dingen vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Ressourcen der Bürgerämter und auch beim Einsatz unserer ehrenamtlichen Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister.

Daher - und das sieht unser Ersetzungsantrag vor - schlagen wir vor, gemeinsam mit den Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeistern das entsprechende Konzept auf die Beine zu bringen und zu schauen, was vor Ort tatsächlich benötigt wird, um eine entsprechend würdige und feierliche Einbürgerung zu ermöglichen. Was brauchen denn unsere Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler vor Ort? Was brauchen die Bürgerämter vor Ort, um es entsprechend auch würdig zu gestalten? Das heißt, wir sind uns in dem Ansinnen einig. Die Frage ist nur: Macht die erste Bürgerin unserer Stadt diese feierliche Übergabe, oder machen es unsere neun ehrenamtlichen Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister?

Es ist angeklungen, die Frage soll durchaus noch einmal im Integrationsrat diskutiert werden. Das können wir dann auch gerne machen. Ich glaube, es ist nur wichtig, dass wir hier einen Prozess starten, damit dann, wenn das neue Staatsangehörigkeitsrecht entsprechend verabschiedet ist, wir hier auch gewappnet sind und allen, die Kölnerinnen und Kölner werden wollen, die Möglichkeit geben, Kölnerinnen und Kölner zu werden und das

Ganze dann bei einer schönen, netten und würdigen Feier hier auch zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Brock-Storms das Wort.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Wir beantragen die Überweisung in den Integrationsrat!)

- Aber nach der Debatte, oder? Wir machen das ja immer nach der Debatte.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das war heute Morgen in der Geschäftsführerrunde aber anders besprochen!)

Frau Brock-Storms hat das Wort.

**Claudia Brock-Storms (SPD):** Ich versuche dann einmal anzufangen. Wir können uns ja über die Verfahren oder die Verabredungen gleich noch einmal kurzschließen. Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen!

(Zuruf von der AfD)

- Ich weiß, dass Sie das nervt. Mir ist das aber wumpe.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Liebe Anwesende im Saal und on Air! Liebe Vertreterinnen des *Koblenzer Anzeigers*! Da mich viele Nachfragen wegen der Länge der Einbürgerungsverfahren erreichen, möchte ich zuvor bemerken, dass zu einer würdevollen Behandlung der Einbürgerungswilligen erst einmal eine zügige Terminvergabe und Antragsbearbeitung gehören sollten. Mit einer würdevollen Feier kann man den Umgang der Verwaltung mit den Einbürgerungswilligen nicht aufwiegen.

Nun aber zum Antrag der FDP: In diesem Fall nicht populistisch und sehr hilfreich. Der Antrag der FDP zur Erstellung eines Konzepts für die öffentliche und stadtweite Einbürgerungsfeiern findet die Zustimmung unserer Fraktion. Stadtzentrale Feiern können eher das Versprechen der würdevollen, feierlichen Atmosphäre einlösen als dezentrale Zeremonien in den Bezirken.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Ich möchte hier weder den Bezirkspolitiker\*innen, insbesondere den Bezirksbürgermeister\*innen, aber auch nicht den Mitarbeiter\*innen in den Meldehallen, die damit viel zusätzliche Arbeit haben, zu nahe treten; sie und ihre Arbeit zu würdigen, geschieht viel zu selten. Aber dies ist wieder ein anderes Thema. Ich möchte mich jetzt auch nicht über diese Kommission auslassen. Wenn man die Bezirke ernsthaft stärken will, müssen sie eigene Mittel haben. Ich war sechs Jahre in der Bezirksvertretung Mülheim, und ich denke, da liegt der Hase im Pfeffer; dennoch ist das Rathaus repräsentativer als die Funktionsgebäude in den Bezirken. Die Oberbürgermeisterin, die Bürgermeisterin und die Fraktionsspitzen sind nun einmal prominenter als die Kolleg\*innen vor Ort. Die Oberbürgermeisterin wird sicher bestätigen können, dass bei allen Veranstaltungen, wo Menschen mit internationaler Familiengeschichte, ob mit oder ohne deutschen Pass zu Gast sind, sich Schlangen für ein gemeinsames Foto mit ihnen bilden. Vielleicht ist es nur ein Symbol. Ich finde aber, es ist ein sehr bedeutsames. Wer will denn mit uns einmal ein Selfie machen? Darüber muss man einmal nachdenken.

Wir sind überzeugt, dass eine stadtweite Feier ein wichtiges Signal für die Menschen mit internationaler Familiengeschichte ist. Menschen, insbesondere wenn es sich um vormals Geflüchtete handelt, die unsere Sprache gelernt, eine schulische oder berufliche Ausbildung gemacht haben oder in Arbeit sind, und nun nach Jahren in Deutschland angekommen sind und gern ein Teil unserer Gesellschaft werden können und wollen, sollten wir angemessen willkommen heißen. Die bisherige Regelung, dass die Übergabe der Einbürgerungsurkunde in den Bezirken erfolgt - und so ist es im Antrag der FDP formuliert -, wird davon nicht berührt oder abgeschafft.

Daher verstehe ich den Ersetzungsantrag des Bündnisses nicht ganz bzw. er weist auf das grundsätzliche Dilemma hin, nämlich dass es bei dem bisherigen Verfahren kein einheitliches Format gibt. In diesem Zusammenhang habe ich sowohl mit einigen Menschen aus dem Integrationsrat als auch mit allen Bezirksbürgermeister\*innen gesprochen. Manchmal ist es nützlich, mit den Betroffenen zu reden. Die Einbürgerungserfahrungen, die mir geschildert wurden, waren sehr unterschiedlich. Das reichte von „eine schöne, mit Liebe gemachte Feier“ bis hin zu „freudlose Nummer, reiner Verwaltungsakt“. Es kann doch nicht sein, dass die Ausgestaltung der Einbürgerung so unterschiedlich gehandhabt wird, und es augenscheinlich von den Personen vor Ort abhängt, wie

würdevoll oder auch nicht diese Veranstaltung abläuft.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Daher ist die Forderung nach einem Konzept zentral und richtig. Ich finde allerdings, dass es nicht ausreicht, das Konzept dem AVR, dem Integrationsrat und den Bezirksvertretungen vorzulegen, wenn es fertig ist, sondern sie sollten frühzeitig in den Prozess eingebunden werden.

Wir sind zudem der Überzeugung, dass das Angebot einer zentralen Feier und die einer dezentralen Übergabe der Einbürgerungsurkunden sich ergänzen und sich nicht gegenseitig ausschließen. Daher halten wir es auch für falsch, wenn wir das hier gegeneinander abstimmen. Lassen Sie uns stattdessen beschließen, dass die Verwaltung aufgefordert wird, ein Konzept für eine zentrale Feier und ein einheitliches Format in den Bezirken zu erstellen und in die vorgenannten Gremien einzuspeisen. Das wäre sowohl der Sache als auch den Menschen, um die es ja hier geht, ein angemesseneres Verfahren. Ich weiß jetzt nicht, wie wir uns nachher verabreden; wenn wir sagen, wir überweisen in den Integrationsrat, würden wir natürlich zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Tokyürek.

**Güldane Tokyürek (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind davon ausgegangen, dass wir nicht alle dazu reden. Deswegen bin ich jetzt nicht so vorbereitet wie meine Ratskolleg\*innen. Aber ich werde trotzdem probieren, noch einmal hier etwas zusammenzufassen. Man kann feststellen, dass hier der Konsens besteht, Einbürgerungsfeiern zu begleiten und diese auszurichten; ob das auf der Stadtebene passiert mit Frau Reker, die die Urkunde übergibt - natürlich nicht jedem von denjenigen, die eingebürgert werden; das würde den Rahmen sprengen -, oder ob es in der Bezirksvertretung passiert, muss man entsprechend sehen. Uns ist aber wichtig, unabhängig davon, dass der Integrationsrat - das wurde mehrfach gesagt -, dazu vorab hätte befragt werden müssen: Die Kolleg\*innen dort hätten die Gelegenheit haben müssen, darüber nachzudenken, was tatsächlich ihr Wunsch ist. Das weiß ich nicht. Ich weiß nicht, ob es die FDP weiß. Aber ich weiß, dass Frau Hoyer im Integrationsrat sitzt und mit



Sicherheit Stimmen gehört hat; sonst hätte sie vielleicht diesen Antrag auch nicht so gestellt.

Nichtsdestotrotz, Frau Hoyer, glaube ich, ist es wichtig, dass es erst einmal eine Runde in den Integrationsrat macht; denn dort sitzen Menschen, die ja quasi unsere Experten und Expertinnen sind. Da noch einmal diese Schleife zu ziehen, ist, glaube ich, ganz sachdienlich.

Nur vielleicht einfach einmal eine eigene Note: Als ich eingebürgert worden bin - das ist jetzt Jahrzehnte her -, habe ich in einer Amtsstube meine Urkunde bekommen und mir wurde gesagt: „Schönen Tag noch, Frau Tokyürek!“ - das war es.

Ich glaube, dass es mit Sicherheit Menschen gibt, die es freut, eingeladen zu werden, und die das gerne mitmachen möchten, in einem schönen Rahmen eine Urkunde zu bekommen. Es gibt mit Sicherheit sehr viele Menschen, die das wirklich toll finden und Lust darauf haben; nicht jeder, aber derjenige, der keine Lust hat, kommt halt eben nicht. Aber ich glaube, dass wir hier einen breiten Konsens haben, dass wir das wollen. Dann richtet man ein tolles Fest aus, um denjenigen, die kommen, die Einbürgerungsurkunde auszuhändigen. Das sollten wir definitiv tun. Aber ich beantrage jetzt hier - Frau Hoyer, Sie haben gesagt, dass Sie die Schleife mittragen -, den Integrationsrat mit einzubeziehen, um dort das Okay einzuholen. Dann kann das auf die Reise gehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Es sieht jetzt nicht so aus, als würde von Volt das Wort gewünscht werden. Dann hat Herr Cremer das Wort.

**Christer Cremer (AfD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und im Livestream! Was ich Ihnen jetzt sagen werde, wird Sie erst einmal überraschen: Prinzipiell ist die Idee von feierlichen Einbürgerungsfeiern nicht falsch.

(Beifall bei der AfD)

Es sollte eigentlich auch der Standard in Deutschland sein. Wir haben allerdings in Deutschland ein Problem, dass die Staatsangehörigkeit in unseren Augen eher verramscht wird und nicht am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses steht.

Deshalb sehen wir diesen Antrag zum jetzigen Zeitpunkt sehr kritisch. Wir sind ja für eine eher rigide Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit. Das heißt nicht, dass sie nicht an irgendwen vergeben werden sollte. Keineswegs. Nur in der aktuellen Form sehen wir unser Staatsangehörigkeitsrecht sehr kritisch. Die FDP hat hier auch Bezug genommen auf die Referentenentwürfe in Berlin, und die sehen ja irgendwie auch schon Einbürgerungen nach drei Jahren vor. Das ist in unseren Augen falsch. Das ist eine Verramschung des deutschen Passes. Ich gebe jedem einmal den Tipp: Geben Sie einmal bei Google „Vergewaltigung Nürnberg Ägypter“ ein, dann kriegen Sie den heutigen Artikel. Da schreibt ja selbst die Bildzeitung, dass es ein Eingebürgerter war. Daher muss man da sehr vorsichtig sein.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich bitte Sie, zur Sache zu sprechen, Herr Cremer.

**Christer Cremer (AfD):** Ich bin gleich fertig. Ich wollte mich kurzfassen, Frau Reker.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ja, aber sprechen Sie bitte zur Sache.

**Christer Cremer (AfD):** Wie gesagt, wir sind prinzipiell für diese Feiern, wären auch dafür im pompösen Rahmen; nur aktuell nicht, weil das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht aktuell so gar nicht dazu passt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Dickas das Wort.

**Birgit Beate Dickas (Die FRAKTION):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Kollegen der demokratischen Parteien! Sehr geehrte Kolleginnen! Liebe Zuschauende im Saal - es sind noch einige, die aushalten - und daheim an den Geräten!

In Zeiten, in denen Abschiebungen im großen Stil gefordert werden, erfüllt der Willkommensantrag der FDP mein graues Herz mit Freude. Zudem begrüßen wir, die Fraktion Die FRAKTION, den Ein-



bürgerungsantrag sehr; denn für Partys und Feiern - besonders der kölschen Art - sind wir immer zu haben, solange es dabei Kölsch, Bier, Halve Hahn und vegane Mettbrötchen gibt. Die Fraktion Die FRAKTION möchte ebenso wie die Antragstellenden alle neu zugezogenen, aber auch langjährig hier lebenden Menschen, die sich für die deutsche Staatsangehörigkeit entschieden haben, nicht nur willkommen heißen, sondern auch in unser kölsches Hätz mit einschließen.

Köln verfügt über ein umfangreiches, jahrhundertaltes Repertoire an kölschen Hymnen. Daher bitte ich die Verwaltung, eine Auswahl von geeigneten kölschen Liedern zu treffen, um diese bei den künftigen Einbürgerungsfeiern abzuspielen. Beispielsweise nenne ich hier „Da simmer dabei“ oder etwas ernsthafter „Unsere Stammbaum“ von den Bläck Fööss. Auf ein Abspielen der deutschen Nationalhymne bitte ich aus verschiedenen Gründen zu verzichten, aber aus Gesprächen mit Betroffenen weiß ich auch, dass diese diesen festlichen, ernsthaften, formalrechtlichen Akt eben auch mit einer gewissen Ernsthaftigkeit gefeiert wissen möchten und durchaus auch das Abspielen der Nationalhymne als angemessen sehen. Als Vorschlag wurde mir auch schon gesagt: Ja, aber es wäre schön, wenn wir in Köln dann auch noch eine kölsche Hymne hören könnten.

Um aber über diesen Antrag zu entscheiden, finde ich, müssten Betroffene einfach viel mehr Gehör finden. Das können wir als Almans nicht unbedingt entscheiden. Ich fände es auch super, wenn der Antrag in den Integrationsrat verwiesen wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Hupke das Wort.

**Bezirksbürgermeister Andreas Hupke** (Innenstadt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuhörende! Ich bin jetzt wirklich überrascht. Ich dachte auch zuerst, als ich das in der Zeitung gelesen habe, dass das von der FDP kommt. Da dachte ich, Moment mal, wie kommt das jetzt? Und wieso haben jetzt auf einmal alle die Einbürgerung entdeckt? Ich meine das auch wirklich mit Ernst. Ich habe eine Kollegin aus der Bezirksvertretung, die Französin ist und die jetzt auch bald ihren Pass bekommen wird. Sie hat einen Anruf von dem Ministerpräsidenten Wüst bekommen. Er sagte, er würde sie gerne einbürgern, aber das

könne er ja nicht, weil er dafür nicht zuständig sei; aber er würde sie gerne einladen, dass sie dann als französische Staatsbürgerin jetzt bald deutsche Staatsbürgerin werde.

Sie haben also eine große Konkurrenz - das müssen Sie wissen -, auch hier vom Rat. Vielleicht wird das dann alles einmal nach Düsseldorf gehen. Dann wäre es so, aber ich kann jetzt nur sagen: Ich glaube, dass auch hier große Irritationen oder auch Nichtwissen vorhanden sind, was Einbürgerungen in den Bezirken anbelangt. Ich kann nur jedem Ratsmitglied, allen voran jedem direkten Ratsmitglied raten, einmal in die Bezirke zu gehen.

(Zuruf von der FDP: Waren wir schon!)

- Ja, okay. Und wenn es da nicht so läuft, wie sich die Ratsleute es vorstellen, müssen sie sich mit dem Bezirksbürgermeister und der Bezirksbürgermeisterin auseinandersetzen. Ich kann nur sagen, bis jetzt habe ich 4 000 Leute eingebürgert.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Warum erzähle ich das? Das sind gar nicht so wenige. Das Wichtige ist dabei - und deshalb haben wir es auch immer früher so diskutiert -, dass es in den Bezirken ist, weil die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister diese Menschen, wenn es einmal zentral läuft, nur einmal sehen. Die Bezirksbürgermeisterinnen und die Bezirksbürgermeister sehen sie oft.

(Vereinzelt Heiterkeit)

- Ja, ich denke, das ist sehr wichtig. Das hat nichts damit zu tun. Das ist sehr wichtig in der Hinsicht, dass die Menschen sich schnell mit der Stadt identifizieren - das ist das Entscheidende dabei -, und das können Sie in dem Falle, wenn Sie wissen, was Ihre Bezirksvertretung ist. Man erklärt die Demokratie, das demokratische Wesen, dann trägt man die Nationalhymne vor, dann gibt es Wasser, dann wird auch noch ein kölsches Gedicht aufgesagt, zum Beispiel „Su simmer all he hinjekumme“. Ich kann nur sagen, dass das die Menschen sehr berührt und dass sie auch sehr froh darüber sind. Wenn man sich dann im Viertel über den Weg läuft, kennt man sich, und dann bespricht man das auch so alles.

Das andere ist, was Sie hier vorhaben - das kann ich auch ganz klar sagen -: Das ist eine Riesenummer. Wenn überhaupt so etwas wäre, müsste es hier im Rathaus sein; denn das ist ja nun einmal hier das Haus für die Bürgerinnen und Bürger





stadtweit. Wenn es einmal im Jahr wäre - ich habe das jetzt gemacht, ich habe alle, fast 400, die man während der Pandemie nicht einbürgern konnte, angeschrieben oder wir - ich habe ja eine Sekretärin.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Davon kamen nur noch 100, und da ist auch eine große Fluktuation drin. Das muss man auch sagen. Daher ist es wichtig - letzter Satz, nein vorletzter -, dass das sehr zeitnah geschieht. Wir machen das natürlich unterschiedlich, aber alle vier Wochen mache ich eine Einbürgerung. Das ist das Entscheidende dabei, dass sie auch die Urkunde bekommen und dass sie auch sehen und mitbekommen: Wer wohnt in meinem Bezirk? Wer ist das? Sie können ihre Kinder mitbringen. Sie können ihre Verwandten mitbringen. Das kann man in so einer großen Veranstaltung nicht.

Ich will das sagen - auch mit hoher Verehrung -: Klar, man kann natürlich auch für die jüngeren Leute etwas machen. Es gab einmal eine kölsche Hymne, als es nach dem Krieg eine gewisse Zeit aus den bekannten Gründen leider keine gab. Diese hieß: „Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien“. In dem Sinne: Das gehört in die Bezirke.

(Vereinzelt Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich will Ihnen nur ganz kurz berichten, dass ich auch Menschen, die mich vorher schon erlebt haben und es unbedingt möchten, einbürgere. Das habe ich schon bei ein paar Dutzend Menschen gemacht, ohne jetzt den Bezirksbürgermeisterinnen und -meistern Konkurrenz zu machen. Ich mache es für diejenigen, die es unbedingt möchte und mir einen Brief schreiben - das sind übrigens manchmal auch Eltern mit Kindern - das finde ich immer besonders interessant und toll.

Ich würde jetzt vorschlagen - das gibt die Gemeindeordnung nämlich so her, weil der Integrationsrat kein Beschlussgremium in dem Sinne ist -, dass wir das zur Stellungnahme an den Integrationsrat verweisen, wenn Sie einverstanden sind. Hier kam häufiger die Bitte, das zur Stellungnahme an den Integrationsrat zu verweisen. Gibt es Gegenstimmen?

(Christian Joisten [SPD]: Entschuldigung!)

- Herr Joisten.

**Christian Joisten (SPD):** Es gab eben noch die Idee, das auch in den AVR zu geben. Das hatten wir schon einmal abgestimmt. Also in den AVR und in den Integrationsrat.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wir könnten vielleicht die Stellungnahmen des Integrationsrates abwarten.

**Christian Joisten (SPD):** Das macht dann am meisten Sinn. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann würden wir es so machen, dass wir das in den Integrationsrat zur Stellungnahme und dann in den AVR verweisen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### 3.1.9 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Solidarität mit Israel und Tel Aviv-Yafo“ AN/1822/2023

Herr Cremer hat das Wort.

**Christer Cremer (AfD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren!! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und am Livestream! Erst mal vorweg: Was Sie heute Nachmittag gemacht haben, hier so eine Resolution als vermeintlichen Antrag, weil man Probleme hatte, das zusammen zu machen, ist schon wirklich peinlich. Es ist eigentlich auch schade, dass Sie da in Ihrer Neutralität mitgemacht haben.

(Beifall bei der AfD)

Wir wären wirklich gesprächsbereit gewesen, auch mit Blick auf unseren Antrag. Wir waren ja in der Lage, das rechtzeitig reinzuschreiben und über Änderungsanträge und Ähnliches zu reden. Wir hätten auch kürzen können. Das wäre alles gar kein Problem. Aber so etwas ist einfach nur erbärmlich.

Nun zum Thema: Der terroristische Angriff der radikal-islamischen Hamas am 7. Oktober auf die zivile Bevölkerung in Israel ist durch nichts zu rechtfertigen. Dieser Angriff auf Kinder, Frauen, Alte kann durch nichts entschuldigt oder relativiert



werden. An dem Tag wurden 1 400 Menschen getötet, ermordet - so viele Juden wie an keinem anderen Tag seit 1945. Die Berichte über die Gräueltaten sind unvorstellbar.

Die Kölner Partnerstadt Tel Aviv liegt seitdem unter Beschuss von Raketen. Glücklicherweise fängt die israelische Raketenabwehr die meisten davon ab, aber nicht alle. Es muss für die Zivilbevölkerung furchtbar sein. Übrigens gehören in Israel zur Zivilbevölkerung nicht nur Juden; Israel hat ja auch einen sehr hohen Araberanteil. Ich glaube, dass diese Raketen nicht zwischen jüdischen oder arabischen Israelis unterscheiden.

Deshalb sollte der Kölner Stadtrat unserer Partnerschaft Tel Aviv unsere Solidarität ausdrücken.

Wir müssen uns aber auch als Köln einige kritische Fragen stellen und endlich die richtigen Schlüsse aus den Reaktionen auf Deutschlands Straßen ziehen.

Die Zuwanderung aus dem arabisch-islamischen Kulturraum ist gescheitert. Gucken Sie sich bitte die zum Teil gewalttätigen Demos in Deutschland an.

(Beifall bei der AfD)

Ein Stopp der Zuwanderung aus diesem Kulturkreis ist sofort geboten. Es darf nicht sein, dass Islamisten in Deutschland die ausländischen Konflikte hierhin tragen und auch noch den deutschen Pass hinterhergeworfen bekommen. Das meinte ich vorhin.

Die Ampelkoalition wird mit ihrer Verramschungspolitik der deutschen Staatsangehörigkeit leider ihren Teil dazu beitragen, dass diese Leute dann auch noch über Wahlen demokratischen Einfluss gewinnen. Davor graut es mir.

Deutschland braucht vielmehr eine rigide Abschieds- und Rückführungskultur für Islamisten und ausländische Antisemiten.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen nicht, dass ausländische Konflikte auf deutschem Boden ausgetragen werden. Die anderen Fraktionen in diesem Rat wie auch die Oberbürgermeisterin müssten dafür aber endlich aus ihrem Gutmenschen-Wolkenkuckucksheim kommen.

Die AfD hat immer vor dem importierten Antisemitismus gewarnt. Leider haben wir recht behalten. Ein jüdisches AfD-Mitglied hat mir berichtet, dass es Antisemitismus in erster Linie von Menschen

aus dem arabisch-islamischen Kulturkreis in Köln und nicht von Biodeutschen erlebt habe.

Wir haben in Köln ja auch ein prominentes Beispiel für importierten Antisemitismus. Ich will hier an den Fall des Kippaträgers erinnern, der 2021 wegen seines Glaubens in der Innenstadt angegriffen wurde. Aus der Landtagsdrucksache 17/17063 ergibt sich zum Täterhintergrund folgendes Bild: acht Tatverdächtige, davon ein Deutscher mit Pass und deutschem Vornamen, drei deutsche Staatsangehörige mit nichtdeutschen Vornamen, drei Personen mit deutscher und türkischer Staatsangehörigkeit, eine Person mit türkischer Staatsangehörigkeit. - Das ist ein Beispiel für den Antisemitismus in diesem Land und dieser Stadt.

Es darf hier in Köln keinerlei Zusammenarbeit mit irgendwem geben, der mit diesen radikalen islamischen Organisationen verbunden ist.

Auch lehnen wir Boykotte der israelischen Wirtschaft ab. Die Produkte Israels müssen in Köln ausdrücklich willkommen sein.

Dann auch noch ein paar Worte zur Hamas: Der israelischen Armee wünsche ich viel Erfolg beim Kampf gegen diese Organisation. Selbstverständlich hoffe ich, dass die zivilen Opfer unter den Palästinensern, so gut es geht, minimiert werden.

(Beifall bei der AfD)

Die Hamas regiert den Gazastreifen seit 2007 faktisch alleine. Was hat sie erreicht? Nichts außer Armut. Sie kann nur Terror und Leid bringen - nicht nur für Israel, sondern auch für die eigenen Leute.

Ganz perfide erscheint dieser Angriff vor dem Hintergrund, dass sich Israel und Saudi-Arabien annähern. Sollte hier etwa Entspannung zwischen Arabern und Juden unterbunden werden, die ja schon in den letzten Jahren unter Trump sehr erfolgreich stattgefunden hat?

Die Hamas hat keinen Versuch unternommen, den Gazastreifen in ein Singapur oder Hongkong des Mittelmeers zu verwandeln - trotz großzügiger Entwicklungshilfe auch aus Deutschland. Das war dann wohl eher Rüstungshilfe. Die reichen Golfstaaten hätten sicherlich auch als Unterstützer für eine andere Art des Lebens dort bereitgestanden.

Die Hamas hat als Regierungskraft versagt und nutzt die eigene Bevölkerung auf widerlichste Weise auch noch als Schutzschild.



Mit der Unterstützung der Hamas muss Schluss sein. Andernfalls wären alle Solidaritätsbekundungen nicht glaubwürdig.

(Beifall bei der AfD)

Unser Antrag ist vollumfassend, glaube ich. Wir wären gerne bereit gewesen, mit Ihnen in dieser Frage zusammenzuarbeiten. Nichtsdestotrotz bitte ich um Ihre Zustimmung. Wir sollten hier als Rat auch einen Beschluss fassen. Einen formellen Beschluss haben wir nämlich nicht. Aber ein Beschluss ist die stärkste Form des politischen Ausdrucks. Der Rat als solcher hat bis dato keinen Beschluss gefasst. Hier kann er einen klaren Beschluss der Solidarität fassen. Deswegen bitte ich Sie um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Martin.

**Christiane Martin** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin wirklich stolz darauf, dass sich der Rat der Stadt Köln mit großer Mehrheit zusammen mit der Oberbürgermeisterin heute Nachmittag in einer gemeinsamen Resolution solidarisch mit Israel erklärt hat und aller unschuldigen Opfer dieses Krieges gedacht hat.

(Beifall)

Umso schlimmer ist das, was wir soeben hören mussten - von einer zum Glück nur kleinen, aber gesichert rechtsextremen Minderheit, die wieder einmal gezeigt hat, wie groß ihre Menschenverachtung und ihr Hass sind.

Immer wieder zeigt sich: Die proklamierte Solidarität mit Israel und der vermeintliche Einsatz gegen Antisemitismus der AfD sind heuchlerisch. Denn immer wieder äußern sich Parteimitglieder und auch Funktionäre jüdenfeindlich. Es gibt Landtagsabgeordnete, die offen antisemitischen Verschwörungstheorien anhängen. Juden Hass und die Relativierung bis zur Leugnung der Schoah sind in dieser Partei zu Hause.

Der scheinheilige Versuch, sich solidarisch mit Israel zu zeigen, ist aber nicht nur heuchlerisch, sondern auch entlarvend; denn der AfD geht es immer nur darum, Argumente für ihre migrationsfeindliche Politik zu sammeln. Sie sieht sich selbst als Garant für jüdisches Leben in Deutschland in Zeiten illegaler antisemitischer Zuwanderung und

vermengt auf unerträgliche Art und Weise zwei Themen miteinander. Einen sofortigen Stopp der Zuwanderung aus dem arabisch-islamischen Kulturraum zu fordern, um Antisemitismus vorzubeugen, ist doppelzüngig und zutiefst perfide.

(Beifall)

Ich bin stolz auf die breite Mehrheit in diesem Rat und unsere Oberbürgermeisterin, die sich ehrlich und von Herzen solidarisch mit Israel erklären und den Antisemitismus verabscheuen.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann würde ich jetzt gerne zu TOP 3.1.9 abstimmen lassen. Wer wünscht dem Antrag zuzustimmen? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

**3.1.10 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Neugestaltung Sicherheitskonzept 11.11.2023 - Stadt absperren (außer Hahnwald)!“**  
**AN/1818/2023**

Ich gebe Herrn Hock das Wort.

**Michael Hock** (Die FRAKTION): Jetzt können alle erst mal etwas essen gehen. Guten Appetit. - Liebe Frau Reker! Liebe alle! Karneval: Chance oder Gefahr? Lassen Sie mich für die Antwort ein bisschen weiter ausholen; denn die Ursprünge des Karnevals liegen ungefähr im Jahr 1832. Damals hatten die sogenannten Sanchilotten - Köln stand unter französischer Herrschaft - hier in Köln ein Pferd zurückgelassen, nachdem sie von den Holländern vertrieben worden waren. Es war ein riesiges Pferd aus Holz. In dem Pferd befanden sich 300 preußische Soldaten, die nachts in voller Uniform durch die Straßen liefen und dabei laut „Sparta!“ riefen, was später im kölschen Zungenschlag zu „Alaaf!“ wurde. So haben am Ende doch die Konföderierten den Krieg gewonnen. Sie nannten die Stadt von da an Colón, nach der gleichnamigen Stadt im mexikanischen Bundesstaat Querétaro. Einmal im Jahr erinnern sich die Kölner und Kölnerinnen an diese Nacht, und zwar am 11.11.

Warum erzähle ich das alles? Nun, liebe Freunde und Freundinnen, es ist wichtig, seine Vergangenheit zu kennen, um die Gegenwart zu verstehen und die richtigen Entscheidungen für die Zukunft zu fällen. Genau das gilt auch für das Sicherheitskonzept zum 11.11.

Anhand einer ähnlich fundierten Analyse wie meiner kurzen historischen Einordnung des 11.11. wurde ein gutes Sicherheitskonzept für den 11.11. entworfen und umgesetzt. Selbstverständlich hat es auch sehr gut funktioniert.

Deswegen, liebe Mit-Ratis, wollen wir von der FRAKTION dieses Konzept auf das gesamte Kölner Stadtgebiet ausweiten. Hahnwald können wir dabei außen vor lassen. In Hahnwald gibt es bereits ein privates Sicherheitsunternehmen, die Securitas GmbH. Der Trend geht sowieso immer stärker zu privaten Sicherheitsunternehmen. Die drei Pappnasen im Logo der Securitas weisen sie als Top-Experten im Karnevalssicherheitsbusiness aus, sodass wir dort von der Sperrung absehen können.

Ich bin sicher, Sie schon argumentativ überzeugt zu haben. Letzte Zweifel sollte unsere fundierte Grafik, die wir in unserem Antrag angehängt haben, aus dem Weg räumen. Karneval: Chance oder Gefahr? Antwort: natürlich eine echte Gefahr. Deswegen lassen Sie uns zusammen Köln - außer Hahnwald - absperren. Vielen Dank für Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der FRAKTION)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Richter das Wort.

**Manfred Richter** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer\*innen hier noch vereinzelt auf der Empore und an den Bildschirmen! Legen wir einmal den Antrag der FRAKTION beiseite, weil er auch keinen Beitrag zur Lösung dieses für viele Anwohnerinnen und Anwohner sowie viele Geschäftsleute realen Themas, das wir seit zwei Jahren diskutieren, liefert. Haken wir ihn einmal ab und wenden uns den Fragen und Nöten der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt zu.

Ich möchte auch nicht die zahlreichen Argumente der Planungen zum 11.11. wiederholen. Da gibt es auch punktuell verschiedene Sichtweisen, mit allen respektablen Argumenten. Uns alle eint aber,

dass die Sicherheitsfragen akkurat geklärt sein müssen, wenn 60 000 Menschen da in einem Viertel feiern, was ja auch schön ist, aber auch sehr, sehr viele Probleme für die Anwohnerinnen und Anwohner, für die Geschäftsleute sowie für die Gastronominnen und Gastronomen produziert.

Ich möchte eher den Faden aufnehmen, den wir am letzten Runden Tisch Karneval hatten. Dort gab es ja über alle Unterschiedlichkeiten hinweg einen Konsens, den Einstieg in die dezentralen Veranstaltungen zu schaffen, der sich nicht leicht generiert, und auch den Vorschlag von Christian Joisten, dazu mal ein Fachgespräch mit den stimmberechtigten Fraktionen aus dem AVR durchzuführen, um da mal tiefer einzusteigen, was alles die Rahmenbedingungen für dezentrale Veranstaltungen sind, und da mal den Raum aufzumachen. Es gibt auch schon Signale seitens der Verwaltung, dass hierzu eingeladen wird.

Insofern sollten wir schauen, was wir schaffen können, um im kommenden Jahr schon einen Einstieg in dezentrale Veranstaltungen zu finden. Denn so, wie es jetzt ist, kann es für die Bürgerinnen und Bürger im Quartier Latäng, für die Geschäftsleute sowie für die Gastronominnen und Gastronomen nicht bleiben. Es muss irgendwie anders werden. Dazu müssen wir Lösungen finden. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei Teilen der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

(Bernd Petelkau [CDU]: Frau Oberbürgermeisterin!)

- Ach so. Sie standen nicht auf meiner Redeliste.

(Christian Joisten [SPD]: Bitte, Herr Petelkau!)

Ich bitte, in Zukunft sehr sorgfältig die Rednerinnen und Redner zu melden.

**Bernd Petelkau** (CDU): Wir nehmen diesen Hinweis gerne mit und machen das sehr gerne. Es liegt sicherlich auch daran, dass man zu einem satirischen Antrag normalerweise nicht redet, weil die Sache per se eigentlich zu ernst ist.

Ich möchte noch einmal daran erinnern, aus welcher Situation wir am Elften im Elften gekommen





sind. Da hatten wir etwas, was in der Menge und der Größe nicht vorhersehbar war. Dazu hat es einen ersten Aufschlag gegeben. Anders als in München beim Oktoberfest, um eine vergleichbare Großveranstaltung zu nehmen, oder bei der traditionellen Elften-im-Elften-Feier auf dem Heumarkt, wo es klare Veranstalter gibt, haben wir hier keinen Veranstalter. Vielmehr sind es viele Menschen, die gleichzeitig an der gleichen Stelle feiern wollen. Das ist das Problem.

Wir könnten jetzt sagen: Sicherheit ist Aufgabe der Polizei; wir ziehen uns zurück. - Aber das ist nicht der Ansatz, den wir als Politik in Köln und als Stadt Köln fahren. Das heißt, dass hier das Ordnungsamt begleitend unterwegs ist. Aber noch einmal: Die Stadt Köln ist kein Veranstalter an der Zülpicher Straße. Wir versuchen einfach nur, dort die Situation so zu handeln, dass es nicht zu Gefahren für Leib und Leben kommt.

Ob die Zuschauerzahlen in den nächsten Jahren weiter explosionsartig zunehmen, haben wir relativ wenig in der Hand, weil die Menschen aus dem Umland immer gerne nach Köln kommen, um zu feiern. Köln ist eine schöne Stadt. Da feiert man gerne.

Jetzt geht es zum einen um die Fortsetzung des Sicherheitskonzepts. Hier hatten wir vom Elften im Elften hin zu Weiberfastnacht eine deutlich positive Entwicklung gehabt. Auch am bevorstehenden Elften im Elften wird es weitere graduelle Verbesserungen geben. Das ist aber nur *ein* Ansatz. Das Fest zu ordnen und zu versuchen, Gefahren für Leib und Leben maximal zu reduzieren, ist also das eine.

Das andere ist - und diesen Ansatz sollten wir im Haushaltsplan für 2025 und 2026 mitberücksichtigen -, dass wir Vereine und Initiativen in den Quartieren auf Kölner Grund und Boden unterstützen. Wer in Esch oder Pesch vor Ort feiern kann, muss nicht auf die Zülpicher Straße kommen. Wer in Zündorf oder in Lövenich oder wo auch immer vor Ort feiern kann, feiert im Regelfall gerne vor Ort, weil er dann keine weite An- und Abreise hat. Das kann eine der Ideen sein, die wir entsprechend berücksichtigen sollten, damit der Druck auf unsere Innenstadtquartiere abnimmt.

Ein weiteres Thema sind Fragen, die man sich auch im laufenden Geschäft - -

(Unruhe)

- Vielleicht können Sie für ein bisschen Ruhe im Ratssaal sorgen, Frau Oberbürgermeisterin. Dann ist das auch für alle verständlicher. - Auch

wenn jetzt hier der eine oder andere Tumult entstanden ist, möchte ich gern zwei Dinge noch einmal herausheben.

Die Situation an Karneval ist am Ende nur die Eskalation eines Zustands, den wir fast das ganze Jahr haben. Das beginnt mit dem Müll in den Grünanlagen. Im Sommer werden jedes Wochenende 20 Tonnen Müll aus den Grünanlagen herausgeholt. Auch das müssen wir angehen und uns mit dem Thema Müll im Hinblick auf das ganze Jahr auseinandersetzen.

Das Zweite ist - das wurde an anderer Stelle heute ja auch schon angesprochen - die Frage der Überfüllung bestimmter Teile der Innenstadt. Das, was wir an Fastelovend in der Zülpicher Straße und im Quartier Latäng haben, haben wir im Sommer rund um den Brüsseler Platz in ähnlicher Form. Die Frage ist: Kriegen wir das hin, wenn wir immer wieder nur Versuche unternehmen, das zu verteilen? Oder sollten wir nicht noch einmal ernsthaft darüber nachdenken, ob es vielleicht Sinn macht, an irgendeiner anderen Stelle im Innenstadtbereich bzw. vielleicht auch im Rechtsrheinischen oder im innenstadtnahen Bereich noch ein weiteres Ausgehquartier zu etablieren, um das Ganze etwas weiter auseinanderzuziehen? Wir haben viele Feierzonen zum Beispiel in Ehrenfeld durch den wachsenden Wohnungsbau verloren. Auch das sollte man einmal ernsthaft überlegen.

Dieser Scherzantrag sollte abgelehnt werden. Aber dem Thema werden wir uns an verschiedensten Stellen in den nächsten Monaten sicherlich noch intensiver widmen. Ich wünsche uns allen einen friedlichen Verlauf des Elften im Elften und allen, die im Rahmen der Stadtverwaltung für uns tätig sind oder von uns beauftragt werden, maximale Sicherheit auch für die eigene Person. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

**Christian Joisten (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Jetzt bin ich doch froh, dass ich Herrn Petelkau vorgelassen habe; denn so kann ich auch auf das eine oder andere eingehen, was wir meines Erachtens schon noch ein bisschen herausarbeiten müssen.

Aber ich beginne einmal mit Michael Hock und der FRAKTION. Ich finde auch, dass man dieses Thema - denn es machen sich Menschen gerade im Kwartier Latäng tatsächlich große Sorgen, wie der 11.11. in diesem Jahr ablaufen wird - ernst nehmen muss. Dazu hier Scherzanträge zu stellen, finde ich eher problematisch. Noch einmal: Das sind Menschen, die wir ernst nehmen müssen, auch in diesem Quartier.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Die Herausforderungen hat Bernd Petelkau jetzt ein bisschen weiter gezogen. Ich möchte sie einmal auf die Frage verengen, wie wir dieser Entwicklung begegnen. Das gilt dann sowohl für das Thema „Kwartier Latäng zu Karneval“ als auch für die Situation rund um den Brüsseler Platz. Wie schaffen wir es, diese Places to be, die es in dieser Stadt einfach gibt - - Und am 11.11. ist für eine bestimmte Generation von jungen Menschen der Place to be die Zülpicher Straße oder das Zülpi oder die Zülpi; das Pronomen ist unterschiedlich. Auf jeden Fall muss man am Ende des Tages da sein.

Das ist doch die Botschaft, die alle kennen, die am Runden Tisch Karneval den Schülerinnen und Schülern zugehört haben, die da mal zugegen waren und schlicht und ergreifend gesagt haben: Es ist ja toll, was ihr euch alles überlegt; aber meine Freunde sind da, und ich gehe am 11.11. auch dahin, völlig egal, was ihr alles macht. - Das ist doch die Herausforderung, vor der wir stehen.

Deswegen fand ich und finde ich weiterhin sehr gut, Frau Oberbürgermeisterin, dass es diesen Runden Tisch gibt. Wir hatten das am vergangenen Freitag ja schon ein wenig mit einem Fragezeichen versehen. Ich finde es gut, dass es ihn gibt. Ich finde auch gut, dass man an diesem Runden Tisch jetzt Arbeitsgruppen gebildet hat.

Was ich weniger gut fand oder schade fand - so möchte ich es formulieren -, ist, dass wir am vergangenen Freitag nicht in der Lage waren, über bestimmte Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen en détail zu debattieren. Das ist in dieser Runde tatsächlich auch ein bisschen schwieriger, zumal es dort sehr ritualisiert zugeht. Ich habe da auch gesagt: Ich kann die Redebeiträge mancher Teilnehmer bereits vorher genau so aufschreiben, wie sie dann gehalten werden. - Das ist dort gegenüber dem Kölner Rat noch mal verschärft.

Deswegen bin ich sehr froh und dankbar, dass jetzt doch einige wesentliche Kräfte den Vorschlag aufgegriffen haben - Manfred, auch die

Grünen -, dass wir ein politisches Fachgespräch führen, bei dem wir uns dann auch noch mal über die Rahmenbedingungen für Alternativveranstaltungen, die bisher anscheinend nicht richtig gepasst haben, politisch unterhalten. Es muss uns gelingen, attraktive zentrale Veranstaltungen zu schaffen. Da hilft uns eine Veranstaltung in Widdersdorf oder Zündorf oder wo auch immer nicht alleine weiter. Insofern geht es darum, nahe dem Zentrum und im Zentrum gelegene attraktive Veranstaltungen an anderen Stellen zu schaffen. Nur so kriegen wir auf Dauer die Situation dort entzerrt und entschärft.

Deswegen bin ich dankbar und würde mir auch wünschen, dass wir das jetzt schnell auf die Kette bekommen. Aber die ersten Ansätze sind da ja gemacht. In diesem Sinne hat der Antrag ein Gutes gehabt: dass wir heute darüber sprechen und dass wir eine klare Perspektive haben.

Ja, das ist ein Thema, um das wir uns kümmern müssen. Aber wir haben bereits einen Ansatz. Wir unterhalten uns in einem Fachgespräch und kommen dann mit Ergebnissen in den Rat zurück.

In diesem Sinne: Lasst uns gemeinsam an diesem Thema arbeiten. Es ist zu ernst, auch wenn es um Karneval geht, als dass man es mit Scherzanträgen bearbeiten sollte. - Danke.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Tokyürek.

**Güldane Tokyürek (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss sagen: Gratulation an Die FRAKTION. Sie hat es ja geschafft, dass wir dieses Thema hier im Rat besprechen. Nachdem wir es an mehreren Runden Tischen Karneval besprochen haben, sprechen wir heute schon wieder darüber. Das muss man erst einmal hinbekommen.

(Beifall bei der FRAKTION)

Ich möchte hier auf den Antrag selber eingehen. Ich will jetzt also gar nicht in die Tiefen des Runden Tisches Karneval einsteigen. Da sitzen Herr Petelkau und Herr Joisten ja auch. Wir wissen, was da genau läuft. Deswegen lasse ich das einmal beiseite. Ich möchte einfach auf diesen Antrag zu sprechen kommen.



Ich finde, dass dieser Antrag ein bisschen daneben ist. Wir sitzen gerade das sechste Mal, glaube ich, am Runden Tisch Karneval und versuchen, um die besten Lösungen zu ringen. Dass dann hier ein Antrag kommt, jetzt alles abzusperren, finde ich überhaupt nicht in Ordnung. Wir versuchen als ehrenamtliche Kommunalpolitiker\*innen wirklich, um die besten Lösungen zu ringen, und müssen uns im Rat dann auch noch mit Anträgen beschäftigen, in denen gefordert wird, dass wir die ganze Stadt absperren.

(Beifall)

Satire hin, Satire her. Aber manchmal sind eure Anträge echt drüber, muss ich wirklich sagen. Jetzt haben wir hier auch so eine allgemeine Diskussion am Start. Ich finde das unmöglich. Vielleicht kann man demnächst einmal darauf schauen, dass man nicht mehr alles in den Rat trägt, was man gerne möchte.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

### 3.1.11 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Keine weiteren Flüchtlingscontainer am Fühlinger See“ AN/1824/2023

Ich gebe Herrn Busch das Wort.

**Philipp Busch** (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der CDU-Generalsekretär, Carsten Linnemann, bezeichnete am 8. Oktober 2023 nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse in Hessen und Bayern im ÖRR die Migration als die Mutter aller Probleme.

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Olaf Scholz, wurde im *SPIEGEL* wie folgt zitiert:

Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben. Wir müssen mehr und schneller abschieben.

Jetzt ist Frau Martin leider, glaube ich, gar nicht da; denn ich habe noch ein Zitat explizit für Frau Martin. Lassen Sie es mich einmal für Frau Martin vorlesen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz, ließ in der *NZZ* verlautbaren:

Sollte es Flüchtlinge geben, dann sind diese zunächst einmal ein Thema für die Nachbarstaaten. Deutschland kann nicht noch mehr Flüchtlinge aufnehmen. Wir haben genug antisemitische junge Männer im Land.

(Beifall bei der AfD - Zuruf)

- Nein, das ist nicht AfD. Ich lese gerade - -

(Zuruf)

- Ich bin Antisemit? Sie sagen hier, ich sei Antisemit? Sie haben es gerade reingeführt - fürs Protokoll. Ich denke, darüber werden wir reden.

Der Ministerpräsident Bayerns, Markus Söder, sagte auf dem DLT23:

Es geht beim Thema Migration nicht nur um Logistik, es geht beim Thema Migration nicht nur um organisatorische Fragen der Kommunen

- da sieht man einmal, wie den Ministerpräsidenten seine eigenen Kommunen interessieren -,

sondern es geht zunehmend um eine innere Verfasstheit unserer Gesellschaft, es geht um die demokratische Stabilität. Und wenn Deutschland nicht in der Lage ist, zu liefern - während Corona konnten grundlegende Maßnahmen in kürzester Zeit beschlossen werden -, wenn sich Deutschland bei dem anderen für viele Menschen so drängenden Problem nicht in der Lage sieht, eine vernünftige Lösung schnell und vernünftig auf den Weg zu bringen, dann werden am Ende die Kräfte, die es nicht gut mit dem Land meinen, wachsen.

Wen Herr Söder hier meinte, erschließt sich mir nicht. Auf jeden Fall sieht er Handlungsbedarf - wie die AfD.

Ob der sogenannte Verfassungsschutz - Sie haben es ja eben schon angesprochen - bei den Herren bereits Beobachtungen vollzieht, entzieht sich meinem Wissen.



Jetzt kommen wir zu dem weiteren Thema. Jede Woche kommen 150 bis 200 Menschen nach Köln. Ob legal oder illegal, konnte die Verwaltung bisher nicht genau verifizieren. Das sind auf das Jahr gerechnet 7 830 bis 10 440 Menschen.

Währenddessen haben wir laut *Kölner Stadt-Anzeiger* vom gestrigen Tag 4 700 Ausreisepflichtige.

Heute vor einer Woche konnte der Sozialdezernent leider noch nicht sagen - - Ich muss ehrlich sagen, dass ich einen etwas anderen Text vorbereitet hatte, Herr Dr. Rau. Aber ich sehe ja, dass wir beide wollen, dass es besser wird - der eine so, der andere so. Deswegen sehe ich da auch die Intention. Aber ich sehe, dass Sie hier Getriebener einer Politik sind und Dinge machen müssen, die gar nicht mehr machbar sind.

Was wäre da naheliegender, als diesem Getriebenen in der jetzigen Situation zu helfen und erst einmal die zu remigrierenden Ausreisepflichtigen abzuschieben, statt ständig neue Heime und Container aufzustellen?

(Beifall bei der AfD)

Am Wohnraum mangelt es ja für alle. Das kann sicherlich auch der Baudezernent bestätigen. Wir hatten vorhin auch einen Antrag der SPD dazu.

Allein die Anzahl der Abzuschiebenden entspricht knapp zwölf Mal dem Containerdorf, welches die Verwaltung auf Parkplatz 5 am Fühlinger See errichten will.

Statt nun ständig neue Einrichtungen aus dem Boden zu stampfen, wäre eine Abschieds- und Rückführungskultur in der jetzigen Situation genau der richtige Weg.

Hier wäre es an der Leiterin der Verwaltung, der Oberbürgermeisterin, sich an Landes- und Bundespolitik zu wenden - damit die gerade zitierten Aussagen nicht nur Lippenbekenntnisse sind und bleiben, um den Bürgern, die wahrlich genug geleistet haben, Sand in die Augen zu streuen - und klar zu benennen: Wir haben keinen Platz mehr.

Es ist nicht mehr zu leisten, was sich einige immer noch nicht eingestehen wollen, aus weltanschaulichen Gründen.

(Beifall bei der AfD)

Cottbus hat gestern aus völlig rationalen Gründen entschieden, sich als sogenannter Sicherer Hafen für Flüchtlinge zu verabschieden. Da kann man

nur sagen: Tu felix Lusatia! - Ja, wieder Latein von der AfD.

Im Übrigen kam dieser Antrag von AfD und CDU. So viel zur Brandmauer! Die Ost-CDU scheint emanzipiert und weiter zu sein als ihre westliche Schwester.

(Lukas Lorenz [SPD]: Äh!)

- Das ist so. Da brauchen Sie nicht „Äh!“ zu sagen. Es sind Tatsachen. Gucken Sie nach.

Nach all dem Gesagten müssen nur die Grenzen durch die Bundespolitik ordentlich kontrolliert werden oder, wie Jens Spahn sagen würde, irreguläre Migrationsbewegungen gegebenenfalls mit physischer Gewalt zurückgehalten werden.

Wenn sich CDU und SPD ehrlich machen, haben sie in der BV 6 auch nichts anderes gesagt. Alleine von den Aussagen, Frau Sommer, der CDU in Köln-Nord her müssten Sie unserem Antrag zustimmen - genauso wie die SPD in Köln-Nord, von der im Wahlkreis der Landtagsabgeordneten Teschlade am 29. September 2023 gepostet wurde, dass seitens der Verwaltung dieselben Fehler gemacht werden. Wenn man nicht inkonsistent sein will, müsste man hier zustimmen.

Da meine Redezeit vorbei ist: Stimmen Sie daher unserem Antrag zu. Ich konnte - vielleicht ist es Ihnen aufgefallen - kein AfD-Mitglied zitieren. Anscheinend werden unsere Forderungen übernommen. Wir sind da unprätentiös und können damit leben, solange Sie im Interesse des Bürgers handeln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Bürgermeister Dr. Heinen das Wort.

**Dr. Ralf Heinen (SPD):** Sehr geehrte, liebe Frau Oberbürgermeisterin! Herr Busch und Sie mit Ihrer AfD, jetzt in den mehreren Anträgen kann man nur eines feststellen: Sie treten unsere Menschlichkeit mit Füßen.

(Beifall)

Wir vor Ort in unserer Kommune Köln haben die verdammte Pflicht, allen Menschen, die zu uns kommen und die hier leben, Menschlichkeit und Solidarität zu zeigen. Angriffe und Hetze auf engagierte Bürgerinnen und Bürger, auf Träger der





Flüchtlingshilfe und auf Flüchtlinge selber verurteilen wir als demokratische Fraktionen auf das Allerschärfste.

(Beifall)

Im Gegenteil: Wir unterstützen die Energie und das Engagement für den Schutz, die Rechte und die Integration von Geflüchteten, das so viele vor Ort, so viele Bürgerinnen und Bürger, tagtäglich hier in unserer Kommune Köln leisten.

Wir unterstützen auch die Stadt Köln, die mit ihrem Engagement für menschenwürdige Unterbringung für Geflüchtete täglich im Einsatz ist, und auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort keinen einfachen Job leisten und gegen viele Anfeindungen gewappnet sein müssen. Von unserer Seite gilt auch der Verwaltung und allen Trägerinnen und Trägern, die in dem Bereich engagiert sind, unsere große Unterstützung und Solidarität.

(Beifall)

So, AfD - ich kann jetzt nicht sagen: sehr geehrte -, und nur so sieht Menschlichkeit vor Ort aus, in unserer Stadt Köln. Und das werden wir immer gegen Ihre Diffamierungen tun. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall - Matthias Büschges [AfD] meldet sich zu Wort)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich würde jetzt ungern eine zweite Rederunde machen.

(Matthias Büschges [AfD]: Wir wurden persönlich angesprochen!)

- Hier wird jeder persönlich angesprochen. Ich bin eben von Ihnen auch persönlich angesprochen worden und habe nicht geantwortet. Nehmen Sie es in dem Fall vielleicht bitte mal hin. Das wäre sehr schön.

(Beifall)

Sie haben ja gleich das Wort zum nächsten Tagesordnungspunkt.

(Matthias Büschges [AfD]: Wollen wir abstimmen?)

- Ja, jetzt wollen wir noch abstimmen.

(Matthias Büschges [AfD]: Das freut mich!)

Wer tatsächlich wünscht, diesem Antrag zuzustimmen, der möge das Handzeichen geben. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

### **3.1.12 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Neutralität der Oberbürgermeisterin Reker“ AN/1825/2023**

Bitte gestatten Sie mir dazu eine kurze persönliche Bemerkung. Sie haben gleich das Wort. Kommen Sie gerne schon mal nach vorne.

Ich habe mich gewundert, dass der Rat hier aufgrund einer privaten Meinungsäußerung befasst werden soll; denn ich mache sehr wohl deutlich, ob ich mich amtlich als Oberbürgermeisterin äußere oder privat als Henriette Reker. Letzteres muss mir als Frau und auch als Privatperson möglich sein. Ich nehme dafür natürlich keine amtlichen Ressourcen in Anspruch.

(Beifall)

Sie haben das Wort.

**Matthias Büschges (AfD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

(Beifall)

- Nein, die Uhr läuft noch nicht.

(Anhaltender Beifall)

- Wollen Sie noch aufstehen?

(Anhaltender Beifall)

- Ich bin sehr geduldig. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Frau Reker, das Thema mit Ihren Social-Media-Accounts hatten wir schon einmal. Das soll aber auch nicht Thema sein. Jetzt läuft meine Uhr nämlich schon.

Der Marsch für das Leben in Köln, im Übrigen organisiert von einem CDU-Mitglied, rief erheblichen Gegenprotest hervor, den das Bündnis, wenn beide großen Bündnispartner so etwas wie Rückgrat hätten, nicht überstanden hätte.

Am 16. September 2023 wurde die Kölner Innenstadt zu einer Kulisse zweier Kundgebungen, die



beide auch von einigen Kollegen des Rates besucht wurden - nicht nur auf der einen Seite, sondern auch auf der anderen Seite, und es war nicht nur die AfD.

Die Stimmung war nur auf der Seite der Gegendemonstranten aufgeladen und gewaltbereit. Die Seite des Marsches für das Leben hingegen konnte der gewaltbereite Gegenprotest am Anfang nicht aus der Ruhe bringen.

Einige Ratskollegen - das habe ich schon gesagt - konnte man auf der Seite der Gegendemonstranten sehen. Von diesen wurde noch stolz berichtet, dass man doch so erfolgreich die Demo-Route blockiert habe.

Frau Reker fand es - Zitat - „gut, dass sich viele KölnerInnen dem entgegenstellen“.

Meine Damen und Herren, daraufhin wurde Fachaufsichtsbeschwerde gegen Frau Reker eingereicht, aus der ich hier zitiere:

Es ist nicht hinnehmbar, dass eine Oberbürgermeisterin dazu aufruft, hinter Transparenten mit der Aufschrift „Für die Freiheit, für das Leben - Fundis auf die Fresse geben“ herzulaufen.

Die Veranstaltung wurde auch aufgrund dieser Sympathiebekundungen - jetzt wird es interessant - für die Gegendemonstration zum Spießrutenlauf für die friedlichen Demo-Teilnehmer des Marsches für das Leben.

Aufgrund der Gewaltbereitschaft - hören Sie genau zu - der Antifa, die Seite an Seite mit Grünen dort stand, wäre es Ihre Aufgabe als erste Bürgerin der Stadt, Frau Reker, zur Mäßigung aufzurufen, auf das Recht zur freien Meinungsäußerung hinzuweisen und nicht die negative Stimmung gegen die Teilnehmer des Marsches für das Leben mit Ihrem Tweet weiter anzuhetzen.

Kopfschüttelnd mussten wir feststellen, dass die CDU dort offensichtlich schon komplett zurückgerudert ist. Auch wenn Ihr Kreisvorsitzender noch einen peinlichen Weg zurück versucht hat, sind Sie doch am Ende dem Druck der LINKEN erlegen. Bis auf wenige Ausnahmen muss man sagen, dass es mit dem Rückgrat bei der CDU eher schlecht bestellt ist.

(Beifall bei der AfD)

Ein weiteres Beispiel für die fehlende Neutralität von Frau Reker ist der Gastbeitrag im *Kölner*

*Stadt-Anzeiger* vom 23. September 2023. Die Einleitung ist schon sehr undemokratisch, und Sie verletzen damit Ihre Neutralität. Zitat:

Wenn wir heute über Demokratie sprechen, kommen wir an einem Thema nicht vorbei: die Wahlerfolge einer nationalradikalen Partei und ihrer viel zu hohen Zustimmungswerte.

Erst mal erinnert es ein bisschen an „Du weißt schon wer“ aus den Harry-Potter-Filmen. Ihre Einlassungen erhalten damit leider schon fast satirischen Charakter.

Ihr Gastbeitrag ist aber mit „Gastbeitrag der Oberbürgermeisterin“ überschrieben. Daher vertreten Sie damit auch eine Meinung Ihres Amtes. Und so etwas kann nicht neutral sein.

Deswegen frage ich Sie in Ihrer Funktion als Oberbürgermeisterin: Woher nehmen Sie denn das Recht, den mündigen Bürger dafür zu kritisieren, dass er anders wählen würde, als Sie es sich wünschen?

Ich weiß, dass wir sicher keine gemeinsamen Anträge stellen werden, Frau Reker

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Gott sei Dank!)

- da kann ich auch sagen: Gott sei Dank; das ist richtig -, und wir mögen politisch meilenweit auseinander sein. Dennoch muss ich Sie offensichtlich daran erinnern, dass wir - wie übrigens jeder andere von Ihnen auch - in einer demokratischen Wahl hier legitimiert sind. Auch wenn die hier anwesenden Fraktionen ständig von „demokratischen Fraktionen“ sprechen, gibt es trotzdem keine Unterschiede zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei der AfD - Widerspruch von der CDU)

- Nein, nein, nein. Sie wollen es einfach nur nicht wahrhaben, gerade Sie von der CDU. Das war ein peinlicher Zwischenruf, Frau De Bellis; das muss man sagen.

Aber das ist das Wichtigste. Und jetzt hören Sie genau zu, Frau De Bellis. Es wird interessant, auch für Sie.

(Zurufe)

- Hören Sie doch auf, hier herumzupöbeln, Herr Weisenstein. - Alle anderen, die hier sitzen, einschließlich unserer Oberbürgermeisterin, stellen ganz offensichtlich doch für einige Menschen

keine wählbare Alternative mehr dar. Akzeptieren Sie es. Es steht - das kann ich Ihnen auch sagen - eine sehr spannende Kommunalwahl 2025 bevor.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Hören Sie zu. - Ich kann für mich und meine Fraktion sprechen, wenn ich sage: Wir müssen keine Ergebnisse rückgängig machen, weil der Falsche wohl ein bisschen zu viele Stimmen hat, und keine Wähler brandmarken, wie es schon so oft passiert ist.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Thema!  
Thema! Thema!)

Wir können eine demokratische Wahl akzeptieren. Wir können sie annehmen und kommen wunderbar mit den Entscheidungen des Souveräns klar.

Auch wenn ich nicht erwarte, dass Sie unserem Antrag zustimmen, bitte ich trotzdem der Form halber um Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen? - Herr Bürgermeister Dr. Elster, bitte.

**Dr. Ralph Elster (CDU):** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war jetzt der billige Versuch der AfD, unser Bündnis hier im Rat und die Oberbürgermeisterin gleich mit auseinanderzuidividieren. Es ist schon spektakulär, dass Sie sich das anmaßen. Das ist schon irgendwie grandios.

Das Recht - das will ich Ihnen hier mal sagen - der Oberbürgermeisterin, zu Ihnen und Ihrer Politik Stellung zu nehmen, leitet sich aus einer Haltung ab. Warum diese Haltung da sein muss, werde ich jetzt in meiner Rede begründen.

Meine Damen und Herren, die AfD hat nichts anderes gemacht, als ganz vorhersagbar zu Tagesordnungspunkt 3.1.12 zu reden. Ihre Rede war wieder mal zu 100 Prozent vorhersagbar. Es geht in Ihren Anträgen und Redebeiträgen, wenn immer möglich - das haben wir ja heute schon zahlreich erlebt -, stets um den billigen Versuch, unsere Institutionen zu desavouieren. Es geht Ihnen darum, exponierte Entscheidungsträger zu diskreditieren. Es geht Ihnen darum, unser Wertesystem und letztlich auch unsere Demokratie infrage zu stellen.

(Beifall - Widerspruch von der AfD)

Es geht Ihnen stets darum, jede Krise und jede gesellschaftliche Herausforderung, wo auch immer sie herrühren mag, mit großer Empörung als das Versagen der Verantwortlichen darzustellen - mit dem einfachen Ziel, möglichst viele akut Unzufriedene und Protestler auf Ihre Seite zu ziehen.

Dieses Vorgehen ist für unseren Rat leider nicht ganz neu. Das haben in der Vergangenheit schon Ihre Vorgänger - ob Republikaner, ob pro-Organisation - genauso getrieben. Die haben uns auch immer von den kommenden Kommunalwahlen erzählt. Und zählen Sie mal die Republikaner und pro Kölner hier im Rat; zählen Sie mal nach.

(Beifall)

Immer vorhersehbar und immer nur diesem einen Zweck dienend, oft ohne sinnvollen Sachbezug, werden Themen von Ihnen ausschließlich für Ihre Agenda ausgewählt.

Ein solches Vorgehen geht klar auf das Agieren Ihrer Vorvorgänger zurück, die in den 20er-Jahren des letzten Jahrhunderts bis zur Machtergreifung vor 90 Jahren und neun Monaten genau das Gleiche gemacht haben.

(Beifall)

Es gibt genügend Niederschriften, Ton- oder Filmdokumente aus dem Reichstag oder anderen Parlamenten, die genau das belegen. Die Nazis sind damals genauso vorgegangen. Immer wieder ging es damals mit oft grenzwertigen Auftritten gegen die Institutionen. Schon damals verließ man - wie Ihre Parteifreunde heute in Berlin, in Thüringen, in München - theatralisch die Sitzungssäle der Parlamente - aus vermeintlichen Protesten gegen die Reden Andersgesinnter oder schlichtweg, um die Parlamente und ihre Institution zu desavouieren.

Meine Herren von der AfD, nehmen Sie zur Kenntnis, wie vorhersehbar und durchschaubar Ihr Verhalten ist.

Wenn man sich allerdings unsere Resolution - Christiane, du hast das ja vorhin schon angesprochen - hier im Rat vor Eintritt in die Tagesordnung vergegenwärtigt, dann wird einem jeden, einer jeden hier im Raum klar, dass wir unsere Lektion sehr wohl gelernt haben. Was damals geschah, wird sich, so es in unserer Macht, in der Macht der Unterzeichner, steht, nicht wiederholen.



Nur sieben Monate nach der Machtübernahme können die Nazis damals mit dem Ermächtigungsgesetz das Ende der Weimarer Republik ausrufen. Nur einen Monat später wird Konrad Adenauer, unser Oberbürgermeister, genauso fristlos aus seinem Dienst entlassen wie auch andersorts unliebsame Amtsträger. Nach nur sechs Monaten Naziregime werden überall in Deutschland jüdische Menschen aus den Universitäten und anderen zentralen Institutionen entfernt. Keine sechs Jahre nach dem 30. Januar 1933 brennen überall in Deutschland die Synagogen. Keine sieben Jahre später beginnt der Zweite Weltkrieg, und schon bald beginnen dann die Massendepортationen, beginnt der Völkermord, beginnt der Holocaust.

Vor dem Hintergrund unserer Geschichte wird eine solche fatale Politik von Hass und Ausgrenzung definitiv keine Mehrheiten mehr bekommen.

Die Politik von AfD-Frontmann Björn Höcke, der behinderten Menschen die Chance nehmen will, unsere Regelschulen besuchen zu können, weil er sie nicht für leistungsfähig hält, eine Politik, die Migrantenkinder als einen Belastungsfaktor für unser Bildungssystem definiert, den man, so wörtlich, aus dem Bildungssystem entfernen müsse, eine solche widerwärtige Politik auf Kosten von gesellschaftlichen Gruppen, auf Kosten von Minderheiten, diese Politik der Spaltung hat längst jede gesellschaftlich noch ertragbare Grenze überschritten.

(Lebhafter Beifall)

Genau deswegen hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt zu Recht festgestellt, dass es sich bei der Aussage, Björn Höcke sei ein Nazi, nicht um eine Beleidigung handelt, sondern um ein an Tatsachen anknüpfendes Werturteil, das von der Meinungsfreiheit gedeckt ist. Also bitte schön!

(Beifall)

Sie werden aufgrund der Lehren, die wir in Deutschland aus unserer Geschichte gezogen haben, auch künftig keine Mehrheiten für Ihre abscheulichen Ideen bekommen, zum Beispiel behinderte Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft zu entfernen, weil die Rechte behinderter Menschen eben nicht nur in der UN-Behindertenrechtskonvention verankert sind, sondern weil Inklusion selbstverständlich auch gesellschaftlicher Konsens ist.

Wie schon Ihre Vorgänger, ob Republikaner oder die genauso unsägliche pro-Bewegung, werden

auch Sie in wenigen Jahren Gott sei Dank nicht mehr in unseren Parlamenten vertreten sein.

(Beifall)

Ihre Politik von EU-Austritt und NATO-Austritt, von Hass und Ausgrenzung hat keine Zukunft - nicht in Deutschland, nicht in NRW und auch nicht in Köln. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann würde ich gerne über diesen Antrag abstimmen lassen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

### **3.1.13 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Deutzer Kirmes in bewährter 50-jähriger Tradition fortführen!“ AN/1893/2023**

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass wir jetzt im öffentlichen Teil über das Thema „Deutzer Kirmes in bewährter 50-jähriger Tradition“ sprechen.

Herr Homann hat das Wort.

**Mike Homann (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe verbleibende Zuschauer auf der Tribüne! Das ist der Vorstand der Kölner Schausteller. Schönen guten Abend! Es ist schön, dass Sie über vier Stunden hier ausgeharrt haben, um diesen Tagesordnungspunkt mitzubekommen.

(Beifall)

An dieser Stelle ein persönlicher Satz von mir, der gnadenlos von meiner Redezeit abgehen wird: Herr Dr. Heinen und Herr Dr. Elster, vielen, vielen Dank für diese Beiträge.

(Beifall)

Es fällt mir schwer, mit der Tagespolitik weiterzumachen, nachdem es in Ihren Beiträgen um nichts anderes ging als um die Erhaltung unserer Gesellschaft und die Verteidigung der Demokratie. Vielen, vielen Dank dafür.





(Beifall)

Wie die Oberbürgermeisterin schon gesagt hat, werden wir gleich im nichtöffentlichen Teil noch ein bisschen über die Vergabe, die Ausschreibung und das, was da am Ende im Detail passiert ist, sprechen.

Fakt ist, dass die GKS, die Genossenschaft bzw. die Gemeinschaft Kölner Schausteller, nach über 50 Jahren die Deutzer Kirmes nicht mehr veranstalten soll. Sie hat vor anderthalb Wochen einen Bescheid bekommen, in dem steht, dass sie nicht mehr berücksichtigt wird.

Fakt ist, dass die GKS dieses Volksfest seit über 50 Jahren veranstaltet. Sie hat das zunächst auf dem Gebiet der LANXESS arena gemacht. Als diese dann gebaut wurde, ist sie 1996 auf die Deutzer Werft umgezogen.

Der Platz dort war nicht wirklich fähig, ein Volksfest aufzunehmen. Die GKS hat dann 1997 über 40 000 Euro in die Herrichtung des Platzes durch die Herausnahme der Schienen investiert. Sie hat über 100 000 Euro in die Hochspannungsanlagen investiert. Im Jahr 2005 hat sie - ebenfalls auf ihre Kosten - über 150 000 Euro für die Verlegung und Erneuerung von Elektrokabeln und Stromkästen ausgegeben. Sie hat über 50 000 Euro für das Gießen von Fundamenten ausgegeben. Über eine halbe Million Euro hat die GKS in diesen Platz investiert, um ihn nutzbar zu machen.

Dann kam 2020 die Corona-Pandemie. Sie wissen alle, was das bedeutet hat, nämlich Shutdown, also kein Treffen mehr und natürlich auch keine Kirmes.

Als dann in anderen Städten die Kirmessen wieder aufgemacht haben, hat die GKS gemeinsam mit der Verwaltung ein Corona-Schutzkonzept erarbeitet, mit dem die Kirmes möglich war.

Im letzten Jahr wurde dann das Geschäft der Schausteller dadurch eingeschränkt, dass sie nicht mehr bis 22.00 Uhr bzw. bis 21:30 Uhr machen durften, sondern eine Stunde bzw. anderthalb Stunden früher Schluss machen mussten.

Dieses Jahr ist es so, dass sie von 26 Veranstaltungstagen auf 18 Tage geschrumpft sind.

In der Zwischenzeit haben sie Gutachten für Schallschutz, Verkehrskonzepte, Sicherheitskonzepte - und das alles auf ihre Kosten - erstellt, um diesen Veranstaltungsort zu ermöglichen.

Es gab im Frühjahr, nachdem es im letzten und im vorletzten Jahr nach Corona wieder einige Beschwerden gegeben hatte, keine Beschwerden.

Ich möchte an dieser Stelle mit Erlaubnis der Oberbürgermeisterin die Bürgervereinigung Deutz zitieren, die geschrieben hat:

Die GKS hat es bei den letzten Volksfestterminen geschafft, im Deutzer Veedel ein hohes Maß an Zufriedenheit und Akzeptanz zu gewinnen. Die Vorgehensweise der Stadt Köln ist nicht nachvollziehbar. Hier wurde durch die Fachverwaltung mal wieder eine Entscheidung getroffen, ohne die Akteure aus dem Veedel und der lokalen Politik zu beteiligen. Die überaus positive Zusammenarbeit mit der GKS und die dabei erarbeiteten Lösungen werden dadurch gefährdet. Unsere Solidarität und Unterstützung ist bei allen Mitgliedern und Mitarbeitern der GKS.

(Beifall bei der SPD)

Markus Vogt, der Mitglied des Bündnisses Innenstadt ist, bringt das mit einem anderen Beispiel ziemlich genau auf den Punkt. Auch ihn darf ich zitieren:

Das ist so, als würde man der Willi-Ostermann-Gesellschaft sagen: Jetzt vergeben wir die Karnevalseröffnung auf dem Heumarkt am 11.11. mal an einen Düsseldorferverein.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, anders als im Karneval stehen hier Existenzen auf dem Spiel. Die GKS hat 150 Mitglieder. 130 davon sind Familien, die aus Köln kommen. Deren Kinder gehen hier in Köln in Schulen. Sie zahlen hier ihre Gewerbesteuer und ihre Einkommensteuer.

Wenn Sie wissen, wie diese Vergaben funktionieren, dann wissen Sie auch, dass man in anderen Städten, welche auch immer Sie nehmen, natürlich heimische Unternehmen bevorzugt. Das heißt: Wenn unsere Kölner Schausteller in diesen Zeiten nicht mehr die Möglichkeit haben, hier ihrem Beruf nachzugehen, ist es nicht so, dass sie einfach irgendwo anders hingehen könnten; denn da sind die Volksfeste natürlich auch voll.

Meine Damen und Herren, wir hatten gerade eine aktuelle Stunde, in der wir uns zu Recht darüber



mokiert haben, wie hier mit Arbeitnehmern vonseiten des DuMont-Verlages umgegangen wird. An dieser Stelle muss ich sagen: Wir werden gleich vielleicht erfahren, wer als Ausrichter beabsichtigt ist. Nach dem, was in der Zeitung stand, soll es an einen Leverkusener Privatunternehmer gehen. Dann frage ich: Wie gehen wir mit unseren Kölner Unternehmen um? Welche Verantwortung nehmen wir wahr?

Meine Damen und Herren, wir müssen unserer sozialen Verantwortung nachkommen. Deswegen bitte ich Sie, dieser gerecht zu werden. Wir werden gleich im nichtöffentlichen Teil weiter darüber sprechen, welche Möglichkeiten bestehen, mit diesem Volksfest umzugehen. Ich bitte Sie noch einmal, zu berücksichtigen: Dahinter stecken 130 Kölner Familien. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Richter das Wort.

**Manfred Richter** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Vorstand der GKS! Vielen Dank, Mike, dass du es schön dargestellt hast. Wir haben hier einen Vorgang, der einzelne Fragen aufwirft. Ich denke, dass wir im nichtöffentlichen Teil noch tiefer einsteigen werden. Klar ist auch, dass wir als Rat nicht formales Verwaltungshandeln ersetzen können, weil es da entsprechende Punkte gibt. Aber der ganze Vorgang wirft Fragen auf.

Es ist auch nicht so, dass alles automatisch weitergeht und weitergeht, sondern es muss immer geprüft werden, ob es auch neue Ausrichter geben kann. Das machen wir bei den Weihnachtsmärkten alle fünf Jahre. Es ist kein Automatismus, dass es seit zehn, 15 oder 20 Jahren immer dieselben Ausrichter sind. Es ist nicht ungewöhnlich, das auch mal zu überprüfen.

Aber alles das ist aus unserer Sicht im vorliegenden Fall mehr mit Fragen behaftet, die ich jetzt stellen möchte und die Sie auch gerne im nichtöffentlichen Teil beantworten können. Denn wir haben hier einen Fall, bei dem wir unsere Informationen zusammengesucht haben - durch Gespräche, durch Lesen von Dokumenten, die aber nicht offiziell sind, wie auch immer.

Aber es kam heraus, dass möglicherweise ein Formfehler der Grund war, warum die Bewerbung

der jetzigen Ausrichter nicht berücksichtigt wurde. Dann wurde der Formfehler geheilt. Es wurde aber nicht darauf reagiert. Warum nicht? Alles das steht im Konjunktiv. Das sind Fragen, auf die wir Antworten brauchen. Denn wenn der Formfehler bei der Einreichung der Unterlagen geheilt wurde - und wir haben die Fakten gehört, die Kollege Mike Homann aufbereitet hat -, stellt sich die Frage, warum der Zuschlag nicht an die jetzigen Ausrichter gegangen ist. Dort wurden viele Hunderttausend Euro investiert. Es sind lokale Anbieter. Es sind 120 Kölner Familien. Alles das sind Fragen, die auch mit hineinspielen, wenn die formalen Anforderungen in den Unterlagen eingehalten wurden. Wenn nicht, dann nicht. Aber nach unseren Informationen ist das so. Dazu können wir vielleicht im nichtöffentlichen Teil noch weitere Infos bekommen.

Eine weitere Frage stellt sich, wenn es so ist, dass das Verfahren nach 50 Jahren oder nach 40 Jahren geändert wurde. Das mag ja alles sein. Hier wäre aber auch eine Vorabinform der Politik sinnvoll gewesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Warum? Weil das hier auch ein wichtiger Teilbereich unserer Stadt ist, ein wichtiges Stück Köln. Wenn da Verfahren geändert werden, was ja legitim ist, sollte man gleichwohl informieren, was da passieren kann.

Insofern gibt es aus unserer Sicht viele Fragen. Wir sehen den Vorgang als hoch seltsam an und haben ein hohes Interesse daran, dass wir 2024 in bewährter Form dort weitermachen. Für zukünftige Zeiträume können wir uns Ausschreibungen vorstellen, analog zu den Weihnachtsmärkten; das ist das normale Konzessionsgeschäft. Aber für nächstes Jahr sollten wir zu einer guten Lösung finden.

Deswegen ist es gut, dass ihr das in den Rat gebracht habt. Wir werden im nichtöffentlichen Teil weitermachen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Petelkau hat das Wort.

**Bernd Petelkau** (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Schaustellerinnen und

Schausteller, seien Sie herzlich willkommen im Ratssaal! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer wieder schwierig, wenn sich Dinge abrupt verändern und die Informationen erst sehr spät kommen bzw. erst dann kommen, wenn die Entscheidungen bereits getroffen sind. In diesem Fall ist es ja auch so, dass hier kein politisches Handeln vorlag, sondern die Verwaltung Verfahren hat ändern müssen.

Mein Verständnis ist - wir werden sicherlich gleich im nichtöffentlichen Teil noch etwas mehr dazu zu hören bekommen -, dass wir hier erstmalig mehr als einen Anbieter hatten. In der Vergangenheit war das wohl nicht der Fall. Wenn sich nur ein Anbieter für etwas bewirbt, ist im Regelfall auch klar, wenn die öffentlichen Belange eingehalten werden, dass der Zuschlag automatisch an den geht, der etwas machen will. Das ist einfacher. Etwas schwieriger wird es immer dann, wenn sich mehr als einer bewirbt und damit eine Konkurrenzsituation entsteht. In der Tat erwarten wir von der Verwaltung, dass hier die entsprechenden Details auch transparent gemacht werden.

Rein formell handelt es sich hier um einen Verwaltungsakt, den die Verwaltung entweder zurückziehen kann, wenn offensichtlich ein Fehler begangen worden ist. Ansonsten hilft nur die Klage. Das ist der übliche Weg, den man bei solcher Art von Themen dann geht.

Ich glaube, dass man hier auch noch einmal unterscheiden muss. Wir haben - das ist bei allen Volksfesten so - immer zwei Ebenen, nämlich erstens die Ebene des Organisators der Gesamtveranstaltung, der letztlich der Verantwortliche ist und die Dinge bündelt, und zweitens die Ebene der einzelnen Schausteller bzw. der einzelnen Menschen mit ihren Attraktionen, egal ob es Getränkestände sind oder die großen Riesenräder und Karussells oder was auch immer. Wenn wir uns einmal die Historie der Weihnachtsmärkte anschauen, sehen wir in vielen Fällen, dass sich zwar manchmal der Organisator ändert, aber am Ende wieder die gleichen Leute dann an der Bude stehen. Das ist momentan erst einmal das Tröstliche. Wenn es tatsächlich Veränderungen gibt, ist meistens der Kreis der Betroffenen gar nicht so groß.

Aber das sind alles Fragen, die wir im Detail klären sollten. Meine Bitte an die Verwaltung ist, uns im nichtöffentlichen Teil noch mehr Informationen zu geben, damit wir das entsprechend einschätzen können.

Meine generelle Bitte schließt an das an, was mein Vorredner auch gesagt hat. Ich begrüße sehr, dass wir für die Zukunft zu einem Verfahren kommen, wie wir es bei den Weihnachtsmärkten haben, wenn dann tatsächlich mehr als ein Bewerber da ist. Da haben wir klare Kriterien für die Ausschreibungen und eine Jury, die verschiedenste Punkte beurteilt - nicht nur Preise oder Einhaltung von Sicherheitskonzepten, sondern auch Anmutung, Qualität usw., also ein großes Paket. Das läuft momentan für zwei große Kölner Weihnachtsmärkte. Es gibt sowohl eine überparteilich besetzte Kommission, die das aus politischer Sicht beurteilt, als auch eine Kommission, die das auf der Verwaltungsseite beurteilt. So etwas brauchen wir auch hier, glaube ich, damit wir hinterher gute Entscheidungen haben.

Das ist auch ein bisschen die Hoffnung. Hier in dem konkreten Einzelfall muss das geprüft werden. Wer nicht zum Zuge kommt, hat das Recht, es vor Gericht auch überprüfen und gegebenenfalls korrigieren zu lassen. Das steht demjenigen zu. Aber wir schauen uns das im nichtöffentlichen Teil an. Vielleicht bekommen wir dann noch ein paar Informationen, sodass wir das auch entsprechend würdigen können.

Deshalb ist meine Bitte, dass wir jetzt im öffentlichen Teil noch nicht zu einer Abstimmung über den Antrag kommen, sondern nach der Information der Verwaltung im nichtöffentlichen Teil gemeinsam noch einmal darüber beraten und dann gegebenenfalls auch noch eine Rederunde machen, um das Ganze zu besprechen. - Herzlichen Dank und gutes Gelingen!

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Wir müssen schon ein paar Sachen im öffentlichen Teil diskutieren. Dieser Prozess hat nämlich stattgefunden, ohne überhaupt ansatzweise den AVR zu unterrichten.

Bei der Frage der Weihnachtsmärkte hat es ja eine große Debatte gegeben. Man hat gesagt: Wollen wir es ausschreiben? Wollen wir das machen? Wollen wir ein Vergabeverfahren? - Das ist Jahre her. Aber das hat es gegeben - auf der Grundlage, dass man mit dem Weihnachtsmarkt nicht zufrieden war.

Es gab aber im AVR keine Debatte dahin gehend, dass man mit den Schaustellern und der Kirmes unzufrieden ist. Zwar gab es Probleme bezüglich der Ruhestörung. Das ist ja auch im AVR diskutiert worden. Es hat aber im AVR keine Mitteilung der Verwaltung gegeben, dass sie mit der Kirmes anders umgehen will, sage ich einmal etwas salopp. Und das können wir uns als Rat meines Erachtens nicht gefallen lassen. Man muss noch einmal ganz klar sagen, dass es so auf jeden Fall nicht geht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Der zweite Gedanke ist das, was wir in Bezug auf den 11.11. ja diskutieren, Herr Richter. Diese Diskussion läuft jetzt gerade. Da ist gesagt worden: Wahrscheinlich machen wir einen Fehler, indem wir die Qualität zu niedrig ansetzen; wir müssen mehr zugewandt arbeiten. - Meine Kritik an der Verwaltung ist, dass sie gegenüber den Schaustellern nicht zugewandt arbeitet. Die Schausteller arbeiten ja uns zugewandt, indem sie zum Beispiel 500 000 Euro auf dem Deutzer Feld investiert haben. Das Geld, das sie investiert haben, kommt ja von ihnen. Sie haben etwas gebracht. Sie haben sich für die Stadtgesellschaft eingebracht.

Das muss man doch berücksichtigen. Da kann man doch nicht einfach sagen: Wir müssen das in Zukunft anders machen und ausschreiben. - Nein, die Schausteller haben sich eingebracht und sind uns entgegengekommen. Dann müssen wir ihnen doch auch in irgendeiner Form entgegenkommen. Das muss man natürlich juristisch wasserfest machen; völlig in Ordnung. Aber wir müssen ja kein Vergabeverfahren machen. Wir haben ein Unternehmen, das uns 50 Jahre lang betreut hat.

Der Kollege bei dem Sicherheitsdienst hat ja erzählt: Der FC hat ein Sicherheitsunternehmen, das den FC schon seit 80 Jahren betreut, und es läuft alles super.

Darauf will ich einfach mal hinaus. Das sind die zwei Fehler.

Man muss den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung unmittelbar in diesen Prozess einbeziehen und fragen: Wollen wir diesen Schritt gehen? - Das ist nicht geschehen.

Meine Damen und Herren, eines will ich auch noch einmal deutlich machen. Die Schausteller haben sich am 9. Dezember 2022 für 2024 beworben, also schon lange vorher. Es wäre ja Zeit ge-

wesen, vonseiten der Verwaltung mit den Schaustellern zu reden und zu sagen: Hört mal zu, wir wollen das jetzt ein bisschen anders machen.

Interessant ist, meine Damen und Herren, dass in dem Schreiben der Stadt Köln an die Schausteller vom 21. Juli 2023 folgender Satz steht:

Einen entsprechenden Beschlussvorschlag werde ich dem zuständigen Gremium vorlegen und Sie sodann über das weitere Verfahren informieren.

Was heißt das jetzt? Ich verstehe das so, dass Sie eigentlich den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen frühzeitig einbeziehen wollten. Warum ist das nicht geschehen? Das ist doch der entscheidende Punkt.

Meine Damen und Herren, meines Erachtens gibt es zwei zentrale Fehler.

Erstens. Wir müssen Akteuren, die eine Leistung für die Stadt Köln erbringen und die auch zur Sicherheit in der Stadt Köln und zur Sicherheit von solchen Veranstaltungen beitragen, zugewandt entgegentreten. So geht es nicht weiter. Das ist ein Kardinalfehler.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Zweitens. Wir reden hier ja nicht über irgendein privates Unternehmen. Das ist eine Genossenschaft. Diesem Zusammenschluss gehören zu 90 Prozent Kölnerinnen und Kölner an. Das ist ein besonderes Unternehmen. Daher müssen wir auch eine besondere Form finden, wie wir mit diesem Zusammenschluss und mit diesen Leuten zusammenarbeiten wollen. Wir brauchen sie, um an diesem Punkt - die Deutzer Werft ist nämlich ein sensibler Punkt - eine gemeinsame Veranstaltung hinzukriegen. Die Schausteller haben ja ein gutes Verhältnis zu den Anwohnerinnen und Anwohnern. Wollen wir da irgendjemanden loslassen, der genau das wieder einreißt? Das ist doch sukzessive aufgebaut worden. Warum reißt man denn jetzt alles mit einem Schlag weg?

Meine Kritik ist, dass man da kein Fingerspitzengefühl hat. Ich verfolge das ja über den Rechnungsprüfungsausschuss. Es ist total interessant. Wir haben zum Beispiel in der Verwaltung wenige ältere Kollegen, die ihr Know-how einbringen. Sie sind zum Teil einfach weg. Ob sie nun CDUler oder SPDler waren, ist völlig egal. Ludwig war ein CDUler. Mit dem habe ich mich gestritten; aber mit dem konnten wir auch was vereinbaren. Und die



fehlen uns, die dieses Know-how haben und ein bisschen sensibel sind. Wir müssen bei neuen, jüngeren Menschen in der Verwaltung aufpassen, dass sie diese Sensibilität entwickeln. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Görzel.

**Volker Görzel (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Und falls um Viertel vor neun noch jemand zuschaut: Herzlich willkommen! Grundsätzlich ist es in Ordnung, wenn Gewerke oder Leistungen ausgeschrieben werden. Das ist doch ganz klar. Dafür gibt es Ausschüsse. Das ist völlig normal.

Es ist auch in Ordnung, wenn eine Kölner Stadtverwaltung ein Unternehmen aus Düren oder aus Leverkusen beauftragt. Da wollen wir auch mal ehrlich sein. Wir wollen ja hier keine Festung Köln. Wir können nicht ständig Offenheit und Toleranz propagieren, aber dann, wenn auf dem Kennzeichen BM oder LEV steht, sagen - -

(Maria Helmig-Arend [SPD]: Schlechter Vergleich!)

- Ich sage es nur.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: O-der D!)

- Oder sogar noch D - wofür auch immer D steht; da fehlt mir jetzt die Fantasie.

Kurz gesagt: Es ist nichts verkehrt daran, wenn Wettbewerb stattfindet. Aber die Voraussetzung dafür ist, dass dieser Wettbewerb nach Regeln stattfindet, dass er transparent stattfindet und dass er nachvollziehbar stattfindet.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe schon in einer Findungskommission zu einem aus drei Buden bestehenden Weihnachtsmarkt am Zulpicher Platz gesessen. An zwei Tagen haben wir getagt. Wir haben vor anderthalb Jahren in einer Findungskommission bezüglich des Abendmarktes auf dem Rudolfplatz gesessen. Da wird darüber diskutiert, ob der Nachhaltigkeitsbeimischungsfaktor beim Tee in der richtigen Größenordnung ist. Die Politik wird gefragt.

Umso erstaunlicher ist es, dass man hier plötzlich morgens beim Frühstück liest, dass dieses tolle Ding, die Deutzer Kirmes, so ad hoc stickum irgendwie nach draußen vergeben wird. Das ist das Gegenteil von fair,

(Beifall bei der FDP und der SPD)

das Gegenteil von transparent und das Gegenteil von nachvollziehbar.

Umso glücklicher bin ich, dass wir zur späten heutigen Stunde der Verwaltung hier Gelegenheit geben, all diese Unklarheiten aufzulösen und uns aufzuklären. Das werden wir leider, liebe Schaulsteller, erst im nichtöffentlichen Teil tun. Aber ich bin sicher, dass wir hier heute Abend noch etwas erfahren werden. In diesem Sinne: Bis später. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt habe ich noch Frau Syndicus, Herrn Zimmermann und Herrn Hupke auf der Rednerliste stehen. Frau Syndicus, bitte.

**Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Hallo nach oben auf die Tribüne! Ganz, ganz herzlichen Dank an die SPD, dass ihr diesen Antrag eingebracht habt und dass ihr das auf dem Schirm hattet. Das ist wirklich sehr, sehr gut.

Denn - jetzt wird es ganz kurz ein bisschen persönlich - mit 15 Jahren hatte ich meinen allerersten Job, und das war in der Schaustellerei als Schausteller-Helferin. Ich habe das ein paar Jahre gemacht und kann aus der Erfahrung sagen: Mit Aufbauen, Abbauen, Herumreisen durch ganz Deutschland etc. ist das ein echter Knochenjob.

Gerade in diesem Job ist es ganz, ganz wichtig, dass man Verbindlichkeit, Transparenz und eine ordentliche Kommunikation erhält. Denn der Betrieb ist von ganz vielen Faktoren abhängig - das Wetter, die Besucherzahlen, der Platz, der ausgewählt wird, usw. Wenn dann auch noch eine Pandemie dazwischenkommt, wird es ganz dunkel.

Der Schaustellerjob ist ein Job, den ich nicht im Homeoffice erledigen kann und den ich auch nicht durch Digitalisierung oder Sonstiges lösen kann. Es ist und bleibt ein Knochenjob.

Ich wünsche mir hier für alle Beteiligten, dass wir gleich im nichtöffentlichen Teil erfahren werden, aus welchen Gründen und wie es zu diesen Entscheidungen gekommen ist.

Ich hoffe auch sehr, dass wir nicht noch häufiger in den Ratssitzungen darüber diskutieren müssen, dass Kölner Unternehmen und Kölner Arbeiter und Arbeitnehmerinnen hier so plötzlich vor die Wand gestellt werden. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleg\*innen! Nur ganz kurz: Ich bin nicht damit zufrieden, dass alle Antworten nur im nichtöffentlichen Teil gegeben werden. Wir debattieren das hier öffentlich, und ich bin mir sicher, dass ein Teil der Antworten auch im öffentlichen Teil gegeben werden kann - zum Beispiel auf die Frage, die Herr Detjen gerade aufgeworfen hat. Welches Gremium war in dem Brief, aus dem er gerade zitiert hat, eigentlich gemeint, das informiert werden soll? Das ist ja jetzt öffentlich im Raum. Dann kann man auch öffentlich eine Antwort darauf geben.

Auch das andere, was Herr Detjen gerade andeutete, also die Frage, ob dieses Verfahren überhaupt notwendig war und wirklich zu diesem Zeitpunkt ausgeschrieben werden musste, kann man ja öffentlich beantworten. Es wäre schon von allgemeinem Interesse, dass das hier auch öffentlich beantwortet wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Bezirksbürgermeister Hupke das Wort.

**Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Schausteller! Ich bin sehr dankbar - das sage ich jetzt an Sie alle; das ist auch kein Süßholzraspeln an den Rat -, dass sich der Rat dessen angenommen hat, weil die Dramatik da ganz besonders gegeben ist. Als jemand, der über 20 Jahre im Ehrenamt als Bezirksbürgermeister damit befasst ist - eben

wurde ich gefragt, ob ich auch für Deutz zuständig bin; ja, sind wir -, kennt man sich da genau aus.

Ich will auch mal ein bisschen den Geschichtsweg - dafür reicht die Zeit dicke aus - aufzählen. Dass es die Genossenschaft gibt und dass wir, ich sage mal, 20 Jahre lang so eine gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit gehabt haben, hängt mit einem Amtsleiter zusammen, der Robert Kilp hieß. Er ist von der CDU gewesen, ist Genossenschaftsfreund und hat den Schaustellern gesagt - - Von diesem Mann habe ich wirklich auch viel gelernt. Wir haben uns gefetzt. Das war so ein Fußballertyp. Wir haben uns zwar immer gefetzt, aber auch immer ausgetauscht, und er hat immer zum Telefon gegriffen. Er war übrigens immer morgens um 7 Uhr im Büro. Zu den Schaustellern hat er dann gesagt: Die zanken sich wie die Kesselflicker; ich will, dass die eine Genossenschaft gründen. - Und das haben die Schausteller gemacht. Damit ist das dann alles in geordneten Bahnen gelaufen.

Ich kann Ihnen nur eines mit auf den Weg geben, auch als jemand, der die Kirmes von Kind auf liebt. Es ist nicht so, dass ich hier populistisch stehe. Aber ich gebe mal mit in die Diskussion hinein: Für mich ist diese Schaustellerei ein Kulturgut, genau wie der Karneval. Sie hat dieselben Wurzeln und reicht sehr, sehr weit zurück.

Hier ist es eine Genossenschaft. Es ist ein Kölner Unternehmen. Das ist genauso wie beim Circus Roncalli, der auf dem Neumarkt spielt. Da gab es auch Klagen. Wir haben es damals hinbekommen, dass da nicht andere Zirkusse so auftreten können wie der Circus Roncalli. Ich bitte hier im öffentlichen Teil darum, dass man das im nichtöffentlichen Teil auch so diskutiert und den Unternehmen und dieser Genossenschaft hilft.

Im Übrigen ist das ein großer Wirtschaftsfaktor für Deutz, ob Deutz jetzt autofrei ist oder nicht; denn die Schaustellerinnen und Schausteller, die da sind, gehen auf der Deutzer Freiheit ganz viel einkaufen. Es ist in diesem Zusammenhang auch noch mal ganz wichtig, das zu sagen.

Wichtig ist mir auch, auf die Konstruktivität hinzuweisen, ohne denen jetzt einen Heiligenschein umzulegen oder sonst irgendetwas. Ich habe da Bürgerversammlungen. Es ist ja, wie immer angeführt wird, auch einmal aus dem Ruder gelaufen. Dafür konnten die Schausteller aber nicht. Das war nach drei Jahren Pandemie, als die Leute so ausgehungert nach Darstellung waren und da hinkamen. Dann haben die Menschen in Deutz - - Da haben wir uns in Sankt Heribert und nachher auch



an dem runden Tisch, den ich geleitet habe, gestritten. Aber eines ist festzustellen: Letztendlich ist diese Kirmes in Deutz bei allen beliebt, außer bei dem einen oder anderen; aber den haben wir auch mit ins Boot bekommen.

Insofern hat mich das sehr betroffen gemacht, was hier alles zu deren Existenz gesagt und ausgesprochen worden ist. Hier muss geholfen werden. Das ist natürlich selbstverständlich. Daher finde ich es auch gut, dass das heute bei der Ratsitzung Thema ist und dann auch noch im nichtöffentlichen Teil behandelt wird.

Zum Schluss: Diese Kirmes ist keine Party, kein Event und kein Ballermann. Sie ist ein Kulturgut. Dort können Menschen sich vergnügen und sich auch treffen. Sie können mit Spaß und Freude Ablenkung haben, und zwar mit Niveau. Das hat auch die Vorrednerin gesagt. Als einer, der Theatertechniker gewesen ist, bin ich immer noch von diesem Darstellungsgewerbe fasziniert. Was die Jungs und Mädels - auch da ist die Emanzipation eingetreten - heute auch mit der modernen Technik draufhaben müssen, damit da nichts passiert - und bei den Kirmessen passiert fast kaum etwas -, ist sensationell. Punkt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Ich bin auch der Meinung, dass bestimmte Fragen hier im öffentlichen Teil beantwortet werden können und auch beantwortet werden sollen. Deswegen gebe ich jetzt einmal der Stadtdirektorin das Wort.

**Stadtdirektorin Andrea Blome:** Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Verfahren: Wenn es geeignete Mitbewerbende gibt, die sich um die Ausrichtung einer Veranstaltung auf einer Fläche in Köln bewerben - und die hat es jetzt gegeben -, müssen wir ein Auswahlverfahren machen.

Wie kann so ein Auswahlverfahren aussehen? Das, was die Verwaltung, das Ordnungsamt, hier gemacht hat, ist das Auswahlverfahren, dessen Ergebnis wir jetzt haben, mit dem Sie nicht zufrieden sind. Das kann ich auch sehr gut nachvollziehen. Aber dennoch: Das Auswahlverfahren läuft dann so, dass Kriterien hinterlegt werden, dass Anforderungen aufgeschrieben werden. Da wird aufgeschrieben, welche Unterlagen in welcher Frist vorgelegt werden müssen. Dann hat jeder

Bewerbende die Gelegenheit, die Unterlagen zusammenzustellen, sie abzuholen und sie zu einem gewissen Termin vorzulegen.

Man kann auch - und das ist in diesem Fall geschehen - als einer der Bewerbenden darum bitten, dass die Frist noch mal verlängert wird, weil vielleicht die eine oder andere Unterlage so schnell nicht beizubringen war. Dann gibt es eine Fristverlängerung. Wenn innerhalb dieser dann verlängerten Frist die geforderte Unterlage nicht vorliegt, ist es in solchen Auswahlverfahren so, dass dann eine Entscheidung auf Grundlage der vorliegenden Unterlagen getroffen wird.

So ist das in diesem Falle jetzt auf einen Stand gekommen, gegen den der unterlegene Bewerbende natürlich noch Rechtsmittel einlegen kann. Da läuft die Frist, soweit ich das weiß, bis zum 7. November 2023.

Der zu dem Verfahren erstellte Brief liegt mir hier vor, also das Schreiben der Verwaltung mit einem Begründungsteil. In dem Begründungsteil steht, dass vor dem Hintergrund dieser Mitbewerbenden ein ganz anderes Verfahren gemacht werden muss, das aber erst ab dem nächsten Jahr - also nicht ab 2024, sondern ab 2025 - laufen soll, und zwar so, wie wir das auch mit den Weihnachtsmärkten machen.

Vor dem Hintergrund der Zeit, die nicht mehr zur Verfügung steht, wird jetzt dieses Auswahlverfahren durchgeführt. Die unterlegenen Bewerbenden können sich natürlich in diesem regelrechten Ausschreibungsverfahren, in dem eine Konzession für fünf Jahre vergeben werden soll, wieder ins Rennen bringen. Genau so etwas machen wir ja bei den Weihnachtsmärkten.

Und das ist hier gemeint. Hier steht:

Einen entsprechenden Beschlussvorschlag

- also zur Durchführung eines Konzessionsverfahrens ab 2025 -

werde ich dem zuständigen Gremium vorlegen und Sie sodann über das weitere Verfahren informieren.

Das ist damit gemeint. Das ist also die Einbeziehung, über die hier auch gesprochen wurde, der zuständigen Gremien in dieser Stadt.

Dann ist in dem Schreiben noch mal ausgeführt, warum man hier für das Jahr 2024 unter Anwendung - ich zitiere - „transparenter und neutraler

Auswahlkriterien für Volksfeste“ das nächstjährige Verfahren macht.

Das ist das, was ich zu dem Thema - jetzt kommen Rückfragen - auf den ersten Schwung jetzt sagen kann.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Erst Herr Richter und dann Herr Detjen.

**Manfred Richter** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Blome, für die Ausführungen. - Ich habe zwei Nachfragen, nämlich erst eine Verständnisfrage, die ich hoffentlich datengeschützt genug für den öffentlichen Teil formuliere, und dann noch eine zweite Frage.

Verstehe ich es richtig, dass die Verwaltung sagt, da nicht alle Unterlagen von einem Anbieter fristgerecht vorlagen, ist er ausgeschieden, egal was die ganzen anderen Argumente, die wir heute gehört haben, für eine Werthaltigkeit haben? Aus Sicht der Verwaltung ist ein Anbieter also aufgrund formaler Lücken ausgeschieden, und da war alles andere egal? Ist das der Fall?

Die zweite Frage ist - noch mal nachgestellt -: Wäre es möglich gewesen, im nichtöffentlichen Teil des AVR über dieses neue Prozedere im Vorfeld zu informieren?

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Sollen wir ein paar Fragen sammeln?

**Stadtdirektorin Andrea Blome:** Gerne sammeln.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gerne sammeln. - Erst Herr Detjen und dann Herr Homann.

**Jörg Detjen** (DIE LINKE): Frau Blome, gab es Kritik an den Veranstaltungen der Schausteller? Gab es da grundsätzlich in der Verwaltung Kritik? Das würde mich einfach interessieren. Welche Kritik, müssen Sie jetzt gar nicht sagen. Denn es muss ja auch einen Beweggrund gegeben haben, zu sagen: Ja, dann gucken wir mal, dass wir jemand anders nehmen - unabhängig davon, dass sich jetzt andere beworben haben. Ich finde, dass

wir als Stadtverwaltung auch eine gewisse Fürsorgepflicht haben. Wenn uns ein Akteur 50 Jahre lang betreut hat, sollte er auch aktiv von der Verwaltung angesprochen werden; Stichwort „Bringschuld“. Unsere Verwaltung hat da eine gewisse Bringschuld. - Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage schließt an Herrn Richter an. Ich sehe das genauso wie Herr Richter. Warum wurde der AVR - oder zumindest der Vorsitzende oder der Vorsitzende und die Stellvertreter - nicht mit in diesen Prozess einbezogen, unterrichtet etc. pp.?

Das hätte man auch im öffentlichen Teil machen können. Es muss doch gar nicht in den nichtöffentlichen Teil. Das sind ja normale Prozesse. Ich kritisiere auch nicht, dass man diesen Weg gegangen ist - den musste man ja gehen, weil es andere Bewerber gab -, sondern, wie man das gemacht hat. Das ist meine Kritik. In diesem Zusammenhang ist meine Frage, ob das eventuell reparierbar ist und ob Sie uns das nachher darstellen wollen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Homann.

**Mike Homann** (SPD): Frau Blome, laut dem mir vorliegenden Sachverhalt ist es so, dass am 21. Juli 2023 das Schreiben der Stadt Köln mit der Bitte, diese Unterlagen alle einzureichen, versandt worden ist. Wir behandeln das Verwaltungsverfahren gleich im nichtöffentlichen Teil vielleicht noch detaillierter. Aber Fakt ist auch, dass es - darüber haben die Schausteller auf jeden Fall mich bzw. uns informiert, und sie haben es auch der Presse mitgeteilt; es ist also nichts Neues - um eine Versicherungsbescheinigung für Umweltschäden geht. Diese Versicherung für Umweltschäden sollte in Höhe von 3 Millionen Euro nachgewiesen werden. Die Schausteller haben fristgemäß mit Schreiben vom 27. Juli 2023 von ihrer Versicherung diesen Nachweis über 5 Millionen Euro erbracht. Ihre Versicherung führt dort aus, dass sie für Sachschäden einsteht.

Da erwarte ich nach 50 Jahren Zusammenarbeit, dass die Verwaltung in der Lage ist, den Telefonhörer in die Hand zu nehmen und zu sagen: Liebe Leute, da steht „Sachschäden“. Sind Umweltschäden davon mit umfasst oder nicht? - Denn die Kölner Schausteller sind keine Versicherungsagenten. Ihnen wurde von ihrer Versicherung gesagt, dass Umweltschäden Sachschäden sind. Und die Versicherung besteht, und sie bestand die ganze Zeit über 5 Millionen Euro. Da sage ich



Ihnen - im Übrigen sieht der Bundesgerichtshof das ähnlich -: Wenn es nur zwei Anbieter gibt, hat die Verwaltung die Pflicht, das Ermessen so auszuüben, dass sie nachfragt. Es soll hier nicht - und das droht hier - ein Bild gezeichnet werden, dass da Unterlagen nicht eingereicht wurden. Der Versicherungsnachweis ist eingereicht worden. Man unterstellt nur, dass diese Versicherung, wenn sie 5 Millionen Euro Sachhaftung hat, keine Umweltschäden versichert. Und das tut sie. Eine Nachfrage wäre da möglich gewesen.

Auch da ist die Frage: Warum ist der AVR nicht mit beteiligt worden, und wie heißen wir dieses Verfahren? Denn so geht man, wie vorhin schon erwähnt, nicht mit 130 Familien um, mit denen wir seit 50 Jahren zusammenarbeiten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Blome beantwortet jetzt die Fragen. Ich bitte hier auch noch einmal um die notwendige Sensibilität, keine Bewertung vorzunehmen und das, was im nichtöffentlichen Teil behandelt werden muss, im nichtöffentlichen Teil zu beantworten. Frau Blome.

**Stadtdirektorin Andrea Blome:** Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich gehe nicht davon aus, dass ich das alles beantworten kann.

In dem Auswahlverfahren werden Kriterien formuliert. Diese Kriterien müssen natürlich barrierefrei und gleichmäßig auch für alle Bewerbenden erfüllbar sein. Damit spielen vorvergangene Investitionen - seit Ende der 90er-Jahre; ich lerne ja auch jetzt immer viel dazu - in so einem Kriterienkatalog für ein neues Auswahlverfahren keine Rolle und müssten gegebenenfalls an anderer Stelle geregelt werden.

Es gab keine Kritik an den Veranstaltungen. Es gab überhaupt eine sehr gute Zusammenarbeit des Ordnungsamtes mit den Veranstaltern. Wir haben ja auch öfter zusammengesessen. Wir waren auch im AVR zusammen. Da haben wir versucht, bei der Auslegung des sogenannten Freizeitlärmerrlasses wirklich alles hinzubekommen, damit wir von diesen Tagen, die wir jetzt auch schon reduzieren mussten - das war ja für alle Beteiligten, insbesondere für Sie natürlich, auch alles andere als schön -, so viel wie möglich haben. Denn wir müssen dann mit den entsprechenden Einsprüchen aus der Nachbarschaft umgehen. Ich erinnere noch einmal an das Thema Brüsseler

Platz und die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes. Insofern müssen wir alle - Veranstalter, Politik und auch Verwaltung - sensibel mit diesen Themen umgehen. Aber es gab überhaupt keine Kritik an den Veranstaltungen. Man hat gut zusammengearbeitet. Ich erinnere ja selber noch die letzten Jahre und das, was da mit Verkehrskonzepten und Co alles zu machen war, weil nach Corona auch unglaublich viele Menschen kamen und dann schon ein bisschen das Straßennetz lahmgelegt haben.

Ja, es wäre möglich gewesen, den AVR zu informieren - aber nicht über den Stand in einem laufenden Auswahlverfahren. Alle, die hier sitzen, kennen sich ja mit Vergabeverfahren aus. Man hätte allerdings darüber informieren können, dass jetzt ein anderes Verfahren gewählt werden musste. So hat es das Ordnungsamt gesehen. Es hat sich veranlasst gesehen, dass es ein anderes Verfahren durchführen muss, weil sich jetzt mehrere Bewerbungen eingegangen waren. Darüber hätte man informieren können, aber nicht auf der Etappe über den laufenden Stand der Situation mit den Unterlagen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das hat ja auch keiner gefordert!)

- Ich wollte es nur noch mal sagen. Sie haben ja heute auch alle schon sehr viel geredet. Jetzt habe ich auch mal Lust, ein bisschen etwas zu sagen. Entschuldigung.

Herr Homann, zu dem Thema, was in welcher Police gestanden hat, würde ich hier im öffentlichen Teil nicht antworten wollen.

(Mike Homann [SPD]: Ich habe es ja gesagt!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt gibt es eine weitere Nachfrage von Herrn Klemm.

**Ralf Klemm** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke schön. - Danke schön für die Ausführungen.

Sie haben eine Frage nicht beantwortet. Sie haben gesagt: Man hätte informieren können. - Die Frage war: Warum haben Sie nicht informiert?

**Stadtdirektorin Andrea Blome:** Was soll ich jetzt antworten? Ich weiß es nicht. Ich weiß nicht, warum man das nicht gemacht hat. Man hat auch



meine Person nicht einbezogen. Man hat das Verfahren so durchgeführt. Ich weiß es nicht. Ich hätte vielleicht auch ganz gerne vorher Bescheid gewusst, wie der Ablauf in dem Verfahren war. Tut mir leid.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Hammer.

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da es gerade noch Klärungsbedarf gibt, welche Beschlüsse im öffentlichen Teil gefasst werden können und sollten und welche Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst werden müssten, und wir aber, glaube ich, durchaus daran interessiert sind, hier noch die eine oder andere Nachfrage zu stellen, möchte ich eine kurze Sitzungsunterbrechung beantragen, damit wir uns einmal über den weiteren Umgang mit diesem Antrag im öffentlichen Teil beraten können, um hier möglichst einheitlich unterwegs zu sein.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Hammer, ich habe das Gefühl, dass es noch eine Frage im öffentlichen Teil geben könnte. - Wenn das der Fall ist, bitte ich Sie, sie jetzt noch zu stellen.

**Lukas Lorenz** (SPD): Hätte man die 500 000 Euro Investitionen, die in den letzten Jahren durch die Schausteller getätigt wurden, als Ausschreibungskriterium mit in die Ausschreibung aufnehmen können?

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das wurde uns eben schon beantwortet. Diese Frage hat Frau Blome schon beantwortet. - Okay.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Nein, meines Erachtens hat Frau Blome das beantwortet. Aber dann bitte noch einmal. Das kann ja auch nicht schaden, wenn es nicht herrübergekommen ist.

**Stadtdirektorin Andrea Blome:** Gerne. - Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir ein Auswahlverfahren oder ein Vergabeverfahren machen, müssen die Voraussetzungen für alle gleich sein. Insofern kann es

nicht eine Voraussetzung sein, dass man bereits seit, ich sage jetzt mal, 25 Jahren da Investitionen getätigt hat. Das muss dann, wenn das Verfahren einen bestimmten Ausgang nimmt, an anderer Stelle verhandelt und gegebenenfalls bearbeitet werden.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Homann.

**Mike Homann** (SPD): Aber die Frage ist doch folgende, Frau Blome: Nach meinem Kenntnisstand sind Sie von einer Ausschreibung ausgegangen. Ich meine, Sie wussten ja, dass ab 2024 neu ausgeschrieben werden muss. In der Ausschreibung kann man auch Qualität bewerten. Da gilt natürlich auch, dass „altbekannt und bewährt“ ein möglicher Prüfungsmaßstab ist. Bei einer Ausschreibung wäre es möglich gewesen, das Lärmschutzkonzept, das Verkehrskonzept, das Sicherheitskonzept zu berücksichtigen. Alle anderen Anbieter müssen nur zusichern, dass sie es erstellen werden und einhalten werden. Die GKS hat es hingegen komplett bezahlt und der Verwaltung vorgelegt. Es existiert also, während der andere Bewerber nur sagen muss: „Wir machen das so, wie es die GKS gemacht hat“, weil sie nämlich der Politik transparent gemacht hat, was sie getan hat. Warum hat man kein Ausschreibungsverfahren gemacht, sondern macht das jetzt in einem Verwaltungsverfahren, in dem es auf die Vollständigkeit der Unterlagen ankommt und nicht auf die Qualität der Bewerbung? Die Rechtsgrundlage dafür, dass Sie an der Stelle dieses Verfahren angewandt haben und nicht in die Ausschreibung gegangen sind, hätte ich auch gerne gewusst.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Diese Antwort geben wir im nichtöffentlichen Teil.

Jetzt würde ich gerne die Beratungspause machen, und zwar bis 21.25 Uhr.

(Unterbrechung  
von 21.13 Uhr bis 21.26 Uhr)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen, und stelle dem Antragsteller die Frage, wie er beabsichtigt, weiter mit diesem Antrag umzugehen.



**Christian Joisten** (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! In der erkenntnisreichen Sitzungsunterbrechung haben wir uns auf folgendes Verfahren verständigt: Wir verweisen diesen Antrag, wie er jetzt vorliegt, mit einem kurzen Zwischenstopp in dem heutigen nichtöffentlichen Teil, um die aufgeworfenen Fragen, die im öffentlichen Teil nicht beantwortet werden konnten, dort zu beantworten, in den Hauptausschuss am 13. November 2023, um dort dann final im nichtöffentlichen Teil entsprechende Beschlüsse möglicherweise fassen zu können.

Das heißt: heute keine Beschlussfassung, Verweisung in den Hauptausschuss, aber den Punkt heute noch mal im nichtöffentlichen Teil aufrufen.  
- Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gut. - Dann lasse ich jetzt über den Verweisungsantrag abstimmen. Wir machen gleich noch einen Zwischenstopp im nichtöffentlichen Teil. Aber abstimmen müssen wir jetzt hier über den Verweisungsantrag. - Gut.

Es ist der Antrag auf Verweisung in den Hauptausschuss gestellt worden. Gibt es Gegenstimmen?  
- Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich komme zu Tagesordnungspunkt 4.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Wir sind ja in drei Stunden fertig!)

- Das finde ich auch. Also, heute sollten wir fertig werden.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich rufe auf:

#### **4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Tagesordnungspunkt

##### **4.1 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Was ist aus dem Maßnahmenpaket und dem Arbeitskreis ‚Domumgebung‘ von 2007 geworden?“ AN/1376/2023**

**Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023  
2908/2023**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Bitte sehr.

**Ulrich Breite** (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank. - Nur für den Livestream: Es geht um das Maßnahmenpaket und den Arbeitskreis „Domumgebung“ von 2007. Hier ist die Frage, was daraus geworden ist und was die Situation ist.

Ich hatte hierzu Akteneinsicht erbeten und bekam die Antwort, dass die Verwaltung bzw. das Dezernat noch nicht geliefert hat.

Ich bitte doch darum, weil das schon fast einen Monat her ist, dass das vom Dezernat - man muss doch wohl die Rechnungen finden - bitte jetzt einmal vorgelegt wird, damit man es sich anschauen kann. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Tagesordnungspunkt

##### **4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Untersagt die Stadt Bauherren in Köln Fernwärmeanschlüsse durch die Rhein-Energie AG?“ AN/1549/2023**

**Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023  
2842/2023**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Nein.

Tagesordnungspunkt

##### **4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Kontrolle Schlagbaumsweg“ AN/1565/2023**

**Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023  
2886/2023**

Hier liegt auch die Antwort der Verwaltung vor. - Herr Busch.

**Philipp Busch** (AfD): Vielen Dank fürs erteilte Wort. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben noch zwei Nachfragen zu der ersten Frage. Zu der Antwort würden wir gerne wissen, warum das denn in dem gegebenen Fall dann so war, dass derjenige einen 3er-BMW hatte, und ob derjenige oder diejenigen dann keine Leistungen mehr nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten werden oder schon nicht mehr bekommen. - Danke.



**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das wird schriftlich beantwortet.

Tagesordnungspunkt

**4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Teilnahme an Fraktionssitzung gem. der Grundsatzverfügung zur Regelung der Teilnahme von Verwaltungsangehörigen an den Sitzungen der Fraktionen“ AN/1568/2023**

**Antwort der Verwaltung vom 07.09.2023 2907/2023**

Nachfragen? - Herr Busch.

**Philipp Busch (AfD):** Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Die Beantwortung der Verwaltung - Frau Caroli weiß es - kommt vom Amt 01 und ist ungenügend. Die Beantwortung können wir so nicht zur Kenntnis nehmen. Es sind ganz klare Fragen in der Anfrage nicht beantwortet, einfach nicht beantwortet. Warum das nicht der Fall ist, ist bisher auch noch nicht erklärt worden.

Wenn die Verwaltung dazu nicht antworten will, obwohl sie uns explizit dazu aufgefordert hat, das als Anfrage zu stellen, dann weiß ich auch nicht weiter. Insofern bitte ich, da noch einmal nachzusteuern. Das geht so nicht. Es fehlen explizit Teile. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich gucke es mir noch einmal an.

Tagesordnungspunkt

**4.5 Anfrage von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Klimafolgendarstellung in Beschlussvorlagen“ AN/1563/2023**

**Antwort der Verwaltung vom 26.10.2023 AN/2883/2023**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln):** Vielen Dank für die Antwort, die ja sehr kurzfristig dann zum Glück noch kam. - Ich bitte nur die Kolleg\*innen im Rat, sich die Antwort doch einmal anzuschauen, weil wir daraus Schlüsse ziehen müs-

sen. Es geht um die Klimafolgendarstellung unserer Beschlüsse in den Beschlussvorlagen, und das ist ganz interessant.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Und was ist die Frage? Ob die das wollen?

**Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln):** Die Frage ist, was die Stadtverwaltung tun möchte, um eine befriedigende Antwort vorlegen zu können.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Okay. Das wird schriftlich beantwortet.

Tagesordnungspunkt

**4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Wirtschaftsfaktor Großmarkt“ AN/1863/2023**

**Antwort der Verwaltung vom 26.10.2023 AN/3428/2023**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. - Herr Busch.

**Philipp Busch (AfD):** Noch einmal vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Wolfgramm, dass das so schnell geklappt hat. Wir hatten ja auch kurz vorher darüber gesprochen. Da muss ich der Verwaltung einfach mal ein Kompliment machen: kurzfristig eingestellt und tatsächlich schon beantwortet und auch teils zur Zufriedenheit.

Aber eine Sache bleibt noch zu Punkt 4 - ich hatte Ihnen es ja auch schon gesagt -, auch wenn Sie zu Recht bemerkt haben, dass wir vielleicht nicht ganz richtig angefragt haben. Aber was passiert denn, wenn wir 2026 haben und der Rat dann nichts Neues für den Großmarkt entschieden hat? Dazu würden wir gerne noch wissen - auch wenn das nicht nur Ihr Beritt ist; da müssten Sie sich bitte mit den Kollegen Dezernenten absprechen -, was wir bis dahin noch als Rat zu tun haben. - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gut. Die Antwort erfolgt schriftlich.

Tagesordnungspunkt

**4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Kontakte der Oberbürgermeisterin zu**





**Kölner Bundestags-, Landtagsabgeordneten“**  
**AN/1864/2023**

**Antwort der Verwaltung vom 26.10.2023**  
**AN/3425/2023**

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. - Herr Cremer.

**Christer Cremer (AfD):** Das würden wir aufgrund der Kurzfristigkeit gerne schieben. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Tagesordnungspunkt

**4.8 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Aberkennung von Ehrenbürgerwürde DuMont“**  
**AN/1867/2023**

**Antwort der Verwaltung vom 25.10.2023**  
**3399/2023**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Hock? - Nein, keine Nachfragen.

Tagesordnungspunkt

**4.9 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Parkgebühren Carsharinganbieter .Miles“**  
**AN/1868/2023**

Hier konnte die Verwaltung noch nicht antworten. Die Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Tagesordnungspunkt

**4.10 Anfrage der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend „Lastenradförderung 2023“**  
**AN/1872/2023**

Das gilt auch für die Anfrage unter TOP 4.10.

Ich rufe jetzt auf:

## **6 Ortsrecht**

### **6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches**

#### **6.2.1 Abwassergebührensatzung 2024** **2662/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu:

## **7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates**

### **7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW**

#### **7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024** **3223/2023**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Wünscht das jemand nicht zur Kenntnis zu nehmen? - Nein. Enthält sich jemand? - Nein, auch nicht. Dann ist das so zur Kenntnis genommen.

Ich rufe auf:

### **7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 KomHVO**

#### **7.2.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Houdainer Str. 72, 72a, 51143 Köln-Zündorf** **1635/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Auch das ist eine Kenntnisnahme. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist es zur Kenntnis genommen.

Wir kommen zu:

### **7.3 Überplanmäßiger Aufwand für Leistungen der Wirtschaftlichen Jugendhilfe, TP 0606 im Jahr 2023** **3387/2023**

Das ist ebenfalls eine Kenntnisnahme. Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Keine. Gegenteilige Auffassungen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist auch das zur Kenntnis genommen.

Ich rufe auf:

## **8 Überplanmäßige Aufwendungen**



## 8.1 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan des Gesundheitsamtes in der Produktgruppe 0701 - Gesundheitsdienste für das Haushaltsjahr 2023 2752/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Breite.

**Ulrich Breite** (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, zu den Gesundheitsdiensten hatte ich im Finanzausschuss Herrn Rau eine Frage gestellt. Sie wollten gerne wegen der Zumietung von weiteren Büroräumen eine kurze Antwort geben. - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Dr. Rau.

**Beigeordneter Dr. Harald Rau:** Herr Breite, diese Antwort liegt in Form der Anlage 3 inzwischen vor und entspricht dem, was ich mündlich im Finanzausschuss gesagt habe.

**Ulrich Breite** (FDP): Vielen Dank. Das war heute Mittag noch nicht eingestellt. - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Die Fragen aus dem Finanzausschuss sind also beantwortet.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

## 8.2 Genehmigung überplanmäßiger Haushaltsmittel im Teilplan des Wohnungsamtes in der Produktgruppe 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Haushaltsjahr 2023 2717/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

## 8.3 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilergebnisplan des Amtes für Verkehrsmanagement in der Produktgruppe 1201 - Straßen, Wege, Plätze für das Haushaltsjahr 2022

## 2340/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch das beschlossen.

Wir kommen zu:

## 10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

### 10.1 Neubau für die Grundschule Antwerper Straße 19-29, 50672 Köln-Neustadt/-Nord - Baubeschluss 0981/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich möchte abstimmen lassen wie Vorlage.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### 10.2 Konzept „Kuratorium für ein Denkmal zu den Anschlägen des NSU in der Keupstraße und der Probsteigasse“ 1060/2023

Hier frage ich nach Wortmeldungen. - Herr Michalak.

**Mario Michalak** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es vom Platz aus. - Liebe Oberbürgermeisterin, Anwesende und Zuschauer! Ein in seiner Besonderheit und, wenn es einmal fertiggestellt sein wird, weit strahlendes und wirkmächtiges Mahnmal findet in dieser Beschlussvorlage seine folgerichtige und gelungene Fortsetzung.

Kurz zur Einordnung: Das Mahnmal wirkt in Form von abrufbaren Filmen mit Dokumentationen und Interviews per App. Diese Filme müssen ausgestellt, produziert und inhaltlich begleitet werden.

Dafür wird das nun zu beschließende Kuratorium zuständig sein. Bei der gesamten Umsetzung zur Begleitung und Konzeption des Kuratoriums ist es besonders wichtig gewesen, die Betroffenen aus der Keupstraße mitzunehmen und ihnen Entscheidungsbefugnisse zu erteilen. Das Gremium soll in seiner Mehrheit aus Betroffenen bestehen. Sie sollen entscheiden können, was als Beschreibung, Bewältigung, Erklärung und eventuell möglicher zukunftsgerichteter Handlungsperspektive in Form von Filmen zu sehen sein wird. Nach jahrelangen falschen Beschuldigungen ist das das



Mindeste, was wir den Betroffenen schuldig sind - ein richtiges Instrument zum Empowern der Bewohner der Keupstraße.

Wir müssen uns bei der Verwaltung, hier dem zuständigen NS-DOK, für das Erarbeiten dieser Beschlussvorlage außerordentlich bedanken. Eine wohlaustarierte und unter Berücksichtigung möglichst aller betroffenen Interessen gelungene Kuratoriumsbesetzung gilt es nun ans Arbeiten zu bringen. Wir bitten um Zustimmung und wünschen dem Kuratorium gelungenes Handeln. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird von der CDU das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann spricht jetzt Frau Brock-Storms.

**Claudia Brock-Storms (SPD):** Noch mal Guten Abend zusammen! Wir sind jetzt im zweiten Teil. Ein früherer Chef von mir hat mal gesagt: Man sollte nur so lange reden, wie man auf einem Bein stehen kann. - Ich möchte diesen akrobatischen Akt jetzt nicht ausprobieren. Was ich damit sagen will: Ich versuche, es kurz zu machen.

Wir begrüßen die Vorlage des Konzepts „Kuratorium für ein Denkmal zu den Anschlägen des NSU in der Keupstraße und der Probststeigasse“ sehr. Wir haben im Integrationsrat lange und intensiv über die Ausgestaltung und Besetzung diskutiert und sind froh, dass die Beschlussvorlage nun vorliegt. Damit wird ein wichtiger Schritt getan, um die zukünftige Ausgestaltung des Erinnerungsorts Keupstraße umzusetzen.

An dieser Stelle möchte ich noch mal dem Integrationsrat, insbesondere Tayfun Keltek, danken, ohne deren jahrelanges - man muss leider sagen: jahrzehntelanges - Engagement der Erinnerungsort noch in weiter Ferne liegen würde.

(Beifall bei der SPD)

Im aktuellen Prozess möchte ich aber insbesondere Herrn Hans-Peter Killguss vom NS-DOK noch mal danken, der unsere Diskussionen ausgehalten und immer weiter am Konzept gefeilt hat.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir im nächsten Jahr bereits zum 20. Mal an den Anschlag erinnern werden, ist an sich schon ein Mahnmal, nämlich dafür, wie lange Prozesse

in Köln dauern. Ich muss jetzt ein bisschen Wasser in den Wein geben. Wir hätten uns, wie viele der Opfer des feigen Anschlags des NSU, eine schnellere Umsetzung gewünscht.

Mit Blick auf die 20 Jahre ist das hier vielleicht auch die Gelegenheit, noch mal daran zu erinnern, dass der Juni 2024 schnell da sein wird und man sich vielleicht doch schon ein paar Gedanken machen sollte, wie man dann daran erinnern möchte.

Ebenso wie das Kuratorium ein atmendes System ist, ist auch der Erinnerungsort ein lebendes System, und Leben will genährt werden. Daher möchte ich alle hier auffordern, bei den nächsten Haushaltsberatungen daran zu denken, dass dies kein Ort sein wird, der irgendwann fertig ist. Er muss von uns weiter unterstützt werden, um lebendig zu sein. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich will die Sitzung wirklich nicht verlängern. Aber gestatten Sie mir, daran zu erinnern, dass das Denkmal so geplant wurde, dass es auf einer privaten Fläche liegt. Vieles dauert bei der Stadt auch mir zu lange. Aber hier konnte man wirklich nichts anderes machen, als zur ersten Möglichkeit zuzugreifen.

Jetzt hat Frau Niknamtavin das Wort.

**Sarah Niknamtavin (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg\*innen! Liebe Zuhörer\*innen! Wenn das Denk- und Mahnmal auf der Tagesordnung steht, welches infolge eines Terroranschlags eines berühmten Nazinetzwerks entstanden ist, muss man das auch nutzen, um kurz erneut dessen zu gedenken.

Dortmund, Hamburg, Kassel, Nürnberg, München und auch Köln: An all diesen Orten und vielen mehr hat der NSU terrorisiert, Menschen verletzt und ermordet, und zwar nicht irgendwelche Menschen, sondern gezielt migrantische Menschen, mit dem Ziel, Massenmorde zu verüben. Der NSU hat in einem gesellschaftlichen Umfeld agiert, das Rechtsterrorismus für abwegig gehalten und die Mörder im Umfeld der Opfer gesucht hat.

Auf den Angriff des NSU folgte die traumatisierende und rassistische Reaktion der Mehrheitsgesellschaft, von Medien, Behörden und Politiker\*in-

nen. Angehörige der Opfer wurden wie Verbrecher behandelt. Durch die Anschläge verletzte Personen trauten sich nicht, zum Arzt zu gehen. Es gab eine gewaltige Täter-Opfer-Umkehr. Sieben Jahre lang wurde den Betroffenen nicht zugehört, bis der NSU sich selbst enttarnt hat. Doch eine lückenlose Aufklärung der Anschläge ist bis heute nicht erfolgt. Das hat für tiefe Wunden und ein dauerhaftes Misstrauen der Anwohner\*innen auf der Keupstraße gesorgt.

Deswegen ist die Errichtung eines Denkmals rund 20 Jahre nach den Anschlägen längst überfällig. Es ist zu begrüßen, dass nicht allein ein statisches, bauliches Denkmal entstehen soll, sondern vielmehr ein dynamischer Raum, der auch aktuelle rassismuskritische Diskurse aufgreifen kann. Zusätzlich ist es auch richtig, den Fokus auf die Perspektive derjenigen zu legen, die von den Anschlägen und Rassismus insgesamt betroffen waren und sind.

Weiterhin ist es für das Gelingen des Vorhabens zentral, dass auch die Betroffenen an entscheidenden Stellen eingebunden werden. Dass mehrheitlich Betroffene dem Kuratorium angehören sollen, das über die gezeigten medialen Inhalte entscheidet, ist in dieser Hinsicht ein wichtiger und richtiger Schritt.

Es bleibt aber Aufgabe der gesamten Kölner Politik und Stadtgesellschaft - und nicht nur etwa des Integrationsrates und des Kuratoriums -, die damaligen Ereignisse zu reflektieren, den Betroffenen zuzuhören und für dauerhafte, strukturelle Veränderungen zu sorgen.

An dieser Stelle gilt auch ein besonderer Dank den Akteur\*innen und Initiativen, vor allem der Initiative „Herkesin Meydanı - Platz für alle“, der Initiative „Keupstraße ist überall“ und dem Integrationsrat, die die Erinnerung in den letzten Jahren selbst organisiert und, ohne Mühen zu scheuen, für ein Mahnmal gekämpft haben.

Der NSU war nicht zu dritt, und erinnern heißt auch, gegen rassistische Strukturen und Neonazis immer und überall zu kämpfen, auf dass sie nicht mehr töten, verletzen oder in unseren Parlamenten sitzen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Werden weitere Wortmeldungen gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann möchte ich in dem Fall gerne fragen, wer diese Vorlage unterstützt. Wer das tut, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP, Volt, Die FRAKTION, Herr Zimmermann und die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD ist die Vorlage so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

### **10.3 Neugestaltung und Erweiterung des Spielplatzes Xantener Straße/Johannes-Giesberts-Park in Köln-Nippes 1215/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **10.4 Beschleunigungspaket weiterführende Schulen - Generalsanierung und Neubau der Schulgebäude der Gesamtschule Holweide, Burgwiesenstraße 125, der Kaiserin-Theophanu-Schule, Gymnasium Kantstraße 3 und der Heinrich-Böll-Gesamtschule Merianstraße 11-15 durch General- oder Totalunternehmen - Planungs- und Baubeschluss (Beschlussfassung nur zur Kaiserin-Theophanu-Schule) 1196/2023**

Frau Hölzing.

**Bärbel Hölzing-Clasen** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es vom Platz aus. - Sehr geehrte Oberbürgermeisterin! Liebe Zuschauende im Livestream! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft hat sich mit der Vorlage befasst und für den Rat eine Empfehlung für einen geänderten Beschluss ausgesprochen, den Sie in Anlage 6 finden. Dann hat die Gebäudewirtschaft uns mit der Anlage 7 überrascht, der zu entnehmen ist, dass sie die verschiedenen Standortalternativen bis heute schon geprüft hat. Heute kam auch noch eine Anlage 10, die sich mit den Beschlüssen der BV Kalk auseinandergesetzt hat.

Damit ist der Punkt 2 der Empfehlung aus dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft obsolet. Wir erhalten ihn nicht aufrecht, weil die Fragen beantwortet sind.





Da die Verwaltung aber auch betont hat, dass von ihr die Bedeutung von Erhalt und Herstellung des Grünflächenbereichs im Stadtbezirk Kalk gesehen wird, wollen wir dort natürlich auch so viel wie möglich an Grün realisieren. Den Kalkerinnen und Kalkern ist ja auch versprochen worden, dass der Streifen, nachdem da saniert worden ist, in eine Grünfläche umgewandelt wird. Daher wollen wir, wenn diese Fläche schon als Interim dienen soll, dass auch die in der Begründung erwähnte Planung der Variante 2 realisiert wird, die kompakter ist, weil wir darin am ehesten die Chance sehen, dass auch das angegebene Grün und die Grünfläche dann realisiert werden.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wir haben die Vorlage ja in der Ratssitzung am 7. September 2023 in der Fassung wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft teilweise unter Vorbehalt beschlossen, da die BV Kalk noch angehört werden musste. Frau Hölzing hat gerade den Werdegang der entsprechenden Anlagen erklärt. Die Anhörung ist mittlerweile erfolgt. Eine Stellungnahme zu den Änderungen ist tatsächlich in der Anlage 10 enthalten.

Insofern würde jetzt gerne erneut über die Maßnahmen bei der Kaiserin-Theophanu-Schule in der Fassung wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft abstimmen lassen.

(Zuruf: Ohne Punkt 2! - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben selbst empfohlen, Punkt 2 herauszunehmen! - Bärbel Hölzing-Clasen [Bündnis 90/Die Grünen]: Ohne Punkt 2, weil der sich erledigt hat!)

- In der Fassung wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft ohne Punkt 2. Ja?

(Bärbel Hölzing-Clasen [Bündnis 90/Die Grünen]: Ohne Punkt 2!)

- Gut. - Herr Joisten hat noch eine Frage zum Abstimmungsgegenstand.

**Christian Joisten (SPD):** Ja. Ich will es nur verstehen. Denn ich sehe, dass in der Anlage 10 nur eine Variante, nämlich die Fassung der Anlage 8, also noch einmal die Bestätigung unseres bereits

im September hier im Rat getroffenen Beschlusses, als Verwaltungsmeinung abgebildet wird.

(Zuruf von der CDU: Nicht im Rat!)

- Doch. Darin steht:

Fazit:

Die Verwaltung bittet den Rat der Stadt Köln, seinen geänderten Beschluss aus der Sitzung vom 7. September 2023

- das war eine Ratssitzung -

(Fassung der Anlage 8) zu bestätigen.

Das ist die letzte Anlage, in der jetzt eine Empfehlung der Verwaltung enthalten ist.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Aber steht in der Anlage 8 nicht der Vorbehalt?

**Christian Joisten (SPD):** Das konnte ich jetzt auf die Schnelle nicht prüfen. Aber das ist unser Ratsbeschluss. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich glaube, ja. Aber wir können das gerne noch mal nachprüfen. - Steht der Vorbehalt drin? Okay. Deswegen die Anlage 6. Ja, es ist in der Tat kompliziert. Ich muss es jetzt auch erst suchen. Aber ich bin ziemlich sicher, dass es da drinsteht. - Herr Greitemann.

(Zurufe)

- Ja, wir wollen schon über das Richtige abstimmen; das ist ja klar. - Also Anlage 6, aber ohne Punkt 2.

(Beigeordneter Markus Greitemann: Genau!)

- Okay. - Gibt es Gegenstimmen?

(Christian Joisten [SPD]: Worüber stimmen wir denn jetzt ab?)

- Anlage 6 ohne Punkt 2.

(Christian Joisten [SPD]: Also nicht so, wie die Verwaltung vorgeschlagen hat!)

Herr Greitemann.

**Beigeordneter Markus Greitemann:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wie die Oberbürgermeisterin vorgetragen hat, sollen wir beschließen - nur inhaltlich. Und Sie haben vollkommen recht: Wir müssen jetzt hier nicht Betriebsausschuss spielen. Die Grünfläche muss genutzt werden. Und es wird empfohlen, Anlage 7b, das heißt die Alternative, zu nehmen, um so wenig Grünfläche wie möglich zu belasten.

Ich kann also nur empfehlen: bitte Anlage 6 ohne Punkt 2 mit Anlage 7b als Alternative.

(Christian Joisten [SPD]: Wenn Herr Greitemann das sagt, dann machen wir das jetzt so!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Nein, ich glaube auch, dass es richtig ist. - Gut.

(Christian Joisten [SPD]: Wenn die Oberbürgermeisterin das glaubt!)

- Ja, tut mir leid. Ich habe die Vorlage auch am Sonntag oder am Samstag, jedenfalls am Wochenende, das letzte Mal gelesen.

Können wir jetzt so abstimmen, bitte? - Gut. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthalten sich DIE LINKE und die Gruppe KLIMA FREUNDE & GUT. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.5 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss zur Aufzugsnachrüstung der Stadtbahnhaltestelle Reichenspergerplatz inkl. Brandschutzsanierung, Bahnsteiganhebung und erforderlicher technischer Aufrüstung  
1337/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.6 Bedarfsfeststellung für drei Schulbaumaßnahmen zur kurzfristigen Schaffung von Schulplätzen an Grund- und Förderschulen (Förderschule inklusive Primarstufe/Grundschule Kolkrabenweg in Köln-Vogelsang, Fortuinweg (für Grundschule Gutnickstr.) in Köln-Roggendorf und Bolligstr. (für KGS und GGS An den Kaulen) in Köln-Worringen  
1978/2023**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.7 Bedarfsfeststellung zur Neubeschaffung von Einsatzbekleidung für die Technische Hilfeleistung und Vegetationsbrandbekämpfung für die Feuerwehr Köln sowie Abschluss eines vierjährigen Rahmenvertrages  
2001/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.8 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft - Verfahren zur Weiterentwicklung  
2214/2023**

Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Boyens.

**Stephan Boyens (AfD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 100 000 Euro für die Weiterentwicklung eines Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft - so klingt es warm und beschönigend in der Vorlage. Was verbirgt sich dahinter wirklich? Es soll weiter an dem Narrativ der gelungenen Integration gestrickt werden, obwohl längst klar ist: Die Integration der letzten Jahrzehnte in diesem Land und in dieser Stadt ist krachend gescheitert.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn es noch eines letzten Beleges dafür bedurft hätte, so sind es die jüngsten antisemitischen Ausschreitungen in diesem Land, begangen von Menschen, die Sie ins Land gelassen haben und immer noch zu Tausenden ins Land lassen.

(Zurufe von der LINKEN: Buh! - Christian Joisten [SPD]: Immer wieder diese Thesen! Das will doch keiner hören! Geben Sie es zu Protokoll!)

- Doch, genauso ist es. - Dazu zählen leider auch viele Menschen, die hier schon seit Jahrzehnten in Parallelgesellschaften leben und jetzt ihr wahres Gesicht zeigen.

Meine Damen und Herren, Israel ist weit und breit das einzige pluralistische, freiheitlich-demokratisch organisierte Land im Nahen Osten.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Sprechen Sie bitte zum Thema der Vorlage.

**Stephan Boyens (AfD):** Israel steht par excellence für die westliche Art, zu leben, für unsere Werte, unsere Kultur und unseren wirtschaftlichen Erfolg.

(Niklas Kienitz [CDU]: Für Ihre Werte will niemand stehen!)

Genau deshalb zieht es den unversöhnlichen Hass seiner Nachbarn auf sich. Kaum irgendwo sonst auf der Welt wird der Clash of Civilizations so deutlich wie im Nahen Osten.

Dieser Kampf der Kulturen aus dem Nahen Osten ist nun dank Ihrer katastrophalen Migrationspolitik auch hier auf Deutschlands Straßen angekommen. Die von Ihnen seit Jahren betriebenen Integrationsbemühungen haben dies nicht verhindern können. Sie sind auf ganzer Linie gescheitert.

Ja, sie machen die Sache sogar häufig noch schlimmer; denn das, was Sie Integration nennen, ist eine toxische Mischung aus naiven Annahmen, basierend auf kultureller und religiöser Ignoranz, infantilen Betreuungsangeboten, gepaart mit grenzenlosem Verständnis für alles und jeden

(Franz Philippi [SPD]: Unverschämtheit!)

- doch, genauso ist es -, fehlender Konsequenz -

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ein Ordnungsruf für die infantilen Betreuungsangebote.

**Stephan Boyens (AfD):** - und, wenn überhaupt vorhanden, windelweichen Sanktionen.

Das Grundproblem ist, dass Sie bis heute nicht verstanden haben, wie die Rollenverteilung bei der Integration aussieht.

Ich sage Ihnen: Wer sich dafür entscheidet, dauerhaft in einem anderen Land zu leben, der hat die Pflicht, sich zu integrieren. Integration ist zu 90 Prozent Bringschuld.

(Beifall bei der AfD)

Es gilt hier das alte arabische Sprichwort:

Und weilst du bei einem Volke mehr als 40 Tage, so sei einer von ihnen oder wandere weiter.

Genau das machen auch die klassischen Einwanderungsländer Kanada und USA. Meine Damen und Herren, dort gibt es keine groß angelegten Integrationsprogramme. „Integration durch Arbeit“ heißt es dort; das ist das Programm.

Ja, wir sollten - lassen Sie mich das ganz klar sagen - Menschen, die zu uns kommen, die Hand ausstrecken und ihnen beim Start helfen. Aber das Letzte, was wir benötigen, sind weitere 100 000 Euro für ein nutzloses, verkopftes und kontraproduktives Integrationskonzept, wie es hier in dieser Stadt verfolgt wird.

Meine Damen und Herren, stimmen Sie gegen diese Vorlage. Ceterum censeo migrationem illegalem esse sistendam. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Hock.

**Michael Hock (Die FRAKTION):** Eigentlich habe ich nur eine Frage. Aber erst einmal möchte ich sagen: Ausländerhetze auf Latein ist schon interessant. Das scheint mir irgendwie widersprüchlich zu sein.

Ich habe eine Frage zum ungefähren Zeitablauf. Wir begrüßen das grundsätzlich und finden es gut. Allerdings ist unsere Frage an die Verwaltung: Welche Phasen finden denn wann ungefähr statt? Denn soweit ich das verstanden habe, war 2011 der Aufschlag. Das ist jetzt ja doch eine Weile her. Mir geht es also darum, dass man ein bisschen zeitlich einsortieren kann, wie das geplant ist. Das konnte ich der Vorlage nicht entnehmen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** 2011 ist das Grundgerüst für das Integrationskonzept unter der damaligen Sozialdezernentin Marlis Bredehorst entstanden. Es ist damals schon mit einer großen Beteiligung der Öffentlichkeit und der in dem Bereich der Integration arbeitenden Träger entstanden. Wir sind der Auffassung, dass das Integrationskonzept nach dieser Zeit einer Überarbeitung bedarf. Deswegen haben wir uns



vorgenommen, mit dieser Überarbeitung zu beginnen. Es gibt eine Aufwandsermächtigung im Teilplanergebnis des Amtes für Integration und Vielfalt. Deswegen stehen die Mittel zur Verfügung. Über den Prozess und das Ziel ist in der Vorlage nachzulesen.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann frage ich, ob es Gegenstimmen gibt. - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

## 10.9 Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke - hier: Schienenersatzkonzept für den Zeitraum der Stadtbahnsperrung in 2024 (Bauphase IIb) 2350/2023

Ich bitte um Wortmeldungen. - Frau Feuser.

**Inga Feuser** (KLIMA FREUNDE & GUT): Ich mache das auch mal vom Platz aus. - Wir beantragen, dass bei diesem Punkt so abgestimmt wird, wie die BV Nippes entschieden hat. Das heißt, dass wir beantragen, dass der Bus auf der Inneren Kanalstraße bereits mit der Sperrung der Mülheimer Brücke einzurichten ist. Wir haben zwar die Stellungnahme der Verwaltung hier zur Kenntnis genommen, möchten aber dennoch daran festhalten, da wir davon überzeugt sind, dass die Sinnhaftigkeit eines Busses auf der Inneren Kanalstraße gegeben ist.

Wenn es um den motorisierten Individualverkehr geht, kann die Bedeutung der Inneren Kanalstraße immer nicht hoch genug betont werden. Aber wenn es um den ÖPNV geht, wird jetzt die Sinnhaftigkeit infrage gestellt. Das erschließt sich uns nicht.

Die Innere Kanalstraße verbindet viele Veedel miteinander. Aus drei Bezirksvertretungen, glaube ich, kam der Wunsch nach diesem Bus. Diese Forderung kommt übrigens auch aus der Studierendenschaft der Universität Köln.

Natürlich ist das mit Kosten verbunden. Aber die Verkehrswende kostet eben Geld. Deswegen ist es schon wichtig, dass wir hier die Gelegenheit des Schienenersatzkonzeptes nutzen, um diesen Wunsch aus den drei BVen auch aufzugreifen. Im Übrigen ist der Bus nach wie vor die günstigste und einfachste Möglichkeit, den ÖPNV auszubauen.

Ich lehne mich auch so weit aus dem Fenster, zu sagen, dass diese Buslinie wahrscheinlich mehr CO<sub>2</sub> einsparen wird als jede App.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich hatte vor, abzustimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 3, und bitte Herrn Egerer, noch mal zu erläutern, ob das dann die Entscheidungen der BVen beinhaltet.

**Beigeordneter Ascan Egerer:** Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst herausstellen, dass die Entwicklung des Busnetzes uns sehr wichtig ist und auch oben auf der Agenda steht.

Wir haben die Machbarkeitsstudie für die Entwicklung eines Expressbusnetzes auf den Weg gebracht. Diese Studie ist in Arbeit. Darin ist auch explizit aufgenommen, die Innere Kanalstraße mit den entsprechenden Anknüpfungen dezidiert zu betrachten. Allerdings liegen dazu noch keine Ergebnisse vor.

Hier ist ja das Ziel, ein dauerhaft funktionierendes Angebot zu etablieren, welches dann auch von der KVB betrieben werden soll. Das heißt, dass die KVB auch in der Lage sein muss, diese Leistung dann mit eigenen Ressourcen anzubieten. Es müssen aber auch andere Rahmenbedingungen erfüllt sein. Dafür brauchen wir eine gewisse Grundlage, die wir aktuell noch nicht haben.

Anders sieht es hingegen bei dem Schienenersatzverkehr aus, den wir für den Zeitraum der Sperrung der Mülheimer Brücke brauchen. Das ist eine Leistung, die extern vergeben wird, weil es eine temporäre Leistung ist. Sie muss aber jetzt auf den Weg gebracht werden, um sie rechtzeitig zur Sperrung der Mülheimer Brücke auch tatsächlich am Start zu haben.

Deswegen ist unsere Empfehlung, hier so abzustimmen wie im Verkehrsausschuss - mit den Änderungen, die dort beschlossen worden sind; sprich: die weiteren Dinge so zu prüfen, wie wir es auch tun -, aber die beiden Themen nicht zwingend zu verknüpfen; denn das funktioniert aus unserer Sicht nicht und wird auch dem Anspruch, den wir an ein gutes Busverkehrsangebot haben, nicht gerecht. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)





**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Es gibt jetzt die Möglichkeit, zunächst so abzustimmen, wie die BV Nippes beschlossen hat, Frau Feuser. Wenn der Antrag gestellt wird, so abzustimmen, kann ich ja nicht sagen, dass ich das nicht zur Kenntnis nehme. Die erste Abstimmung wäre also so, wie die BV Nippes beschlossen hat, und die zweite Abstimmung wäre dann wie Verkehrsausschuss, Anlage 3. Würden Sie da mitgehen? - Ja. Dann machen wir die Abstimmung so.

Wer ist dafür, dass wir beschließen wie BV 5? Ich bitte um das Handzeichen zur Abstimmung. - Das sind die LINKEN, die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Jetzt lasse ich abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 3. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

## **10.10 Förderung von Familiengrundscho- lzen durch das Ministerium für Schule und Bildung 2467/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Oder wollen Sie eine Wortmeldung machen? Was wollen Sie? Eine Wortmeldung zu TOP 10.10?

(Lukas Lorenz [SPD]: Nein!)

- Nein. Gut. - Es gibt also keine Wortmeldung zu TOP 10.10.

Deswegen lasse ich jetzt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

## **10.11 Zuschuss Förderverein Römische Stadtmauer Köln e. V. und Freigabe Maßnahmen für die Sanierung und Er- haltung von Denkmälern inklusive ge- erbte Denkmäler 2566/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

## **10.12 Mitgliedschaft der Stadt Köln im Inter- nationalen Verband für öffentliches Ver- kehrswesen (UITP) 2594/2023**

Wortmeldungen? - Ja, eine Wortmeldung. Bitte.

**Matthias Büschges** (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es auch vom Platz aus; es soll nicht so lange dauern.

Wir sind davon überzeugt, dass das Verkehrsdezernat mit dem Thema Verkehr selbst überfordert zu sein scheint, und sind auch deswegen der Meinung, dass eine Mitgliedschaft in der UITP erstens Geld kostet, das die Stadt Köln durchaus sinnvoller einsetzen könnte, und dass zweitens die Stadt Köln dafür irgendwo auch nicht bereit sein kann.

Und dann kommt der fast schon wichtigste Punkt für uns, den man gefühlt auch immer nur in Köln findet: Der Ehrenpräsident dieses Internationalen Verbandes für öffentliches Verkehrswesen ist - wenn es nicht schon einigen bekannt ist oder war - Wolfgang Meyer, ehemaliger KVB-Vorstandschef in Köln. Es hat ein Jahr vor der Europawahl doch schon ein Geschmäcke, da jetzt noch Mitglied zu werden.

Wir lehnen die Mitgliedschaft deswegen auch ab. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Als Nächster Herr Lorenz.

**Lukas Lorenz** (SPD): Ich möchte nur unsere Ablehnung begründen. Sie liegt darin begründet, dass wir keine Sinnhaftigkeit darin erkennen, dass die Stadt Köln zusätzlich zur KVB dort Mitglied wird. Wir glauben, dass es sinnvoll ist, dass wir ein Unternehmen als Mitglied darin haben - genauso, wie es sinnvoll ist, dass im VDV ein Unternehmen Mitglied ist und nicht die Stadt Köln selbst.

(Beifall bei Teilen der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt Frau Syndicus.



**Karina Margareta Syndicus** (KLIMA FREUNDE & GUT): Ganz herzlichen Dank. - Ich habe eine kurze Nachfrage zu der Vorlage. Wie gerade schon richtig angemerkt worden ist, ist Köln ja mit der KVB bereits dort vertreten. Jetzt möchte es als Kommune bzw. als Stadt auch beitreten. Ich würde gerne von der Verwaltung wissen, welche Vorteile darin liegen und warum wir als eine der ersten Kommunen da jetzt beitreten sollten.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meiner Erinnerung nach haben wir das bereits einmal in einer Ratssitzung thematisiert; aber gut.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Anderer Verband, gleicher Sachverhalt!)

- Gut. - Wer möchte dazu Stellung nehmen? - Herr Egerer, bitte.

**Beigeordneter Ascan Egerer:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch hier ist ein klarer Trend in Richtung Mobilitätswende zu erkennen, nämlich die Integration von unterschiedlichen Verkehrsträgern im Sinne der Schaffung eines gesamthaften Angebotes. Die UITP kommt aus dem Bereich öffentlicher Verkehr; das ist richtig. Deswegen sind dort traditionell die Verkehrsunternehmen organisiert. Aber auch hier findet eine Öffnung in Richtung Aufgabenträger, der wir ja auch sind, und kommunale Gebietskörperschaften statt, weil hier die Mobilitätswende vor Ort organisiert werden muss. Sie hat auch auf internationaler Ebene eine hohe Priorität bekommen, von der wir gerne profitieren wollen. Mit einem Beitritt können wir dann auch hier von dem Austausch und von den Informationen, die es gibt, profitieren. - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Daher lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer stimmt dagegen? - Das sind die SPD-Fraktion, Die FRAKTION und die AfD. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

## 10.13 Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung, hier Erlass eines Monatsbetrags zum Ausgleich energiekrisebedingter Kostensteigerungen 2832/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

## 10.14 Deutschlandticket Schule für Schülerinnen und Schüler an Weiterführenden Schulen der Stadt Köln 2860/2023

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.**  
**AN/1873/2023**

**Änderungsantrag der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT**  
**AN/1899/2023**

Hier habe ich eine lange Rednerliste. Sie beginnt mit Frau Hölzing.

**Bärbel Hölzing-Clasen** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Damen und Herren, auch am Livestream, wenn noch Leute zuschauen! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das Deutschlandticket ist in aller Munde, aber lange noch nicht in allen Taschen, vor allen Dingen nicht in denen der Kölner Schüler und Schülerinnen. Warum ist das so?

Das Verfahren der Umstellung ist für die Verwaltung komplizierter als in anderen Städten, weil Köln bisher einen besonders günstigen Tarif für die SchülerTickets vorhält. Im Primarbereich hat die Umstellung hingegen sehr schnell geklappt, weil sie dort auch zu einer Ersparnis geführt hat.

Für nicht Freifahrtberechtigte der Sekundarstufe wird das Deutschlandticket, wenn es heute beschlossen wird, nur 3,70 Euro mehr im Monat kosten - und dafür haben sie den Freifahrtschein für ganz Deutschland in der Tasche: Düsseldorf, Essen, Hamburg, Berlin, München. Ist das nichts?

DIE LINKE meint, es müsse noch billiger sein, für alle Schülerinnen und Schüler und auch für die Primarstufe. Dabei, eine Forderung zu formulieren, die so viel Geld kostet, ohne einen Deckungsvorschlag einzubringen, gehen wir nicht mit.

Die KLIMA FREUNDE & GUT gehen ein bisschen in die gleiche Richtung. Allerdings werden da auch verschiedene Bereiche zusammengefasst, nämlich Bibliotheksausweis und andere Dinge. Das ist uns zu detailliert und zu kleinteilig.



Es kann auch in der verbleibenden Zeit nicht mehr geprüft werden.

Denn wir haben auch ein bisschen Druck, das Ticket auf den Weg zu bringen. Wir haben immerhin monatelang darüber diskutiert. Es wäre schon gut, wenn wir heute zu einer Entscheidung kommen würden. Andere Kommunen haben ja das Ticket auch schon nach den Sommerferien eingeführt.

Ich erinnere hier daran, dass die Kölner Stadtschulpflegschaft in einer Blitzumfrage, an der mehr als 200 Eltern teilgenommen haben, immerhin 70 Prozent Zustimmung für den Wechsel zum Schüler-Deutschlandticket ermittelt hat. Gut, das ist nicht repräsentativ; aber ich denke, dass die Zeichen da auch auf Wechsel stehen.

Die Nachfrage nach dem Deutschlandticket hat auch gezeigt, dass mit einem günstigen Angebot auch die Nutzung des ÖPNV steigt. Wenn die Schülerinnen und Schüler erst einmal ohne Probleme über Köln und die Tarifgrenzen hinweg reisen können, werden - da sind wir sicher - den Eltern und ihnen sehr schnell Reisemöglichkeiten einfallen, und sie werden das ausloten und begeistert nutzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der LINKEN)

Denn Angebot schafft Nachfrage. Und genau dieses Signal wollen wir mit dem Ticket erreichen. Schülerinnen und Schüler sollen frühzeitig und viel und auch entferntere Strecken mit dem ÖPNV fahren. Das soll die bevorzugte Nutzung von Mobilität im Alltag werden, und es soll frühzeitig eingeübt werden.

Für uns ist dieses Ticket deshalb ein wichtiger Schritt in Richtung Verkehrswende, klimafreundliche Mobilität und CO<sub>2</sub>-Reduzierung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der LINKEN)

Wir sehen auch die organisatorischen Herausforderungen, die die Verwaltung beschreibt. Dennoch überwiegen für uns die Chancen, die in dem Schüler-Deutschlandticket stecken.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung sieht vor, das Ticket abzulehnen und bei einem eigenen SchülerTicket zu bleiben, auch weil es an Sicherheit für die Fortführung fehle.

Machen wir uns doch nichts vor: Es wird um die Verlängerung des Deutschlandtickets und auch

um die Schüler-Deutschlandtickets hart gerungen werden. Das ist ja normal. Das Geschäft kennen wir doch. Und gerade deshalb ist es wichtig, das Schüler-Deutschlandticket für Köln ab dem 1. Februar 2024 einzuführen; denn je mehr Abonnenten wir haben, umso mehr Druck können wir auf Bund und Land ausüben, dass das Ticket dauerhaft günstig bleibt und angeboten wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der LINKEN)

Warten und Harren macht manchen zum Narren. Wir wollen nicht nachher die Narren sein und weitere Zeit verstreichen lassen, sondern mit dem Schüler-Deutschlandticket ein deutliches Signal setzen - für eine klimafreundliche Mobilitätswende, für mehr klimafreundliche Mobilität von Schülerinnen und Schülern und für mehr Fahrten über Verkehrsverbünde hinweg, eben für mehr Mobilität in ganz Deutschland.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau De Bellis-Olinger das Wort.

**Teresa De Bellis-Olinger (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ein paar Gedanken aufführen, die deutlich machen, warum der Verbleib im VRS-SchülerTicket sinnvoller sein könnte.

Das VRS-SchülerTicket hat den Zusatznutzen inkludiert, dass die Schülerinnen und Schüler zu gewissen Zeiten ihr Fahrrad mitnehmen dürfen. Das hat das Deutschlandticket nicht.

Den allermeisten Schülerinnen und Schülern reicht das heutige VRS-SchülerTicket völlig. Ich kenne keine Schüler, vor allem junge Schüler, die einfach mal alleine ohne ihre Eltern nach München fahren, so schön es ist, wenn man das in der Freizeit oder als Familienausflug macht. Ich kenne sie nicht, aber lasse mich da gerne aufklären. Die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler - das können Sie ja auch nicht verwerfen - ist also tatsächlich in der Region unterwegs. Daher schafft das Deutschlandticket an der Stelle nur einen überschaubaren Freizeitmehrwert für einzelne Fahrten pro Jahr.

In Köln wird das VRS-SchülerTicket in einem Subventionsmodell umgesetzt. Durch zusätzliche kommunale Mittel bekommen alle Schüler das



VRS-SchülerTicket zum gleichen Preis, und zwar für 25,30 Euro. Bei einer Umstellung auf das Deutschlandticket Schule müssten die nicht freifahrtberechtigten Schülerinnen und Schüler mehr zahlen.

Lassen Sie uns einmal einen Blick auf den Aufwand werfen; und das ist nicht einfach nur lapidar dahergesagt. Es müssen neue Verträge erarbeitet, beschlossen und abgeschlossen werden. Die Stadt und die KVB müssen die Bezugsberechtigungsprüfung, die es so kleinteilig im aktuellen Modell nicht gibt, vollständig neu aufstellen. Zudem müssen an der Kundenschnittstelle einige Änderungen umgesetzt werden - individuelle Verträge mit Eltern, Regeln von Zahlverfahren, Chipkartenwechsel etc. Und wir reden hier von 55 000 Schülerinnen und Schülern.

Ob dieser Aufwand für sechs Monate vertretbar ist - und jetzt kommen wir zu dem Punkt -, müssen diejenigen, die heute einen solchen Beschluss fassen wollen, ohne eine Garantie zu haben, was dann im August sein wird, tatsächlich einmal überlegen. Vielleicht erachten sie es doch für sinnvoller, heute dem Vorschlag der Verwaltung zum Verbleib beim jetzigen Modell zu folgen und, weil die Finanzierung nicht gesichert ist, erst noch einmal vier Wochen abzuwarten. Das wäre, glaube ich, an der Stelle seriös.

(Beifall bei der CDU)

Wie ich schon sagte, ist ein wichtiger Grund für einen Verbleib im bisherigen Modell auch die bestehende Unsicherheit. Aktuell gilt das Modell des Deutschlandtickets Schule nur bis zum Schuljahresende 2023/2024. Was danach kommt, ist völlig unklar. Ihnen ist sicherlich bekannt, dass der Art. 11a des ÖPNV-Gesetzes überarbeitet wird. Ich bin mir ziemlich sicher, dass Sie uns nicht sagen können, wie er letztendlich aussehen wird, und dass das zum jetzigen Zeitpunkt nicht einmal die Landesregierung weiß.

Ob es sinnvoll ist, alle Prozesse auf links zu drehen, kann man natürlich diskutieren. Wir halten aber zum jetzigen Zeitpunkt nichts davon. Es wäre seriöser, die Entscheidung im Dezember zu fällen. Dann hätten wir Sicherheit über die Finanzierung durch die Bundesregierung. Wenn nämlich die Bundesregierung aus der Finanzierung aussteigt, müssen die Länder einspringen, da die Kommunen in so kurzer Zeit weder vorbereitet sind noch in der Lage sind, finanziell für diesen Mehrwert und die Zusatzkosten aufzukommen.

Wir, meine Damen und Herren, gehen mit Ressourcen verantwortungsbewusst um. Die CDU-Fraktion stimmt deshalb dem Verwaltungsvorschlag zu.

Es wurde auch der Hinweis gegeben, dass viele Kommunen bereits umgestiegen sind. Es mag ja sein, dass das im VRR der Fall ist. Aber das ist kein Maßstab. Hier liegen andere Gründe vor. Viele Kommunen in Westfalen sind im alten Modell geblieben, weil viele auch noch abwarten, um die Finanzsicherheit zu haben. Einige Schulträger haben sich noch nicht entschieden. Andere wiederum finanzieren nur noch die Berechtigten, und der Rest wird eingespart. Das trifft vor allem den ländlichen Raum, also den Kreis Euskirchen und auch den Oberbergischen Kreis. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Ich möchte Sie noch einmal bitten: Lassen Sie uns seriöse Entscheidungen treffen und heute dem Verwaltungsvorschlag zustimmen. Alternativ sollte man vielleicht doch noch abwarten, wie es im Dezember aussieht, um dann eine definitive Entscheidung auch über den August hinaus zu treffen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Seeck das Wort.

**Oliver Seeck (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Das Deutschlandticket ist eine super Sache und ein wichtiger Schritt der Ampel zu einer Mobilitätswende. Ziel muss es sein, dass auch möglichst viele Kölnerinnen und Kölner dieses Deutschlandticket bekommen.

Schaut man sich allerdings die Situation für die Kölner Schülerinnen und Schüler an, sieht man, dass die Gemengelage ziemlich komplex ist. Daher gebe ich gerne zu: Die Entscheidung fällt uns nicht leicht. Wir haben das in unserer Fraktion sorgsam abgewogen.

In Köln haben wir seit Jahren ein Ticket für Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich, das für Köln günstiger ist und mit der Fahrradmitnahme auch mehr Leistungen enthält. Das Deutschlandticket wird pro Schüler circa 45 Euro im Jahr teurer. Auch wenn das hier als Marginalie dargestellt worden ist, sind zum Beispiel für Familien mit drei Kindern 150 Euro im Jahr eine Menge Geld. Und



solange der ÖPNV in Köln teilweise so schlecht ist, dass Schülerinnen und Schüler darauf angewiesen sind, insbesondere auch in den Abendstunden ihr Fahrrad zur Überbrückung von Strecken zu nutzen, ist der Faktor Fahrradmitnahme für viele gerade in den Außenbezirken sehr relevant.

(Beifall bei der SPD)

Für Köln gilt also: eher weniger Leistung für mehr Geld.

Ein Argument für das Deutschlandticket ist unter anderem, damit könnten Klassenfahrten unkomplizierter und günstiger ablaufen. Auch hier lohnt es sich, genau hinzuschauen. Zunächst wird grob zwischen verschiedenen Arten von Klassenfahrten unterschieden.

Bei einem Wandertag, der ohne Übernachtung stattfindet, kenne ich - und das wurde mir von zahlreichen Kolleginnen und Kollegen bestätigt - kaum eine Schule, die diese Ausflüge außerhalb des VRS-Gebiets macht.

Bei Fahrten mit Übernachtung gibt es im wesentlichen Sekundarbereich zwei bis drei Fahrten.

Erstens: in der Unterstufe die sogenannte Kennenlernfahrt. Dies passiert fast ausschließlich mit Bussen und in einer Jugendherberge.

Zweitens: in der Oberstufe die sogenannten Studienfahrten. Hier wird, mit Verlaub, weniger der ÖPNV oder der Regional-Express genutzt. Ich wäre ja schon froh, wenn die problematischen Flugreisen bei diesen Fahrten reduziert werden könnten.

(Beifall bei der SPD)

Lediglich in der Mittelstufe ist es eher unterschiedlich. Aufgrund von thematischen Fahrten, durch die Schulkonferenzen beschlossen, sieht die Situation da teilweise anders aus.

Hinzu kommt, dass auch nicht in jeder Klasse oder in jedem Kurs jeder Schüler bisher ein SchülerTicket oder demnächst ein Deutschlandticket hat, sodass in der Regel eher auf Gruppentickets ausgewichen wird.

Sie merken: Das Argument für Klassenfahrten zieht nicht so richtig.

Besonders nachdenklich macht uns aber, was für ein bürokratischer Aufwand für ein paar Monate entstehen wird, in denen das Deutschlandticket

wirklich gesichert ist, da sich das Land möglicherweise aus der Finanzierung zurückzieht, wie eben schon genannt wurde.

Es ist also folgendes Szenario durchaus realistisch: 47 200 Schülerinnen und Schüler müssen ihre Abos kündigen und rennen in die sowieso schon überlasteten Schulsekretariate.

Und wissen Sie, womit die Schulsekretariate und Schulleitungen in dieser Zeit beschäftigt sind? Mit dem berühmten Kölner Anmeldeverfahren. Keine Angst; ich werde jetzt kein neues Fass aufmachen. Ich möchte nur den Hinweis geben, dass in den Sekretariaten der weiterführenden Schulen hier möglicherweise gar keine Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Anschließend gehen die knapp 50 000 Schülerinnen und Schüler dann in kürzester Zeit mit ihren Schulbescheinigungen zu den KVB-Verkaufsstellen und stellen einen Neuantrag. Wenn es gut geht, tauchen sie etwas später - in der Verwaltungsvorlage ist von vier Wochen die Rede - wieder im Sekretariat auf und bekommen ihre Chipkarten. Dann ist übrigens in den Schulen die Zeit gekommen, in der mit den abgelehnten Kindern umgegangen werden muss.

Und dies ein paar Monate später, wenn das Land nicht weiter finanziert, wieder als Rolle rückwärts?

Ich sehe hier auch die große Gefahr, dass wir dabei möglicherweise eher Schülerinnen und Schüler verlieren und es nachher unterm Strich weniger Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV geben wird. Mehr Nutzerinnen und Nutzer - diese Aussage wird auch in der Vorlage auf Seite 5 zum Klimaschutz getroffen - wird es dagegen nicht geben.

Neben den 10 000 Formularen auf Papier würde mit der Vernichtung und Neuausstellung der Plastikkarten fast eine halbe Tonne Plastik entstehen. Die Entscheidung würde jedenfalls im Sinne der aktuellen Kampagne, die überall in der Stadt zu sehen ist, dazu führen, dass die Null hier definitiv nicht steht.

Sie merken also, dass alles nicht so einfach ist. Es ist hoffentlich klar geworden, warum wir der Verwaltungsvorlage zustimmen werden, obwohl wir das Deutschlandticket an sich sehr gut finden.

(Beifall bei der SPD)

Zu der Umfrage gestatten Sie mir bitte noch eine kurze Anmerkung. Ich bin ein großer Freund der

Stadtschulpflegschaft. Wir haben im Schulausschuss ein sehr gutes Verhältnis. Nur: 148 000 Schüler können mitunter 200 000 oder 250 000 Elternteilen entsprechen. Eine Umfrage, an der sich 200 Eltern beteiligt haben - - Du hast ja gesagt, dass sie nicht repräsentativ ist. Sagen wir mal so: Erklärter Elternwille sieht anders aus.

Da setzen wir dann eher auf die Expertise der Verwaltung. Daher vielen Dank. Wir wollen dieser Beschlussvorlage zustimmen.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Kockerbeck hat das Wort.

**Heiner Kockerbeck (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe zu, dass das eine Abwägungsfrage ist. Wir haben uns das in der Fraktion auch genau überlegt. Es gibt den hohen Verwaltungsaufwand, die Kosten und keine Garantie, wie in Berlin entschieden wird. Dennoch muss man berücksichtigen, dass wir es mit jungen Menschen zu tun haben und dass wir - das ist die zweite Ebene dieses Antrags - im Zeitalter der Verkehrswende leben, wie ja eigentlich alle sagen.

Jetzt müssen wir einmal überlegen, welche Folgen es denn hat, wenn die viertgrößte Stadt der Bundesrepublik sagt: Das ist alles so schwer, es kostet uns Geld, und die Schulen müssen dann auf einmal Schulbescheinigungen ausstellen. - Diese Bescheinigungen drucken sie zwar einfach aus. Trotzdem hält man das dann alles für so kompliziert.

Ich finde, dass die Stadt Köln damit kein gutes Bild abgeben würde. Meines Erachtens haben wir als Rat und als Stadt die Pflicht, uns aus vielen Gründen, nicht zuletzt zum Klimaschutz, für die Verkehrswende einzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Land NRW hat einen Erlass herausgegeben. Bärbel hat gerade geschildert, was der erzieherische Zweck dieses Erlasses ist. Schülerinnen und Schüler, steht darin, sollen ebenfalls davon profitieren können, dass ihr an den Schulbesuch gebundenes Ticket deutschlandweit gültig ist. Damit werden ihre Mobilität und die Mobilität ihrer Familien und Erziehungsberechtigten verbessert. Sie

können frühzeitig die Vorteile des öffentlichen Nahverkehrs kennenlernen.

Wir wissen nicht genau, wie die Mehrheit der Bevölkerung in Köln jetzt denkt. Aber wir können auch nicht sagen, Oliver, weil die Stadtschulpflegschaft es nicht geschafft hat, alle Eltern Kölns zu fragen - - Das kann sie wahrlich nicht leisten. Ich finde, dass du zu kritikasterhaft mit ihr umgegangen bist.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir wissen aber auch nicht das Gegenteil. Das heißt, dass folgende Äußerungen zu erwarten sind - Stimmen in unserem Umfeld sagen uns das; das ist jetzt unsere Blase; ihr habt eine ganz andere; da kann es durchaus auch anders sein -: Warum gibt es das Deutschlandticket nicht an Schulen? Wir wollen endlich das Deutschlandticket haben.

Daher müssen wir als Ratsmitglieder hier entscheiden. Ich fände es deshalb gut, wenn wir heute eine Mehrheit für das Schülerticket der Stadt Köln als Deutschlandticket hätten.

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Bärbel, wir haben schon einen Finanzierungsvorschlag. Im Schulausschuss haben wir ihn noch nicht gehabt. Die Stadt Köln hat Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer - Haushalt 2023, Teilplan 1601. Da ist genügend Geld drin.

(Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: 2023!)

Die Kosten hat die Verwaltung genannt. Es ist eine redliche Vorlage. Ich bin der Verwaltung dankbar für diese Vorlage mit Beschlussalternative. Sie sagt, dass das die Stadt Köln bis August 733 000 Euro kostet. Natürlich wird es pro Jahr etwas mehr als doppelt so teuer. Herr Voigtsberger hat von 1,6 bis 1,7 Millionen Euro gesprochen.

Die Frage ist: Was ist uns die Verkehrswende wert, und was ist es uns insbesondere wert, dass junge Menschen in den Sekundarstufen I und II auch vom Deutschlandticket profitieren können, während die Grundschüler, wie Bärbel bereits gesagt hat, es schon längst haben?

Das sollte es uns wert sein, finde ich. Wir gehen davon aus, dass es der Verkehrswende ebenfalls nicht guttut, wenn sie mit Preiserhöhungen verbunden ist.



Die Stadt Köln hat bisher ein - das muss man loben - soziales und gutes SchülerTicket gehabt, das weitaus preiswerter als in den Umlandkommunen war. Es ist aber ungünstig, wenn wir jetzt bei der Umstellung auf das Deutschlandticket ausgerechnet bei jungen Menschen eine Preissteigerung haben.

Wer als Erwachsener in die Nachbarkommunen - Leverkusen, Hürth oder sonst wohin - pendelt, hat bisher 115 oder 120 Euro für ein Monatsabo ausgegeben und zahlt jetzt nur noch 49 Euro. Wer in Köln pendelt, hat meines Wissens - das weiß ich nicht so genau - 70 oder 80 Euro ausgegeben und zahlt jetzt 49 Euro. Und ausgerechnet für Kinder und Jugendliche soll der Preis beim Deutschlandticket steigen?

Aus diesem Grund stellen wir den Antrag - mit den gerade genannten Kosten und dem Finanzierungsvorschlag -, dass für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe der Preis weiterhin bei dem guten Kölner Preis von 25,30 Euro bleibt und dass die Grundschüler - warum die Grundschüler mehr zahlen, verstehen nämlich viele Menschen in der Stadt nicht - das Gleiche bezahlen. Das sind die beiden Punkte unseres Antrags. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

**Stefanie Ruffen (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Voigtsberger! Das ist schon eine richtig tolle Sache hier. Wir haben als FDP-Fraktion im Hauptausschuss im Sommer dieses Jahres den Antrag gestellt, die Verwaltung möge uns eine Vorlage für das Schülerinnen- und Schüler-Deutschlandticket vorlegen. Dieser Antrag wurde in den ASW verwiesen. Er wurde geschoben und geschoben. Plötzlich wurde er dann von einer Beschlussvorlage der Verwaltung begleitet, ohne dass über unseren Antrag überhaupt abgestimmt wurde.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Sachen gibt's!)

- Hier passieren Sachen. - Ich war eigentlich begeistert. Aber die Beschlussvorlage der Verwaltung legt den Fokus falsch.

Ein bisschen merkwürdig ist auch, dass unser Antrag jetzt auf einmal verschwunden ist. Im Finanzausschuss am Montag war er noch da. Weiß einer, wo unser Antrag ist? Ich habe keine Ahnung. Wurde jemals darüber gesprochen?

(Christian Joisten [SPD]: Der hat sich erledigt!)

Es zeigt sich schon sehr deutlich, wenn ich die Diskussionen im ASW zu diesem Thema sehe, dass hier die Verwaltung Politik machen möchte; denn sonst hätte sie in der Vorlage nicht auch die Alternative für das Deutschlandticket vorgelegt, sondern nur den Beschlussvorschlag.

Wir haben im ersten ASW Argumente gehört, die schon haarsträubend waren. Und jetzt komme ich zu diesem Fahrrad-Thema. Ganz ehrlich: Wer kennt sie nicht, diese Massen an Schülern mit Fahrrädern abends ab 19 Uhr im ÖPNV? Da kriege ich zu viel.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Da wird uns im ASW vorgerechnet: Das kostet 30 Millionen Euro, weil wir das dazubuchen müssen, weil das ja dann auch immer möglich ist.

(Maria Helms-Arend [SPD]: Wie willst du denn sonst in Porz von der Bahn wegkommen?)

- Wie viele Schülerinnen und Schüler betrifft das denn? Vielleicht gibt es für sie eine Alternative.

Wir müssen doch auch mal über Fakten reden und darüber, wie das wirklich funktioniert. Was ist es für ein Zeichen an das Land und an den Bund,

(Zurufe von der SPD)

wenn wir sagen: „Wir trauen der ganzen Sache nicht; wir beschließen das mal lieber nicht, weil da sicher etwas passiert“? Was ist das denn für ein Zeichen?

Nun komme ich zu dem Verfahren. Ich weiche jetzt total von meinem Redemanuskript ab. Aber die wichtigen Pro-Argumente sind ja genannt worden. Zu dem Verfahren: Ja, Oliver, du hast recht; dieses Verfahren ist total kompliziert. Aber dann muss man vielleicht mal das Verfahren hinterfragen.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)



Dann ist das Verfahren vielleicht genauso beknackt wie das Anmeldeverfahren an den Schulen. Es kann doch nicht wahr sein, dass wir sagen, das sei zu kompliziert. Was ist das denn, bitte schön, für ein Zeichen nach draußen? Mir fällt dazu nichts mehr ein.

Ja, die Finanzierung steht auf der Kippe. Wir wissen alle - Bärbel hat das schön ausgeführt -, wie da gerungen wird. Es ist ein wichtiges Zeichen, wenn wir als viertgrößte Stadt Deutschlands sagen: Wir wollen dieses Ticket hier.

Ja, da müssen sich Bund und Länder einigen. Eigentlich ist es Ländersache. Der Bund hat zwar am Anfang gesagt, dass er hilft. Jetzt schreien aber die Länder, die überall noch Zusatzrabatte gegeben haben, am lautesten, dass der Bund das bitte weiter bezahlen möge. Das gehört ja auch zur Wahrheit dazu. Das werden wir hier aber nicht lösen.

Wir werden aber hier gemeinsam sagen können: Wir wollen eine Mobilitätswende für Schülerinnen und Schüler. - Und sie müssen nicht bis München fahren. Es reicht schon, nach Düsseldorf zu fahren. Es soll Leute geben, die von Köln nach Düsseldorf fahren.

(Vereinzelt Beifall - Lukas Lorenz [SPD]:  
Das glaube ich nicht!)

Also bitte! Ich freue mich, wenn wir hier eine Mehrheit erreichen; denn gewartet haben wir jetzt schon lange genug, liebe Teresa.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Liebe Frau Ruffen, kurz zu dem Verfahren: Ihr Antrag spiegelt sich ja in den Beschlüssen der vorbereitenden Gremien wider. Ein Antrag im Rat muss auch im Rat gestellt werden.

(Zurufe von der FDP)

- Ja, er spiegelt sich in den Beschlüssen wider. Aber wenn Sie einen Ratsantrag stellen wollen, können Sie das hier natürlich gerne tun.

Zweitens. Wenn die Verwaltung eine Alternative vorschlägt, dann hält sie diese Alternative auch für gut, möglich und machbar. Hier ist es wirklich so, dass man unterschiedlich abwägen kann. Sonst steht jedenfalls in meiner Amtszeit keine Alternative mehr in den Vorlagen. Früher waren wir aller-

dings verpflichtet, auch eine Alternative hineinzuschreiben, die eigentlich nicht als Alternative möglich war. Das haben wir nicht mehr.

Jetzt hat Herr Froh das Wort. - Herr Breite.

**Ulrich Breite (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin, nur zum Wissensstand: Im Finanzausschuss wurde genauso wie im Schulausschuss alles komplett verwiesen. Unser Antrag war einmal ein Ratsantrag, der dann zurückkommt. Wir waren nur überrascht, wo er plötzlich bei der Verweisung vom Finanzausschuss in den Rat geblieben ist. Das war einfach nur die Frage. Dass wir natürlich über Ihre Vorlage entscheiden, ist selbstverständlich.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Der Finanzausschuss muss nicht verweisen. Das geht automatisch in den Rat.

**Ulrich Breite (FDP):** Ja, aber wo ist er denn?

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Die Vorlage geht in den Rat.

**Ulrich Breite (FDP):** Nein, ich muss Ihnen leider sagen, dass der - -

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wir werden das vielleicht bilateral klären.

**Ulrich Breite (FDP):** Sie haben ja auch den Änderungsantrag der LINKEN in den Rat verwiesen. Er steht hier auf der Tagesordnung. Da hat das ja geklappt. Und vorher hat es ja auch geklappt. Darum waren wir nur verwundert.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Der Antrag der LINKEN ist für den Rat gestellt worden.

**Ulrich Breite (FDP):** Entschuldigung. Ich möchte noch mal betonen, dass wir einen Ratsantrag gestellt haben - - Im Hauptausschuss. Entschuldigung. Im Hauptausschuss haben wir einen Antrag gestellt, der immer mit verwiesen worden ist, wie





alle anderen Anträge auch. Ich wollte es nur sagen. Aber wir haben jetzt schon eine so späte Uhrzeit, dass - -

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Nein, das hat jetzt keinen Sinn. Wir müssen das bilateral diskutieren. Ich wollte nur dem Eindruck entgegenwirken, dass unser Verfahren hier nicht korrekt ist. Mehr wollte ich gar nicht tun. - Herr Froh.

**Manuel Uwe Froh (Volt):** Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg\*innen! Vielen Dank, Herr Kockerbeck und Frau Ruffen. Es ist natürlich völlig richtig: Wenn die Verfahren einfach blöd sind, dann meckert man nicht über die Verfahren, sondern ändert die Verfahren.

(Christian Joisten [SPD]: Dann ändert das Verfahren doch! Ihr regiert ja mit!)

- Ja, aber wenn wir das Spiel spielen: Der Dezerent kommt ja, glaube ich, von Ihnen. - Aber ich halte jetzt mal meine Rede. Dann können wir das nachher gerne so klären.

Auch wir haben uns diese Entscheidung tatsächlich nicht leicht gemacht, weil beide Seiten gute Vorteile haben.

Für das bisherige Ticket sprechen der günstige Preis und aus unserer Sicht auch die abendliche Fahrradmitnahme - ich habe das früher immer sehr gerne genutzt - oder auch die Mitnahme von Freunden am Wochenende.

Weiterhin sprechen gegen das Deutschlandticket der vermeintlich große Verwaltungsaufwand und die bisher ungeklärte Anschlussfinanzierung. Die Mehrkosten von 40 Euro im Jahr sehen wir auch nicht unbedingt als Pluspunkt, weil es sicherlich Familien geben wird, für die das eine sehr große Belastung sein wird.

Auf der anderen Seite können die Schüler\*innen mit dem Deutschlandticket ihre neu gewonnene Freiheit genießen und zum Beispiel nach Düsseldorf reisen. Das ist ja auch schön.

(Zuruf von Lukas Lorenz [SPD])

Darüber hinaus ist - das ist dann auch der Punkt, warum wir für das Deutschlandticket stimmen werden - das Deutschlandticket nichts weniger als eine Revolution.

(Lachen von Maria Helmig-Arend [SPD])

- Ja, es ist tatsächlich so. Sag bitte nicht dem Kanzler, dass ihr jetzt hier lacht.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Das Deutschlandticket ist eine Revolution in der Verkehrswende.

(Beifall von Christian Joisten [SPD])

Es kann - ich betone: kann - ein sehr großer Hebel bei der dringend notwendigen Verkehrswende sein.

Darüber hinaus wird der Tarifdschub, den wir im Moment haben, endlich in den wohlverdienten Ruhezustand gehen. Auch das ist ein riesengroßer Vorteil für uns alle und für die Schüler\*innen.

Wir sind zuversichtlich - es ist schon mehrmals gesagt worden, dass an einer Anschlussfinanzierung hart gearbeitet wird -, dass das Deutschlandticket tatsächlich eine rosige Zukunft haben wird.

Genau deswegen - ich habe es schon gesagt - entscheiden wir uns für das Deutschlandticket, damit wir in Köln nämlich nicht der Verkehrswende im Weg stehen. Ich bitte Sie alle, es uns gleichzutun. Stimmen Sie für die Alternative und für die Verkehrswende. - Danke schön.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird weiter das Wort gewünscht? - Frau Syndicus.

**Karina Margareta Syndicus (KLIMA FREUNDE & GUT):** Herzlichen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Mensch, ist das kompliziert. Das haben wir so auch erst nicht gedacht. Dann haben wir uns da eingelesen und abgewogen und hin und her überlegt und festgestellt: Es gibt für alle Seiten ein Für und ein Gegen.

Aber - Herr Froh hat es ja eben schon gesagt - die Mobilitätswende lässt sich nun einmal nur dann gestalten, wenn wir aus diesem Tarifdschub herauskommen.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Hier sind schon sehr, sehr viele Dinge gesagt worden.

Frau Hölzing, ich möchte Sie darin unterstützen, dass es auch darum geht, ein Zeichen zu setzen, wie es mit dem Deutschlandticket weitergeht. Dafür ist es unfassbar wichtig, dass wir als Kommune hier sagen: Ja, die Kinder und Jugendlichen und alle Menschen in Köln möchten gern das Deutschlandticket haben, und diese Zahl steht einer anderen Entscheidung entgegen.

(Beifall von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

- Danke. - Frau De Bellis, ich habe nicht ganz verstanden, was Sie gerade mit den freifahrtberechtigten Schüler\*innen hier meinten.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Nicht in Köln! Andere! In Westfalen!)

Denn in der Alternative steht, freifahrtberechtigte Schüler\*innen würden den identischen Eigenanteil behalten und bei der Umstellung somit keine Mehrbelastung erfahren.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Soll ich das klarstellen?)

- Ja, gerne - wenn ich das darf.

**Teresa De Bellis-Olinger** (CDU): Ich habe lediglich gesagt, dass es in Westfalen Kommunen gibt, in denen sich Schulträger nicht für die Gesamtlösung entschieden haben, sondern das Deutschlandticket für Schüler lediglich den freifahrtberechtigten Schülern gewähren, sodass die anderen leer ausgehen. Nur das habe ich gesagt.

**Karina Margareta Syndicus** (KLIMA FREUNDE & GUT): Danke für die Klarstellung. - Was uns an der ganzen Sache ein bisschen enttäuscht hat, ist, dass die Bezirksschülervertretung hier nicht gefragt werden konnte. Das liegt aber daran, dass diese sich erst nach den Herbstferien konstituiert. Da hätten wir gerne noch - -

(Zuruf von Stefanie Ruffen [FDP])

- Noch jemand. Ich finde es schön, dass wir hier mal so eine Diskussion haben.

**Stefanie Ruffen** (FDP): Nein, ich wollte nur einen Hinweis geben. Das kann ich tatsächlich ergänzen, weil die Bezirksschülervertretung uns gerade in der Fraktion besucht hat und wir sie genau das gefragt haben. Bei der Bezirksschülervertretung

ist man sich nicht hundertprozentig einig. Am einfachsten wäre es, wenn man zwischen beiden Möglichkeiten wählen könnte. Aber das geht überhaupt nicht, wie wir erfahren haben. Diejenigen, die bei uns saßen, haben gesagt, dass sie, wenn sie die Wahl hätten, das Schüler\*innen-Deutschlandticket nehmen würden. Aber das waren ja nur fünf von ganz vielen Schülerinnen und Schülern. Deswegen würde ich es daran nicht festmachen. - Ich erinnere dich nicht an deine Redezeit.

**Karina Margareta Syndicus** (KLIMA FREUNDE & GUT): Ganz herzlichen Dank auch dir fürs Einordnen. - Mensch, das ist ja heute mal eine ganz andere Rede hier.

Wir haben heute noch einen Änderungsantrag eingebracht, wie Sie vielleicht gesehen haben. Ich kann nachvollziehen, wenn Sie es in der Kürze der Zeit nicht mehr geschafft haben, ihn zu lesen. Aber wir haben eben festgestellt, dass viele Sachen hier schon genannt worden und auch zum Teil gefordert worden sind.

Erstens. Grundschüler\*innen, die keinen Platz an ihrer Wunschscheule erhalten haben, sind fortan automatisch freifahrtberechtigt. Bei dem Thema Wunschscheule stoßen wir nämlich nicht auf die Probleme des Deutschlandtickets, sondern auf ganz, ganz viele eigene Probleme, weil es nicht immer mit der Wunschscheule klappt und man dann auch weiter weg von der Schule ist.

Zweitens. Der Geschwisterrabatt wird ab kommandem Schuljahr auch auf die nicht freifahrtberechtigten Familien ausgeweitet.

Drittens. Die Verwaltung - das ist hier gerade auch schon aufgerufen worden - erarbeitet einen Vorschlag, wie die komplexe Vertragsstruktur mit der KVB und dem VRS so verändert werden kann, dass mittelfristig das komplizierte Antragsverfahren auf das einfachere Modell anderer Kommunen umgestellt werden kann. Das Geld, das durch ein vereinfachtes Verfahren eingespart werden wird, kann dann in die Ermäßigung des Deutschlandtickets Schule an die Eltern zurückgegeben werden.

Viertens. In Bezug auf unseren vierten Punkt wurde uns gerade vorgeworfen, wir würden da Sachen vermischen und jetzt noch den Schülerausweis und noch eine Karte und noch eine Karte hineinbringen. Nein, genau darum geht es nicht. Es geht um ein vereinfachtes Verfahren, gerade wenn wir Sachen dann doch wieder umstellen

müssen. Und es ist ein Prüfauftrag. Die Verwaltung prüft, ob mit der Umstellung auf das Deutschlandticket Schule das Ein-Karten-Modell eingeführt werden kann. Aktuell ist es nämlich so, dass man nicht nur das Ticket mit sich führen muss, sondern auch einen Schüler\*innenausweis - das ist wie damals der rosa Lappen, nur in Blau, mit einem Foto drin -, und dann hat man noch den Bibliotheksausweis usw. usf. Da gibt es sicherlich Verfahren, die das Ganze einfacher gestalten würden - zum Beispiel, dass man in der KiWi-Tasche, die man bei der Geburt des Kindes erhält, direkt so eine Karte bekommt. Das ist nur ein Prüfauftragsvorschlag.

Ich würde über unseren Änderungsantrag gerne punktweise abstimmen lassen. - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleg\*innen! Herr Seeck sagte es vorhin schon: Das Deutschlandticket ist eine super Sache. Dem können wir uns hier in der vollen Breite anschließen. Es ist eine super Sache.

Es hatte nur von Anfang an ein paar Geburtsfehler, die inzwischen aber geheilt sind. Zunächst wurde nämlich nicht an Einkommensschwache gedacht, nicht an Schüler und Schülerinnen gedacht und auch nicht an Fahrräder gedacht. Aber das ist nun geheilt worden - in verschiedenen Bundesländern anders.

Liebe CDU, die schwarz-grüne Landesregierung hat nun per Erlass schon im Juni dieses Jahres die Möglichkeit geschaffen, dass wir das Deutschlandticket Schülerinnen und Schülern zugutekommen lassen können.

Das Deutschlandticket ist eine super Sache. Ich möchte Ihnen mal einen Einblick in eine autofreie Familie gewähren - das ist eine True Story -, die aus familiären Gründen öfters in die wunderschöne Stadt Witten an der Ruhr fährt. Die Eltern - als Ratsmitglieder haben wir ja das Deutschlandticket - fahren kostenlos mit dem Nahverkehr dorthin. Die Kinder müssen den ganz normalen Bahn-Tarif zahlen, weil man im Nahverkehr die Kinder nicht kostenlos mitnehmen kann. Mit einem Deutschlandticket für Schülerinnen und Schüler müssten sie das nicht. Das ist ein ganz klarer monetärer Vorteil.

Es wird immer so getan, als würde das den Schülerinnen und Schülern nichts bringen, weil sie nicht ständig in Deutschland umherreisen würden. Natürlich machen Familien Ausflüge, und zwar nicht nur Ausflüge im VRS-Gebiet. Familien fahren auch in Urlaub. Wenn sie zum Beispiel in den Schwarzwald oder an die Nordsee fahren, können die Kinder in dem Fall den dortigen ÖPNV kostenlos nutzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist ein Riesenvorteil. Das Ticket gilt ja deutschlandweit.

(Oliver Seeck [SPD]: Nur im ÖPNV!)

- Im ÖPNV, ja, natürlich. Aber wissen Sie, was das Tolle bei der Bahn ist? Da können Sie Ihre Kinder bis 14 Jahre kostenlos mitnehmen. Wenn Sie dann ankommen, müssen Ihre Kinder noch den ÖPNV vor Ort bezahlen. Aber die Kinder, die das Deutschlandticket haben, werden das später nicht mehr tun müssen.

Das ist dann natürlich auch ein Teil der Verkehrswende. Wie Herr Froh gerade gesagt hat, ist es ein ganz toller Baustein der Verkehrswende, wenn wir das machen. Ich rechne mit einer Zunahme der Zahl der Tickets, weil das ganz klare Vorteile bringt.

Hier muss ich auch noch ganz kurz auf die Verwaltungsvorlage eingehen, Frau Reker. Diese Beschlussvorlage beinhaltet eine Alternative. Beide Möglichkeiten sind von der Verwaltung erarbeitet worden. Natürlich sollte man davon ausgehen, dass beide gleichberechtigt dastehen und der Rat sich in seiner Weisheit eine aussuchen kann. Wenn ich aber die Begründungen durchlese, sehe ich, dass von einem Riesenaufwand gesprochen wird. Es mag sein, dass Sie den haben. Außerdem wird von 3,70 Euro Mehrkosten gesprochen. Das finde ich, ehrlich gesagt, bei den ganzen Vorteilen nicht so dramatisch.

Unter der Überschrift „Auswirkungen der Umstellung auf den Klimaschutz“ wird es dann aber schon kurios. Da schreiben Sie im Hinblick auf die Verkehrswende ganz einfach, ganz lapidar:

So soll hierdurch die CO<sub>2</sub>-Emission pro Jahr deutlich reduziert werden. Da von vergleichbaren Nutzer\*innenzahlen wie bislang ausgegangen wird, ergäbe sich hier vermutlich keine Verbesserung.

Im folgenden Absatz bezeichnen Sie die Ausstellung von Plastikkarten als negative Auswirkung.



Wir sprechen hier von einer kleinen Plastikkarte. Ich bin auch relativ streng. Aber so streng bin ich dann nicht.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Eine kleine Plastikkarte ist also der Grund, warum wir das Deutschlandticket nicht einführen sollen, weil sie negative Auswirkungen auf den Klimaschutz hat. Sie schreiben ja sogar, bei einer Umstellung müsste man sie dann zurückführen. Und was passiert nach Ihrer Aussage? Die Plastikkarten verdoppeln sich nicht nur, sondern potenzieren sich dann sogar. Diesen Effekt kann ich nicht nachvollziehen. Ich habe das in der Schule anders gelernt. Das ist keine Potenzierung, sondern einfach eine Verdopplung. Aber vielleicht habe ich auch nicht richtig aufgepasst.

Ich bin eindeutig dafür, dass wir das Deutschlandticket für Schüler\*innen hier einführen. Die Gründe hat auch Frau Ruffen ganz klar genannt. Es wäre ein vollkommen eigenartiges und fatales Signal, wenn wir auf diese Möglichkeit, die die Landesregierung uns jetzt bietet, verzichten würden. Wenn das Deutschlandticket auf der Kippe steht - und nach dem, was man die ganze Zeit hört, tut es das ja - und wir sagen, dass wir darauf verzichten, weil der Verwaltungsaufwand uns zu groß ist und der Nutzen sich uns nicht so richtig erschließt, dann können wir das Deutschlandticket in der Tat beerdigen. Wenn wir aber sagen: „Wir wollen das Deutschlandticket; liebe Landes- und Bundesregierung, sorgt dafür, dass auch in den kommenden Jahren das Deutschlandticket für Schüler\*innen gilt“, dann ist das ein ganz anderer Druck.

Diesen Druck brauchen wir. Daher werbe ich ganz dringend speziell auch bei manchen Mitgliedern der CDU für das Deutschlandticket und dafür, dass Sie die Verkehrswende hiermit weiter voranbringen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Joisten zu?

**Thor-Geir Zimmermann** (GUT Köln): Ja.

**Christian Joisten** (SPD): Herr Zimmermann, ich habe jetzt ja die Lobeshymne gehört. Ich bin auch für das Deutschlandticket und finde es total super.

(Thor-Geir Zimmermann [GUT Köln]:  
Nur nicht für Kinder! - Vereinzelt Beifall)

Sie haben das Loblied gesungen. Deswegen frage ich Sie einfach mal, ob Sie sich vorstellen können, dass es auch andere Menschen in dieser Stadt gibt. Sie haben schön erzählt, wie toll es ist, nach Witten - das finde ich auch eine ganz schöne Stadt - oder auch in Urlaub zu fahren. Können Sie sich vorstellen, dass wir in Porz-Finkenberg, in Chorweiler oder in Meschenich Kinder haben, die noch nicht mal regelmäßig in der Kölner Innenstadt sind? Für sie und ihre Eltern sind 150 Euro mehr im Jahr richtig viel Geld. Kann es möglicherweise sein, dass diese Kinder am Ende des Tages gar nicht mehr mit einem solchen Ticket ausgestattet sind und nicht mal mehr in die Kölner Innenstadt fahren können?

(Beifall bei der SPD)

Ist das auch eine Welt, die Sie sich vorstellen können? Das wollte ich einmal fragen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Thor-Geir Zimmermann** (GUT Köln): Wenn ich das beantworten darf - - Ist das Mikrofon an?

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Die Frage war: Ist Ihnen das bekannt?

(Christian Joisten [SPD]: Können Sie sich das vorstellen?)

- Ja, oder: Können Sie sich das vorstellen?

**Thor-Geir Zimmermann** (GUT Köln): Ich kann mir das vorstellen. Ich kann mir das natürlich vorstellen. Aber wir sprechen jetzt erst mal von 3,70 Euro im Monat, also 40 Euro pro Schüler, und auch nur für diejenigen, die nicht unter die andere Regelung fallen. Und ich muss Ihnen sagen: Wenn mein Sohn oder auch das Kind in Vingst und irgendwo anders sich momentan ein Deutschlandticket kaufen möchte, muss es dafür 49 Euro bezahlen.

(Christian Joisten [SPD]: Das braucht es aber gar nicht!)

- Das braucht es nicht? Warum denn nicht?





(Christian Joisten [SPD]: Weil es derzeit noch nicht mal in die Kölner Innenstadt kommt!)

- Vielleicht wollen Sie nicht, dass es da rauskommt.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wir brechen das an dieser Stelle bitte ab. Die Redezeit ist beendet.

Wir haben jetzt ein kompliziertes Abstimmungsverfahren vor uns, das ich folgendermaßen durchführen möchte:

Zunächst lasse ich über den Antrag von KLIMA FREUNDE & GUT abstimmen. Sie wollten, dass punktweise abgestimmt wird. Allerdings liegt für die Punkte 1 und 2 kein Deckungsvorschlag vor. Das müsste ich beanstanden. Also kann ich nur über die Punkte 3 und 4 abstimmen lassen.

Dann komme ich zur Abstimmung über den Änderungsantrag der LINKEN. Hier gilt der Deckungsvorschlag nur für 2023 und nicht für 2024. Deswegen müssten Sie sich überlegen, ob Ihnen noch schnell ein Deckungsvorschlag einfällt. Ich lasse aber in einer Minute abstimmen.

Anschließend lasse ich über die Vorlage abstimmen, und zwar in zwei Teilen: einmal die erste Alternative und einmal die zweite Alternative. - So lasse ich jetzt abstimmen.

Als Erstes kommen wir zur Abstimmung über Punkt 3 des Änderungsantrags von KLIMA FREUNDE & GUT. Wer wünscht ihm zuzustimmen? - Über den Punkt 3 Ihres Antrags lasse ich jetzt abstimmen. Denn das kostet kein Geld, sondern ist ein Verwaltungsaufwand. Damit kostet es zwar auch Geld; Sie brauchen aber keinen Deckungsvorschlag. - Wer stimmt dem Punkt 3 zu? - Die Antragsteller und Herr Zimmermann. Enthaltungen? - Es enthält sich Die FRAKTION. Abgelehnt.

Wer wünscht dem Punkt 4 zuzustimmen? - Die Antragsteller und Herr Zimmermann. Enthaltungen? - Die FRAKTION und DIE LINKE. Abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen, müsste dann aber - - Für 2024 ist keine Deckung vorhanden. Was wollen Sie damit machen? Für 2024 gibt es keine Deckung. Sie haben die Deckung nur für 2023. - Ja, was jetzt? Soll es nur für 2023 gelten? Oder was wollen Sie damit tun? Es ist kein Deckungsvorschlag da. Sie

haben einen Antrag ohne Deckungsvorschlag gestellt. Das gibt es hier nicht mehr -

(Vereinzelt Beifall)

egal, wie gut das gemeint ist. Es ist kein Deckungsvorschlag da.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Die Gewerbesteuer!)

- Ja, aber diesen Deckungsvorschlag können Sie nur für 2023 machen. Von 2024 wissen wir noch nicht, was wir für Gewerbesteuer haben. Das ist also eine Vision. Mit einer Vision können Sie nichts decken. - Soll das nur für 2023 gelten? Das geht.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Für 2023!)

- Für 2023. Gut. - Dann lasse ich über den Änderungsantrag der LINKEN mit dem Zeithorizont 2023 abstimmen. Wer wünscht dem zuzustimmen? - Das sind DIE LINKE, das Ratsbündnis KLIMA FREUNDE & GUT, Herr Zimmermann und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Vorlage abstimmen, und zwar zunächst über den Beschlussvorschlag und dann über die Alternative.

Ich frage nach Gegenstimmen gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung. - Dagegen sind Bündnis 90/Die Grünen, die FDP-Fraktion, die LINKEN, Volt, Die FRAKTION, Herr Zimmermann, die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT und die FDP. Ich brauche es nicht auszählen. Das ist nicht beschlossen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das nicht beschlossen, wenn ich jetzt richtig rechne. Ja.

Also lasse ich über die Alternative abstimmen. Wer ist für die Alternative? - Das sind die LINKEN, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die FDP-Fraktion, Volt, Die FRAKTION, die Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt noch 59 Minuten. Sonst können wir den Rest nicht mehr am heutigen Tage beschließen.

Tagesordnungspunkt

**10.16 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR  
(StEB Köln): Wirtschaftsplan 2024  
2664/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.17 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung  
hier: Wirtschaftsplan 2024  
3148/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.18 Sachstand Cash Pool und Einbindung  
des Treuhandkontos des Treuhandvermögens der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Deutzer Hafen in den  
Cash Pool  
3017/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.19 Durchführung des 2020 pandemiebedingt ausgefallenen NRW-Tages in 2024 und der damit verbundenen Veranstaltung des Sommerkonzertes der Landesregierung 2024 in Köln  
3135/2023**

**Änderungsantrag von RM Zimmermann  
(GUT Köln)  
AN/1878/2023**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion  
AN/1889/2023**

Wortmeldungen? - Ich sehe Herrn Dr. Krupp und Herrn Zimmermann. Herr Dr. Krupp.

**Dr. Gerrit Krupp** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Zu später Stunde darf ich aber doch um Aufmerksamkeit bitten. Hier geht es nämlich um viel Geld für die Stadt Köln. Vor uns liegt eine Vorlage, die sagt: Lasst uns den NRW-Tag 2024 in Köln durchführen. - Wer schon länger hier im Rat ist, weiß, dass wir 2019 auch eine ähnliche Vorlage hatten.

Köln ist eine gastfreundliche Stadt. Deswegen ist natürlich auch ein NRW-Tag grundsätzlich in Köln

willkommen. Aber so, wie das hier konzipiert ist, insbesondere in finanzieller Hinsicht, werden wir das sicher nicht mittragen.

Das Land NRW hat ganz offensichtlich Probleme, jemanden zu finden, der den NRW-Tag ausrichtet. Das war schon bei der Vorlage im Jahr 2019 so. Damals hieß es: Es hat sich keiner beworben; wir sind mit Anregung, den NRW-Tag in Köln zu machen, an die Stadt Köln herangetreten. - Das ist jetzt auch wieder so. Es liegt ein Brief des Ministerpräsidenten an die Oberbürgermeisterin vor, in dem er anregt, das doch 2024 in Köln nachzuholen, weil es keine anderen Bewerber gibt.

Meine Damen und Herren, die Kosten dieses NRW-Tages können wir aber so nicht mittragen. 2019 standen in der Vorlage für den NRW-Tag Kosten für die Stadt Köln von 824 000 Euro bei 1 354 000 Euro Gesamtkosten. Zuschuss und Beteiligung des Landes beliefen sich damals auf 500 000 Euro - bei 1,3 Millionen Euro Gesamtkosten. Jetzt werden die Gesamtkosten - und das ist sicherlich nicht falsch, weil die Inflation zugeschlagen hat - mit 1,72 Millionen Euro kalkuliert. Man könnte ja meinen, dass das Land dann doch sicherlich einen höheren Zuschuss als 500 000 Euro geben wird. Das tut es aber nicht. Zuschuss und Beteiligung des Landes belaufen sich wieder auf 500 000 Euro.

Jetzt fragt man sich: Wie kann das sein? Damals 1,3 Millionen Euro, heute 1,7 Millionen Euro und beide Male 500 000 Euro Landeszuschuss; Eigenanteil der Stadt damals über 800 000 Euro und heute 660 000 Euro. Wie kann das sein? Gibt es eine wundersame Brotvermehrung? Woher kommt das Geld sonst, wenn der Landeszuschuss gleichbleibt?

Dann schaut man sich die Vorlagen und die Kalkulationen von 2019 und von heute an und stellt fest: 2019 wurden in der Vorlage für Gastro und Food Einnahmen von 30 000 Euro angesetzt. Heute werden für Gastro und Food Einnahmen von 100 000 Euro angesetzt. Zu Einnahmen über Sponsoring wurde in der Vorlage 2019 ausgeführt, das könne man nicht abschätzen und wisse man nicht. Heute werden mal eben locker 300 000 Euro dafür angesetzt.

So kommen wir auf eine Rechnung, die ganz offensichtlich von Variablen ausgeht, die man 2019 nicht abschätzen konnte, nicht abschätzen zu können meinte oder jedenfalls wesentlich niedriger angesetzt hat und die jetzt teilweise um ein Vielfaches hochgezogen werden.



Da sagen wir - es tut mir leid -: Das ist schöngerechnet und kann so nicht hinkommen. Entweder war 2019 ein dicker Fehler drin, oder es ist jetzt ein dicker Fehler drin.

Das RPA hat dann in seiner Stellungnahme auch ausgeführt: Wir nehmen diese Rechnung nur zur Kenntnis. Wegen der „zu erwartenden Dynamik“ - so steht es wörtlich darin - weiß man ohnehin noch nicht, was es am Ende kostet.

Da müssen wir sagen: Das können wir so nicht mittragen.

Und das Beste kommt wie immer zum Schluss. Woraus sollen die 660 000 Euro finanziert werden? Sie sollen aus einer Teilplanzeile im Haushalt finanziert werden, die für die Instandsetzung und die Bauarbeiten in Bürgerhäusern vorgesehen ist, weil man sagt: Wir wissen jetzt schon, dass wir dieses Geld nicht brauchen werden, weil die Bauwirtschaft 2024 gar nicht in der Lage sein wird, diese Unterhaltungsmaßnahmen an den Bürgerhäusern durchzuführen.

Jeder, der Zeitung liest, weiß aber, dass die Bauwirtschaft gerade einbricht. Vor diesem Hintergrund besteht natürlich durchaus die Chance, dass 2024 auch die Maßnahmen in den Bürgerhäusern durchgeführt werden können.

Ich muss Ihnen sagen: Nachdem wir in diesem Jahr schon die Vorlagen zu Lino Club und MüZe Mülheim hatten, wo dringende Baumaßnahmen nicht durchgeführt werden können, weil das Geld nicht da ist, geht es überhaupt nicht, jetzt aus diesem Budget die entsprechende Summe zu nehmen, um Herrn Wüst hier den NRW-Tag auszurichten; tut mir leid.

(Beifall bei der SPD)

Zusammengefasst: Kosten von 1,3 auf 1,7 Millionen Euro in den Vorlagen erhöht; Landesanteil beide Male nur 500 000 Euro; Anteil der Stadt jetzt angeblich nur 660 000 Euro, für meine Begriffe schöngerechnet.

Deswegen sage ich: In Köln gilt nach wie vor: Wer die Musik bestellt, der bestimmt, was sie spielt. - Aber der bezahlt sie bitte auch. Wenn das der Fall ist, sind wir gerne beim NRW-Tag dabei. Da das hier offensichtlich nicht der Fall ist, wird die SPD die Vorlage ablehnen - bzw. wir haben einen Änderungsantrag gestellt, der genau das vorsieht. Das Land soll komplett finanzieren. Da sind Sie herzlich eingeladen. Wenn unser Änderungsantrag nicht angenommen wird, müssen wir die Vorlage ablehnen. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Richter.

**Manfred Richter** (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe SPD, wenn Hannelore Kraft noch MP wäre, würdet ihr hier allem zustimmen. Ihr hättet keine Krämerseele und wolltet noch eine Bergmannskapelle dabeihaben.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Wir sind gute Gastgeber\*innen für diesen NRW-Tag. Auch Köln hat etwas davon. Dann in die Tiefen der Finanzierung einzusteigen und daraus etwas abzuleiten, ist ein bisschen pöfelig. Das ist einfach Quatsch.

(Zuruf von der SPD: Hannelore hätte Geld mitgebracht!)

Wichtig ist eines. Wir haben es ja auch schon 2019 in einer denkwürdigen Ratssitzung mit geheimer Abstimmung gemacht. Da war eine ganz große Welt zum NRW-Tag. Wir haben dann aber einen weisen Beschluss dazu gefasst, der vom lieben Thor zur Sicherheit noch mal für den neuen NRW-Tag eingebracht wurde. Mit seinem Punkt 1 beantragt er nämlich, dass wir das, was wir damals schon zu Nachhaltigkeit, Vielfalt, Mobilität und, und, und beschlossen haben, noch mal neu beschließen. Da gehen wir gerne mit.

Auch seinen Punkt 2 haben wir damals beschlossen. Da geht es darum, dass wir noch mal die Botschaft an die NRW-Landesebene senden, an diesem Tag NRW-weit einen fahrscheinlosen Tag zu machen, um eine Zuführung nach Köln zu haben. Das können wir auch noch mal machen, weil es dann von NRW finanziert wird. Bei diesem Punkt werden wir also auch mitgehen.

Bei deinem Punkt 3 können wir aber nicht mitgehen. Warum nicht? Es gibt keine alternativen Orte in der Innenstadt, sondern nur im Rheinauhafen. Du hast auf damals verwiesen. Das macht jetzt, ein halbes Jahrzehnt später, keinen Sinn mehr. Insofern machen wir das nicht.

Zu den wichtigen Punkten: Gerrit Krupp hat etwas zur Finanzierung gesagt. Im Finanzausschuss - du bist Vorsitzender - hatten wir das Thema aufgerufen. Dort wurde uns von Herrn Dr. Rau akkurat vorgestellt, wie die einzelnen Finanzierungspunkte sind und wie das alles zusammenhängt.

Es war für alle Beteiligten klar. Keiner will den Bürgerzentren etwas wegnehmen. Aber durch die klare Darstellung wurde es nachvollziehbar, so dass dann auch alle im Finanzausschuss gesagt haben: Ja, okay; Check, Haken dran.

(Christian Joisten [SPD]: Nein, das haben nicht alle gesagt! Wir haben es ohne Votum weitergeschoben!)

- Ja, gesagt; aber ist gut. - Insofern werden wir dem NRW-Tag zustimmen und den beiden ersten Punkten des Zusatzantrags von Thor auch zustimmen. - Danke.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Auf meiner Rednerliste steht als Nächster Herr Froh. - Herr Petelkau. Sie sind nicht gemeldet. Irgendwo ist der Wurm drin.

**Bernd Petelkau (CDU):** Dann scheint der Meldezettel verloren gegangen zu sein. Das bitte ich zu entschuldigen. Es soll nicht wieder vorkommen. - Ich möchte eine Sache noch ein bisschen zu rechtrücken, weil der Kollege nur auf die Kosten abgestellt hat.

So ein NRW-Tag ist eine gute Möglichkeit, die Beziehungen zwischen der Kommune und dem Land bzw. der Landesregierung zu verbessern. Denn eines ist auch klar - das möchte ich als Erstes noch einmal herausarbeiten -: Wir haben in diesem Land immer eine Sonderrolle, und zwar durch unsere schiere Größe. Es gibt keine andere Stadt, die so viele Einwohnerinnen und Einwohner hat. Daher sind wir dort auch regelmäßig mit Sonderthemen vorstellig. Wir haben viele Themen im Kulturbereich, bei denen wir regelmäßig die Hilfe des Landes benötigen. Momentan debattiert unsere Verwaltung mit der Landesregierung über das Thema Kliniken, um hier eine gute Lösung zu finden. Wir sind die größte Universitätsstadt. Auch das ist eine klare Landesaufgabe. Auch bei vielen anderen Themen - hier nenne ich unter anderem das Polizeipräsidium Köln; da sind wir das größte in NRW - brauchen wir Unterstützung.

Daher ist es immer gut, wenn sich Köln im Land entsprechend positionieren kann und damit gute Punkte hat.

Auch das Thema Reputation ist wichtig; denn wir sollten nicht alles nur Düsseldorf überlassen, sondern auch selber mal schauen, dass wir da einen Ankerpunkt setzen können.

Zu dem Änderungsantrag von Herr Zimmermann kann ich nur das sagen, was mein Vorredner auch gesagt hat. Gerade den ersten Teil, den wir hier im Rat in der alten Wahlperiode beschlossen haben, möchten wir natürlich noch einmal mitnehmen. Durch das Deutschlandticket hat sich die Situation im Verkehrsbereich geändert. Weil wir jetzt auch eine andere Konzeption haben, die nicht mehr über die ganze Stadt verstreut ist, sondern punktuell an einer Stelle gebündelt ist, ist das eine gute Möglichkeit, das Thema Nachhaltigkeit mitzunehmen, aber im Verkehr leichte Modifikationen vorzunehmen.

Nun noch einmal generell zur Kostendebatte: Ich finde es gut, dass die Verwaltung die Anregungen aufgenommen hat, die wir damals mitgegeben haben, mal etwas kreativer zu sein und zu überlegen, wo man auch Einnahmen generieren kann. Insofern sieht das heute anders aus als damals, weil wir uns da weiterentwickelt haben.

Zu dem Vortrag von Herrn Dr. Rau im Finanzausschuss gibt es, glaube ich, auch nichts mehr zu ergänzen. Hier darf es keine Einschränkungen geben. Das wollen wir alle nicht. Aber wenn das Geld nicht ausgegeben werden kann, dann können wir es sehr gut hierfür verwenden. Die Finanzierung in den Folgejahren wird sicherlich hergestellt. Damit sollten wir eine Win-win-Situation haben.

Deshalb bitte ich um Zustimmung in der gerade besprochenen Form. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Froh.

**Manuel Uwe Froh (Voll):** Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Es ist das letzte Mal; versprochen. - Noch mal zur Klarstellung: Herr Richter und Herr Petelkau, Sie haben es ja gerade gesagt. Wir würden auch den Punkten 1 und 2 des Änderungsantrags von Herrn Zimmermann zustimmen - aber mit der mündlichen Änderung, dass wir „Kölns“ durch „NRW“ ersetzen, also dass sich die Verwaltung für einen fahrscheinlosen Tag in NRW und nicht nur in Köln einsetzt. Wenn das



dann nichts wird, machen wir Köln daraus. Das ist trotzdem eine gute Sache, glaube ich.

Auch insgesamt halten wir das für eine gute Sache. Wir stimmen dem zu.

Allerdings muss ich ein bisschen Kritik an der Finanzierung äußern. Uns ist jetzt im Laufe des Tages nachvollziehbar erklärt worden, warum dieser Topf gewählt wird. Auf der anderen Seite - da hat die SPD auf jeden Fall recht - sieht es natürlich nicht gut aus, wenn man aus einem Topf Geld nimmt, das für Bürgerzentren vorgesehen ist, und es gleichzeitig die Mitteilung gibt, dass das Bürgerzentrum in Mülheim teurer wird und wir kein Geld dafür haben. Das ist schwer nachvollziehbar.

(Beifall bei der SPD)

Diese Kritik müssen Sie sich hier auch gefallen lassen, glaube ich. Denn es ist ja im Rat auch nicht unüblich, dass Gelder ins nächste Haushaltsjahr geschoben werden, und es gibt auch Gelder - ich bin erst seit zwei Jahren dabei -, die zwei oder drei Jahre geschoben werden. Da wären also sicherlich Lösungen gefunden worden. Das ist schwer nachvollziehbar.

Wir werden trotzdem zustimmen. Denn es gibt immer noch eine Möglichkeit, das Bürgerzentrum zu retten. Die Kulturförderabgabe ab 2023 steht ja noch im Raum. Dazu ist noch keine Entscheidung gefallen. Wenn sie denn entsprechend kommen sollte, werden ja ein paar Gelder eingespielt werden können. Eventuell könnte man auch darüber hinaus Gelder akquirieren, um das Kulturzentrum in Mülheim zu retten. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Feuser.

**Inga Feuser** (KLIMA FREUNDE & GUT): Ich ziehe zurück.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann** (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleg\*innen! Auch ich freue mich auf den NRW-Tag nächstes Jahr in Köln. Das möchte ich auch gleich

begründen. Ich gebe aber zu: Als 2019 dieser Tag hier aufgeschlagen ist, war ich zunächst nicht begeistert.

Die Kritik, die daran geäußert wurde, stimmt ja auch. Es ist nicht so, dass sich alle Kommunen um diesen Tag reißen. Denn er kostet Geld, und natürlich kann ein solches Großevent eine Kommune auch belasten. Daher bewerben sich nicht viele Kommunen. Deswegen haben wir damals auch mit der Bezirksvertretung Innenstadt darum gerungen, dass wir da etwas Verträgliches hinbekommen.

Wir haben es damals aber auch geschafft - und darauf bin ich ein bisschen stolz oder ein bisschen froh darüber -, dass wir gesagt haben: Okay, wenn Herr Laschet diesen Tag haben möchte - damals war es noch Herr Laschet -, dann möchten wir ihn aber auch richtig haben. Wir wollen ihn wirklich nachhaltig haben, wir wollen ihn mit kostenlosem ÖPNV haben etc. - Wir haben ein ganzes Bündel an Wünschen geschnürt und haben dafür eine Mehrheit bekommen - in einer geheimen Abstimmung. Das war auch ganz spannend. Aber es ist alles gut ausgegangen.

Dann fiel der Tag pandemiebedingt leider aus. Jetzt ist er wieder da. Und jetzt finde ich ihn, ehrlich gesagt, Frau Reker, noch besser als vorher, weil wir ihn nun mit dem Ehrenamtstag und mit einem Fest der Demokratie verbinden. Das finde ich eine super Sache. Wir feiern die Landesverfassung, wir feiern die Demokratie, und wir feiern das Ehrenamt. Ich verstehe nicht, warum man diesen Tag in Köln nicht mit Stolz und Freude feiern sollte. Das ist eine runde Sache.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Die Verwaltung hat in ihrer ersten Beschlussvorlage leider schlicht und einfach vergessen, den kompletten Nachhaltigkeitskomplex darzustellen. Das wurde später in einer Ergänzung nachgereicht. Nur fürs Protokoll: Als ich meinen Antrag gestellt habe, gab es diese Ergänzung noch nicht, und mir waren mündliche Aussagen der Verwaltung nicht bekannt. Daher hatte ich diesen Antrag gestellt.

Was ich aber auch in der Ergänzung nicht finde - deswegen ist der Punkt 2 immer noch aktuell -, sind Aussagen zum ÖPNV. In der Vorlage wird darauf verwiesen, dass alles nur an einem Ort in Köln stattfindet und es deswegen keinen kostenlosen ÖPNV braucht. Das ist zwar vielleicht für die Leute, die in der näheren Umgebung des Rheinauhafens leben, ganz schön, aber für alle anderen

nicht. Und wir dürfen nicht vergessen: Dieser Tag - auch das finden Sie in der Beschlussvorlage - zog in den vergangenen Jahren zwischen 200 000 und 800 000 Besucher\*innen an. Sie kommen eben nicht nur aus Kölle, sondern aus ganz NRW. In früheren Jahren hat die Landesregierung sich auch nicht lumpen lassen und eine kostenlose Anreise ermöglicht. Da gab es einen fahrscheinlosen Tag oder Ähnliches; ich weiß nicht genau, wie es damals hieß. Aber das gab es in der Vergangenheit alles.

Daher möchten wir mit dem Punkt 2 die Verwaltung bitten, mit Düsseldorf noch mal neu darüber zu sprechen, dass die Anfahrt an diesem Tag kostenlos möglich sein muss. Das gilt natürlich auch, wenn man in Köln selbst ist. Man muss ja zum Rheinauhafen kommen. Man muss auch aus Vingst, aus Weidenpesch und von überall sonst zum Rheinauhafen kommen. Deswegen wäre es gut, wenn die Verwaltung darüber noch einmal nachdenken würde.

Zum Antrag der SPD: Ich kann verstehen, dass man die Finanzierung kritisch sieht. Ich sehe das auch kritisch. Herr Froh hat es ja gerade auch noch mal gesagt. Ich möchte nicht, dass der Eindruck entsteht, den Leuten, die hier für diesen Tag stimmen, wäre egal, was mit den Bürgerhäusern passiert. Wir vertrauen da auf die Verwaltung, dass es den Bürgerzentren nicht schadet und dass wir, wenn dann doch etwas machbar ist, die Gelder für die Bürgerzentren von woanders holen. Sie sollen keinesfalls unter diesem Tag leiden, sondern sie sollen ja mitfeiern.

Ich bitte um Zustimmung zu meinem Änderungsantrag. Der Punkt 3 meines Antrags hat sich natürlich überholt; das ist vollkommen klar. Mit dem neuen Konzept ist er so nicht mehr notwendig. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Zimmermann, ich stehe ja vor einer komplizierten Abstimmung. Würden Sie denn den Vorschlag übernehmen, „Kölns“ durch „NRW“ zu ersetzen?

(Thor-Geir Zimmermann [GUT Köln]: Ich habe meinen Antrag nicht mit zum Redepult genommen! Ich dachte, ich hätte NRW in meinem Antrag erwähnt!)

- Nein, Sie haben „Kölns“ geschrieben.

(Zurufe)

- Ich versuche jetzt nur, irgendwie eine Abstimmung möglich zu machen.

(Thor-Geir Zimmermann [GUT Köln]:  
Ich übernehme!)

- Dann habe ich eine Abstimmung gespart. - Herr Joisten hat noch eine Frage.

**Christian Joisten (SPD):** Ich bin ja sehr interessiert. Jetzt nehme ich nur auf die Vorredner Bezug. Es ist schon ganz spannend, wo überall immer das Geld herkommen soll. Ich sitze ständig nur in Runden, in denen gesagt wird: Irgendwo muss noch Geld herkommen. - Aber okay.

Ganz konkrete Frage: Im Punkt 2 des Änderungsantrags von GUT steht dieser fahrscheinlose Tag. Das ist doch mit Kosten verbunden. Irgendjemand muss ja am Ende die Ausfallkosten, die entstehen, wenn kein Ticket gezogen werden muss, bezahlen. Hier wird aber kein Deckungsvorschlag gemacht. Eben hatten wir einen Änderungsantrag der LINKEN, über den nicht abgestimmt werden konnte, weil es keinen Deckungsvorschlag gab. Was ist denn hier der Deckungsvorschlag? - Danke.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

- Das steht da aber nicht.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Wenn da steht, dass jemand gebeten wird, dann gehe ich davon aus, dass diese Person das übernimmt!)

- Okay. Dann brauchen wir da also keinen Deckungsvorschlag? Wir Kölner zahlen da also nichts? Da sind wir uns einig?

(Ulrich Breite [FDP]: Bitten kostet noch nichts, auch bei der SPD nicht!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der SPD und dann über den Änderungsantrag von Herrn Zimmermann abstimmen. Über den Änderungsantrag von Herrn Zimmermann lasse ich punktweise abstimmen, allerdings nur über Punkt 1 und Punkt 2, weil er auf Punkt 3 verzichtet hat, und bei Punkt 2 wird das Wort „Kölns“ durch „NRW“ ersetzt, womit wir Herrn Froh entsprechen.



Wer wünscht dem Änderungsantrag der SPD zuzustimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, Die FRAKTION und die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Nein. Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich den Änderungsantrag von GUT abstimmen, und zwar zunächst über den ersten Punkt. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, das Ratsbündnis KLIMA FREUNDE & GUT, Herr Zimmermann, die CDU-Fraktion, die FDP, Die FRAKTION und Volt. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Jetzt lasse ich über den zweiten Punkt mit „NRW“ abstimmen. Auch da frage ich nach Zustimmung. - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, das Ratsbündnis KLIMA FREUNDE & GUT, Herr Zimmermann, die CDU-Fraktion, die FDP, Die FRAKTION und Volt. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das angenommen.

Jetzt stimmen wir über die Vorlage in der so geänderten Fassung ab. Gegenstimmen? - Dagegen sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Ach so - das habe ich nicht gesagt; das ist jetzt aber nicht dramatisch -: Das Ganze können wir nur vorbehaltlich machen, weil die Vorlage in der Bezirksvertretung Innenstadt zurückgestellt wurde. Das heißt: Es ist nur ein Vorratsbeschluss. Er ist nicht abschließend. Wir erwarten alsbald entweder die Zustimmung der BV Innenstadt zur Vorlage. Ansonsten werden wir die Vorlage im Rat noch mal wiedersehen, wenn wir diese Zustimmung der BV Innenstadt nicht bekommen. Wir haben also vorbehaltlich abgestimmt und wissen jetzt, wo vielleicht auch noch nachzubessern wäre. - Gut. Vielen Dank für Ihr Verständnis.

Tagesordnungspunkt

## 10.20 Sanierung des Funkturms Colonius 2303/2023

### Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU AN/1902/2023

Auch über diese Vorlage können wir nur unter Vorbehalt abstimmen, weil wir sowohl die Bezirksvertretung Innenstadt als auch die Bezirksvertretung Ehrenfeld noch einbinden wollen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte sehr, Frau Schneeloch.

**Sandra Schneeloch** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, dass es spät ist und wir alle nach Hause wollen. Das Thema ist mir aber wichtig. Ich versuche, es sehr kurz zu machen.

Jetzt wundern sich alle: Warum redet denn Frau Schneeloch zum Colonius? Weil es ums Geld geht. Das ist auch ein ganz wichtiger Punkt, den ich hier gerne machen möchte. Wir geben mit dieser Vorlage nämlich heute noch keine Gelder frei und treffen auch noch keine Vorfestlegung dazu, was mit dem Colonius in Zukunft geschehen soll, sondern wir beauftragen die Finanzierungsprüfung und die Prüfung eines Betreiberkonzepts. Das ist ganz wichtig; denn der Colonius gehört ja nicht der Stadt Köln. Uns gehört nur das Grundstück, welches wir im Erbbaurecht an die Deutsche Funkturm GmbH, eine Tochter der Telekom, vergeben haben.

Der Kollege Zimmermann hat uns mit seinem erfolgreichen Bestreben, den Colonius unter Denkmalschutz zu stellen, aber auch ein bisschen etwas eingebrockt, muss man sagen; denn er ist jetzt förderfähig durch Land und Bund. Er wurde übrigens im Jahr meiner Geburt eingeweiht. Ich wäre mit 42 Jahren auch gerne schon ein Denkmal, das förderfähig durch Land und Bund ist. Aber das passiert in diesem Leben nicht mehr.

Aber was machen wir jetzt mit dem Colonius? Warum möchte ich, dass Sie heute Abend noch mal sagen - - Bauwerke wie der Colonius machen die Kölnerinnen ja immer gern ein bisschen sentimental, vor allem jene, die sich noch an das Restaurant und vielleicht auch noch an den Technoclub, also an die aktive Nutzung des Colonius, erinnern.

Aber angesichts der finanziellen Herausforderungen in unserer Stadt für die Verkehrswende, für den sozialen Zusammenhalt, für Klima, Umweltschutz und unzählige andere sanierungsbedürftige Gebäude bei explodierenden Baukosten kann man sich natürlich fragen, ob wir uns potenziell ein weiteres Gebäude ans Bein binden wollen, das uns noch nicht einmal gehört.

(Beifall bei der LINKEN)

Daher sollte man erst mal schauen und prüfen, bevor wir hier zukünftig gegebenenfalls wieder ein bisschen gefühlsduselig etwas fürs kölsche Hätz entscheiden. Wichtig ist, dass wir erst mal Zahlen, Daten und Fakten brauchen: Was kostet der Spaß? Welche Förderungen gibt es? Was macht die Bereinigungssitzung der Haushälterinnen im



Bundestag? Was sagt überhaupt die Deutsche Funkturm als Inhaberin? Was steht am Ende auf der Rechnung? Sind es diese 60 Millionen Euro, die avisiert sind, und damit 15 Millionen Euro für die Stadt? Bleibt es dabei? Und sollen wir uns entsprechend beteiligen? Oder können wir die Kosten deckeln? Die aktuellen Erfahrungen im Bau sagen uns: Nein, Deckelung von Kosten geht so gut wie gar nicht.

Deswegen müssen wir erst mal beurteilen, wie die Nutzung denn aussehen soll. Und wenn sich die Stadt Köln finanziell ohne Gegenleistung an diesem Turm beteiligt, dann muss er allen Kölnerinnen zur Verfügung stehen, barrierefrei und ohne Konsumzwang, Eintritt dann auch gerne für Gäste und Touristinnen.

Wenn ich jetzt mal von der wirtschaftsliberalen Seite schauen würde, dann bräuhete es aber ein tragfähiges Konzept, bei dem die Stadt Köln - - Bei einer finanziellen Beteiligung an der Sanierung, die wir ja heute mit diesem Beschluss in Aussicht stellen, muss die Stadt Köln in return auch Geld sehen. Das kann vielfältig aussehen. Ich möchte das jetzt nicht komplett vorwegnehmen. Aber ob wir dann TikTok-Tänzern oder Instagram-Influencerinnen Geld dafür abnehmen, dass sie da oben zum Beispiel Videos drehen und Fotos machen oder sich mit einer Zipline in den Grüngürtel abseilen können, ist mir fast ein bisschen egal.

Beteiligen wir uns aber zum Beispiel mit der Köln-Tourismus am Betrieb dieses Turms oder vielleicht sogar mit der Koelncongress? Da ist viel möglich. Es geht eben um eine sehr beliebte Landmarke, die in jeder Skyline mit der Darstellung der Stadt Köln verarbeitet wird. Über identitätsstiftende Landmarken haben wir ja heute schon genug gesprochen.

Im aktuellen Umfeld finde ich die Inbetriebnahme mit Beteiligung der Stadt Köln allerdings noch ein nice to have und kein Muss. Deswegen können wir auf die ersten Ergebnisse hinsichtlich der Finanzierung und des Betreiberkonzeptes gespannt sein.

Ich würde mich freuen, wenn wir dann gemeinsam hier nicht nach Jefeöl entscheiden würden, sondern nach der Faktenlage und vor allen Dingen auch nach dem, was das Geld dazu sagt. Und wenn wir uns nicht zutrauen, zu entscheiden, ob wir 15 Millionen Euro oder mehr für die Wiederinbetriebnahme mitfinanzieren wollen, könnte man ja vielleicht auch mal die Bürgerinnen der Stadt

Köln fragen und dafür einen Bürgerinnenrat einrichten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Joisten.

**Christian Joisten (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es vom Platz aus und versuche es jetzt wirklich in aller Kürze; denn ich kann mich in weiten Teilen oder eigentlich fast vollständig Frau Schneeloch anschließen. Gleiches hätten wir auch gesagt. Wir sind sehr dafür, weiter diesen Pfad zu verfolgen. Aber die Finanzierung muss sauber und klar sein, die Nutzung muss klar sein, und das Betreibermodell muss klar sein. Alles das enthält diese Vorlage aus nachvollziehbaren Gründen nicht.

Ein bisschen kurzfristig - das will ich schon kritisch anmerken - ist sie auch auf diese Tagesordnung gekommen. Dass sie heute als Tischvorlage kam, fanden wir jetzt nicht ganz so spannend. Aber sie war ja ein wenig absehbar.

Daher können wir uns der Haltung, die gerade vorgetragen wurde und die durch einen Änderungsantrag von Grünen und CDU auch zum Ausdruck kommen soll, nur anschließen und stellen Zustimmung in Aussicht, wenn denn alles stimmt. Aber es ist keine Garantie, dass die SPD am Ende mitmacht, wenn dann die Rahmenbedingungen nicht stimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Weisenstein.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind der Auffassung, dass wir uns nicht noch ein Projekt ans Bein binden sollten, sondern vielleicht zuerst mal gucken sollten, dass man die Projekte, die man hat, tatsächlich mal zu Ende bringt.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass der Besitzer dieses schönen Turms letztes Jahr eine Dividende von 3,5 Milliarden Euro ausgezahlt hat. Und wenn die ihr Ding ans Laufen bringen wollen, dann sollen die das auch zahlen und uns damit in Ruhe lassen. - Danke.



(Beifall bei der LINKEN und Volt)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Venturini.

**Isabella Venturini (Volt):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Auch wir werden der Vorlage nicht zustimmen. Frau Schneeloch hat zwar sehr viele Gründe genannt. Aber genau diese Gründe sprechen aus unserer Sicht dafür, das jetzt erst mal abzulehnen. Denn wir haben - hier muss ich Herrn Weisenstein zustimmen - einfach andere Prioritäten. Da sollten wir uns jetzt nicht noch ein anderes Projekt ans Bein binden, wo wir vieles noch nicht wissen. Ich verstehe, dass man das auch dann noch entscheiden kann; fair enough.

Aber für uns ist jetzt schon klar: Das ist ein nice to have - wir haben definitiv große Sympathien für so etwas -, und irgendwann in Zukunft, wenn gewisse Dinge schon mal geregelt und abgearbeitet worden sind, kann man sich dann auch damit befassen. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln):** Auch nur kurz: Frau Schneeloch, ich kann den Antrag voll und ganz unterstützen. Natürlich ist es unser Bestreben, dass wir diesen Turm wiedereröffnen wollen. Schon seit vielen, vielen Jahren verfolgen wir dieses Ziel. Wir freuen uns, dass der Rat bislang in seiner Mehrheit dieses Ziel auch geteilt hat, und hoffen, dass das auch zukünftig so sein wird.

Aber es geht natürlich nicht um jeden Preis. Vielleicht hören die Funkturm GmbH und der Konzern, der hinter der Funkturm GmbH steht, ja zu. Sie müssen sich in der Tat auch bewegen; das ist klar. Vielleicht übernehmen sie das, was über den Deckel geht.

Natürlich muss man später auch darüber sprechen, wer dann diese Plattform betreibt, zu welchen Konditionen das erfolgt und wer da welches Geld verdient. Alles das hast du gerade angerissen. Das ist ja vollkommen richtig.

Aber letztendlich möchte ich hier für alle, die manchmal - Klammer auf: zu Unrecht; Klammer zu - über elitäre Kulturprojekte oder sonstige

Dinge schimpfen, für die überall Geld rausgeblasen wird, noch einmal klarstellen: Hier geht es um ein wirklich tolles, niederschwelliges Kulturangebot für Köln, wo die Kölnerinnen und Kölner ihre Stadt auf eine hervorragende Art und Weise erfahren können, wenn sie erst mal da oben sind. Das ist dann der Fall, wenn wir die Möglichkeit haben, die Nutzung da oben zu gestalten und selbst zu bestimmen, was da oben passiert. Du hast ein paar sehr schöne Beispiele gebracht. Wir hatten auch schon mal über einen Infinitypool auf dem Dach und solche Sachen nachgedacht.

Aber Spaß beiseite: Man kann den Turm auch dazu nutzen, dass er einen wirklichen Mehrwert für die Kölnerinnen und Kölner hat, dass sie ihre Stadt begreifen und sich auf eine ganz andere Art und Weise mit ihr identifizieren. Dafür braucht es tolle Konzepte. Aber die werden wir finden. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wie ich eben schon gesagt habe, erfolgt die Abstimmung zum Colonius bitte unter Vorbehalt.

Zuerst stimmen wir über den Änderungsantrag ab. Wer wünscht dem Änderungsantrag zuzustimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Ratsbündnis KLIMA FREUNDE & GUT, Herr Zimmermann, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage in der geänderten Fassung. Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen stimmen die LINKEN, Volt, die AfD und Die FRAKTION. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

**10.21 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors\* einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines Neubaus oder des Umbaus und ggfls. der Erweiterung eines Bestandsgebäudes für ein 4-/6-zügiges Gymnasium (Sek I 4-zügig, Sek II 6-zügig) mit vier Sportübungseinheiten in Köln-Neustadt-Nord  
1382/2023**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Enthaltung der LINKEN. Dann ist so beschlossen.



Ich rufe auf:

## 12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

### 12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 694333/02, Arbeitstitel: „Hochpunkt Siegburger Straße“ in Köln Deutz 1872/2023

Gibt es Wortmeldungen?

(Maria Helmis-Arend [SPD]: Herr Lorenz gibt seinen Redebeitrag zu Protokoll!)

- Herr Lorenz gibt seinen Redebeitrag zu Protokoll. Vielen Dank dafür. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Gibt es Gegenstimmen? - Dagegen stimmen die LINKEN und die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Es enthält sich die FDP-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### 12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 59569/05 - Arbeitstitel: Südlich Baptiststraße in Köln-Roggendorf/Thenhoven 2096/2023

Die Vorlage wurde im Rat am 7. September 2023 zurückgestellt, weil die BV 6 sie zurückgestellt hatte.

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich jetzt abstimmen wie die Vorlage.

(Zurufe von der SPD: Wie BV 6! - Gegenrufe von der CDU: Nein!)

- Wie BV 6? Nein, wie Vorlage. Es gibt aber eine Stellungnahme zum Beschluss der BV 6. - Herr Greitemann.

**Beigeordneter Markus Greitemann:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es gibt eine ausführliche Stellungnahme in Anlage 16. Dort stellen wir als Verwaltung eindeutig dar, dass wir der Beschlussvorlage der BV 6 inhaltlich so nicht folgen können, weil ansonsten eine komplett neue Offenlage eingeleitet werden

müsste, um dann wahrscheinlich frühestens in einem halben Jahr einen Satzungsbeschluss herbeizuführen. Mit der Anlage 16, auf die ich verweise, dürfte alles klar sein. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Sommer.

**Ira Sommer (CDU):** Herr Greitemann, einer der Punkte ist, dass ein Begleitgremium gegründet wird. Darüber haben wir gerade gesprochen. Ich würde Sie bitten, klarzustellen, dass das immer noch möglich ist, damit man, wenn noch einmal eine Vorlage der BV 6 dahin gehend kommt, nicht sagt, wir hätten das inzidenter mit dieser Vorlage jetzt schon abgelehnt.

**Beigeordneter Markus Greitemann:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ja, dieses Begleitgremium kommt. Ich verbürge mich dafür, dass dieses Begleitgremium durch die ausführenden Firmen eingerichtet wird. Wir werden das auch nachverfolgen. Der Bereich Verkehr hat mir auch signalisiert, dass sie dann, wenn es erforderlich ist, dazukommen. Es geht ja insbesondere darum, dass die Verkehre im Baustellenzustand vernünftig geleitet werden.

Den Einwendungen, die von der BV eingebracht worden sind, würden wir auch so folgen, was den Baustellenverkehr betrifft. Aber die Beschlusstexte bezogen auf die Änderung in der Satzung können wir in keinem Fall nachvollziehen und durchführen, wenn wir nicht eine weitere Offenlage haben wollen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Joisten.

**Christian Joisten (SPD):** Wir waren bisher davon ausgegangen, dass wir in der Variante BV 6 abstimmen. Deswegen fragen wir da jetzt noch mal nach; sorry.

Können wir denn nicht zumindest - auch in Anlehnung an das, was Frau Sommer gesagt hat - die Dinge, die nicht Teil des Satzungsbeschlusses würden - wie so ein Begleitgremium, das in der Anlage ja ablehnend beschieden wird, oder die Umwandlung in bauzeitlicher Hinsicht, die ja auch nur eine Anlage und nicht den Satzungsbeschluss betrifft -, positiv votieren?



Sonst werden wir der Vorlage nicht zustimmen. Das will ich an der Stelle schon sagen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Also den Wohnungsbau verhindern!)

- Nein, nicht den Wohnungsbau verhindern. Aber hier auf die berechtigten Baustelleninteressen und Ähnliches der Anwohner bzw. auch der BV 6 nicht einzugehen, finde ich schwierig.

Deswegen brauche ich jetzt noch eine Aussage, ob wir die nicht satzungsbeschlussrelevanten Dinge da nicht mitbeschließen können. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Greitemann.

**Beigeordneter Markus Greitemann:** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Joisten, die nicht satzungsrelevanten Dinge kann der Rat natürlich beschließen. Auch die satzungsrelevanten Dinge kann der Rat beschließen. Ich weise nur darauf hin, dass wir satzungsrelevante Dinge in jedem Fall noch mal in eine Offenlage werden bringen müssen. Die Dinge, die die Satzung nicht verändern, können Sie natürlich hier beschließen. Allerdings habe ich gerade in meinem Wortbeitrag bereits geäußert, dass die Dinge aufgenommen werden. Wir haben dreimal draußen mit den Bürgern gesprochen und gesagt, dass wir deren Anliegen mitnehmen. Ich verbürge mich auch dafür, dass dies entsprechend umgesetzt und weiterverfolgt wird.

(Stefanie Ruffen [FDP]: Das dauert alles länger, wenn wir jetzt nicht beschließen!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Pakulat.

**Sabine Pakulat** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich würde vorschlagen, dass die Sachen, die jetzt aus der BV gekommen sind und die die SPD gerne umgesetzt haben möchte, über einen Antrag im Stadtentwicklungsausschuss separat laufen, aber heute nicht diesen Satzungsbeschluss behindern.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Das ist doch ein vermittelnder Weg. Einverstanden?

(Jürgen Kircher [SPD]: Ja, wenn wir das so machen; denn die Diskussion war damals ziemlich quer!)

- Aber wenn es im Stadtentwicklungsausschuss noch mal nachgeholt werden kann, dann geht das doch wahrscheinlich so.

(Jürgen Kircher [SPD]: Dann machen wir das!)

- Okay. Danke. Dann geht es nämlich an dieser Stelle weiter. Das ist uns ja allen gleichermaßen wichtig. Okay.

Gibt es noch weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse jetzt also abstimmen wie Vorlage mit dem Vorsatz der Ergänzung im Stadtentwicklungsausschuss.

Gibt es Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Auch nicht. Dann haben wir das so beschlossen.

Ich rufe auf:

## 16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

### 16.1 289. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 2195/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Damit sind wir bei:

## 17 Gremienbesetzungen

Hier werde ich nicht mehr nach Wortmeldungen fragen, weil es bei den Gremienbesetzungen üblicherweise keine Wortmeldungen gibt. Wenn jemand eine Gremienbesetzung genauer besprechen möchte, dann meldet er sich bitte.

Tagesordnungspunkt

### 17.1 Benennungen von (stellvertretenden) Mitgliedern für die Kommunale Gesundheitskonferenz Köln durch den Rat der Stadt Köln 2671/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Beschlossen.



Tagesordnungspunkt

**17.2 Umsetzung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Porz-Mitte  
hier: Ernennung von Mitgliedern des Beirates Porz Mitte  
2778/2023**

Ich lasse abstimmen wie Stadtentwicklungsausschuss, Anlage 1.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.3 Wechsel eines stellvertretenden beratenden JHA-Mitglieds, hier: Kölner Spielwerkstatt e. V.  
2863/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Gremienbesetzung Stadtentwicklungsausschuss“  
AN/1849/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Gremienbesetzung“  
AN/1887/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.6 Antrag der Ratsgruppe KLIMA FREUNDE & GUT betreffend „Umbenennung von RM Syndicus als sachkundige Einwohnerin mit beratender Stimme und Festlegung der Anzahl der Ausschüsse für RM Feuser als fraktionsloses Ratsmitglied gemäß § 58 Abs. 1“  
AN/1890/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Wirtschaftsausschuss -**

**Benennung einer neuen sachkundigen Einwohnerin“  
AN/1896/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.8 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Umbesetzung Gremien/Sachkundige Einwohner“  
AN/1898/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist so beschlossen.

Wir haben eine Eil- und Dringlichkeitsentscheidung zu genehmigen:

**18 Genehmigung von Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen**

**18.1 Gesamtschulgebäude Lindenthal/Ehrenfeld Wasserramselweg - Erweiterung der Photovoltaikanlage  
2512/2023/1**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich bitte, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 23.45 Uhr)



**Anlage****zu Tagesordnungspunkt 12.1****zu Protokoll gegebene Rede**

**Lukas Lorenz (SPD):** Die STRABAG ist wichtiger Bestandteil der Kölner Wirtschaft. Sie ist global aktiv und setzt häufig innovative Maßstäbe. Schon kurz nach dem Krieg war auch meine Oma in der Zentrale an der Siegburger Straße beschäftigt, viele tolle Geschichten konnte ich über den Ausbau der STRABAG erfahren. Auch heute grenzt die Zentrale der STRABAG unmittelbar an meinen Wahlkreis, mein Elternhaus liegt etwa 100 Meter Luftlinie entfernt.

Mit Abriss der alten Firmenzentrale, wie viele Poller und Deutzer Bürgerinnen sie kannten, veränderte sich das Lebensumfeld. Die bis jetzt errichteten Neubauten fallen kaum auf und nehmen sich vornehm zurück.

Ganz anders als das geplante Hochhaus, über das wir heute hier entscheiden. Die Anwohnerschaft hat mehrfach Vertreter aus dem Rat eingeladen sich die Situation vor Ort anzuschauen. Leider ist nur der Kollege Sterck der Einladung gefolgt und konnte die Auswirkungen selber erkunden.

Um es an dieser Stelle deutlich zu machen: Die Anwohnerschaft hat kein Problem mit Hochhäusern und lebt ganz hervorragend mit dem angrenzenden TÜV-Hochhaus. Das Problem liegt in der unmittelbaren Nähe zum geplanten Hochpunkt und darin, dass diese Baumaßnahme durch Tausch der Gebäudeflächen hätte behoben werden können.

Ich zähle Ihnen aber gerne noch einmal die Probleme mit diesem Hochpunkt auf:

1. Das etwa 60 Meter hohe Gebäude führt zu einer noch stärkeren Verschattung der Nachbarschaft. Die Nachteile der damit verbundenen Reduzierung des Wohnwertes wiegelt die Stellungnahme mit der Entstehung von Arbeitsplätzen ab. Wie oben beschrieben: Durch einen Tausch der Grundstücke bräuchte es eine derartig absurde Bewertung gar nicht.
2. Die Verkehrsprobleme auf der Siegburger Straße werden weiter verschärft, und eine Lösung durch das Mobilitätskonzept Deutzer Hafen ist nicht wirklich absehbar.

3. Die Verwaltung spricht von einer Torlösung. Tore dienten im Altertum und im Mittelalter dazu, Bürger und Nichtbürger zu trennen. Aber auch Poll ist Köln und liegt seit 1888 auf Kölner Stadtgebiet - und eben nicht vor den Toren Kölns.

4. Die von der Bezirksvertretung Porz geforderte Vor-Ort-Bürgerinformation hat nie stattgefunden. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung über einen Aushang am Stadthaus ist ein Hohn. So geht Bürgerbeteiligung nicht.

5. In etlichen visuellen Darstellungen der STRABAG und der Stadt Köln wird die Hinterlandbebauung geschickt - wahrscheinlich als Tarnung - rausretuschiert, sodass nur Ortskundigen die Probleme auffallen können.

6. Schade ist auch, dass ein späterer Anschluss an ein Fernwärmenetz durch die Bauvorfestlegungen nicht mehr möglich ist.

Die SPD-Fraktion lehnt diesen vorhabenbezogenen Bebauungsplan deshalb ab. Wir rufen alle vernünftigen Kräfte dazu auf, es uns gleichzutun.